Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5742

09. 10. 96

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertragswerk vom 17. Dezember 1994 über die Energiecharta

A. Zielsetzung

Ziel des Vertragswerks ist es, eine gesamteuropäische Energiegemeinschaft zu schaffen, die die Zusammenarbeit zwischen Ost und West auf eine neue Basis stellt.

Auf eine Kurzformel gebracht handelt es sich um ein multilaterales Handels- und Investitionsschutzabkommen im Energiebereich, dessen tragende Säulen die Regelungen zum Investitionsschutz, der Handelsliberalisierung und der Transiterleichterung bilden.

B. Lösung

Das Vertragswerk bedarf der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften gemäß Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes in der Form eines Bundesgesetzes. Durch das Vertragsgesetz sollen die erforderlichen Voraussetzungen für die Ratifizierung geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Durch die Ausführung des Gesetzes entstehen für die öffentlichen Haushalte außer den Beitragszahlungen zum Sekretariat der Energiechartakonferenz keine Kosten.

2. Vollzugsaufwand

Es entsteht kein Vollzugsaufwand.

E. Sonstige Kosten

Keine

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (441) – 680 04 – En 23/96

Bonn, den 9. Oktober 1996

An die
Präsidentin des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertragswerk vom 17. Dezember 1994 über die Energiecharta mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Wirtschaft.

Der Bundesrat hat in seiner 702. Sitzung am 27. September 1996 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf

Gesetz zu dem Vertragswerk vom 17. Dezember 1994 über die Energiecharta

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1
Zustimmung zu dem Vertragswerk

Dem in Lissabon am 17. Dezember 1994 unterzeichneten Vertrag über die Energiecharta und dem Energiechartaprotokoll über Energieeffizienz und damit verbundene Umweltaspekte sowie den in der Schlußakte vom selben Tag enthaltenen Klarstellungen und Erklärungen wird zugestimmt. Das Vertragswerk wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2
Verordnungsermächtigung

Das Bundesministerium für Wirtschaft wird ermächtigt, Beschlüsse über die Modifikationen und technischen Änderungen der Anlagen EM und NI, die die Energiechartakonferenz gemäß Artikel 36 Abs. 1 Buchstabe d und e faßt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Artikel 3
Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 44 und das Energiechartaprotokoll nach seinem Artikel 18 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

I. Allgemeines

Zur Umsetzung der völkerrechtlichen Verpflichtung sind Änderungen des innerstaatlichen deutschen Rechts nicht erforderlich.

II. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu Artikel 1

Auf das Vertragswerk findet Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich, soweit es in die Kompetenz der Mitgliedstaaten fällt, auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das im Vertrag über die Energiecharta vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Um den Gesetzgebungsprozeß nicht mehr als nötig zu belasten, können Modifikationen und technische Änderungen der Anlagen EM und NI, die die Chartakonferenz nach Artikel 36 Abs. 1 Buchstabe d und e faßt, durch Rechtsverordnung in Kraft gesetzt werden. Die in beiden Anlagen enthaltenen Listen von Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen werden aus praktischen Gründen eher einer Anpassung bedürfen als die übrigen Teile des Vertragswerks.

Zu Artikel 3

Zu Absatz 1

Die Bestimmung des Absatz 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Zu Absatz 2

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag über die Energiecharta nach seinem Artikel 44 und das Energiechartaprotokoll über Energieeffizienz und damit verbundene Umweltaspekte nach seinem Artikel 18 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Die Kostenbelastungen für den Bund beschränken sich auf die Beitragszahlungen für das Sekretariat. Die Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung dieses Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Nachteilige Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da das vorgesehene Vertragswerk die Wirtschaft nicht mit Kosten belastet.

Auf die Umwelt wird die Ausführung des Gesetzes voraussichtlich keine negativen Auswirkungen haben. Vielmehr sind insbesondere aufgrund der durch die gewünschten Investitionen im Energiebereich erwarteten Modernisierung der Energiewirtschaften vor allem in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion positive Auswirkungen auf den Umweltschutz wahrscheinlich. Dies gilt ebenfalls für die Umsetzung des Energiechartaprotokolls über Energieeffizienz und damit verbundene Umweltaspekte.

Die Ausführung dieses Gesetzes wird nicht zu unmittelbaren Auswirkungen auf die Situation der Frauen führen.

Vertrag über die Energiecharta

The Energy Charter Treaty

Traité sur la Charte de l'énergie

Präambel

Die Vertragsparteien dieses Vertrags –

im Hinblick auf die am 21. November 1990 unterzeichnete Charta von Paris für ein neues Europa;

im Hinblick auf die im Abschlußdokument der Haager Konferenz über die Europäische Energiecharta angenommene Europäische Energiecharta, das am 17. Dezember 1991 in Den Haag unterzeichnet wurde;

eingedenk dessen, daß sich alle Unterzeichner des Abschlußdokuments der Haager Konferenz verpflichtet haben, sich die Ziele und Grundsätze der Europäischen Energiecharta zu eigen zu machen und ihre Zusammenarbeit so bald wie möglich zu verwirklichen und zu erweitern, indem sie in redlicher Absicht einen Vertrag über die Energiecharta und Protokolle aushandeln, und in dem Wunsch, die in der Charta enthaltenen Verpflichtungen auf eine sichere und bindende völkerrechtliche Grundlage zu stellen;

ferner in dem Wunsch, einen festen Rahmen zu schaffen, der für die Verwirklichung der in der Europäischen Energiecharta verkündeten Grundsätze erforderlich ist;

von dem Wunsch geleitet, den Grundgedanken der Europäischen Energiecharta-Initiative zu verwirklichen, der darin besteht, das Wirtschaftswachstum durch Maßnahmen zur Liberalisierung der Investitionen und des Handels mit Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen zu fördern;

in Bekräftigung dessen, daß die Vertragsparteien einer wirksamen Anwendung der vollen Inländerbehandlung und der Meistbegünstigungsbehandlung größte Bedeutung beimessen und daß diese Verpflich-

Preamble

The Contracting Parties to this Treaty,

Having regard to the Charter of Paris for a New Europe signed on 21 November 1990;

Having regard to the European Energy Charter adopted in the Concluding Document of the Hague Conference on the European Energy Charter signed at The Hague on 17 December 1991;

Recalling that all signatories to the Concluding Document of the Hague Conference undertook to pursue the objectives and principles of the European Energy Charter and implement and broaden their cooperation as soon as possible by negotiating in good faith an Energy Charter Treaty and Protocols, and desiring to place the commitments contained in that Charter on a secure and binding international legal basis;

Desiring also to establish the structural framework required to implement the principles enunciated in the European Energy Charter;

Wishing to implement the basic concept of the European Energy Charter initiative which is to catalyse economic growth by means of measures to liberalize investment and trade in energy;

Affirming that Contracting Parties attach the utmost importance to the effective implementation of full national treatment and most favoured nation treatment, and that these commitments will be applied to the

Préambule

Les parties contractantes au présent traité,

considérant la Charte de Paris pour une nouvelle Europe, signée le 21 novembre 1990;

considérant la Charte européenne de l'énergie adoptée par le moyen du document de clôture de la Conférence de La Haye sur la Charte européenne de l'énergie, signé à La Haye le 17 décembre 1991;

rappelant que toutes les parties signataires du document de clôture de la Conférence de La Haye se sont engagées à poursuivre les objectifs et à respecter les principes de la Charte européenne de l'énergie ainsi qu'à mettre en œuvre et à élargir leur coopération, le plus rapidement possible, en négociant de bonne foi un traité et des protocoles sur la Charte de l'énergie, et désireuses de donner aux engagements contenus dans cette charte une base juridique internationale sûre et contraignante;

désireuses également d'établir le cadre structurel nécessaire à la mise en œuvre des principes énoncés dans la Charte européenne de l'énergie;

souhaitant mettre en œuvre le concept de base de l'initiative de la Charte européenne de l'énergie, qui est de catalyser la croissance économique par des mesures destinées à libéraliser les investissements et les échanges en matière d'énergie;

affirmant que les parties contractantes attachent la plus grande importance à l'application effective et complète du traitement national et du traitement de la nation la plus favorisée et que ces engagements

tungen auf die Vornahme von Investitionen entsprechend einem Zusatzvertrag angewandt werden;

im Hinblick auf das Ziel einer schrittweisen Liberalisierung des Welthandels und auf den Grundsatz, Diskriminierungen im Welthandel zu vermeiden, der im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen und seinen dazugehörigen Rechtsinstrumenten niedergelegt und in diesem Vertrag im übrigen vorgesehen ist;

entschlossen, technische, verwaltungsrechtliche und sonstige Hemmnisse im Handel mit Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen und damit zusammenhängenden Ausrüstungen, Technologien und Dienstleistungen schrittweise zu beseitigen;

in der Erwartung, daß die Vertragsparteien, die derzeit noch nicht Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens sind, schließlich dessen Vertragsparteien werden, und in dem Bestreben, vorläufige Handelsvereinbarungen zu treffen, welche diese Vertragsparteien unterstützen und ihrer Vorbereitung auf eine solche Vertragszugehörigkeit nicht im Wege stehen;

eingedenk der Rechte und Pflichten derjenigen Vertragsparteien, die auch Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens und seiner dazugehörigen Rechtsinstrumente sind;

im Hinblick auf Wettbewerbsbestimmungen über Fusionen, Monopole, wettbewerbswidrige Verhaltensweisen und Mißbrauch einer beherrschenden Stellung;

ferner im Hinblick auf den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, die Richtlinien der Gruppe der Nuklearlieferländer und sonstige internationale Verpflichtungen und Absprachen über die Nichtverbreitung im Nuklearbereich;

in Anerkennung der Notwendigkeit einer höchst effizienten Aufsuchung, Produktion, Umwandlung, Speicherung, Beförderung, Verteilung und Nutzung von Energie;

eingedenk des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, des Übereinkommens über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung und seiner Protokolle sowie anderer internationaler Umweltübereinkünfte mit energiebezogenen Aspekten und

in der Erkenntnis, daß Maßnahmen zum Schutz der Umwelt, einschließlich der Stillegung energietechnischer Anlagen und der Abfallentsorgung, sowie international vereinbarte Ziele und Kriterien für diesen Zweck immer größere Dringlichkeit erlangen –

Making of Investments pursuant to a supplementary treaty;

Having regard to the objective of progressive liberalization of international trade and to the principle of avoidance of discrimination in international trade as enunciated in the General Agreement on Tariffs and Trade and its Related Instruments and as otherwise provided for in this Treaty;

Determined progressively to remove technical, administrative and other barriers to trade in Energy Materials and Products and related equipment, technologies and services;

Looking to the eventual membership in the General Agreement on Tariffs and Trade of those Contracting Parties which are not currently parties thereto and concerned to provide interim trade arrangements which will assist those Contracting Parties and not impede their preparation for such membership;

Mindful of the rights and obligations of certain Contracting Parties which are also parties to the General Agreement on Tariffs and Trade and its Related Instruments;

Having regard to competition rules concerning mergers, monopolies, anti-competitive practices and abuse of dominant position;

Having regard also to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, the Nuclear Suppliers Guidelines and other international nuclear non-proliferation obligations or understandings;

Recognizing the necessity for the most efficient exploration, production, conversion, storage, transport, distribution and use of energy;

Recalling the United Nations Framework Convention on Climate Change, the Convention on Long-Range Transboundary Air Pollution and its protocols, and other international environmental agreements with energy-related aspects; and

Recognizing the increasingly urgent need for measures to protect the environment, including the decommissioning of energy installations and waste disposal, and for internationally-agreed objectives and criteria for these purposes,

seront appliqués à la réalisation des investissements conformément à un traité complémentaire;

considérant l'objectif de libéralisation progressive des échanges internationaux et le principe de non-discrimination dans les échanges internationaux tels qu'énoncés dans l'accord général sur les tarifs douaniers et le commerce et ses instruments connexes et tels que prévus par ailleurs dans le présent traité;

déterminées à éliminer progressivement les obstacles techniques, administratifs et autres au commerce de matières et de produits énergétiques et des équipements, technologies et services connexes;

envisageant l'adhésion future à l'accord général sur les tarifs douaniers et le commerce des parties contractantes qui n'y sont actuellement pas parties, et soucieuses de prévoir un régime commercial transitoire qui aide ces parties contractantes et n'entrave pas leur préparation à cette adhésion;

conscientes des droits et obligations de certaines parties contractantes qui sont également parties à l'accord général sur les tarifs douaniers et le commerce et aux instruments connexes;

considérant les règles de concurrence concernant les fusions, les monopoles, les pratiques contraires à la concurrence et l'abus de position dominante;

considérant également le traité sur la non-prolifération des armes nucléaires, les directives applicables à l'exportation de matières, d'équipements et de technologies nucléaires et les autres obligations ou clauses interprétatives relatives à la non-prolifération internationale en matière de nucléaire;

reconnaissant la nécessité d'accroître au maximum l'efficacité de l'exploration, de la production, de la conversion, du stockage, du transport, de la distribution et de l'utilisation de l'énergie;

rappelant la convention-cadre des Nations Unies sur le changement climatique, la convention sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance et ses protocoles, ainsi que d'autres accords internationaux en matière d'environnement comportant des aspects liés à l'énergie; et

reconnaissant qu'il est de plus en plus urgent de prendre des mesures visant à protéger l'environnement, y compris des mesures concernant le déclassement des installations énergétiques et l'élimination des déchets, et d'adopter, à l'échelon international, des objectifs et des critères à ces fins,

sind wie folgt übereingekommen:

Teil I

Begriffsbestimmungen und Zweck

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Vertrags

1. bedeutet „Charta" die im Abschlußdokument der Haager Konferenz über die Europäische Energiecharta angenommene Europäische Energiecharta, das am 17. Dezember 1991 in Den Haag unterzeichnet wurde; die Unterzeichnung des Abschlußdokuments gilt als Unterzeichnung der Charta;
2. bedeutet „Vertragspartei" einen Staat oder eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, die zugestimmt haben, durch diesen Vertrag gebunden zu sein und für die der Vertrag in Kraft ist;
3. bedeutet „Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration" eine Organisation, die von Staaten gebildet wird, welche ihr die Zuständigkeit für eine Reihe bestimmter unter diesen Vertrag fallender Angelegenheiten übertragen haben, einschließlich der Befugnis, in diesen Angelegenheiten für sie bindende Entscheidungen zu treffen;
4. bedeutet „Primärenergieträger und Energieerzeugnisse" auf der Grundlage des Harmonisierten Systems des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens und der Kombinierten Nomenklatur der Europäischen Gemeinschaften in die Anlage EM aufgenommene Positionen;
5. bedeutet „Wirtschaftstätigkeit im Energiebereich" eine Wirtschaftstätigkeit betreffend die Aufsuchung, Gewinnung, Veredelung, Produktion, Lagerung, Beförderung über Land, Übertragung, Verteilung sowie den Handel und die Vermarktung oder den Verkauf von Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen mit Ausnahme derjenigen, die in Anlage NI enthalten sind, oder betreffend die Verteilung von Wärme auf mehrere Abnahmestellen;
6. bedeutet „Investition" jede Art von Vermögenswert, der einem Investor unmittelbar oder mittelbar gehört oder von ihm kontrolliert wird und folgendes einschließt:
   a) materielle und immaterielle Vermögensgegenstände, bewegliche und unbewegliche Sachen sowie Eigentumsrechte jeder Art wie Pachtverträge, Hypotheken und Pfandrechte;
   b) eine Gesellschaft oder ein gewerbliches Unternehmen oder Anteils-

Have agreed as follows:

Part I

Definitions and purpose

Article 1

Definitions

As used in this Treaty:

(1) "Charter" means the European Energy Charter adopted in the Concluding Document of the Hague Conference on the European Energy Charter signed at The Hague on 17 December 1991; signature of the Concluding Document is considered to be signature of the Charter.

(2) "Contracting Party" means a state or Regional Economic Integration Organization which has consented to be bound by this Treaty and for which the Treaty is in force.

(3) "Regional Economic Integration Organization" means an organization constituted by states to which they have transferred competence over certain matters a number of which are governed by this Treaty, including the authority to take decisions binding on them in respect of those matters.

(4) "Energy Materials and Products", based on the Harmonized System of the Customs Cooperation Council and the Combined Nomenclature of the European Communities, means the items included in Annex EM.

(5) "Economic Activity in the Energy Sector" means an economic activity concerning the exploration, extraction, refining, production, storage, land transport, transmission, distribution, trade, marketing, or sale of Energy Materials and Products except those included in Annex NI, or concerning the distribution of heat to multiple premises.

(6) "Investment" means every kind of asset, owned or controlled directly or indirectly by an Investor and includes:

(a) tangible and intangible, and movable and immovable, property, and any property rights such as leases, mortgages, liens, and pledges;

(b) a company or business enterprise, or shares, stock, or other forms of

sont convenues de ce qui suit:

Partie I

Définitions et objet

Article premier

Définitions

Tels qu'ils sont employés dans le présent traité, les termes qui suivent ont la signification indiquée ci-après:

1) «Charte» désigne la Charte européenne de l'énergie adoptée par le moyen du document de clôture de la Conférence de La Haye sur la Charte européenne de l'énergie, signé à La Haye le 17 décembre 1991; la signature du document de clôture est considérée comme valant signature de la Charte.

2) «Partie contractante» désigne tout Etat ou toute organisation d'intégration économique régionale qui a accepté d'être lié par le présent traité et à l'égard duquel ou de laquelle celui-ci est en vigueur.

3) «Organisation d'intégration économique régionale» désigne toute organisation constituée par des Etats à laquelle ils ont transféré des compétences dans des domaines déterminés, dont certains sont régis par le présent traité, y compris le pouvoir de prendre des décisions qui les lient dans ces domaines.

4) «Matières et produits énergétiques», selon le système harmonisé du Conseil de coopération douanière et la nomenclature combinée des Communautés européennes, désigne les éléments figurant à l'annexe EM.

5) «Activité économique du secteur de l'énergie» désigne toute activité économique relative à l'exploitation, à l'extraction, au raffinage, à la production, au stockage, au transport terrestre, à la transmission, à la distribution, à l'échange, à la commercialisation et à la vente de matières ou de produits énergétiques, exceptés ceux qui figurent à l'annexe NI, ou relative à la diffusion de chaleur dans des locaux multiples.

6) «Investissement» désigne tout type d'avoir détenu ou contrôlé directement ou indirectement par un investisseur et comprenant:

a) les biens matériels et immatériels, mobiliers et immobiliers, et tous droits de propriété tels que location, hypothèques, créances privilégiées et gages;

b) une société ou entreprise commerciale ou les actions, capitaux ou

rechte, Aktien oder sonstige Formen der Kapitalbeteiligung an einer Gesellschaft oder einem gewerblichen Unternehmen, Schuldverschreibungen und sonstige Verbindlichkeiten einer Gesellschaft oder eines gewerblichen Unternehmens;

c) Geldforderungen und Ansprüche auf vertraglich begründete Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben und mit einer Investition zusammenhängen;

d) geistiges Eigentum;

e) Erträge;

f) jedes kraft Gesetzes oder Vertrags verliehene Recht oder jede kraft Gesetzes erteilte Lizenz und Genehmigung zur Ausübung von Wirtschaftstätigkeiten im Energiebereich.

Eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, ändert nichts an ihrem Wesen als Investition; der Begriff „Investition" schließt alle Investitionen ein, die bis zu dem Tag, an oder nach dem späteren der Tage vorgenommen sind oder werden, an denen der Vertrag für die Vertragspartei des Investors, der die Investition vornimmt, oder für die Vertragspartei, in deren Gebiet die Investition vorgenommen wird, in Kraft tritt (im folgenden als „Tag des Inkrafttretens" bezeichnet); der Vertrag gilt jedoch nur für Angelegenheiten, die sich auf solche Investitionen nach dem Tag des Inkrafttretens auswirken.

„Investition" bezieht sich auf jede Investition im Zusammenhang mit einer Wirtschaftstätigkeit im Energiebereich und auf Investitionen oder Klassen von Investitionen, die von einer Vertragspartei in ihrem Gebiet als „Charta-Effizienzvorhaben" bezeichnet und als solche dem Sekretariat notifiziert werden;

7. bedeutet „Investor"

a) in bezug auf eine Vertragspartei

i) eine natürliche Person, welche die Staatsangehörigkeit oder Staatsbürgerschaft nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei besitzt oder dort ihren ständigen Aufenthalt hat;

ii) eine Gesellschaft oder eine andere Organisation, die in Übereinstimmung mit dem in dieser Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften gegründet ist;

b) in bezug auf einen „dritten Staat" eine natürliche Person, eine Gesellschaft oder eine andere Organisation, welche die unter Buch-

equity participation in a company or business enterprise, and bonds and other debt of a company or business enterprise;

(c) claims to money and claims to performance pursuant to contract having an economic value and associated with an Investment;

(d) Intellectual Property;

(e) Returns;

(f) any right conferred by law or contract or by virtue of any licences and permits granted pursuant to law to undertake any Economic Activity in the Energy Sector.

A change in the form in which assets are invested does not affect their character as investments and the term "Investment" includes all investments, whether existing at or made after the later of the date of entry into force of this Treaty for the Contracting Party of the Investor making the investment and that for the Contracting Party in the Area of which the investment is made (hereinafter referred to as the "Effective Date") provided that the Treaty shall only apply to matters affecting such investments after the Effective Date.

"Investment" refers to any investment associated with an Economic Activity in the Energy Sector and to investments or classes of investments designated by a Contracting Party in its Area as "Charter efficiency projects" and so notified to the Secretariat.

(7) "Investor" means:

(a) with respect to a Contracting Party:

(i) a natural person having the citizenship or nationality of or who is permanently residing in that Contracting Party in accordance with its applicable law;

(ii) a company or other organization organized in accordance with the law applicable in that Contracting Party;

(b) with respect to a "third state", a natural person, company or other organization which fulfils, mutatis mutandis, the conditions specified

toute autre forme de participation au capital dans une société ou entreprise commerciale, ainsi que les obligations, titres ou autres dettes d'une société ou d'une entreprise commerciale;

c) les créances liquides ou les droits à prestations au titre d'un contrat à valeur économique et associé à un investissement;

d) la propriété intellectuelle;

e) les rendements;

f) tout droit conféré par la loi ou par contrat ou découlant de licences ou d'autorisations délivrées conformément à la loi pour l'exercice d'une activité économique dans le secteur de l'énergie.

La modification de la forme sous laquelle les avoirs sont investis n'affecte pas leur caractère d'investissement, et le terme «investissement» couvre tous les investissements, qu'ils existent à la date d'entrée en vigueur ou qu'ils soient réalisés postérieurement à la date d'entrée en vigueur du présent traité pour la partie contractante d'où provient l'investisseur ou pour la partie contractante dans la zone de laquelle l'investissement est réalisé, ci-après appelée «date effective», à condition que le traité ne s'applique qu'aux matières affectant ces investissements après la date effective.

Le terme «investissement» vise tout investissement associé à une activité économique dans le secteur de l'énergie et tout investissement ou toute catégorie d'investissements réalisés dans sa zone par une partie contractante, désignés par elle comme des «projets d'efficacité de la Charte», et notifiés en tant que tels au Secrétariat.

7) «Investisseur» désigne:

a) en ce qui concerne une partie contractante:

i) toute personne physique jouissant de la citoyenneté ou de la nationalité de cette partie contractante, ou résidant en permanence sur son territoire conformément à sa législation applicable;

ii) toute entreprise ou autre organisation organisée conformément à la législation applicable sur le territoire de cette partie contractante;

b) en ce qui concerne un «Etat tiers», toute personne physique, entreprise ou organisation qui remplit, mutatis mutandis, les conditions

stabe a für eine Vertragspartei angegebenen Voraussetzungen sinngemäß erfüllt;

8. bedeutet „Investitionen vornehmen" oder „Vorname von Investitionen" das Tätigen neuer Investitionen, den vollständigen oder teilweisen Erwerb vorhandener Investitionen oder die Verlagerung in andere Bereiche der Investitionstätigkeit;

9. bedeutet „Erträge" die aus einer Investition herrührenden oder mit ihr zusammenhängenden Beträge, unabhängig von der Form, in der sie gezahlt werden, einschließlich Gewinne, Dividenden, Zinsen, Kapitalzuwächse, Lizenzentgelte, Entgelt für die Betriebsleitung, technische Hilfe oder sonstige Entgelte und Sachleistungen;

10. bedeutet „Gebiet" in bezug auf einen Staat, der Vertragspartei ist,

   a) das Hoheitsgebiet unter seiner Souveränität, wobei davon ausgegangen wird, daß das Hoheitsgebiet das Land, die inneren Gewässer und das Küstenmeer umfaßt, und

   b) vorbehaltlich des internationalen Seerechts und im Einklang mit diesem das Meer, den Meeresboden und seinen Untergrund, über welche die Vertragspartei souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse ausübt.

   In bezug auf eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, die Vertragspartei ist, bedeutet „Gebiet" die einzelnen Gebiete der Mitgliedstaaten dieser Organisation entsprechend den in dem Übereinkommen zur Gründung der Organisation enthaltenen Bestimmungen;

11. a) bedeutet „GATT" entweder „GATT 1947" oder „GATT 1994" oder beide, sofern beide anwendbar sind;

   b) „GATT 1947" bedeutet das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen vom 30. Oktober 1947, das der Schlußakte beigefügt war, die auf der Zweiten Tagung des Vorbereitenden Ausschusses der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Beschäftigung angenommen wurde, in seiner später berichtigten, ergänzten oder geänderten Fassung;

   c) „GATT 1994" bedeutet das Allgemeine Zoll- und Handelsübereinkommen, das in Anlage 1 A des Übereinkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation enthalten ist, in seiner später berichtigten, ergänzten oder geänderten Fassung;

   eine Vertragspartei des Übereinkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation gilt als Vertragspartei des GATT 1994;

in subparagraph (a) for a Contracting Party.

(8) "Make Investments" or "Making of Investments" means establishing new Investments, acquiring all or part of existing Investments or moving into different fields of Investment activity.

(9) "Returns" means the amounts derived from or associated with an Investment, irrespective of the form in which they are paid, including profits, dividends, interest, capital gains, royalty payments, management, technical assistance or other fees and payments in kind.

(10) "Area" means with respect to a state that is a Contracting Party:

   (a) the territory under its sovereignty, it being understood that territory includes land, internal waters and the territorial sea; and

   (b) subject to and in accordance with the international law of the sea: the sea, sea-bed and its subsoil with regard to which that Contracting Party exercises sovereign rights and jurisdiction.

   With respect to a Regional Economic Integration Organization which is a Contracting Party, Area means the Areas of the member states of such Organization, under the provisions contained in the agreement establishing that Organization.

(11) (a) "GATT" means "GATT 1947" or "GATT 1994", or both of them where both are applicable.

   (b) "GATT 1947" means the General Agreement on Tariffs and Trade, dated 30 October 1947, annexed to the Final Act Adopted at the Conclusion of the Second Session of the Preparatory Committee of the United Nations Conference on Trade and Employment, as subsequently rectified, amended or modified.

   (c) "GATT 1994" means the General Agreement on Tariffs and Trade as specified in Annex 1A of the Agreement Establishing the World Trade Organization, as subsequently rectified, amended or modified.

   A party to the Agreement Establishing the World Trade Organization is considered to be a party to GATT 1994.

énoncées au point a) pour une partie contractante.

8) «Investir» ou «réaliser des investissements» désigne le fait de réaliser de nouveaux investissements, en acquérant tout ou partie des investissements existants ou en se tournant vers d'autres domaines d'activités d'investissement.

9) «Rendement» désigne les revenus qui découlent d'un investissement ou qui y sont associés, quelle que soit la forme sous laquelle le paiement est effectué, y compris les profits, dividendes, intérêts, plus-values, royalties, frais de gestion, d'assistance technique ou tout autre droit ou paiement en nature.

10) «Zone» désigne, par rapport à un Etat qui est partie contractante:

   a) le territoire qui relève de sa souveraineté, étant entendu que ce territoire inclut les terres, les eaux intérieures et les eaux territoriales; et

   b) sous réserve du droit international de la mer et en conformité avec celui-ci la mer, les fonds marins et leur sous-sol sur lesquels cette partie contractante exerce des droits souverains et sa juridiction.

   En ce qui concerne les organisations d'intégration économique régionale qui sont parties contractantes, on entend par «zone» la zone des Etats membres de cette organisation conformément aux dispositions contenues dans l'acte constitutif de cette organisation.

11) a) «GATT» désigne le GATT 1947 ou le GATT 1994, ou les deux lorsque les deux sont applicables.

   b) «GATT 1947» désigne l'accord général sur les tarifs douaniers et le commerce daté du 30 octobre 1947, annexé à l'Acte final adopté à l'issue de la deuxième session du Comité préparatoire de la Conférence des Nations Unies sur le commerce et l'emploi, tel que corrigé, amendé ou modifié ultérieurement.

   c) «GATT 1994» désigne l'accord général sur les tarifs douaniers et le commerce tel que spécifié à l'annexe 1A de l'accord établissant l'Organisation mondiale du commerce, tel que corrigé, amendé ou modifié ultérieurement.

   Une partie à l'accord établissant l'Organisation mondiale du commerce est considérée comme étant partie au GATT 1994.

d) bedeutet „dazugehörige Rechtsinstrumente" je nach Zusammenhang

i) unter der Schirmherrschaft des GATT 1947 geschlossene Übereinkommen, Vereinbarungen oder sonstige Rechtsinstrumente einschließlich Beschlüsse, Erklärungen und Vereinbarungen in ihren später berichtigten, geänderten oder ergänzten Fassungen oder

ii) das Übereinkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation, einschließlich seiner Anlage 1 (außer GATT 1994), seiner Anlagen 2, 3 und 4 und der dazugehörigen Beschlüsse, Erklärungen und Vereinbarungen in ihren später berichtigten, geänderten oder ergänzten Fassungen;

12. schließt „geistiges Eigentum" Urheberrechte und verwandte Rechte, Marken, geographische Angaben, gewerbliche Muster, Patente, Layout-Designs integrierter Schaltkreise und den Schutz nicht offengelegter Informationen ein;

13. a) bedeutet „Energiechartaprotokoll" oder „Protokoll" einen Vertrag, dessen Aushandlung die Chartakonferenz genehmigt und dessen Wortlaut sie angenommen hat und den zwei oder mehr Vertragsparteien geschlossen haben, um die Bestimmungen dieses Vertrags in bezug auf jeden Tätigkeitsbereich oder jede Tätigkeitsart, die unter diesen Vertrag fallen, oder die unter Titel III der Charta genannten Bereiche der Zusammenarbeit zu vervollständigen, zu ergänzen, auszudehnen oder zu erweitern;

b) bedeutet „Energiechartaerklärung" oder „Erklärung" ein nicht bindendes Rechtsinstrument, dessen Aushandlung die Chartakonferenz genehmigt und dessen Wortlaut sie gebilligt hat und das von zwei oder mehr Vertragsparteien zur Ergänzung oder Vervollständigung dieses Vertrags geschlossen wurde;

14. bedeutet „frei konvertierbare Währung" eine Währung, die in erheblichem Umfang an den internationalen Devisenmärkten gehandelt und in erheblichem Umfang bei internationalen Transaktionen verwendet wird.

Artikel 2

Zweck des Vertrags

Dieser Vertrag schafft den rechtlichen Rahmen für die Förderung langfristiger Zusammenarbeit im Energiebereich auf der Grundlage der gegenseitigen Ergänzung und des gegenseitigen Nutzens im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Charta.

(d) "Related Instruments" means, as appropriate:

(i) agreements, arrangements or other legal instruments, including decisions, declarations and understandings, concluded under the auspices of GATT 1947 as subsequently rectified, amended or modified; or

(ii) the Agreement Establishing the World Trade Organization including its Annex 1 (except GATT 1994), its Annexes 2, 3 and 4, and the decisions, declarations and understandings related thereto, as subsequently rectified, amended or modified.

(12) "Intellectual Property" includes copyrights and related rights, trademarks, geographical indications, industrial designs, patents, layout designs of integrated circuits and the protection of undisclosed information.

(13) (a) "Energy Charter Protocol" or "Protocol" means a treaty, the negotiation of which is authorized and the text of which is adopted by the Charter Conference, which is entered into by two or more Contracting Parties in order to complement, supplement, extend or amplify the provisions of this Treaty with respect to any specific sector or category of activity within the scope of this Treaty, or to areas of cooperation pursuant to Title III of the Charter.

(b) "Energy Charter Declaration" or "Declaration" means a non-binding instrument, the negotiation of which is authorized and the text of which is approved by the Charter Conference, which is entered into by two or more Contracting Parties to complement or supplement the provisions of this Treaty.

(14) "Freely Convertible Currency" means a currency which is widely traded in international foreign exchange markets and widely used in international transactions.

Article 2

Purpose of the Treaty

This Treaty establishes a legal framework in order to promote long-term cooperation in the energy field, based on complementarities and mutual benefits, in accordance with the objectives and principles of the Charter.

d) «Instruments connexes» désigne, selon le cas:

i) les accords, arrangements ou autres instruments juridiques, y compris les décisions, déclarations et clauses interprétatives, conclus sous les auspices du GATT 1947, tels que rectifiés, amendés ou modifiés ultérieurement; ou

ii) l'accord établissant l'Organisation mondiale du commerce, y compris son annexe 1 (à l'exclusion du GATT 1994), ses annexes 2, 3 et 4, et les décisions, déclarations et clauses interprétatives y relatives, tels que rectifiés, amendés ou modifiés ultérieurement.

12) «Propriété intellectuelle» comprend les droits d'auteur et les droits connexes, les marques commerciales, les indications géographiques, les dessins et modèles industriels, les brevets, les topographies des circuits intégrés et la protection d'informations non divulguées.

13) a) «Protocole sur la Charte de l'énergie» ou «protocole» désignent un traité dont la négociation est autorisée et le texte adopté par la Conférence de la Charte et qui est conclu par deux ou plusieurs parties contractantes en vue de compléter, remplacer, étendre ou amplifier les dispositions du présent traité pour un secteur ou une catégorie d'activité spécifiques entrant dans le champ d'application du présent traité, ou pour les domaines de coopération visés au titre III de la Charte.

b) «Déclaration de la Charte de l'énergie» ou «déclaration» désignent un instrument non contraignant dont la négociation est autorisée et le texte approuvé par la Conférence de la Charte et qui est conclu par deux ou plusieurs parties contractantes en vue de préciser ou compléter les dispositions du présent traité.

14) «Devise librement convertible» désigne une devise largement négociée sur les marchés des changes internationaux et largement utilisée dans les transactions internationales.

Article 2

Objet du traité

Le présent traité établit un cadre juridique destiné à promouvoir la coopération à long terme dans le domaine de l'énergie, et fondé sur la complémentarité et les avantages mutuels, conformément aux objectifs et aux principes de la Charte.

Teil II
Handel

Artikel 3
Internationale Märkte

Die Vertragsparteien wirken darauf hin, für Primärenergieträger und Energieerzeugnisse den Zugang zu den internationalen Märkten unter marktüblichen Bedingungen zu erleichtern und ganz allgemein einen offenen und wettbewerblichen Markt zu entwickeln.

Artikel 4
Nichtbeeinträchtigung des GATT und der dazugehörigen Rechtsinstrumente

Dieser Vertrag beeinträchtigt nicht zwischen einzelnen Vertragsparteien, die Vertragsparteien des GATT sind, die Bestimmungen des GATT und der dazugehörigen Rechtsinstrumente, wie sie zwischen diesen Vertragsparteien Anwendung finden.

Artikel 5
Handelsbezogene Investitionsmaßnahmen

(1) Eine Vertragspartei wendet handelsbezogene Investitionsmaßnahmen nicht an, die mit Artikel III oder XI des GATT unvereinbar sind; dieses gilt unbeschadet der Rechte und Pflichten der Vertragspartei aus dem GATT und den dazugehörigen Rechtsinstrumenten sowie Artikel 29.

(2) Solche Maßnahmen schließen jede Investitionsmaßnahme ein, die aufgrund inländischer Rechtsvorschriften oder aufgrund von Verwaltungsentscheidungen zwingend vorgeschrieben oder durchsetzbar oder deren Einhaltung zur Erlangung eines Vorteils notwendig ist und derzufolge

a) ein Unternehmen Waren inländischen Ursprungs oder inländischer Herkunft kaufen oder verwenden muß, wobei bestimmte Waren, eine Warenmenge oder ein Warenwert oder ein Anteil an der Menge oder dem Wert seiner einheimischen Produktion vorgeschrieben sein können, oder

b) der Kauf oder die Verwendung eingeführter Waren durch ein Unternehmen auf einen Umfang beschränkt wird, der sich nach der Menge oder dem Wert einheimischer Waren, die es ausführt, richtet

oder die

c) die Einfuhr von Waren durch ein Unternehmen, die bei dessen einheimischer Produktion verwendet werden oder diese Produktion betreffen, sei es generell oder auf einen Umfang beschränkt, der sich nach der Menge oder dem Wert der von dem Unternehmen ausgeführten einheimischen Produktion richtet;

Part II
Commerce

Article 3
International markets

The Contracting Parties shall work to promote access to international markets on commercial terms, and generally to develop an open and competitive market, for Energy Materials and Products.

Article 4
Non-derogation from GATT and Related Instruments

Nothing in this Treaty shall derogate, as between particular Contracting Parties which are parties to the GATT, from the provisions of the GATT and Related Instruments as they are applied between those Contracting Parties.

Article 5
Trade-related investment measures

(1) A Contracting Party shall not apply any trade-related investment measure that is inconsistent with the provisions of article III or XI of the GATT; this shall be without prejudice to the Contracting Party's rights and obligations under the GATT and Related Instruments and Article 29.

(2) Such measures include any investment measure which is mandatory or enforceable under domestic law or under any administrative ruling, or compliance with which is necessary to obtain an advantage, and which requires:

(a) the purchase or use by an enterprise of products of domestic origin or from any domestic source, whether specified in terms of particular products, in terms of volume or value of products, or in terms of a proportion of volume or value of its local production; or

(b) that an enterprise's purchase or use of imported products be limited to an amount related to the volume or value of local products that it exports;

or which restricts:

(c) the importation by an enterprise of products used in or related to its local production, generally or to an amount related to the volume or value of local production that it exports;

Partie II
Commerce

Article 3
Marchés internationaux

Les parties contractantes œuvrent en vue de promouvoir l'accès aux marchés internationaux des matières et produits énergétiques à des conditions commerciales et, de manière générale, de développer un marché ouvert et concurrentiel de l'énergie.

Article 4
Non-dérogation au GATT et aux instruments connexes

Aucune disposition du présent traité ne déroge, dans les relations entre parties contractantes qui sont parties au GATT, aux dispositions du GATT et des instruments connexes telles qu'elles sont appliquées entre ces parties contractantes.

Article 5
Mesures d'investissement liées au commerce

1. Aucune partie contractante ne peut appliquer des mesures d'investissement liées au commerce qui sont incompatibles avec les dispositions des articles III ou XI du GATT; cette disposition s'entend sans préjudice des droits et obligations des parties contractantes découlant du GATT et des instruments connexes ainsi que de l'article 29.

2. Les mesures en question comprennent toute mesure d'investissement qui est obligatoire ou exécutable en vertu du droit national ou de tout règlement administratif, ou dont le respect est nécessaire pour l'obtention d'un avantage, et qui requiert:

a) l'achat ou l'utilisation par une entreprise de produits d'origine nationale ou de toute autre source nationale, que ce so en termes de produits particuliers, en termes de volume ou de valeur des produits, ou en termes de proportion de volume ou de valeur de sa production locale; ou

b) un achat ou une utilisation, par une entreprise, de produits ou services importés qui soient limités à un montant proportionnel au volume ou à la valeur des produits ou services locaux qu'il exporte,

ou qui restreint:

c) l'importation, par une entreprise, de produits utilisés dans sa production locale ou en rapport avec elle de façon générale ou à un montant proportionnel au volume ou à la valeur de la production locale qu'elle exporte;

d) die Einfuhr von Waren durch ein Unternehmen, die bei dessen einheimischer Produktion verwendet werden oder diese Produktion betreffen, durch Beschränkung des Zugangs zu Devisen auf einen Betrag beschränkt, der sich nach den dem Unternehmen anzurechnenden Devisenzuflüssen richtet, oder

e) die Ausfuhr oder den Verkauf zur Ausfuhr von Waren durch ein Unternehmen beschränkt, wobei bestimmte Waren, eine Warenmenge oder ein Warenwert oder ein Anteil an der Menge oder dem Wert seiner einheimischen Produktion vorgeschrieben sein können.

(3) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als werde eine Vertragspartei daran gehindert, die in Absatz 2 Buchstaben a und c beschriebenen handelsbezogenen Investitionsmaßnahmen als Voraussetzung für die Berechtigung zu Ausfuhrförderung, Auslandshilfe, öffentlicher Beschaffung oder Präferenzprogramme für Zölle oder Kontingente anzuwenden.

(4) Ungeachtet des Absatzes 1 kann eine Vertragspartei handelsbezogene Investitionsmaßnahmen, die mehr als 180 Tage in Kraft waren, bevor die Vertragspartei diesen Vertrag unterzeichnet hat, vorbehaltlich der Bestimmungen über Notifikationen und Übergangsbestimmungen in Anlage TRM, vorläufig beibehalten.

Artikel 6

Wettbewerb

(1) Jede Vertragspartei wirkt darauf hin, Marktverzerrungen und Wettbewerbsbeschränkungen bei einer Wirtschaftstätigkeit im Energiebereich zu verringern.

(2) Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß innerhalb ihrer Zuständigkeit Gesetze vorhanden sind und durchgesetzt werden, die erforderlich und geeignet sina, gegen einseitiges und abgestimmtes wettbewerbswidriges Verhalten bei einer Wirtschaftstätigkeit im Energiebereich vorzugehen.

(3) Vertragsparteien, die in der Anwendung von Wettbewerbsregeln bereits Erfahrung haben, prüfen umfassend, gegenüber anderen Vertragsparteien auf Ersuchen und im Rahmen verfügbarer Mittel technische Hilfe bei der Entwicklung und Umsetzung von Wettbewerbsregeln zu leisten.

(4) Die Vertragsparteien können bei der Durchsetzung ihrer Wettbewerbsregeln durch Konsultationen und Informationsaustausch zusammenarbeiten.

(5) Ist eine Vertragspartei der Auffassung, daß ein bestimmtes wettbewerbswidriges Verhalten im Gebiet einer anderen Vertragspartei sich auf wichtige Interessen nachteilig auswirkt, die für die Zwecke dieses Artikels von Bedeutung sind, so kann die Vertragspartei dies der anderen Vertragspartei mitteilen und diese darum ersuchen, daß ihre Wettbewerbsbehörden geeignete

(d) the importation by an enterprise of products used in or related to its local production by restricting its access to foreign exchange to an amount related to the foreign exchange inflows attributable to the enterprise; or

(e) the exportation or sale for export by an enterprise of products, whether specified in terms of particular products, in terms of volume or value of products, or in terms of a proportion of volume or value of its local production.

(3) Nothing in paragraph (1) shall be construed to prevent a Contracting Party from applying the trade-related investment measures described in subparagraphs (2)(a) and (c) as a condition of eligibility for export promotion, foreign aid, government procurement or preferential tariff or quota programmes.

(4) Notwithstanding paragraph (1), a Contracting Party may temporarily continue to maintain trade-related investment measures which were in effect more than 180 days before its signature of this Treaty, subject to the notification and phase-out provisions set out in Annex TRM.

Article 6

Competition

(1) Each Contracting Party shall work to alleviate market distortions and barriers to competition in Economic Activity in the Energy Sector.

(2) Each Contracting Party shall ensure that within its jurisdiction it has and enforces such laws as are necessary and appropriate to address unilateral and concerted anti-competitive conduct in Economic Activity in the Energy Sector.

(3) Contracting Parties with experience in applying competition rules shall give full consideration to providing, upon request and within available resources, technical assistance on the development and implementation of competition rules to other Contracting Parties.

(4) Contracting Parties may cooperate in the enforcement of their competition rules by consulting and exchanging information.

(5) If a Contracting Party considers that any specified anti-competitive conduct carried out within the Area of another Contracting Party is adversely affecting an important interest relevant to the purposes identified in this Article, the Contracting Party may notify the other Contracting Party and may request that its competition authorities initiate appropriate enforcement action. The no-

d) l'importation, par une entreprise, de produits ou services utilisés dans sa production locale ou en rapport avec celle-ci, l'accès de l'entreprise étant limité au change pour un montant proportionnel à l'afflux de devises étrangères qui est attribuable à celle-ci; ou

e) l'exportation ou la vente pour exportation de produits par une entreprise, que ce soit en termes de produits particuliers, en termes de volume ou de valeur des produits ou en termes d'une proportion du volume ou de la valeur de sa production locale.

3. Aucune disposition du paragraphe 1 ne peut être interprétée comme empêchant une partie contractante d'appliquer les mesures d'investissement liées au commerce décrites au paragraphe 2 points a) et c) en tant que condition d'éligibilité à la promotion des exportations, à l'aide étrangère, aux marchés publics ou aux programmes de tarifs ou de quotas préférentiels.

4. Nonobstant le paragraphe 1, une partie contractante peut temporairement maintenir les mesures d'investissement liées au commerce qui étaient appliquées depuis plus de 180 jours à la date de la signature du présent traité, sous réserve des dispositions de l'annexe TRM relatives à la notification et à l'élimination progressive.

Article 6

Concurrence

1. Chaque partie contractante œuvre en vue de lutter contre les distorsions de marché et les entraves à la concurrence dans les activités économiques du secteur de l'énergie.

2. Chaque partie contractante s'assure que, dans les limites de sa juridiction, elle a et applique les dispositions législatives nécessaires et appropriées pour faire face à tout comportement anticoncurrentiel unilatéral et concerté dans les activités économiques du secteur de l'énergie.

3. Les parties contractantes disposant d'une expérience dans l'application des règles régissant la concurrence examinent avec attention la possibilité de fournir, sur demande et dans les limites des ressources disponibles, une assistance technique aux autres parties contractantes pour l'élaboration et la mise en œuvre de règles de concurrence.

4. Les parties contractantes peuvent coopérer dans l'application de leurs règles de concurrence en procédant à des consultations et des échanges d'informations.

5. Lorsqu'une partie contractante estime qu'un comportement anticoncurrentiel déterminé observé dans la zone d'une autre partie contractante a un effet négatif sur un intérêt important relatif aux objectifs définis au présent article, elle peut le notifier à l'autre partie contractante et demander que les autorités de celle-ci compétentes en matière de concurrence entament une action

Durchsetzungsmaßnahmen ergreifen. Die notifizierende Vertragspartei macht in ihrer Notifikation ausreichende Angaben, damit die andere Vertragspartei das in der Notifikation angesprochene wettbewerbswidrige Verhalten feststellen kann; die notifizierende Vertragspartei bietet weitere Informationen und ihre Zusammenarbeit an, soweit sie dazu in der Lage ist. Die Vertragspartei, welche die Notifikation erhalten hat, beziehungsweise ihre zuständigen Wettbewerbsbehörden können die Wettbewerbsbehörden der notifizierenden Vertragspartei konsultieren und prüfen umfassend das Ersuchen der notifizierenden Vertragspartei, wenn sie darüber entscheiden, ob sie Durchsetzungsmaßnahmen gegen das in der Notifikation behauptete wettbewerbswidrige Verhalten einleiten. Die Vertragspartei, welche die Notifikation erhalten hat, teilt der notifizierenden Vertragspartei ihre Entscheidung beziehungsweise die Entscheidung ihrer zuständigen Wettbewerbsbehörden mit; sie kann, falls sie es wünscht, der notifizierenden Vertragspartei die Gründe für ihre Entscheidung angeben. Werden Durchsetzungsmaßnahmen eingeleitet, so teilt die Vertragspartei, welche die Notifikation erhalten hat, der notifizierenden Vertragspartei das Ergebnis und, soweit möglich, wesentliche zwischenzeitliche Entwicklungen mit.

(6) Dieser Artikel verlangt von einer Vertragspartei nicht die Erteilung von Informationen, die ihren Gesetzen über die Preisgabe von Informationen, die Vertraulichkeit oder das Geschäftsgeheimnis entgegenstehen.

(7) Die Verfahren nach Absatz 5 und Artikel 27 Absatz 1 sind im Rahmen dieses Vertrags das einzige Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten, die bei der Durchführung oder Auslegung dieses Artikels entstehen können.

Artikel 7

Transit

(1) Jede Vertragspartei trifft die erforderlichen Maßnahmen, um den Transit von Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen zu erleichtern, im Einklang mit dem Grundsatz der Transitfreiheit und ohne Unterscheidung hinsichtlich des Ursprungs, der Bestimmung oder des Eigentums der Primärenergieträger und Energieerzeugnisse oder Diskriminierung bei der Preisfestsetzung auf der Grundlage dieser Unterscheidungen, ohne unangemessene Verzögerungen, Beschränkungen oder Abgaben aufzuerlegen.

(2) Die Vertragsparteien ermutigen die zuständigen Stellen zur Zusammenarbeit in folgenden Bereichen:

a) Modernisierung der Energiebeförderungseinrichtungen, die zum Transit von Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen erforderlich sind;

b) Entwicklung und Betrieb von Energiebeförderungseinrichtungen, mit denen das Gebiet von mehr als einer Vertragspartei versorgt wird;

tifying Contracting Party shall include in such notification sufficient information to permit the notified Contracting Party to identify the anti-competitive conduct that is the subject of the notification and shall include an offer of such further information and cooperation as the notifying Contracting Party is able to provide. The notified Contracting Party or, as the case may be, the relevant competition authorities may consult with the competition authorities of the notifying Contracting Party and shall accord full consideration to the request of the notifying Contracting Party in deciding whether or not to initiate enforcement action with respect to the alleged anti-competitive conduct identified in the notification. The notified Contracting Party shall inform the notifying Contracting Party of its decision or the decision of the relevant competition authorities and may if it wishes inform the notifying Contracting Party of the grounds for the decision. If enforcement action is initiated, the notified Contracting Party shall advise the notifying Contracting Party of its outcome and, to the extent possible, of any significant interim development.

(6) Nothing in this Article shall require the provision of information by a Contracting Party contrary to its laws regarding disclosure of information, confidentiality or business secrecy.

(7) The procedures set forth in paragraph (5) and Article 27(1) shall be the exclusive means within this Treaty of resolving any disputes that may arise over the implementation or interpretation of this Article.

Article 7

Transit

(1) Each Contracting Party shall take the necessary measures to facilitate the Transit of Energy Materials and Products consistent with the principle of freedom of transit and without distinction as to the origin, destination or ownership of such Energy Materials and Products or discrimination as to pricing on the basis of such distinctions, and without imposing any unreasonable delays, restrictions or charges.

(2) Contracting Parties shall encourage relevant entities to cooperate in:

(a) modernizing Energy Transport Facilities necessary to the Transit of Energy Materials and Products;

(b) the development and operation of Energy Transport Facilities serving the Areas of more than one Contracting Party;

coercitive appropriée. La partie contractante qui procède à la notification inclut dans cette dernière des informations suffisantes pour permettre à la partie contractante qui reçoit la notification d'identifier le comportement anticoncurrentiel qui fait l'objet de la notification et propose en même temps toute autre information et toute coopération qu'elle est en mesure de fournir. La partie contractante qui reçoit la notification ou, le cas échéant, ses autorités compétentes en matière de concurrence peuvent consulter les autorités responsables en matière de concurrence de la partie contractante qui a procédé à la notification et prennent pleinement en considération la requête de l'autre partie contractante lorsqu'elles décident s'il y a lieu ou non d'entamer une action coercitive en rapport avec le comportement anticoncurrentiel allégué indiqué dans la notification. La partie contractante qui a reçu la notification informe l'autre partie contractante de sa décision ou de la décision de ses autorités compétentes en matière de concurrence et lui fait connaître, si elle le souhaite, les motifs de la décision. Si l'action coercitive est engagée, la partie contractante qui a reçu la notification avise l'autre partie contractante de son résultat et, dans la mesure du possible, de toute évolution intermédiaire significative.

6. Aucune disposition du présent article n'impose à une partie contractante de fournir des informations contraires à ses lois sur la divulgation de renseignements, la confidentialité ou le secret commercial.

7. Les procédures décrites au paragraphe 5 et à l'article 27 paragraphe 1 constituent les seuls moyens prévus par le présent traité pour le règlement des différends qui pourraient survenir au sujet de l'application ou de l'interprétation du présent article.

Article 7

Transit

1. Chaque partie contractante prend les mesures nécessaires pour faciliter le transit des matières et produits énergétiques en conformité avec le principe de libre transit et sans distinction quant à l'origine, à la destination ou à la propriété de ces matières et produits énergétiques, ni discrimination quant à une formation des prix faite sur la base de telles distinctions, de même que sans imposer de retards, de restrictions ou de taxes déraisonnables.

2. Les parties contractantes encouragent les instances compétentes à coopérer:

a) à la modernisation des équipements de transport d'énergie nécessaires au transit des matières et produits énergétiques;

b) au développement et au fonctionnement des équipements de transport d'énergie desservant la zone de plus d'une partie contractante;

c) Maßnahmen zur Milderung der Auswirkungen von Ausfällen bei der Versorgung mit Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen;

d) Erleichterung des Verbunds von Energiebeförderungseinrichtungen.

(3) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, dafür zu sorgen, daß in ihren Vorschriften über die Beförderung von Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen und die Nutzung von Energiebeförderungseinrichtungen Primärenergieträger und Energieerzeugnisse im Transit nicht weniger günstig behandelt werden als Primärenergieträger und Energieerzeugnisse, deren Ursprung oder Bestimmung in ihrem eigenen Gebiet liegt, sofern eine geltende internationale Übereinkunft nichts anderes bestimmt.

(4) Kann der Transit von Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen nicht zu marktüblichen Bedingungen mit Hilfe von Energiebeförderungseinrichtungen erreicht werden, so legen die Vertragsparteien der Schaffung neuer Kapazitäten keine Hindernisse in den Weg, sofern anwendbare Rechtsvorschriften, die mit Absatz 1 vereinbar sind, nichts anderes bestimmen.

(5) Eine Vertragspartei, durch deren Gebiet Primärenergieträger und Energieerzeugnisse im Transit geleitet werden können, ist nicht verpflichtet,

a) den Bau oder die Änderung von Energiebeförderungseinrichtungen zu gestatten oder

b) einen neuen oder zusätzlichen Transit durch bestehende Energiebeförderungseinrichtungen zu gestatten,

wenn sie den anderen beteiligten Vertragsparteien nachweist, daß dies die Sicherheit oder Effizienz ihrer Energienetze einschließlich der Versorgungssicherheit gefährden würde.

Vorbehaltlich der Absätze 6 und 7 sichern die Vertragsparteien den seit langem bestehenden Fluß von Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen zu, von und zwischen den Gebieten anderer Vertragsparteien.

(6) Eine Vertragspartei, durch deren Gebiet der Transit von Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen verläuft, darf im Fall einer Streitigkeit über eine Frage im Zusammenhang mit diesem Transit den Transit weder unterbrechen noch verringern, und sie darf nicht einer ihrer Aufsicht unterstehenden Stelle gestatten oder eine ihrer Gerichtsbarkeit unterstehende Stelle auffordern, den vorhandenen Fluß der Primärenergieträger und Energieerzeugnisse zu unterbrechen oder zu verringern, bevor das in Absatz 7 vorgesehene Streitbeilegungsverfahren abgeschlossen ist, es sei denn, dies ist in einem privatrechtlichen Vertrag oder einer anderen Vereinbarung über den Transit ausdrücklich vorgesehen oder nach Maßgabe der Entscheidung des Schlichters erlaubt.

(c) measures to mitigate the effects of interruptions in the supply of Energy Materials and Products;

(d) facilitating the interconnection of Energy Transport Facilities.

(3) Each Contracting Party undertakes that its provisions relating to transport of Energy Materials and Products and the use of Energy Transport Facilities shall treat Energy Materials and Products in Transit in no less favourable a manner than its provisions treat such materials and products originating in or destined for its own Area, unless an existing international agreement provides otherwise.

(4) In the event that Transit of Energy Materials and Products cannot be achieved on commercial terms by means of Energy Transport Facilities the Contracting Parties shall not place obstacles in the way of new capacity being established, except as may be otherwise provided in applicable legislation which is consistent with paragraph (1).

(5) A Contracting Party through whose Area Energy Materials and Products may transit shall not be obliged to

(a) permit the construction or modification of Energy Transport Facilities; or

(b) permit new or additional Transit through existing Energy Transport Facilities,

which it demonstrates to the other Contracting Parties concerned would endanger the security or efficiency of its energy systems, including the security of supply.

Contracting Parties shall, subject to paragraphs (6) and (7), secure established flows of Energy Materials and Products to, from or between the Areas of other Contracting Parties.

(6) A Contracting Party through whose Area Energy Materials and Products transit shall not, in the event of a dispute over any matter arising from that Transit, interrupt or reduce, permit any entity subject to its control to interrupt or reduce, or require any entity subject to its jurisdiction to interrupt or reduce the existing flow of Energy Materials and Products prior to the conclusion of the dispute resolution procedures set out in paragraph (7), except where this is specifically provided for in a contract or other agreement governing such Transit or permitted in accordance with the conciliator's decision.

c) aux mesures visant à compenser les effets des interruptions de l'approvisionnement en matières et produits énergétiques;

d) à la facilitation de l'interconnexion des équipements de transport d'énergie.

3. Chaque partie contractante s'engage à ce que ses dispositions relatives au transport des matières et produits énergétiques et l'utilisation des équipements de transport d'énergie traitent les matières et produits énergétiques en transit d'une manière non moins favorable que les matières et produits originaires de sa propre zone ou destinés à celle-ci, à moins qu'un accord international existant n'en dispose autrement.

4. Dans le cas où les équipements de transport d'énergie ne permettent pas un transit de matières et produits énergétiques à des conditions commerciales, les parties contractantes ne créent aucun obstacle à l'établissement de nouvelles capacités, sauf disposition contraire d'une législation applicable et conforme au paragraphe 1.

5. Une partie contractante dans la zone de laquelle transitent des matières et produits énergétiques n'est pas tenue:

a) de permettre la construction ou la modification d'équipements de transport d'énergie; ou

b) de permettre d'autres transits ou des transits supplémentaires utilisant les équipements de transport d'énergie existants,

si elle peut prouver aux autres parties contractantes concernées que la sécurité ou l'efficacité de ses systèmes énergétiques, y compris sa sécurité d'approvisionnement, seraient ainsi mises en péril.

Les parties contractantes garantissent, sous réserve des paragraphes 6 et 7, le transit de flux établis de matières et produits énergétiques à destination ou en provenance des zones d'autres parties contractantes ou entre ces zones.

6. Une partie contractante dans la zone de laquelle transitent des matières et produits énergétiques s'abstient, en cas de différend portant sur une question quelconque soulevée par ce transit, d'interrompre ou de réduire le flux existant de matières et produits énergétiques, ou de permettre à toute entité soumise à son contrôle ou d'enjoindre à une entité relevant de sa juridiction d'interrompre ou de réduire ce flux, avant l'achèvement des procédures de règlement de différend décrites au paragraphe 7, sauf si cela est expressément prévu par un contrat ou un autre accord régissant ce transit ou autorisé en conformité avec la décision du conciliateur.

(7) Folgende Bestimmungen finden auf eine in Absatz 6 beschriebene Streitigkeit Anwendung, jedoch erst, nachdem alle einschlägigen vertraglichen oder sonstigen Mittel der Streitbeilegung erschöpft sind, die zuvor zwischen den Vertragsparteien, die Streitparteien sind, oder zwischen einem in Absatz 6 genannten Rechtsträger und einem Rechtsträger einer anderen Vertragspartei, die Streitparteien sind, vereinbart wurden.

a) Eine Vertragspartei, die Streitpartei ist, kann die Streitigkeit an den Generalsekretär in einer Notifikation verweisen, in der die strittigen Fragen zusammengefaßt sind. Der Generalsekretär unterrichtet alle Vertragsparteien von der Notifikation.

b) Binnen 30 Tagen nach Eingang dieser Notifikation bestellt der Generalsekretär in Konsultation mit den Streitparteien und den anderen betroffenen Vertragsparteien einen Schlichter. Dieser muß über Erfahrung in den strittigen Angelegenheiten verfügen und darf weder Staatsangehöriger oder Bürger einer Streitpartei oder einer der anderen betroffenen Vertragsparteien sein noch in einer von ihnen seinen ständigen Aufenthalt haben.

c) Der Schlichter bemüht sich um die Zustimmung der Streitparteien zu einer Streitbeilegung oder zu einem Verfahren, durch das die Streitbeilegung herbeigeführt wird. Ist es dem Schlichter innerhalb von 90 Tagen nach seiner Bestellung nicht gelungen, eine solche Zustimmung herbeizuführen, so empfiehlt er eine Beilegung der Streitigkeit oder ein Verfahren zur Beilegung der Streitigkeit und entscheidet über einstweilige Tarife und sonstige Bedingungen für den Transit, die von einem von ihm zu bestimmenden Zeitpunkt an einzuhalten sind, bis die Streitigkeit beigelegt ist.

d) Die Vertragsparteien verpflichten sich zur Einhaltung und sorgen für die Einhaltung jeder einstweiligen Entscheidung nach Buchstabe c über Tarife und Bedingungen durch die ihrer Aufsicht oder Gerichtsbarkeit unterstehenden Stellen in den 12 Monaten nach der Entscheidung des Schlichters oder bis zur Beilegung der Streitigkeit, falls dieser Zeitpunkt früher ist.

e) Ungeachtet des Buchstabens b kann sich der Generalsekretär entschließen, keinen Schlichter zu bestellen, wenn er der Auffassung ist, daß die Streitigkeit einen Transit betrifft, der bereits Gegenstand des unter den Buchstaben a bis d vorgesehenen Streitbeilegungsverfahrens ist oder war, das nicht zu einer Beilegung der Streitigkeit geführt hat.

f) Die Chartakonferenz beschließt Standardbestimmungen über den Verlauf des Vergleichsverfahrens und die Vergütung der Schlichter.

(8) Die Rechte und Pflichten einer Vertragspartei aufgrund des Völkerrechts, ein-

(7) The following provisions shall apply to a dispute described in paragraph (6), but only following the exhaustion of all relevant contractual or other dispute resolution remedies previously agreed between the Contracting Parties party to the dispute or between any entity referred to in paragraph (6) and an entity of another Contracting Party party to the dispute:

(a) A Contracting Party party to the dispute may refer it to the Secretary-General by a notification summarizing the matters in dispute. The Secretary-General shall notify all Contracting Parties of any such referral.

(b) Within 30 days of receipt of such a notification, the Secretary-General, in consultation with the parties to the dispute and the other Contracting Parties concerned, shall appoint a conciliator. Such a conciliator shall have experience in the matters subject to dispute and shall not be a national or citizen of or permanently resident in a party to the dispute or one of the other Contracting Parties concerned.

(c) The conciliator shall seek the agreement of the parties to the dispute to a resolution thereof or upon a procedure to achieve such resolution. If within 90 days of his appointment he has failed to secure such agreement, he shall recommend a resolution to the dispute or a procedure to achieve such resolution and shall decide the interim tariffs and other terms and conditions to be observed for Transit from a date which he shall specify until the dispute is resolved.

(d) The Contracting Parties undertake to observe and ensure that the entities under their control or jurisdiction observe any interim decision under subparagraph (c) on tariffs, terms and conditions for 12 months following the conciliator's decision or until resolution of the dispute, whichever is earlier.

(e) Notwithstanding subparagraph (b) the Secretary-General may elect not to appoint a conciliator if in his judgement the dispute concerns Transit that is or has been the subject of the dispute resolution procedures set out in subparagraphs (a) to (d) and those proceedings have not resulted in a resolution of the dispute.

(f) The Charter Conference shall adopt standard provisions concerning the conduct of conciliation and the compensation of conciliators.

(8) Nothing in this Article shall derogate from a Contracting Party's rights and obliga-

7. Les dispositions qui suivent s'appliquent au différend décrit au paragraphe 6, mais uniquement après épuisement de tous les moyens contractuels ou autres de règlement des différends préalablement convenus entre les parties contractantes parties au différend ou entre toute entité visée au paragraphe 6 et une entité d'une autre partie contractante partie au différend:

a) Une partie contractante partie au différend peut déférer celui-ci au Secrétaire général par une notification résumant l'objet du différend. Le Secrétaire général notifie cette saisine à toutes les parties contractantes.

b) Dans les 30 jours suivant la réception de cette notification, le Secrétaire général, en consultation avec les parties au différend et les autres parties contractantes concernées, nomme un conciliateur. Ce conciliateur doit avoir une expérience des questions faisant l'objet du différend et ne doit pas être un ressortissant, un citoyen ou un résident permanent sur le territoire d'une partie au différend ou de l'une ou l'autre des parties contractantes concernées.

c) Le conciliateur recherche l'accord des parties au différend sur une solution de celui-ci ou sur une procédure permettant de parvenir à une telle résolution. Si, dans les 90 jours de sa nomination, il n'est pas parvenu à dégager un tel accord, il recommande une résolution du différend ou une procédure permettant de parvenir à une telle résolution et il décide des tarifs douaniers provisoires et d'autres conditions et modalités devant être respectées pour le transit à partir de la date qu'il détermine jusqu'au règlement du différend.

d) Les parties contractantes s'engagent à observer et à garantir que les entités soumises à leur contrôle ou relevant de leur juridiction observent toute décision provisoire prise au titre du point c) en ce qui concerne les tarifs douaniers et les conditions et modalités au cours des 12 mois suivant la décision du conciliateur ou jusqu'au règlement du différend, l'échéance retenue étant celle qui se produit en premier lieu.

e) Nonobstant le point b), le Secrétaire général peut choisir de ne pas nommer de conciliateur s'il juge que le différend concerne un transit qui fait ou a fait l'objet des procédures de règlement du différend prévues aux points a) à d) et que ces procédures n'ont pas abouti à un règlement du différend.

f) La Conférence de la Charte adopte des dispositions types sur le déroulement de la procédure de conciliation et sur la rémunération des conciliateurs.

8. Aucune disposition du présent article ne déroge aux droits et obligations des par-

schließlich des Völkergewohnheitsrechts, aus bestehenden zweiseitigen oder mehrseitigen Übereinkünften einschließlich der Regeln über unterseeische Kabel und Rohrleitungen bleiben durch diesen Artikel unberührt.

(9) Dieser Artikel ist nicht so auszulegen, als verpflichte er eine Vertragspartei, die nicht über eine bestimmte Art von Energiebeförderungseinrichtungen für den Transit verfügt, aufgrund dieses Artikels Maßnahmen in bezug auf diese Art der Einrichtung zu treffen. Diese Vertragspartei ist jedoch verpflichtet, Absatz 4 einzuhalten.

(10) Im Sinne dieses Artikels

a) bedeutet „Transit"

i) die Beförderung durch das Gebiet einer Vertragspartei oder zu oder aus Hafenanlagen in ihrem Gebiet zum Be- und Entladen von Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen, die ihren Ursprung im Gebiet eines anderen Staates und ihre Bestimmung im Gebiet eines dritten Staates haben, solange entweder der andere Staat oder der dritte Staat Vertragspartei ist,

ii) die Beförderung durch das Gebiet einer Vertragspartei von Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen, die ihren Ursprung im Gebiet einer anderen Vertragspartei und ihre Bestimmung im Gebiet dieser anderen Vertragspartei haben, sofern die beiden beteiligten Vertragsparteien nichts anderes beschließen und ihren Beschluß gemeinsam in die Anlage N eintragen. Die beiden Vertragsparteien können ihre Eintragung in Anlage N löschen, indem sie diese Absicht dem Sekretariat, in einer gemeinsamen schriftlichen Notifikation mitteilen, dieses leitet die Notifikation an alle übrigen Vertragsparteien weiter. Die Löschung wird vier Wochen nach der ersten Notifikation wirksam;

b) bestehen „Energiebeförderungseinrichtungen" aus Gas-Hochdruckrohrleitungen, Hochspannungsnetzen und -leitungen, Rohölfernleitungen, Schlammkohle-Rohrleitungen, Rohrleitungen für Mineralölprodukte und anderen ortsfesten Einrichtungen speziell für den Umgang mit Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen.

Artikel 8

Weitergabe von Technologie

(1) Die Vertragsparteien kommen überein, den Zugang zu Energietechnologie und die Weitergabe dieser Technologie auf marktüblicher und nichtdiskriminierender Grundlage zu fördern, um den wirksamen Handel mit Primärenergieträgern und Ener-

tions under international law including customary international law, existing bilateral or multilateral agreements, including rules concerning submarine cables and pipelines.

(9) This Article shall not be so interpreted as to oblige any Contracting Party which does not have a certain type of Energy Transport Facilities used for Transit to take any measure under this Article with respect to that type of Energy Transport Facilities. Such a Contracting Party is, however, obliged to comply with paragraph (4).

(10) For the purposes of this Article:

(a) "Transit" means

(i) the carriage through the Area of a Contracting Party, or to or from port facilities in its Area for loading or unloading, of Energy Materials and Products originating in the Area of another state and destined for the Area of a third state, so long as either the other state or the third state is a Contracting Party; or

(ii) the carriage through the Area of a Contracting Party of Energy Materials and Products originating in the Area of another Contracting Party and destined for the Area of that other Contracting Party, unless the two Contracting Parties concerned decide otherwise and record their decision by a joint entry in Annex N. The two Contracting Parties may delete their listing in Annex N by delivering a joint written notification of their intentions to the Secretariat, which shall transmit that notification to all other Contracting Parties. The deletion shall take effect four weeks after such former notification.

(b) "Energy Transport Facilities" consist of high-pressure gas transmission pipelines, high-voltage electricity transmission grids and lines, crude oil transmission pipelines, coal slurry pipelines, oil product pipelines, and other fixed facilities specifically for handling Energy Materials and Products.

Article 8

Transfer of technology

(1) The Contracting Parties agree to promote access to and transfer of energy technology on a commercial and non-discriminatory basis to assist effective trade in Energy Materials and Products and Investment and to implement the objectives of the

ties contractantes découlant du droit international, y compris le droit international coutumier, et des accords bilatéraux ou multilatéraux existants, y compris les règles relatives aux câbles et pipelines sous-marins.

9. Le présent article ne peut être interprété comme obligeant une partie contractante qui ne dispose pas d'un type déterminé d'équipements de transport d'énergie pour le transit à prendre des mesures au titre de cet article en ce qui concerne ce type d'équipements de transport d'énergie. Une telle partie contractante est toutefois tenue de se conformer aux dispositions du paragraphe 4.

10. Aux fins du présent article:

a) «Transit» désigne:

i) le transport, à travers la zone d'une partie contractante ou à destination ou en provenance des installations portuaires situées dans sa zone à des fins de chargement ou de déchargement, de produits et matières énergétiques originaires de la zone d'un autre Etat et destinés à la zone d'un troisième Etat, pour autant que l'autre Etat ou le troisième Etat soit une partie contractante; ou

ii) le transport, à travers la zone d'une partie contractante, de produits et matières énergétiques originaires de la zone d'une autre partie contractante et destinés à la zone de cette autre partie contractante, sauf si les deux parties contractantes concernées en décident autrement et qu'elles enregistrent leur décision par une inscription commune à l'annexe N. Les deux parties contractantes peuvent supprimer leur inscription à l'annexe N en notifiant conjointement, par écrit, leur intention au Secrétariat, qui transmet cette notification à toutes les autres parties contractantes. La suppression prend effet quatre semaines après cette notification.

b) «Equipements de transport d'énergie» désigne les gazoducs à haute pression, les réseaux et lignes de transmission d'électricité à haute tension, les oléoducs pour pétrole brut, les conduites pour l'acheminement de boues de charbon, les conduites pour produits pétroliers et tous autres équipements fixes spécifiquement destinés à la manutention de matières et produits énergétiques.

Article 8

Transfert de technologie

1. Les parties contractantes conviennent de promouvoir l'accès à la technologie de l'énergie et les transferts de celle-ci sur une base commerciale et non discriminatoire afin de favoriser des échanges efficaces de produits et matériaux énergétiques et des

gieerzeugnissen und Investitionen zu begünstigen und die Ziele der Charta nach Maßgabe ihrer Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften und des Schutzes des geistigen Eigentums zu verwirklichen.

(2) Demgemäß, soweit es zur Durchführung des Absatzes 1 erforderlich ist, beseitigen die Vertragsparteien bestehende Hemmnisse und schaffen keine neuen Hemmnisse für die Weitergabe von Technologie auf dem Gebiet der Primärenergieträger und Energieerzeugnisse und verwandter Ausrüstungen und Dienstleistungen, vorbehaltlich der Verpflichtungen wegen der Nichtverbreitung und sonstiger internationaler Verpflichtungen.

Charter subject to their laws and regulations, and to the protection of Intellectual Property rights.

(2) Accordingly, to the extent necessary to give effect to paragraph (1) the Contracting Parties shall eliminate existing and create no new obstacles to the transfer of technology in the field of Energy Materials and Products and related equipment and services, subject to non-proliferation and other international obligations.

investissements et de mettre en œuvre les objectifs de la Charte, sous réserve de leurs lois et règlements et de la protection des droits de propriété intellectuelle.

2. En conséquence, dans la mesure nécessaire pour donner effet au paragraphe 1, les parties contractantes éliminent les obstacles existants et n'en créent pas de nouveaux au transfert de technologie dans le domaine des matières et produits énergétiques et des équipements et services connexes, sous réserve des obligations de non-prolifération et des autres obligations internationales.

Artikel 9

Zugang zu Kapital

(1) Die Vertragsparteien erkennen die Bedeutung offener Kapitalmärkte für die Förderung des Kapitalflusses zur Finanzierung des Handels mit Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen und zur Vornahme und Unterstützung von Investitionen in eine Wirtschaftstätigkeit im Energiebereich in den Gebieten anderer Vertragsparteien an, insbesondere derjenigen, deren Wirtschaft sich im Übergang befindet. Jede Vertragspartei ist daher bestrebt, die Bedingungen für den Zugang von Gesellschaften und Staatsangehörigen anderer Vertragsparteien zu ihrem Kapitalmarkt zum Zweck der Finanzierung des Handels mit Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen und zum Zweck der Investition in eine Wirtschaftstätigkeit im Energiebereich in den Gebieten jener anderen Vertragsparteien auf einer Grundlage zu fördern, die nicht weniger günstig ist als diejenige, die sie unter vergleichbaren Umständen ihren eigenen Gesellschaften und Staatsangehörigen oder Gesellschaften und Staatsangehörigen einer anderen Vertragspartei oder eines dritten Staates einräumt, je nachdem, welche die günstigste ist.

(2) Eine Vertragspartei kann Programme für den Zugang zu öffentlichen Darlehen, Zuschüssen, Garantien oder Versicherungen zur Erleichterung des Außenhandels oder der Auslandsinvestitionen verabschieden und beibehalten. Sie stellt diese Einrichtungen im Einklang mit den Zielen, Beschränkungen und Kriterien dieser Programme (einschließlich Ziele, Beschränkungen oder Kriterien in bezug auf den Ort der Geschäftstätigkeit eines Antragstellers für die Inanspruchnahme einer solchen Einrichtung oder den Ort der Lieferung von Waren oder Dienstleistungen, die mit Hilfe einer solchen Einrichtung bereitgestellt werden) für Investitionen in die Wirtschaftstätigkeit im Energiebereich anderer Vertragsparteien oder für die Finanzierung des Handels mit Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen mit anderen Vertragsparteien zur Verfügung.

(3) Die Vertragsparteien bemühen sich, bei der Durchführung von Programmen für die Wirtschaftstätigkeit im Energiebereich, die darauf abzielen, die wirtschaftliche Sta-

Article 9

Access to capital

(1) The Contracting Parties acknowledge the importance of open capital markets in encouraging the flow of capital to finance trade in Energy Materials and Products and for the making of and assisting with regard to Investments in Economic Activity in the Energy Sector in the Areas of other Contracting Parties, particularly those with economies in transition. Each Contracting Party shall accordingly endeavour to promote conditions for access to its capital market by companies and nationals of other Contracting Parties, for the purpose of financing trade in Energy Materials and Products and for the purpose of Investment in Economic Activity in the Energy Sector in the Areas of those other Contracting Parties, on a basis no less favourable than that which it accords in like circumstances to its own companies and nationals or companies and nationals of any other Contracting Party or any third state, whichever is the most favourable.

(2) A Contracting Party may adopt and maintain programmes providing for access to public loans, grants, guarantees or insurance for facilitating trade or Investment abroad. It shall make such facilities available, consistent with the objectives, constraints and criteria of such programmes (including any objectives, constraints or criteria relating to the place of business of an applicant for any such facility or the place of delivery of goods or services supplied with the support of any such facility) for Investments in the Economic Activity in the Energy Sector of other Contracting Parties or for financing trade in Energy Materials and Products with other Contracting Parties.

(3) Contracting Parties shall, in implementing programmes in Economic Activity in the Energy Sector to improve the economic stability and investment climates of

Article 9

Accés aux capitaux

1. Les parties contractantes reconnaissent l'importance des marchés ouverts de capitaux pour encourager les flux de capitaux destinés à financer les échanges de matières et produits énergétiques et pour réaliser et faciliter les investissements dans les activités économiques du secteur de l'énergie dans les zones des autres parties contractantes, en particulier de celles qui connaissent une économie de transition. Par conséquent, chaque partie contractante s'efforce de favoriser l'accès à son marché des capitaux aux entreprises et ressortissants des autres parties contractantes, aux fins du financement des échanges de matières et produits énergétiques et aux fins des investissements concernant les activités économiques du secteur de l'énergie dans les zones de ces autres parties contractantes, sur la base d'un traitement non moins favorable que celui qui est accordé dans des circonstances similaires à ses propres entreprises et ressortissants ou aux entreprises et ressortissants de toute autre partie contractante ou de tout pays tiers, le régime à retenir étant celui qui est le plus favorable.

2. Une partie contractante peut adopter et appliquer des programmes prévoyant l'accès à des prêts, subventions, garanties ou assurances publics afin de faciliter les échanges ou les investissements à l'étranger. Elle fournit ces facilités, en conformité avec les objectifs, limitations et critères de ces programmes (y compris les motifs, objectifs, limitations ou critères concernant le siège de l'entreprise du demandeur de telles facilités ou le lieu de livraison des biens et services fournis dans le cadre de telles facilités), pour tout investissement dans les activités économiques du secteur de l'énergie d'autres parties contractantes ou pour le financement des échanges de matières et produits énergétiques avec d'autres parties contractantes.

3. Dans la mise en œuvre de programmes d'activités économiques dans le secteur de l'énergie destinés à améliorer la stabilité économique et le climat financier

bilität und das Investitionsklima in den Vertragsparteien zu verbessern, gegebenenfalls die Tätigkeit maßgeblicher internationaler Finanzinstitutionen anzuregen und deren Sachkenntnis zu nutzen.

(4) Dieser Artikel hindert nicht daran,

a) daß Finanzinstitutionen nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen und unter Berücksichtigung der Aufsichtsvorschriften ihre eigenen Kredit- oder Emissionspraktiken anwenden oder

b) daß eine Vertragspartei

i) aufsichtsrechtlich begründete Maßnahmen trifft, einschließlich solcher zum Schutz von Investoren, Verbrauchern, Einlegern, Versicherungsnehmern oder Personen, denen ein Finanzdienstleister eine Treuepflicht schuldet, oder

ii) Maßnahmen trifft, die die Integrität und Stabilität ihres Finanzsystems und ihrer Kapitalmärkte sicherstellen.

the Contracting Parties, seek as appropriate to encourage the operations and take advantage of the expertise of relevant international financial institutions.

(4) Nothing in this Article shall prevent:

(a) financial institutions from applying their own lending or underwriting practices based on market principles and prudential considerations; or

(b) a Contracting Party from taking measures:

(i) for prudential reasons, including the protection of Investors, consumers, depositors, policy-holders or persons to whom a fiduciary duty is owed by a financial service supplier; or

(ii) to ensure the integrity and stability of its financial system and capital markets.

des parties contractantes, celles-ci cherchent à encourager les opérations et à utiliser pleinement l'expérience des institutions financières internationales pertinentes.

4. Aucune disposition du présent article n'empêche:

a) les institutions financières d'appliquer leurs pratiques de prêts ou de garanties fondées sur les principes du marché et les considérations prudentielles; ou

b) une partie contractante de prendre des mesures:

i) pour des raisons prudentielles, y compris pour assurer la protection des investisseurs, des consommateurs, des déposants, des titulaires de police ou des personnes bénéficiant d'une obligation fiduciaire de la part d'un prestataire de services financiers; ou

ii) pour assurer l'intégralité et la stabilité du système financier et des marchés des capitaux.

Teil III
Förderung und Schutz von Investitionen

Artikel 10
Förderung, Schutz und Behandlung von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei fördert und schafft im Einklang mit diesem Vertrag stabile, gerechte, günstige und transparente Bedingungen für Investoren anderer Vertragsparteien, in ihrem Gebiet Investitionen vorzunehmen. Diese Bedingungen umfassen die Verpflichtung, den Investitionen von Investoren anderer Vertragsparteien stets eine faire und gerechte Behandlung zu gewähren. Diese Investitionen genießen auch auf Dauer Schutz und Sicherheit, und keine Vertragspartei darf deren Verwaltung, Aufrechterhaltung, Verwendung, Nutzung oder Veräußerung in irgendeiner Weise durch unangemessene oder diskriminierende Maßnahmen behindern. Diese Investitionen dürfen keinesfalls weniger günstig behandelt werden, als dies nach dem Völkerrecht, einschließlich vertraglicher Verpflichtungen, vorgeschrieben ist. Jede Vertragspartei erfüllt alle Verpflichtungen, die sie gegenüber einem Investor oder einer Investition eines Investors einer anderen Vertragspartei eingegangen ist.

(2) Jede Vertragspartei ist bestrebt, Investoren anderer Vertragsparteien hinsichtlich der Vornahme von Investitionen in ihrem Gebiet die in Absatz 3 beschriebene Behandlung zu gewähren.

(3) Im Sinne dieses Artikels bedeutet „Behandlung" die von einer Vertragspartei

Part III
Investment promotion and protection

Article 10
Promotion, protection, and treatment of investments

(1) Each Contracting Party shall, in accordance with the provisions of this Treaty, encourage and create stable, equitable, favourable and transparent conditions for Investors of other Contracting Parties to Make Investments in its Area. Such conditions shall include a commitment to accord at all times to Investments of Investors of other Contracting Parties fair and equitable treatment. Such Investments shall also enjoy the most constant protection and security and no Contracting Party shall in any way impair by unreasonable or discriminatory measures their management, maintenance, use, enjoyment or disposal. In no case shall such Investments be accorded treatment less favourable than that required by international law, including treaty obligations. Each Contracting Party shall observe any obligations it has entered into with an Investor or an Investment of an Investor of any other Contracting Party.

(2) Each Contracting Party shall endeavour to accord to Investors of other Contracting Parties, as regards the Making of Investments in its Area, the Treatment described in paragraph (3).

(3) For the purposes of this Article, "Treatment" means treatment accorded by a

Partie III
Promotion et protection des investissements

Article 10
Promotion, protection et traitement des investissements

1. Chaque partie contractante encourage et crée, conformément aux dispositions du présent traité, des conditions stables, équitables, favorables et transparentes pour la réalisation d'investissements dans sa zone par les investisseurs des autres parties contractantes. Ces conditions comprennent l'engagement d'accorder, à tout instant, un traitement loyal et équitable aux investissements des investisseurs des autres parties contractantes. Ces investissements bénéficient également d'une protection et d'une sécurité les plus constantes possible, et aucune partie contractante n'entrave, en aucune manière, par des mesures déraisonnables ou discriminatoires, leur gestion, maintien, utilisation, jouissance ou disposition. En aucun cas, ces investissements ne peuvent être traités d'une manière moins favorable que celle requise par le droit international, y compris les obligations conventionnelles. Chaque partie contractante respecte les obligations qu'elle a contractées vis-à-vis d'un investisseur ou à l'égard des investissements d'un investisseur d'une autre partie contractante.

2. Chaque partie contractante s'efforce d'accorder aux investisseurs des autres parties contractantes, en ce qui concerne la réalisation d'investissements dans sa zone, le traitement défini au paragraphe 3.

3. Aux fins du présent article, on entend par «traitement» le traitement qui est ac-

gewährte Behandlung, die nicht weniger günstig ist als die, welche sie ihren eigenen Investoren oder den Investoren einer anderen Vertragspartei oder eines dritten Staates gewährt, je nachdem, welche die günstigste ist.

(4) Ein Zusatzvertrag verpflichtet vorbehaltlich der darin festzulegenden Bedingungen jede seiner Vertragsparteien, Investoren anderer Vertragsparteien hinsichtlich der Vornahme von Investitionen in ihrem Gebiet die in Absatz 3 beschriebene Behandlung zu gewähren. Dieser Zusatzvertrag liegt für die Staaten und Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, die den vorliegenden Vertrag unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, zur Unterzeichnung auf. Die Verhandlungen über den Zusatzvertrag beginnen spätestens am 1. Januar 1995 mit dem Ziel, ihn bis zum 1. Januar 1998 abzuschließen.

(5) Jede Vertragspartei ist in bezug auf die Vornahme von Investitionen in ihrem Gebiet bestrebt,

a) die Ausnahmen von der in Absatz 3 beschriebenen Behandlung auf ein Mindestmaß zu beschränken,

b) die bestehenden Beschränkungen für Investoren anderer Vertragsparteien fortschreitend abzubauen.

(6)

a) Eine Vertragspartei kann in bezug auf die Vornahme von Investitionen in ihrem Gebiet jederzeit freiwillig gegenüber der Chartakonferenz über das Sekretariat ihre Absicht erklären, keine neuen Ausnahmen von der in Absatz 3 beschriebenen Behandlung einzuführen.

b) Eine Vertragspartei kann sich ferner jederzeit freiwillig dazu verpflichten, Investoren anderer Vertragsparteien in bezug auf die Vornahme von Investitionen in einigen oder allen Wirtschaftstätigkeiten im Energiebereich in ihrem Gebiet die in Absatz 3 beschriebene Behandlung zu gewähren. Derartige Verpflichtungen werden dem Sekretariat notifiziert und in Anlage VC genannt; sie sind aufgrund dieses Vertrags bindend.

(7) Jede Vertragspartei gewährt in ihrem Gebiet den Investitionen von Investoren anderer Vertragsparteien und deren damit zusammenhängenden Tätigkeiten einschließlich Verwaltung, Aufrechterhaltung, Verwendung, Nutzung oder Veräußerung keine weniger günstige Behandlung, als sie Investitionen ihrer eigenen Investoren oder von Investoren einer anderen Vertragspartei oder eines dritten Staates und deren damit zusammenhängenden Tätigkeiten einschließlich Verwaltung, Aufrechterhaltung, Verwendung, Nutzung oder Veräußerung gewährt, je nachdem, welche die günstigste ist.

(8) Die Modalitäten der Anwendung des Absatzes 7 im Zusammenhang mit Pro-

Contracting Party which is no less favourable than that which it accords to its own Investors or to Investors of any other Contracting Party or any third state, whichever is the most favourable.

(4) A supplementary treaty shall, subject to conditions to be laid down therein, oblige each party thereto to accord to Investors of other parties, as regards the Making of Investments in its Area, the Treatment described in paragraph (3). That treaty shall be open for signature by the states and Regional Economic Integration Organizations which have signed or acceded to this Treaty. Negotiations towards the supplementary treaty shall commence not later than 1 January 1995, with a view to concluding it by 1 January 1998.

(5) Each Contracting Party shall, as regards the Making of Investments in its Area, endeavour to:

(a) limit to the minimum the exceptions to the Treatment described in paragraph (3);

(b) progressively remove existing restrictions affecting Investors of other Contracting Parties.

(6)

(a) A Contracting Party may, as regards the Making of Investments in its Area, at any time declare voluntarily to the Charter Conference, through the Secretariat, its intention not to introduce new exceptions to the Treatment described in paragraph (3).

(b) A Contracting Party may, furthermore, at any time make a voluntary commitment to accord to Investors of other Contracting Parties, as regards the Making of Investments in some or all Economic Activities in the Energy Sector in its Area, the Treatment described in paragraph (3). Such commitments shall be notified to the Secretariat and listed in Annex VC and shall be binding under this Treaty.

(7) Each Contracting Party shall accord to Investments in its Area of Investors of other Contracting Parties, and their related activities including management, maintenance, use, enjoyment or disposal, treatment no less favourable than that which it accords to Investments of its own Investors or of the Investors of any other Contracting Party or any third state and their related activities including management, maintenance, use, enjoyment or disposal, whichever is the most favourable.

(8) The modalities of application of paragraph (7) in relation to programmes under

cordé par une partie contractante et qui n'est pas moins favorable que celui qu'elle accorde à ses propres investisseurs ou aux investisseurs de toute autre partie contractante ou de tout Etat tiers, le traitement à retenir étant celui qui est le plus favorable.

4. Un traité complémentaire obligera toute partie à celui-ci, aux conditions qui y seront stipulées, à accorder aux investisseurs des autres parties, pour la réalisation d'investissements dans sa zone, le traitement défini au paragraphe 3. Ce traité sera ouvert à la signature des Etats et des organisations d'intégration économique régionale qui ont signé le présent traité ou y ont adhéré. Les négociations relatives à ce traité complémentaire commenceront au plus tard le 1er janvier 1995, la conclusion de celui-ci étant prévue d'ici au 1er janvier 1998.

5. Chaque partie contractante s'efforce, en ce qui concerne la réalisation d'investissements dans sa zone:

a) de limiter au maximum les exceptions au traitement défini au paragraphe 3;

b) de supprimer progressivement les restrictions existantes qui touchent les investisseurs des autres parties contractantes.

6.

a) Une partie contractante peut, en ce qui concerne la réalisation d'investissements dans sa zone, déclarer volontairement à tout moment à la Conférence de la Charte, par l'intermédiaire du Secrétariat, qu'elle a l'intention de ne pas introduire de nouvelles exceptions au traitement défini au paragraphe 3.

b) En outre, une partie contractante peut à tout moment s'engager volontairement à accorder aux investisseurs des autres parties contractantes pour la réalisation, dans sa zone, d'investissements portant sur certaines ou l'ensemble des activités économiques du secteur de l'énergie, le traitement défini au paragraphe 3. Ces engagements sont notifiés au Secrétariat et consignés à l'annexe VC et sont contraignants dans le cadre du présent traité.

7. Chaque partie contractante accorde aux investissements réalisés dans sa zone par des investisseurs d'autres parties contractantes, ainsi qu'à leurs activités connexes, y compris leur gestion, entretien, utilisation, jouissance ou disposition, un traitement aussi favorable que celui qu'elle accorde aux investissements de ses propres investisseurs ou des investisseurs de toute autre partie contractante ou de tout Etat tiers, ainsi qu'à leur gestion, entretien, utilisation, jouissance ou disposition, le traitement à retenir étant celui qui est le plus favorable.

8. Les modalités d'application du paragraphe 7 dans le cadre des programmes en

grammen, in deren Rahmen eine Vertragspartei Zuschüsse oder sonstige Finanzierungshilfen für die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Energietechnologie gewährt oder Verträge schließt, bleiben dem in Absatz 4 beschriebenen Zusatzvertrag vorbehalten. Jede Vertragspartei hält die Chartakonferenz über das Sekretariat über die Modalitäten, die sie auf die in diesem Absatz beschriebenen Programme anwendet, auf dem laufenden.

(9) Jeder Staat oder jede Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, die diesen Vertrag unterzeichnen oder ihm beitreten, übermitteln dem Sekretariat an dem Tag, an dem sie den Vertrag unterzeichnen oder ihre Beitrittsurkunde hinterlegen, einen Bericht, in dem alle Gesetze, sonstigen Rechtsvorschriften oder anderen Maßnahmen zusammengefaßt sind, die sich auf folgendes beziehen:

a) die Ausnahmen zu Absatz 2 oder

b) die in Absatz 8 bezeichneten Programme.

Eine Vertragspartei hält ihren Bericht auf aktuellem Stand, indem sie dem Sekretariat umgehend Änderungen mitteilt. Die Chartakonferenz überprüft diese Berichte in regelmäßigen Abständen.

Hinsichtlich des Buchstabens a kann der Bericht Teile des Energiebereichs bezeichnen, in denen eine Vertragspartei den Investoren anderer Vertragsparteien die in Absatz 3 beschriebene Behandlung gewährt.

Hinsichtlich des Buchstabens b kann die Überprüfung durch die Chartakonferenz auch den Auswirkungen dieser Programme auf Wettbewerb und Investitionen gelten.

(10) Ungeachtet aller anderen Bestimmungen dieses Artikels findet die in den Absätzen 3 und 7 beschriebene Behandlung auf den Schutz des geistigen Eigentums keine Anwendung; statt dessen wird die Behandlung angewandt, die in den entsprechenden Bestimmungen der anwendbaren internationalen Übereinkünfte zum Schutz der Rechte des geistigen Eigentums vorgeschrieben ist, deren Vertragsparteien die betreffenden Vertragsparteien des vorliegenden Vertrags sind.

(11) Für die Zwecke das Artikels 26 gilt die Anwendung einer in Artikel 5 Absätze 1 und 2 beschriebenen handelsbezogenen Investitionsmaßnahme durch eine Vertragspartei auf die Investition eines Investors einer anderen Vertragspartei, die zum Zeitpunkt einer solchen Anwendung besteht, vorbehaltlich des Artikels 5 Absätze 3 und 4 als Verletzung einer Verpflichtung der erstgenannten Vertragspartei aus diesem Teil.

(12) Jede Vertragspartei stellt sicher, daß ihr innerstaatliches Recht wirksame Mittel zur Geltendmachung von Ansprüchen und zur Durchsetzung von Rechten in bezug auf Investitionen, Investitionsvereinbarungen und Investitionsgenehmigungen vorsieht.

which a Contracting Party provides grants or other financial assistance, or enters into contracts, for energy technology research and development, shall be reserved for the supplementary treaty described in paragraph (4). Each Contracting Party shall through the Secretariat keep the Charter Conference informed of the modalities it applies to the programmes described in this paragraph.

(9) Each state or Regional Economic Integration Organization which signs or accedes to this Treaty shall, on the date it signs the Treaty or deposits its instrument of accession, submit to the Secretariat a report summarizing all laws, regulations or other measures relevant to:

(a) exceptions to paragraph (2); or

(b) the programmes referred to in paragraph (8).

A Contracting Party shall keep its report up to date by promptly submitting amendments to the Secretariat. The Charter Conference shall review these reports periodically.

In respect of subparagraph (a) the report may designate parts of the energy sector in which a Contracting Party accords to Investors of other Contracting Parties the Treatment described in paragraph (3).

In respect of subparagraph (b) the review by the Charter Conference may consider the effects of such programmes on competition and Investments.

(10) Notwithstanding any other provision of this Article, the treatment described in paragraphs (3) and (7) shall not apply to the protection of Intellectual Property; instead, the treatment shall be as specified in the corresponding provisions of the applicable international agreements for the protection of Intellectual Property rights to which the respective Contracting Parties are parties.

(11) For the purposes of Article 26, the application by a Contracting Party of a trade-related investment measure as described in Article 5(1) and (2) to an Investment of an Investor of another Contracting Party existing at the time of such application shall, subject to Article 5(3) and (4), be considered a breach of an obligation of the former Contracting Party under this Part.

(12) Each Contracting Party shall ensure that its domestic law provides effective means for the assertion of claims and the enforcement of rights with respect to Investments, investment agreements, and investment authorizations.

vertu desquels une partie contractante octroie une subvention ou une autre aide financière ou passe un contrat de recherche et de développement technologique dans le domaine de l'énergie sont réservées au traité complémentaire visé au paragraphe 4. Chaque partie contractante informe la Conférence de la Charte, par l'intermédiaire du Secrétariat, des modalités qu'elle applique aux programmes visés au présent paragraphe.

9. Chaque Etat ou organisation d'intégration économique régionale qui signe le présent traité ou y adhère présente au Secrétariat, à la date à laquelle il signe le traité ou dépose son instrument d'adhésion, un rapport résumant l'ensemble des dispositions législatives, réglementaires ou autres relatives:

a) aux exceptions au paragraphe 2; ou

b) aux programmes visés au paragraphe 8.

Les parties contractantes tiennent leur rapport à jour en communiquant rapidement les changements au Secrétariat. La Conférence de la Charte examine ces rapports périodiquement.

En ce qui concerne le point a), le rapport peut indiquer les segments du secteur de l'énergie dans lesquels une partie contractante accorde aux investisseurs des autres parties contractantes le traitement défini au paragraphe 3.

En ce qui concerne le point b), l'examen effectué par la Conférence de la Charte peut considérer les effets des programmes en question sur la concurrence et les investissements.

10. Nonobstant les autres dispositions du présent article, le traitement défini aux paragraphes 3 et 7 ne s'applique pas à la protection de la propriété intellectuelle; le traitement entrant en ligne de compte est celui qui est prévu par les dispositions correspondantes des accords internationaux applicables à la protection des droits de propriété intellectuelle auxquelles les parties contractantes respectives sont parties.

11. Aux fins de l'article 26, l'application par une partie contractante d'une des mesures d'investissement liées au commerce décrites à l'article 5 paragraphes 1 et 2 à un investissement d'un investisseur d'une autre partie contractante existant au moment de cette application est considérée, sous réserve de l'article 5 paragraphes 3 et 4, comme une violation d'une obligation de la première partie contractante au titre de la présente partie.

12. Chaque partie contractante veille à ce que son droit interne offre des moyens efficaces pour introduire des revendications et faire valoir des droits en ce qui concerne les investissements, les accords d'investissement et les autorisations d'investissement.

Artikel 11
Personal in Schlüsselpositionen

(1) Eine Vertragspartei prüft vorbehaltlich ihrer Gesetze und sonstigen Vorschriften über die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung natürlicher Personen nach Treu und Glauben die Anträge von Investoren einer anderen Vertragspartei und von Personal in Schlüsselpositionen, das von solchen Investoren oder für Investitionen solcher Investoren beschäftigt wird und in ihr Gebiet einreisen und sich dort vorübergehend aufhalten will, um Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Vornahme oder der Entwicklung, Verwaltung, Aufrechterhaltung, Verwendung, Nutzung oder Veräußerung der betreffenden Investitionen auszuüben, einschließlich der Erbringung von Beratungsdiensten oder maßgeblichen technischen Diensten.

(2) Eine Vertragspartei erlaubt Investoren einer anderen Vertragspartei, die in ihrem Gebiet Investitionen getätigt haben, und Investitionen dieser Investoren, eine Person in Schlüsselposition nach Wahl des Investors oder der Investition ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft zu beschäftigen, sofern dieser Person bewilligt worden ist, in das Gebiet der ersteren Vertragspartei einzureisen, sich dort aufzuhalten und dort zu arbeiten und die betreffende Beschäftigung den in der Bewilligung für diese Person genannten Bedingungen, Auflagen und Fristen entspricht.

Article 11
Key personnel

(1) A Contracting Party shall, subject to its laws and regulations relating to the entry, stay and work of natural persons, examine in good faith requests by Investors of another Contracting Party, and key personnel who are employed by such Investors or by Investments of such Investors, to enter and remain temporarily in its Area to engage in activities connected with the making or the development, management, maintenance, use, enjoyment or disposal of relevant Investments, including the provision of advice or key technical services.

(2) A Contracting Party shall permit Investors of another Contracting Party which have Investments in its Area, and Investments of such Investors, to employ any key person of the Investor's or the Investment's choice regardless of nationality and citizenship provided that such key person has been permitted to enter, stay and work in the Area of the former Contracting Party and that the employment concerned conforms to the terms, conditions and time limits of the permission granted to such key person.

Article 11
Personnel de base

1. Sous réserve de ses lois et règlements concernant l'entrée, le séjour et le travail des personnes physiques, chaque partie contractante examine de bonne foi les demandes formulées par les investisseurs d'une autre partie contractante et par le personnel qui est employé par ces investisseurs ou dans le cadre des investissements de ces investisseurs pour être autorisés à entrer et à séjourner temporairement dans sa zone en vue de s'engager dans des activités liées à la réalisation ou au développement, à la gestion, à la maintenance, à l'utilisation, à la jouissance ou à la disposition des investissements en question, y compris la fourniture de conseils ou de services techniques de base.

2. Toute partie contractante permet aux investisseurs d'une autre partie contractante qui ont des investissements dans sa zone, ainsi qu'aux investissements de ces investisseurs d'employer du personnel de base choisi par ces investisseurs ou ces investissements sans considération de nationalité ou de citoyenneté pour autant que ce personnel de base ait été autorisé à entrer, à séjourner et à travailler dans la zone de la première partie contractante et que le recrutement en question soit conforme aux conditions, modalités et aux limites de durée de l'autorisation accordée à ce personnel de base.

Artikel 12
Entschädigung für Verluste

(1) Sofern nicht Artikel 13 Anwendung findet, wird einem Investor einer Vertragspartei, der in bezug auf eine Investition im Gebiet einer anderen Vertragspartei infolge von Krieg oder einer anderen bewaffneten Auseinandersetzung, nationalem Notstand, Unruhen oder einem ähnlichen Ereignis im Gebiet dieser anderen Vertragspartei Verluste erleidet, von dieser Vertragspartei bei der Rückerstattung, Abfindung, Entschädigung oder sonstigen Regelung die günstigste Behandlung gewährt, die diese Vertragspartei jedem anderen Investor, sei es ihrem eigenen Investor oder dem Investor einer anderen Vertragspartei oder sei es dem Investor eines dritten Staates zuteil werden läßt.

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 erhält der Investor einer Vertragspartei, der in einem in Absatz 1 genannten Fall im Gebiet einer anderen Vertragspartei wegen

a) vollständiger oder teilweiser Beschlagnahme seiner Investition durch die Streitkräfte oder Behörden dieser Vertragspartei oder

b) vollständiger oder teilweiser Zerstörung seiner Investition durch die Streitkräfte oder Behörden dieser Vertragspartei, welche unter den gegebenen Umständen nicht erforderlich war,

Article 12
Compensation for losses

(1) Except where Article 13 applies, an Investor of any Contracting Party which suffers a loss with respect to any Investment in the Area of another Contracting Party owing to war or other armed conflict, state of national emergency, civil disturbance, or other similar event in that Area, shall be accorded by the latter Contracting Party, as regards restitution, indemnification, compensation or other settlement, treatment which is the most favourable of that which that Contracting Party accords to any other Investor, whether its own Investor, the Investor of any other Contracting Party, or the Investor of any third state.

(2) Without prejudice to paragraph (1), an Investor of a Contracting Party which, in any of the situations referred to in that paragraph, suffers a loss in the Area of another Contracting Party resulting from

(a) requisitioning of its Investment or part thereof by the latter's forces or authorities; or

(b) destruction of its Investment or part thereof by the latter's forces or authorities, which was not required by the necessity of the situation,

Article 12
Compensation pour perte

1. Sauf dans les cas où l'article 13 s'applique, un investisseur d'une partie contractante qui subit des pertes concernant un investissement réalisé dans la zone d'une autre partie contractante en raison d'une guerre ou de tout autre conflit armé, d'un état d'urgence national, de troubles civils ou d'autres événements similaires survenant dans cette zone bénéficie de la part de cette autre partie contractante, en ce qui concerne toute restitution, indemnisation ou compensation ou tout autre règlement, du traitement le plus favorable que cette partie contractante accorde aux autres investisseurs, qu'il s'agisse de ses propres investisseurs, des investisseurs d'une autre partie contractante ou d'un Etat tiers.

2. Sans préjudice du paragraphe 1, un investisseur d'une partie contractante qui, dans une des situations visées audit paragraphe, subit des pertes dans la zone d'une autre partie contractante qui résulte:

a) de la réquisition de ses investissements ou d'une partie de ceux-ci par les forces ou les autorités de cette dernière; ou

b) de la destruction de ses investissements ou d'une partie de ceux-ci par les forces ou les autorités de cette dernière, qui n'était pas requise par les nécessités de la situation,

Verluste erleidet, eine Rückerstattung oder Entschädigung, die in jedem Fall umgehend, wertentsprechend und tatsächlich verwertbar sein muß.

shall be accorded restitution or compensation which in either case shall be prompt, adequate and effective.

se voit accorder une restitution ou une compensation qui, dans les deux cas, doit être prompte, adéquate et effective.

Artikel 13

Enteignung

(1) Investitionen von Investoren einer Vertragspartei im Gebiet einer anderen Vertragspartei dürfen nicht verstaatlicht, enteignet oder einer Maßnahme gleicher Wirkung wie Verstaatlichung oder Enteignung (im folgenden als „Enteignung" bezeichnet) unterworfen werden; davon ausgenommen sind Enteignungen, die

a) im öffentlichen Interesse liegen,

b) nicht diskriminierend sind,

c) nach den rechtsstaatlichen Grundsätzen erfolgen und

d) mit einer umgehenden, wertentsprechenden und tatsächlich verwertbaren Entschädigung einhergehen.

Die Höhe der Entschädigung muß dem angemessenen Marktwert der enteigneten Investition entsprechen, den sie unmittelbar vor dem sich auf den Wert der Investition auswirkenden Bekanntwerden der Enteignung oder bevorstehenden Enteignung hatte (im folgenden als „Bewertungszeitpunkt" bezeichnet).

Dieser angemessene Marktwert wird auf Antrag des Investors in einer frei konvertierbaren Währung auf der Grundlage des zum Bewertungszeitpunkt am Markt geltenden Wechselkurses der betreffenden Währung angegeben. Die Entschädigung umfaßt auch Zinsen zu einem marktgerechten, handelsüblichen Zinssatz für die Zeit vom Tag der Enteignung bis zum Tag der Zahlung.

(2) Der betroffene Investor hat das Recht, nach den Gesetzen der die Enteignung vornehmenden Vertragspartei, seinen Fall, die Bewertung seiner Investition und die Entschädigungszahlung von einem Gericht oder einer anderen zuständigen und unabhängigen Behörde dieser Vertragspartei im Einklang mit den in Absatz 1 aufgestellten Grundsätzen umgehend überprüfen zu lassen.

(3) Enteignung umfaßt auch den Sachverhalt, in dem eine Vertragspartei die Vermögenswerte einer Gesellschaft oder eines Unternehmens in ihrem Gebiet enteignet, an denen ein Investor einer anderen Vertragspartei in Form einer Investition beteiligt ist, einschließlich durch Anteilsrechte.

Article 13

Expropriation

(1) Investments of Investors of a Contracting Party in the Area of any other Contracting Party shall not be nationalized, expropriated or subjected to a measure or measures having effect equivalent to nationalization or expropriation (hereinafter referred to as "Expropriation") except where such Expropriation is:

(a) for a purpose which is in the public interest;

(b) not discriminatory;

(c) carried out under due process of law; and

(d) accompanied by the payment of prompt, adequate and effective compensation.

Such compensation shall amount to the fair market value of the Investment expropriated at the time immediately before the Expropriation or impending Expropriation became known in such a way as to affect the value of the Investment (hereinafter referred to as the "Valuation Date").

Such fair market value shall at the request of the Investor be expressed in a Freely Convertible Currency on the basis of the market rate of exchange existing for that currency on the Valuation Date. Compensation shall also include interest at a commercial rate established on a market basis from the date of Expropriation until the date of payment.

(2) The Investor affected shall have a right to prompt review, under the law of the Contracting Party making the Expropriation, by a judicial or other competent and independent authority of that Contracting Party, of its case, of the valuation of its Investment, and of the payment of compensation, in accordance with the principles set out in paragraph (1).

(3) For the avoidance of doubt, Expropriation shall include situations where a Contracting Party expropriates the assets of a company or enterprise in its Area in which an Investor of any other Contracting Party has an Investment, including through the ownership of shares.

Article 13

Expropriation

1. Les investissements d'un investisseur d'une partie contractante réalisés dans la zone d'une autre partie contractante ne sont pas nationalisés, expropriés ou soumis à une ou plusieurs mesures ayant des effets équivalents à une nationalisation ou à une expropriation, dénommées ci-après «expropriation», sauf lorsque cette expropriation:

a) est effectuée pour des motifs d'intérêt public;

b) n'est pas discriminatoire;

c) est effectuée avec les garanties prévues par la loi; et

d) est accompagnée du prompt versement d'une compensation adéquate et effective.

Cette compensation équivaut à la valeur marchande équitable de l'investissement exproprié au moment qui précède immédiatement celui où l'expropriation ou l'annonce de l'expropriation a été officiellement connue et a affecté la valeur de l'investissement, ci-après dénommé «date d'estimation».

Cette valeur marchande équitable est exprimée, selon le choix de l'investisseur, dans une devise librement convertible, sur la base du taux de change prévalant sur le marché pour cette devise à la date d'estimation. La compensation inclut également un intérêt à un taux commercial établi sur la base du marché à partir de la date d'expropriation jusqu'à la date de paiement.

2. L'investisseur concerné a le droit de faire procéder à un prompt réexamen, selon la loi de la partie contractante qui exproprie, par une autorité judiciaire ou une autre autorité compétente et indépendante de cette partie contractante, de son cas, de l'estimation de son investissement et du paiement de la compensation, conformément aux principes énoncés au paragraphe 1.

3. Pour prévenir toute équivoque, l'expropriation couvre les situations dans lesquelles une partie contractante exproprie les avoirs d'une compagnie ou d'une entreprise qui opère dans sa zone et dans laquelle un investisseur d'une autre partie contractante a un investissement, y compris par le biais de la détention de titres.

Artikel 14

Transfers im Zusammenhang mit Investitionen

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet in bezug auf Investitionen in ihrem Gebiet von Investoren einer anderen Vertragspartei die Freiheit des Transfers in ihr Gebiet und aus

Article 14

Transfers related to Investments

(1) Each Contracting Party shall with respect to Investments in its Area of Investors of any other Contracting Party guarantee the freedom of transfer into and out of its

Article 14

Transfert des paiements afférents aux investissements

1. Chaque partie contractante garantit, en ce qui concerne les investissements effectués dans sa zone par des investisseurs d'une autre partie contractante, la liberté

ihrem Gebiet einschließlich des Transfers

a) des Gründungskapitals und jedes weiteren Kapitals zur Aufrechterhaltung und Entwicklung einer Investition;

b) der Erträge;

c) der Zahlungen im Rahmen eines Vertrags, einschließlich der Tilgung von Kapital und aufgelaufenen Zinsen aufgrund eines Darlehensvertrags;

d) der nicht ausgegebenen Einkünfte und sonstigen Vergütungen des Personals, das im Zusammenhang mit der Investition aus dem Ausland angeworben wurde;

e) der Erlöse aus dem Verkauf oder der Liquidation einer Investition oder eines Teiles derselben;

f) der Zahlungen infolge der Beilegung einer Streitigkeit und

g) der Entschädigungszahlungen nach den Artikeln 12 und 13.

(2) Transfers nach Absatz 1 erfolgen unverzüglich und (außer im Fall eines Ertrags in Naturalien) in einer frei konvertierbaren Währung.

(3) Transfers werden zu dem am Tag des Transfers am Markt geltenden Wechselkurs für Spotgeschäfte in der zu transferierenden Währung vorgenommen. In Ermangelung eines Devisenmarkts ist – je nachdem, was für den Investor günstiger ist – der letztgültige Kurs für in das Gastland gerichtete Direktinvestitionen oder der letztgültige Kurs für die Umrechnung von Devisen in Sonderziehungsrechte heranzuziehen.

(4) Ungeachtet der Absätze 1 bis 3 kann eine Vertragspartei die Rechte von Gläubigern schützen oder die Einhaltung der Gesetze über die Ausgabe, den Handel und den Verkehr mit Wertpapieren oder die Vollstreckung von Urteilen zivil-, verwaltungs- und strafrechtlicher Verfahren gewährleisten, indem sie ihre Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften in gerechter und nichtdiskriminierender Weise nach Treu und Glauben anwendet.

(5) Ungeachtet des Absatzes 2 können Vertragsparteien, die Staaten sind, welche die ehemalige Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bildeten, untereinander Übereinkünfte schließen, wonach Transfers von Zahlungen in ihren Währungen erfolgen, sofern diese Übereinkünfte Investitionen in ihren Gebieten von Investoren anderer Vertragsparteien nicht weniger günstig behandeln als entweder Investitionen von Investoren der Vertragsparteien, die diese Übereinkünfte geschlossen haben, oder Investitionen von Investoren eines dritten Staates.

(6) Ungeachtet des Absatzes 1 Buchstabe b kann eine Vertragspartei den Transfer

Area, including the transfer of:

(a) the initial capital plus any additional capital for the maintenance and development of an Investment;

(b) Returns;

(c) payments under a contract, including amortization of principal and accrued interest payments pursuant to a loan agreement;

(d) unspent earnings and other remuneration of personnel engaged from abroad in connection with that Investment;

(e) proceeds from the sale or liquidation of all or any part of an Investment;

(f) payments arising out of the settlement of a dispute;

(g) payments of compensation pursuant to Articles 12 and 13.

(2) Transfers under paragraph (1) shall be effected without delay and (except in case of a Return in kind) in a Freely Convertible Currency.

(3) Transfers shall be made at the market rate of exchange existing on the date of transfer with respect to spot transactions in the currency to be transferred. In the absence of a market for foreign exchange, the rate to be used will be the most recent rate applied to inward investments or the most recent exchange rate for conversion of currencies into Special Drawing Rights, whichever is more favourable to the Investor.

(4) Notwithstanding paragraphs (1) to (3), a Contracting Party may protect the rights of creditors, or ensure compliance with laws on the issuing, trading and dealing in securities and the satisfaction of judgements in civil, administrative and criminal adjudicatory proceedings, through the equitable, non-discriminatory, and good faith application of its laws and regulations.

(5) Notwithstanding paragraph (2), Contracting Parties which are states that were constituent parts of the former Union of Soviet Socialist Republics may provide in agreements concluded between them that transfers of payments shall be made in the currencies of such Contracting Parties, provided that such agreements do not treat Investments in their Areas of Investors of other Contracting Parties less favourably than either Investments of Investors of the Contracting Parties which have entered into such agreements or Investments of Investors of any third state.

(6) Notwithstanding subparagraph (1)(b), a Contracting Party may restrict the transfer

des transferts dans sa zone et hors de celle-ci, y compris le transfert:

a) du capital initial plus tout capital additionnel nécessaire au maintien et au développement d'un investissement;

b) des rendements;

c) des paiements effectués au titre d'un contrat, et notamment de l'amortissement du principal et des paiements d'intérêts dus au titre d'un accord d'emprunt;

d) des recettes non dépensées et des autres rémunérations de personnel engagé à l'étranger en rapport avec cet investissement;

e) du produit de la vente ou de la liquidation de tout ou partie d'un investissement;

f) des paiements résultant du règlement d'un différend;

g) des paiements de compensations en application des articles 12 et 13.

2. Les transferts visés au paragraphe 1 sont effectués sans délai et (sauf en cas de rendements en nature) dans une devise librement convertible.

3. Les transferts sont effectués au taux de change prévalant sur le marché à la date du transfert en ce qui concerne les transactions au comptant effectuées dans la devise à transférer. En l'absence de marché des changes, le taux à utiliser est le taux le plus récent appliqué aux investissements nationaux ou le taux de change le plus récent pour la conversion de devises en droits de tirage spéciaux, le taux à retenir étant celui qui est le plus favorable pour l'investisseur.

4. Nonobstant les paragraphes 1 à 3, une partie contractante peut protéger les droits des créanciers ou assurer le respect des lois sur l'émission, le commerce et l'échange d'obligations et l'exécution de jugements dans des procédures civiles, administratives et pénales, par l'application équitable, non discriminatoire et de bonne foi de ses lois et règles.

5. Nonobstant le paragraphe 2, les parties contractantes qui étaient des Etats membres de l'ancienne Union des républiques socialistes soviétiques peuvent prévoir dans des accords conclus entre elles que les transferts de paiements sont effectués dans les monnaies de ces parties contractantes, pour autant que les accords en question ne traitent pas les investissements des investisseurs des autres parties contractantes réalisés dans leur zone d'une manière moins favorable que les investissements des investisseurs des parties contractantes qui ont conclu ces accords ou les investissements des investisseurs d'un Etat tiers.

6. Nonobstant le paragraphe 1 point b), une partie contractante peut restreindre le

eines Ertrags in Naturalien einschränken, falls es der Vertragspartei nach Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe a oder nach dem GATT und den dazugehörigen Rechtsinstrumenten unter Umständen erlaubt ist, die Ausfuhr oder den Exportverkauf des Erzeugnisses, das den Ertrag in Naturalien darstellt, zu beschränken; dies gilt jedoch mit der Maßgabe, daß eine Vertragspartei Transfers von Erträgen in Naturalien gestattet, die in einer Investitionsvereinbarung, Investitionsgenehmigung oder sonstigen schriftlichen Vereinbarung zwischen der Vertragspartei und einem Investor einer anderen Vertragspartei beziehungsweise deren Investition genehmigt oder festgelegt sind.

of a Return in kind in circumstances where the Contracting Party is permitted under Article 29(2)(a) or the GATT and Related Instruments to restrict or prohibit the exportation or the sale for export of the product constituting the Return in kind; provided that a Contracting Party shall permit transfers of Returns in kind to be effected as authorized or specified in an investment agreement, investment authorization, or other written agreement between the Contracting Party and either an Investor of another Contracting Party or its Investment.

transfert d'un rendement en nature lorsque la partie contractante est autorisée par l'article 29 paragraphe 2 point a) ou par le GATT et les instruments connexes à restreindre ou à interdire les exportations ou la vente à l'exportation de produits constituant un rendement en nature, pour autant que cette partie contractante permette d'effectuer des transferts de rendements en nature tels qu'autorisés ou spécifiés dans un accord d'investissement, une autorisation d'investissement ou tout autre accord écrit conclu entre elle et un investisseur d'une autre partie contractante ou son investissement.

Artikel 15

Übertragung von Rechten

(1) Leistet eine Vertragspartei oder die von ihr bestimmte Stelle (im folgenden als „entschädigende Partei" bezeichnet) eine Zahlung aufgrund einer Entschädigungsverpflichtung oder Garantie für eine Investition eines Investors (im folgenden als „entschädigte Partei" bezeichnet) im Gebiet einer anderen Vertragspartei (im folgenden als „gastgebende Partei" bezeichnet), so erkennt die gastgebende Partei folgendes an:

a) die Abtretung aller Rechte und Ansprüche an die entschädigende Partei in bezug auf eine solche Investition und

b) das Recht der entschädigenden Partei, alle diese Rechte auszuüben und diese Ansprüche aufgrund der Übertragung durchzusetzen.

(2) Die entschädigende Partei hat unter allen Umständen Anspruch auf

a) dieselbe Behandlung in bezug auf die Rechte und Ansprüche, die sie aufgrund der Abtretung nach Absatz 1 erworben hat, und

b) dieselben Zahlungen aufgrund solcher Rechte und Ansprüche,

welche die entschädigte Partei aufgrund dieses Vertrags in bezug auf die betreffende Investition zu erhalten berechtigt war.

(3) In einem Verfahren nach Artikel 26 darf eine Vertragspartei nicht als Einwand, als Gegenforderung, als Ausgleichsforderung oder mit irgendeiner anderen Begründung geltend machen, daß eine Abfindung oder eine sonstige Entschädigung für den gesamten behaupteten Schaden oder einen Teil davon im Zuge eines Versicherungs- oder Garantievertrags geleistet wurde oder geleistet werden wird.

Article 15

Subrogation

(1) If a Contracting Party or its designated agency (hereinafter referred to as the "Indemnifying Party") makes a payment under an indemnity or guarantee given in respect of an Investment of an Investor (hereinafter referred to as the "Party Indemnified") in the Area of another Contracting Party (hereinafter referred to as the "Host Party"), the Host Party shall recognize:

(a) the assignment to the Indemnifying Party of all the rights and claims in respect of such Investment; and

(b) the right of the Indemnifying Party to exercise all such rights and enforce such claims by virtue of subrogation.

(2) The Indemnifying Party shall be entitled in all circumstances to:

(a) the same treatment in respect of the rights and claims acquired by it by virtue of the assignment referred to in paragraph (1); and

(b) the same payments due pursuant to those rights and claims,

as the Party Indemnified was entitled to receive by virtue of this Treaty in respect of the Investment concerned.

(3) In any proceeding under Article 26, a Contracting Party shall not assert as a defence, counterclaim, right of set-off or for any other reason, that indemnification or other compensation for all or part of the alleged damages has been received or will be received pursuant to an insurance or guarantee contract.

Article 15

Subrogation

1. Si une partie contractante ou une institution désignée par elle, ci-après dénommée «partie indemnisante», effectue un paiement à titre d'indemnité ou de garantie octroyée pour un investissement réalisé par un investisseur, ci-après dénommée «partie indemnisée», réalisé dans la zone d'une autre partie contractante, ci-après dénommée «partie hôte», la partie hôte reconnaît:

a) la cession à la partie indemnisante de tous les droits et de toutes les créances relatifs à un tel investissement; et

b) le droit de la partie indemnisante d'exercer ces droits et de faire valoir ces créances par voie de subrogation.

2. La partie indemnisante est en droit, en toute circonstance:

a) de bénéficier du même traitement en ce qui concerne ses droits et créances acquis en vertu de la cession visée au paragraphe 1, et

b) de percevoir les mêmes paiements dus au titre de ces droits et de ces créances,

que ceux auxquels la partie indemnisée avait droit en vertu du présent traité pour l'investissement en question.

3. Dans toute procédure engagée au titre de l'article 26, une partie contractante ne peut invoquer pour sa défense, aux fins d'une demande reconventionnelle ou d'un droit de compensation ou pour toute autre raison, que l'indemnisation ou toute autre compensation pour tout ou partie du dommage allégué a été reçue ou sera reçue en application d'un contrat d'assurance ou de garantie.

Artikel 16

Beziehung zu anderen Übereinkünften

Haben zwei oder mehr Vertragsparteien früher eine internationale Übereinkunft geschlossen oder schließen sie später eine solche Übereinkunft, deren Bestimmungen die in Teil III oder V dieses Vertrags behandelten Angelegenheiten betreffen,

Article 16

Relation to other agreements

Where two or more Contracting Parties have entered into a prior international agreement, or enter into a subsequent international agreement, whose terms in either case concern the subject matter of Part III or V of this Treaty,

Article 16

Relation avec d'autres accords

Lorsque deux ou plusieurs parties contractantes ont conclu un accord international antérieur ou concluent postérieurement un accord international dont les dispositions portent dans les deux cas sur l'objet des parties III ou V du présent traité:

1. so darf Teil III oder V dieses Vertrags nicht so ausgelegt werden, als weiche er von Bestimmungen der anderen Übereinkunft oder von dem Recht auf diesbezügliche Streitbeilegung aufgrund der Übereinkunft ab, und
2. so darf keine Bestimmung der anderen Übereinkunft so ausgelegt werden, als weiche sie von einer Bestimmung in Teil III oder V dieses Vertrags oder von dem Recht auf diesbezügliche Streitbeilegung aufgrund dieses Vertrags ab,

soweit eine derartige Bestimmung für den Investor oder die Investition günstiger ist.

(1) nothing in Part III or V of this Treaty shall be construed to derogate from any provision of such terms of the other agreement or from any right to dispute resolution with respect thereto under that agreement; and

(2) nothing in such terms of the other agreement shall be construed to derogate from any provision of Part III or V of this Treaty or from any right to dispute resolution with respect thereto under this Treaty,

where any such provision is more favourable to the Investor or Investment.

1) aucune disposition des parties III ou V du présent traité ne peut être interprétée comme dérogeant aux dispositions de cet autre accord ni au droit d'exiger un règlement du différend concernant ce point conformément à cet accord; et

2) aucune disposition de l'autre accord ne peut être interprétée comme dérogeant aux dispositions des parties III ou V du présent traité ni au droit d'exiger un règlement du différend concernant ce point conformément au présent traité,

lorsque de telles dispositions sont plus favorables pour l'investisseur ou l'investissement.

Artikel 17

Nichtanwendung des Teiles III unter bestimmten Umständen

Jede Vertragspartei behält sich das Recht vor, die Vorteile aus diesem Teil gegenüber folgenden zu verweigern:

1. einer juristischen Person, wenn Staatsbürger oder Staatsangehörige eines dritten Staates Eigentümer dieser juristischen Person sind oder diese kontrollieren und wenn diese juristische Person keine nennenswerte Geschäftstätigkeit im Gebiet der Vertragspartei ausübt, in der sie gegründet wurde;
2. einer Investition, wenn die verweigernde Vertragspartei feststellt, daß es sich um die Investition eines Investors eines dritten Staates handelt, mit dem oder hinsichtlich dessen die verweigernde Vertragspartei
   a) keine diplomatischen Beziehungen unterhält oder
   b) Maßnahmen beschließt oder beibehält,
      i) die Transaktionen mit Investoren jenes Staates verbieten oder
      ii) die verletzt oder umgangen wurden, falls die Vorteile aus diesem Teil den Investoren jenes Staates oder ihren Investitionen gewährt würden.

Article 17

Non-application of Part III in certain circumstances

Each Contracting Party reserves the right to deny the advantages of this Part to:

(1) a legal entity if citizens or nationals of a third state own or control such entity and if that entity has no substantial business activities in the Area of the Contracting Party in which it is organized; or

(2) an Investment, if the denying Contracting Party establishes that such Investment is an Investment of an Investor of a third state with or as to which the denying Contracting Party:

(a) does not maintain a diplomatic relationship; or

(b) adopts or maintains measures that:

(i) prohibit transactions with Investors of that state; or

(ii) would be violated or circumvented if the benefits of this Part were accorded to Investors of that state or to their Investments.

Article 17

Non-application de la partie III dans certaines circonstances

Chaque partie contractante se réserve le droit de refuser le bénéfice de la présente partie:

1) à toute entité juridique si les citoyens ou les ressortissants d'un Etat tiers sont propriétaires ou ont le contrôle de cette entité et si celle-ci n'exerce pas d'activités commerciales substantielles dans la zone de la partie contractante dans laquelle elle est constituée; ou

2) à un investissement si la partie contractante qui refuse établit qu'il s'agit d'un investissement d'un investisseur d'un Etat tiers avec lequel ou à l'égard duquel elle:

a) n'entretient pas de relations diplomatiques, ou

b) adopte ou maintient des mesures qui:

i) interdisent des transactions avec les investisseurs de cet Etat, ou

ii) seraient enfreintes ou contournées si les avantages prévus dans la présente partie étaient accordés aux investisseurs de cet Etat ou à leurs investissements.

Teil IV

Andere Bestimmungen

Artikel 18

Souveränität über Energievorkommen

(1) Die Vertragsparteien erkennen die Souveränität des Staates und seine souveränen Rechte über die Energievorkommen an. Sie bekräftigen, daß diese in Übereinstimmung mit den Regeln des Völkerrechts und nach Maßgabe dieser Regeln ausgeübt werden müssen.

(2) Ungeachtet der Zielsetzung, den Zugang zu Energievorkommen und deren Aufsuchung und Erschließung auf kommerziel-

Part IV

Miscellaneous provisions

Article 18

Sovereignty over energy resources

(1) The Contracting Parties recognize state sovereignty and sovereign rights over energy resources. They reaffirm that these must be exercised in accordance with and subject to the rules of international law.

(2) Without affecting the objectives of promoting access to energy resources, and exploration and development thereof on a

Partie IV

Dispositions diverses

Article 18

Souveraineté sur les ressources énergétiques

1. Les parties contractantes reconnaissent la souveraineté nationale et les droits souverains sur les ressources énergétiques. Elles réaffirment qu'ils doivent être exercés en conformité et sous réserve des règles du droit international.

2. Sans affecter les objectifs de promotion de l'accès aux ressources énergétiques ainsi que de leur exploration et de leur exploita-

ler Grundlage zu fördern, läßt der Vertrag die in den Vertragsparteien für Energievorkommen geltende Eigentumsordnung unberührt.

(3) Jeder Staat behält insbesondere weiterhin das Recht, über die geographischen Bereiche innerhalb seines Gebiets zu entscheiden, die für die Aufsuchung und Erschließung seiner Energievorkommen sowie die Optimierung ihrer Rückgewinnung zur Verfügung gestellt werden, und wie und in welchem Tempo sie abgebaut oder auf andere Weise erschlossen werden, und er hat das Recht, Steuern, Lizenzentgelte oder sonstige finanzielle Leistungen für die Aufsuchung und Ausbeutung festzusetzen und zu erheben, Vorschriften über Umwelt- und Sicherheitsaspekte für die Aufsuchung, Erschließung und Nutzbarmachung in seinem Gebiet zu erlassen und sich an der Aufsuchung und Ausbeutung unter anderem durch unmittelbare Mitwirkung der Regierung oder über Staatsunternehmen zu beteiligen.

(4) Die Vertragsparteien verpflichten sich, den Zugang zu Energievorkommen unter anderem dadurch zu erleichtern, daß sie in nichtdiskriminierender Weise auf der Grundlage veröffentlichter Kriterien Genehmigungen, Lizenzen, Konzessionen und privatrechtliche Verträge zur Aufsuchung und Erforschung sowie zur Ausbeutung oder Förderung von Energievorkommen erteilen.

commercial basis, the Treaty shall in no way prejudice the rules in Contracting Parties governing the system of property ownership of energy resources.

(3) Each state continues to hold in particular the rights to decide the geographical areas within its Area to be made available for exploration and development of its energy resources, the optimalization of their recovery and the rate at which they may be depleted or otherwise exploited, to specify and enjoy any taxes, royalties or other financial payments payable by virtue of such exploration and exploitation, and to regulate the environmental and safety aspects of such exploration, development and reclamation within its Area, and to participate in such exploration and exploitation, inter alia, through direct participation by the government or through state enterprises.

(4) The Contracting Parties undertake to facilitate access to energy resources, inter alia, by allocating in a non-discriminatory manner on the basis of published criteria authorizations, licences, concessions and contracts to prospect and explore for or to exploit or extract energy resources.

tion sur une base commerciale, le présent traité ne porte en rien préjudice aux règles des parties contractantes qui régissent le régime de propriété des ressources énergétiques.

3. Chaque Etat conserve en particulier le droit de décider des secteurs géographiques de sa zone qui sont destinés à être mis à disposition pour l'exploration et l'exploitation de ses ressources énergétiques, de l'optimalisation de leur récupération et du rythme auquel elles peuvent être extraites ou autrement exploitées, de déterminer et de percevoir les taxes, redevances ou autres paiements financiers qui sont payables au titre de cette exploration et de cette exploitation et de régir les aspects environnementaux et de sécurité de cette exploration, de cette exploitation et de cette mise en valeur dans sa zone, ainsi que de participer à cette exploration et cette exploitation, notamment par une participation directe de son gouvernement ou des entreprises d'Etat.

4. Les parties contractantes s'engagent à faciliter l'accès aux ressources énergétiques, notamment en octroyant d'une manière non discriminatoire, sur la base de critères publiés, des autorisations, des licences, des concessions et des contrats de prospection et d'exploration en vue de l'exploitation ou l'extraction des ressources énergétiques.

Artikel 19

Umweltaspekte

(1) Jede Vertragspartei ist in dem Bemühen um eine nachhaltige Entwicklung und unter Berücksichtigung ihrer Verpflichtungen aus internationalen Übereinkünften betreffend die Umwelt, deren Vertragspartei sie ist, bestrebt, schädliche Umweltauswirkungen, die innerhalb oder außerhalb ihres Gebiets durch alle Vorgänge innerhalb des Energiekreislaufs in ihrem Gebiet entstehen, auf wirtschaftlich effiziente Weise auf ein Mindestmaß zu beschränken und dabei die Sicherheit angemessen zu berücksichtigen. Dabei handeln die Vertragsparteien kostengünstig. In ihren politischen Ausrichtungen und ihren Handlungen ist jede Vertragspartei bestrebt, eine Schädigung der Umwelt durch Vorsorgemaßnahmen zu verhüten oder auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die Vertragsparteien kommen überein, daß grundsätzlich der Verursacher die Kosten der Verschmutzung, einschließlich der grenzüberschreitenden Verschmutzung, zu tragen hat, wobei das öffentliche Interesse gebührend berücksichtigt wird und Investitionen in den Energiekreislauf oder der internationale Handel nicht verzerrt werden dürfen. Die Vertragsparteien werden daher

a) bei der Ausarbeitung und Umsetzung ihrer Energiepolitik Umweltüberlegungen berücksichtigen;

Article 19

Environmental aspects

(1) In pursuit of sustainable development and taking into account its obligations under those international agreements concerning the environment to which it is party, each Contracting Party shall strive to minimize in an economically efficient manner harmful Environmental Impacts occurring either within or outside its Area from all operations within the Energy Cycle in its Area, taking proper account of safety. In doing so each Contracting Party shall act in a Cost-Effective manner. In its policies and actions each Contracting Party shall strive to take precautionary measures to prevent or minimize environmental degradation. The Contracting Parties agree that the polluter in the Areas of Contracting Parties, should, in principle, bear the cost of pollution, including transboundary pollution, with due regard to the public interest and without distorting Investment in the Energy Cycle or international trade. Contracting Parties shall accordingly:

(a) take account of environmental considerations throughout the formulation and implementation of their energy policies;

Article 19

Aspects environnementaux

1. En poursuivant l'objectif de développement durable et en tenant compte des obligations qui lui incombent en vertu des accords internationaux concernant l'environnement auxquels elle est partie, chaque partie contractante s'efforce de réduire à un minimum, d'une manière économiquement efficace, tout impact nuisible à l'environnement, produit à l'intérieur ou à l'extérieur de sa zone par toutes les opérations du cycle énergétique menées dans cette zone, en veillant au respect des normes de sécurité. Pour ce faire, chaque partie contractante agit de manière efficace au niveau des coûts. Dans ses politiques et ses actions, chaque partie contractante s'efforce de prendre des mesures préventives pour empêcher ou réduire à un minimum les dommages à l'environnement. Les parties contractantes conviennent que le pollueur opérant dans leurs zones devrait, en principe, supporter le coût de cette pollution, y compris la pollution transfrontière, dans le respect de l'intérêt public et sans que soient faussés les investissements dans le cycle énergétique ou le commerce international. A cette fin, les parties contractantes:

a) tiennent compte des considérations environnementales lors de la formulation et de la mise en œuvre de leurs politiques énergétiques;

b) eine marktorientierte Preisbildung und eine umfassendere Einbeziehung von Umweltkosten und -nutzen im gesamten Energiekreislauf fördern;

c) unter Berücksichtigung des Artikels 34 Absatz 4 die Zusammenarbeit bei der Verwirklichung der Umweltziele der Charta und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Umweltnormen für den Energiekreislauf ermutigen und dabei die Unterschiede bei den nachteiligen Auswirkungen und den Kosten der Bekämpfung von Umweltbelastungen zwischen den Vertragsparteien in Betracht ziehen;

d) insbesondere die Energieeffizienz verbessern, Quellen für erneuerbare Energien erschließen und nutzen, die Verwendung saubererer Brennstoffe fördern und Technologien und technologische Mittel einsetzen, welche die Verschmutzung verringern;

e) die Zusammenstellung und den Austausch von Informationen zwischen den Vertragsparteien über eine umweltverträgliche und wirtschaftlich effiziente Energiepolitik und kostengünstige Methoden und Technologien fördern;

f) das Bewußtsein der Öffentlichkeit für die Umweltauswirkungen von Energiesystemen, die Möglichkeiten zur Verhütung oder Bekämpfung ihrer nachteiligen Umweltauswirkungen und die Kosten wecken, die mit den verschiedenen Maßnahmen zur Verhütung oder Bekämpfung solcher Auswirkungen einhergehen;

g) die Erforschung, Entwicklung und Anwendung energieeffizienter und umweltverträglicher Technologien, Methoden und Verfahren fördern, die schädliche Umweltauswirkungen in allen Aspekten des Energiekreislaufs auf wirtschaftlich wirksame Weise auf ein Mindestmaß beschränken, und dabei zusammenarbeiten;

h) günstige Rahmenbedingungen für die Weitergabe und die Verbreitung solcher Technologien im Einklang mit einem angemessenen und wirksamen Schutz der Rechte des geistigen Eigentums anregen;

i) frühzeitig vor einer Entscheidung eine transparente Bewertung der Umweltauswirkungen ökologisch bedeutsamer Investitionsvorhaben im Energiebereich und eine spätere Überwachung fördern;

j) das internationale Bewußtsein und den Austausch von Informationen über die einschlägigen Umweltprogramme und -normen der Vertragsparteien sowie über die Umsetzung dieser Programme und Normen fördern;

k) auf Ersuchen und im Rahmen ihrer verfügbaren Mittel an der Entwicklung und

(b) promote market-oriented price formation and a fuller reflection of environmental costs and benefits throughout the Energy Cycle;

(c) having regard to Article 34(4), encourage cooperation in the attainment of the environmental objectives of the Charter and cooperation in the field of international environmental standards for the Energy Cycle, taking into account differences in adverse effects and abatement costs between Contracting Parties;

(d) have particular regard to Improving Energy Efficiency, to developing and using renewable energy sources, to promoting the use of cleaner fuels and to employing technologies and technological means that reduce pollution;

(e) promote the collection and sharing among Contracting Parties of information on environmentally sound and economically efficient energy policies and Cost-Effective practices and technologies;

(f) promote public awareness of the Environmental Impacts of energy systems, of the scope for the prevention or abatement of their adverse Environmental Impacts, and of the costs associated with various prevention or abatement measures;

(g) promote and cooperate in the research, development and application of energy efficient and environmentally sound technologies, practices and processes which will minimize harmful Environmental Impacts of all aspects of the Energy Cycle in an economically efficient manner;

(h) encourage favourable conditions for the transfer and dissemination of such technologies consistent with the adequate and effective protection of Intellectual Property rights;

(i) promote the transparent assessment at an early stage and prior to decision, and subsequent monitoring, of Environmental Impacts of environmentally significant energy investment projects;

(j) promote international awareness and information exchange on Contracting Parties' relevant environmental programmes and standards and on the implementation of those programmes and standards;

(k) participate, upon request, and within their available resources, in the develop-

b) favorisent une formation des prix axée sur le marché et une meilleure prise en considération des coûts et des avantages environnementaux sur l'ensemble du cycle énergétique;

c) eu égard à l'article 34 paragraphe 4, encouragent la coopération dans la réalisation des objectifs environnementaux de la Charte et la coopération dans le domaine des normes environnementales internationales applicables au cycle énergétique, compte tenu des différences qui existent entre les parties contractantes quant aux effets néfastes et aux coûts de réduction;

d) prennent particulièrement en considération l'amélioration de l'efficacité énergétique, le développement et l'utilisation des sources d'énergie renouvelable, la promotion de l'utilisation de combustibles plus propres et l'emploi de technologies et de moyens technologiques qui réduisent la pollution;

e) favorisent la collecte et le partage entre les parties contractantes des informations sur des politiques énergétiques écologiquement saines et économiquement rentables ainsi que sur les pratiques et technologies rentables;

f) favorisent la sensibilisation du public à l'impact environnemental des systèmes énergétiques, à l'importance de la prévention et de la réduction de leur impact environnemental négatif et à la réalité des frais liés aux différentes mesures de prévention ou de réduction;

g) contribuent et coopèrent à la recherche, au développement et à l'application de technologies, pratiques et procédés efficaces d'un point de vue énergétique et écologiquement sains, qui réduiront à un minimum, d'une manière économiquement rentable, les effets néfastes pour l'environnement de tous les aspects du cycle énergétique;

h) encouragent l'instauration de conditions favorables pour le transfert et la diffusion de ces technologies qui soient compatibles avec une protection adéquate et effective des droits de propriété intellectuelle;

i) favorisent l'évaluation transparente, à un stade précoce et préalable à toute décision, et le contrôle ultérieur de l'impact environnemental des projets d'investissement en matière d'énergie qui présente un intérêt significatif pour l'environnement;

j) favorisent la sensibilisation internationale et l'échange d'informations en ce qui concerne les programmes et les normes pertinents des parties contractantes en matière d'environnement ainsi que la mise en œuvre de ces programmes et de ces normes;

k) participent, sur demande et dans les limites de leurs ressources disponibles,

Durchführung geeigneter Umweltprogramme in den Vertragsparteien teilnehmen.

(2) Auf Ersuchen einer oder mehrerer Vertragsparteien werden Streitigkeiten über die Anwendung oder Auslegung von Bestimmungen dieses Artikels, sofern es für die Prüfung solcher Streitigkeiten keine anderen geeigneten internationalen Foren gibt, von der Chartakonferenz überprüft, die sich um eine Lösung bemüht.

(3) Im Sinne dieses Artikels

a) bedeutet „Energiekreislauf“ die gesamte Energiekette, einschließlich der Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Erkundung, Aufsuchung, Produktion, Umwandlung, Lagerung, Beförderung, Verteilung und des Verbrauchs der verschiedenen Energieformen, der Abfallbehandlung und -entsorgung sowie der Außerbetriebnahme, Stillegung oder Beendigung dieser Tätigkeiten bei gleichzeitiger Beschränkung der schädlichen Umweltauswirkungen auf ein Mindestmaß;

b) bedeutet „Umweltauswirkung“ eine von einer gegebenen Tätigkeit ausgehende Wirkung auf die Umwelt, einschließlich der menschlichen Gesundheit und Sicherheit, der Pflanzen- und Tierwelt, des Bodens, der Luft, des Wassers, des Klimas, der Landschaft und der historischen Denkmäler oder sonstiger Bauten oder die Wechselwirkungen zwischen diesen Faktoren; der Begriff umfaßt auch Wirkungen auf das Kulturerbe oder auf wirtschaftlich-soziale Verhältnisse, die sich aus Veränderungen dieser Faktoren ergeben;

c) bedeutet „Energieeffizienz verbessern“ darauf hinwirken, den unveränderten mengenmäßigen Ertrag (einer Ware oder einer Dienstleistung) ohne Qualitäts- oder Leistungseinbuße zu erhalten bei gleichzeitiger Verringerung der zur Produktion dieses Ertrags eingesetzten Energiemenge;

d) bedeutet „kostengünstig“ das Erreichen eines gesetzten Zieles bei geringsten Kosten oder das Erreichen des größten Nutzens bei gegebenen Kosten.

Artikel 20

Transparenz

(1) Gesetze, sonstige Rechtsvorschriften, gerichtliche Entscheidungen und Verwaltungsverfügungen allgemeiner Anwendung, die sich auf den Handel mit Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen beziehen, gehören in Übereinstimmung mit Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe a zu den Maßnahmen, die den Transparenzregeln des GATT und den in Frage kommenden dazugehörigen Rechtsinstrumenten unterliegen.

(2) Gesetze, sonstige Rechtsvorschriften, gerichtliche Entscheidungen und Verwaltungsverfügungen allgemeiner Anwendung,

ment and implementation of appropriate environmental programmes in the Contracting Parties.

(2) At the request of one or more Contracting Parties, disputes concerning the application or interpretation of provisions of this Article shall, to the extent that arrangements for the consideration of such disputes do not exist in other appropriate international fora, be reviewed by the Charter Conference aiming at a solution.

(3) For the purposes of this Article:

(a) “Energy Cycle” means the entire energy chain, including activities related to prospecting for, exploration, production, conversion, storage, transport, distribution and consumption of the various forms of energy, and the treatment and disposal of wastes, as well as the decommissioning, cessation or closure of these activities, minimizing harmful Environmental Impacts;

(b) “Environmental Impact” means any effect caused by a given activity on the environment, including human health and safety, flora, fauna, soil, air, water, climate, landscape and historical monuments or other physical structures or the interactions among these factors; it also includes effects on cultural heritage or socio-economic conditions resulting from alterations to those factors;

(c) “Improving Energy Efficiency” means acting to maintain the same unit of output (of a good or service) without reducing the quality or performance of the output, while reducing the amount of energy required to produce that output;

(d) “Cost-Effective” means to achieve a defined objective at the lowest cost or to achieve the greatest benefit at a given cost.

Article 20

Transparency

(1) Laws, regulations, judicial decisions and administrative rulings of general application which affect trade in Energy Materials and Products are, in accordance with Article 29(2)(a), among the measures subject to the transparency disciplines of the GATT and relevant Related Instruments.

(2) Laws, regulations, judicial decisions and administrative rulings of general application made effective by any Contracting

à l'élaboration et à la mise en œuvre de programmes environnementaux appropriés dans les parties contractantes.

2. A la demande d'une ou de plusieurs parties contractantes, les différends relatifs à l'application ou à l'interprétation des dispositions du présent article sont examinés par la Conférence de la Charte en vue de leur règlement, pour autant qu'il n'existe pas d'accords concernant l'examen de ces différends dans d'autres enceintes internationales appropriées.

3. Aux fins du présent article:

a) «Cycle énergétique» désigne la chaîne énergétique complète, y compris les activités liées à la prospection, à l'exploration, à la production, à la conversion, au stockage, au transport, à la distribution et à la consommation des différentes formes d'énergie, le traitement et l'élimination des déchets, ainsi que le déclassement, la cessation ou la clôture de ces activités, l'impact néfaste pour l'environnement devant être réduit à un minimum.

b) «Impact environnemental» désigne tout effet causé par une activité déterminée sur l'environnement, y compris la santé et la sécurité humaines, la flore, la faune, le sol, l'air, l'eau, le climat, le paysage et les monuments historiques ou les autres structures physiques ou l'interaction entre ces facteurs; ce terme couvre également les effets sur le patrimoine culturel ou les conditions socio-économiques résultant de l'altération de ces facteurs.

c) «Améliorer l'efficacité énergétique» désigne le fait d'agir pour maintenir la même unité de production (d'un bien ou d'un service) sans réduire la qualité ou le rendement de la production, tout en réduisant la quantité d'énergie requise pour générer cette production.

d) «Mesures efficaces au niveau des coûts» désigne le fait d'atteindre un objectif défini au plus faible coût ou de tirer le plus grand avantage possible à un coût déterminé.

Article 20

Transparence

1. Les lois, règlements, décisions judiciaires et mesures administratives d'application générale qui affectent les échanges de matières et produits énergétiques font partie, aux termes de l'article 29 paragraphe 2 point a), des mesures qui sont sujettes aux disciplines de transparence du GATT et des instruments connexes pertinents.

2. Les lois, règlements, décisions judiciaires et mesures administratives d'application générale qui sont rendus effectifs par une

die in einer Vertragspartei rechtswirksam geworden sind, und in Kraft befindliche Übereinkünfte zwischen Vertragsparteien, die sich auf andere unter diesen Vertrag fallende Angelegenheiten beziehen, werden ebenfalls umgehend veröffentlicht, so daß die Vertragsparteien und Investoren sich damit vertraut machen können. Dieser Absatz verlangt nicht von einer Vertragspartei, vertrauliche Informationen offenzulegen, welche die Durchsetzung ihrer Gesetze behindern, sonst gegen das öffentliche Interesse verstoßen oder die berechtigten kommerziellen Interessen eines Investors beeinträchtigen würden.

(3) Jede Vertragspartei bestimmt eine oder mehrere Auskunftsstellen, an die Anfragen über die genannten Gesetze, sonstigen Rechtsvorschriften, gerichtlichen Entscheidungen und Verwaltungsverfügungen zu richten sind, und teilt diese Stellen umgehend dem Sekretariat mit, das auf Anfrage hierüber Auskunft erteilt.

Artikel 21

Besteuerung

(1) Sofern in diesem Artikel nichts anderes vorgesehen ist, begründet dieser Vertrag keine Rechte oder Verpflichtungen in bezug auf steuerliche Maßnahmen der Vertragsparteien. Bei Widersprüchlichkeit zwischen diesem Artikel und einer anderen Bestimmung des Vertrags ist dieser Artikel insoweit maßgebend.

(2) Artikel 7 Absatz 3 findet auf steuerliche Maßnahmen mit Ausnahme der Steuern vom Einkommen oder vom Vermögen Anwendung; diese Bestimmung gilt jedoch nicht für

a) eine Vergünstigung, die von einer Vertragspartei aufgrund der steuerlichen Bestimmungen eines Übereinkommens, eines Abkommens oder einer Vereinbarung nach Absatz 7 Buchstabe a Ziffer ii gewährt wird, oder

b) eine steuerliche Maßnahme, die eine wirksame Steuererhebung sicherstellen soll, es sei denn, die Maßnahme einer Vertragspartei diskriminiert willkürlich Primärenergieträger und Energieerzeugnisse mit Ursprung in einem Gebiet einer anderen Vertragspartei oder Bestimmung für ein solches Gebiet oder schränkt die aufgrund des Artikels 7 Absatz 3 gewährten Vorteile willkürlich ein.

(3) Artikel 10 Absätze 2 und 7 finden auf steuerliche Maßnahmen der Vertragsparteien Anwendung, mit Ausnahme der Steuern vom Einkommen oder vom Vermögen; diese Bestimmungen gelten jedoch nicht für

a) die Auferlegung von Verpflichtungen zur Meistbegünstigung in bezug auf Vergünstigungen, die von einer Vertragspartei aufgrund der Steuerbestimmungen in einem in Absatz 7 Buchstabe a Ziffer ii beschriebenen Übereinkommen,

Party, and agreements in force between Contracting Parties, which affect other matters covered by this Treaty shall also be published promptly in such a manner as to enable Contracting Parties and Investors to become acquainted with them. The provisions of this paragraph shall not require any Contracting Party to disclose confidential information which would impede law enforcement or otherwise be contrary to the public interest or would prejudice the legitimate commercial interests of any Investor.

(3) Each Contracting Party shall designate one or more enquiry points to which requests for information about the abovementioned laws, regulations, judicial decisions and administrative rulings may be addressed and shall communicate promptly such designation to the Secretariat which shall make it available on request.

Article 21

Taxation

(1) Except as otherwise provided in this Article, nothing in this Treaty shall create rights or impose obligations with respect to Taxation Measures of the Contracting Parties. In the event of any inconsistency between this Article and any other provision of the Treaty, this Article shall prevail to the extent of the inconsistency.

(2) Article 7(3) shall apply to Taxation Measures other than those on income or on capital, except that such provision shall not apply to:

(a) an advantage accorded by a Contracting Party pursuant to the tax provisions of any convention, agreement or arrangement described in subparagraph (7)(a)(ii); or

(b) any Taxation Measure aimed at ensuring the effective collection of taxes, except where the measure of a Contracting Party arbitrarily discriminates against Energy Materials and Products originating in, or destined for the Area of another Contracting Party or arbitrarily restricts benefits accorded under Article 7(3).

(3) Article 10(2) and (7) shall apply to Taxation Measures of the Contracting Parties other than those on income or on capital, except that such provisions shall not apply to:

(a) impose most favoured nation obligations with respect to advantages accorded by a Contracting Party pursuant to the tax provisions of any convention, agreement or arrangement described in subparagraph (7)(a)(ii) or resulting from

partie contractante, ainsi que les accords en vigueur entre les parties contractantes qui affectent d'autres matières couvertes par le présent traité, sont également publiés rapidement de manière à permettre aux parties contractantes et aux investisseurs d'en prendre connaissance. Les dispositions du présent paragraphe n'imposent pas à une partie contractante de divulguer des informations confidentielles si cette divulgation empêche l'application du droit ou est contraire de toute autre manière à l'intérêt public ou porte préjudice aux intérêts commerciaux légitimes de tout investisseur.

3. Chaque partie contractante désigne un ou plusieurs bureaux de renseignements auxquels peuvent être adressées les demandes d'information concernant les lois, règlements, décisions judiciaires et mesures administratives visés ci-dessus et communique rapidement la localisation de ces bureaux au Secrétariat, qui les fournit à toute personne qui le demande.

Article 21

Fiscalité

1. A moins que le présent article n'en dispose autrement, aucune disposition du présent traité ne crée des droits ni impose des obligations en ce qui concerne les mesures fiscales des parties contractantes. En cas d'incompatibilité entre le présent article et toute autre disposition du traité, le présent article prévaut, dans la mesure où il y a incompatibilité.

2. Le paragraphe 3 de l'article 7 s'applique aux mesures fiscales autres que les impôts sur le revenu ou sur la fortune; toutefois, il ne s'applique pas:

a) à un avantage accordé par une partie contractante en application des dispositions en matière fiscale contenues dans une convention, un accord ou un arrangement tels que visés au paragraphe 7 point a) ii); ou

b) à une mesure fiscale visant à garantir la perception effective d'impôts, sauf lorsqu'une telle mesure d'une partie contractante établit une discrimination arbitraire à l'encontre des matières et produits énergétiques qui sont originaires de la zone d'une autre partie contractante ou destinés à une telle zone ou restreint de manière arbitraire les avantages accordés conformément à l'article 7 paragraphe 3.

3. Les paragraphes 2 et 7 de l'article 10 s'appliquent aux mesures fiscales des parties contractantes autres que les impôts sur le revenu ou sur la fortune; toutefois, ils ne s'appliquent pas:

a) pour l'imposition d'obligations de la nation la plus favorisée par rapport aux avantages accordés par une partie contractante en application des dispositions fiscales d'une convention, d'un accord ou d'un arrangement tels que visés au

Abkommen oder einer dort genannten Vereinbarung gewährt werden oder sich aus der Mitgliedschaft in einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration ergeben, oder

b) eine steuerliche Maßnahme zur Sicherstellung der wirksamen Erhebung von Steuern, es sei denn, die Maßnahme diskriminiert willkürlich einen Investor einer anderen Vertragspartei oder schränkt die aufgrund der Investitionsbestimmungen dieses Vertrags gewährten Vergünstigungen willkürlich ein.

(4) Artikel 29 Absätze 2 bis 6 gilt für steuerliche Maßnahmen, die nicht das Einkommen oder das Vermögen betreffen.

(5)

a) Artikel 13 findet auf Steuern Anwendung.

b) Ergibt sich aufgrund des Artikels 13 die Frage, ob eine Steuer eine Enteignung darstellt oder ob eine Steuer, die angeblich eine Enteignung darstellt, diskriminierend ist, so finden folgende Bestimmungen Anwendung:

i) Der Investor oder die Vertragspartei, welche die Enteignung behauptet, legt die Frage, ob die Maßnahme eine Enteignung darstellt oder die Steuer diskriminierend ist, der zuständigen Steuerbehörde vor. Unterläßt es der Investor oder die Vertragspartei, die Frage vorzulegen, so legen die Gremien, die nach Artikel 26 Absatz 2 Buchstabe c oder Artikel 27 Absatz 2 zur Beilegung von Streitigkeiten angerufen werden, die Frage den zuständigen Steuerbehörden vor.

ii) Die zuständigen Steuerbehörden bemühen sich, die ihnen vorgelegten Fragen innerhalb von sechs Monaten zu klären. Handelt es sich um Fragen der Gleichbehandlung, so wenden die zuständigen Steuerbehörden die Gleichbehandlungsbestimmungen der einschlägigen Steuerübereinkunft an oder, falls diese Übereinkunft keine auf die steuerliche Maßnahme anwendbare Gleichbehandlungsbestimmung enthält oder zwischen den betreffenden Vertragsparteien keine derartige Steuerübereinkunft in Kraft ist, so wenden sie die Gleichbehandlungsgrundsätze des Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an.

iii) Die zur Beilegung von Streitigkeiten nach Artikel 26 Absatz 2 Buchstabe c oder Artikel 27 Absatz 2 angerufenen Gremien können alle Schlußfolgerungen der zuständigen Steuerbehörden zu der Frage berücksichtigen, ob die Steuer eine Enteignung darstellt. Diese Gremien

membership of any Regional Economic Integration Organization; or

(b) any Taxation Measure aimed at ensuring the effective collection of taxes, except where the measure arbitrarily discriminates against an Investor of another Contracting Party or arbitrarily restricts benefits accorded under the Investment provisions of this Treaty.

(4) Article 29(2) to (6) shall apply to Taxation Measures other than those on income or on capital.

(5)

(a) Article 13 shall apply to taxes.

(b) Whenever an issue arises under Article 13, to the extent it pertains to whether a tax constitutes an expropriation or whether a tax alleged to constitute an expropriation is discriminatory, the following provisions shall apply:

(i) The Investor or the Contracting Party alleging expropriation shall refer the issue of whether the tax is an expropriation or whether the tax is discriminatory to the relevant Competent Tax Authority. Failing such referral by the Investor or the Contracting Party, bodies called upon to settle disputes pursuant to Article 26(2)(c) or 27(2) shall make a referal to the relevant Competent Tax Authorities;

(ii) The Competent Tax Authorities shall, within a period of six months of such referral, strive to resolve the issues so referred. Where non-discrimination issues are concerned, the Competent Tax Authorities shall apply the non-discrimination provisions of the relevant tax convention or, if there is no non-discrimination provision in the relevant tax convention applicable to the tax or no such tax convention is in force between the Contracting Parties concerned, they shall apply the non-discrimination principles under the Model Tax Convention on Income and Capital of the Organisation for Economic Cooperation and Development;

(iii) Bodies called upon to settle disputes pursuant to Article 26(2)(c) or 27(2) may take into account any conclusions arrived at by the Competent Tax Authorities regarding whether the tax is an expropriation. Such bodies shall take into account any conclusions arrived at within the six-

paragraphe 7 point a) ii) ou résultant de l'adhésion d'une organisation d'intégration économique régionale; ou

b) à une mesure fiscale visant à assurer la perception effective d'impôts, sauf lorsque cette mesure établit une discrimination arbitraire à l'encontre d'un investisseur d'une autre partie contractante ou restreint de manière arbitraire les avantages accordés en vertu des dispositions en matière d'investissement contenues dans le présent traité.

4. L'article 29 paragraphes 2 à 6 s'applique aux mesures fiscales autres que les impôts pour le revenu ou la fortune.

5.

a) L'article 13 s'applique aux impôts.

b) Lorsqu'un problème se pose au sujet de l'article 13 et porte sur le point de savoir si une mesure fiscale constitue une expropriation ou si une mesure fiscale alléguée comme constitutive d'une expropriation est discriminatoire, les dispositions suivantes s'appliquent:

i) l'investisseur ou la partie contractante alléguant l'expropriation saisit l'autorité fiscale compétente de la question de savoir si la mesure fiscale constitue une expropriation ou si elle est discriminatoire. En l'absence d'une telle saisine par l'investisseur ou la partie contractante, les organes appelés à trancher le différend conformément à l'article 26 paragraphe 2 point c) ou à l'article 27 paragraphe 2 renvoient l'affaire aux autorités fiscales compétentes.

ii) Les autorités fiscales compétentes s'efforcent, dans un délai de six mois à compter de ce renvoi, de régler les questions qui leur sont ainsi soumises. Lorsqu'il s'agit d'une question de non-discrimination, elles appliquent les dispositions en matière de non-discrimination de la convention fiscale pertinente ou, s'il n'existe aucune disposition sur la non-discrimination dans la convention fiscale pertinente applicable à la mesure fiscale en cause ou si aucune convention fiscale n'est en vigueur entre les parties contractantes concernées, elles appliquent les principes de non-discrimination de la convention modèle d'imposition sur le revenu et la fortune de l'Organisation de coopération et de développement économiques.

iii) Les organes appelés à régler les différends conformément à l'article 2 paragraphe 2 point c) ou à l'article 27 paragraphe 2 peuvent prendre en considération les conclusions auxquelles ont abouti les autorités fiscales compétentes au sujet de la question de savoir si la mesure fis-

müssen alle Schlußfolgerungen berücksichtigen, zu denen die zuständigen Steuerbehörden innerhalb der unter Ziffer ii vorgeschriebenen sechs Monate zu der Frage gelangt sind, ob die Steuer diskriminierend ist. Die Gremien können auch Schlußfolgerungen in Betracht ziehen, zu denen die zuständigen Steuerbehörden nach Ablauf der sechs Monate gelangt sind.

iv) Die Beteiligung der zuständigen Steuerbehörden über das Ende der unter Ziffer ii genannten sechs Monate hinaus darf unter keinen Umständen zu einer Verzögerung der Verfahren nach den Artikeln 26 und 27 führen.

(6) Artikel 14 schränkt das Recht einer Vertragspartei, eine Steuer durch Abzug an der Quelle oder auf andere Weise aufzuerlegen oder einzuziehen, nicht ein.

(7) Im Sinne dieses Artikels

a) umfaßt der Begriff „steuerliche Maßnahme“ folgendes:

i) jede Steuerbestimmung nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, eines ihrer politischen Teilgebiete oder einer ihrer örtlichen Behörden und

ii) jede Steuerbestimmung eines Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und einer internationalen Übereinkunft oder sonstigen Vereinbarung, durch welche die Vertragspartei gebunden ist.

b) Als Steuern vom Einkommen oder vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung von Vermögen, der Steuern von Nachlässen, Erbschaften und Schenkungen oder im wesentlichen ähnlichen Steuern, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

c) Eine „zuständige Steuerbehörde“ bedeutet die zuständige Behörde aufgrund eines zwischen den Vertragsparteien in Kraft befindlichen Doppelbesteuerungsabkommens oder wenn ein solches Abkommen nicht in Kraft ist, den für Steuern zuständigen Minister oder das betreffende Ministerium oder deren bevollmächtigte Vertreter.

d) Die Begriffe „Steuerbestimmungen“ und „Steuern“ beziehen Zölle nicht ein.

Artikel 22

Staatliche Unternehmen und Unternehmen mit Vorzugsrechten

(1) Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß ein von ihr geführtes oder gegründetes

month period prescribed in subparagraph (b)(ii) by the Competent Tax Authorities regarding whether the tax is discriminatory. Such bodies may also take into account any conclusions arrived at by the Competent Tax Authorities after the expiry of the six-month period;

(iv) Under no circumstances shall involvement of the Competent Tax Authorities, beyond the end of the six-month period referred to in subparagraph (b)(ii), lead to a delay of proceedings under Articles 26 and 27.

(6) For the avoidance of doubt, Article 14 shall not limit the right of a Contracting Party to impose or collect a tax by withholding or other means.

(7) For the purposes of this Article:

(a) The term “Taxation Measure” includes:

(i) any provision relating to taxes of the domestic law of the Contracting Party or of a political subdivision thereof or a local authority therein; and

(ii) any provision relating to taxes of any convention for the avoidance of double taxation or of any other international agreement or arrangement by which the Contracting Party is bound.

(b) There shall be regarded as taxes on income or on capital all taxes imposed on total income, on total capital or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of property, taxes on estates, inheritances and gifts, or substantially similar taxes, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

(c) A “Competent Tax Authority” means the competent authority pursuant to a double taxation agreement in force between the Contracting Parties or, when no such agreement is in force, the minister or ministry responsible for taxes or their authorized representatives.

(d) For the avoidance of doubt, the terms “tax provisions” and “taxes” do not include customs duties.

Article 22

State and privileged enterprises

(1) Each Contracting Party shall ensure that any state enterprise which it maintains

cale constitue une expropriation. Ils prennent en considération les conclusions auxquelles ont abouti les autorités fiscales compétentes, dans le délai de six mois visé au point ii), au sujet de la question de savoir si la mesure fiscale est discriminatoire. Ils peuvent également prendre en considération les conclusions auxquelles ont abouti les autorités fiscales compétentes à l'expiration du délai de six mois.

iv) En aucun cas, l'intervention des autorités fiscales compétentes, au-delà du délai de six mois visé au point ii), ne doit entraîner un retard dans les procédures prévues aux articles 26 et 27.

6. Pour prévenir toute équivoque, l'article 14 ne limite pas le droit d'une partie contractante d'imposer ou de percevoir un impôt par retenue à la source ou par d'autres moyens.

7. Aux fins du présent article:

a) le terme «mesure fiscale» couvre:

i) toute disposition fiscale de la législation nationale de la partie contractante ou d'une de ses subdivisions politiques ou d'une autorité locale; et

ii) toute disposition fiscale d'une convention visant à éviter la double imposition et d'un arrangement ou règlement international par lequel la partie contractante est liée.

b) Sont considérés comme impôts sur le revenu ou sur la fortune tous les impôts sur l'ensemble du revenu, sur l'ensemble de la fortune ou sur des éléments du revenu ou de la fortune, y compris les impôts sur les plus-values provenant de la cession de propriété, les impôts sur les immeubles, les héritages et les donations, ou les impôts substantiellement similaires, les impôts sur le montant total des salaires ou rémunérations payés par des entreprises, ainsi que les impôts sur les plus-values en capital.

c) On entend par «autorité fiscale compétente» l'autorité compétente en vertu d'une convention sur la double imposition en vigueur entre les parties contractantes ou, lorsqu'aucune convention de ce type n'est en vigueur, le ministre ou le ministère responsables en matière d'impôts ou leurs représentants autorisés.

d) Pour prévenir toute équivoque, les termes «dispositions fiscales» et «impôts» n'incluent pas les droits de douane.

Article 22

Entreprises d'Etat et entités privilégiées

1. Chaque partie contractante veille à ce que toute entreprise d'Etat qu'elle maintient

staatliches Unternehmen seine Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Verkauf oder der Beschaffung von Waren oder Dienstleistungen in ihrem Gebiet in einer Weise ausübt, die mit den Verpflichtungen der Vertragspartei aus Teil III dieses Vertrags im Einklang steht.

(2) Eine Vertragspartei darf ein staatliches Unternehmen nicht ermutigen oder von ihm verlangen, seine Tätigkeiten in ihrem Gebiet in einer Weise auszuüben, die mit den Verpflichtungen der Vertragspartei aus anderen Bestimmungen dieses Vertrags nicht im Einklang steht.

(3) Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß ein Rechtsträger, den sie gründet oder führt und dem sie ordnungsrechtliche, verwaltungsrechtliche oder sonstige staatliche Befugnisse überträgt, diese in einer Weise ausübt, die mit den Verpflichtungen der Vertragspartei aus diesem Vertrag im Einklang steht.

(4) Eine Vertragspartei darf einen Rechtsträger, dem sie ausschließliche oder besondere Vorrechte gewährt, nicht ermutigen oder von ihm verlangen, seine Tätigkeiten in ihrem Gebiet in einer Weise auszuüben, die mit den Verpflichtungen der Vertragspartei aus diesem Vertrag nicht im Einklang steht.

(5) Im Sinne dieses Artikels umfaßt „Rechtsträger“ jedes Unternehmen, jede Agentur oder jede andere Organisation oder Einzelperson.

Artikel 23

Einhaltung durch regionale und örtliche Regierungs- und Verwaltungsstellen

(1) Jede Vertragspartei trägt im Rahmen dieses Vertrags die volle Verantwortung für die Einhaltung sämtlicher Bestimmungen des Vertrags und trifft die ihr zur Verfügung stehenden angemessenen Maßnahmen, um die Einhaltung dieser Bestimmungen durch die regionalen und örtlichen Regierungs- und Verwaltungsstellen in ihrem Gebiet sicherzustellen.

(2) Die Bestimmungen über die Streitbeilegung in den Teilen II, IV und V dieses Vertrags können für Maßnahmen in Anspruch genommen werden, welche die Einhaltung des Vertrags durch eine Vertragspartei betreffen und von den regionalen oder örtlichen Regierungs- und Verwaltungsstellen im Gebiet der Vertragspartei getroffen werden.

Artikel 24

Ausnahmen

(1) Dieser Artikel findet keine Anwendung auf die Artikel 12, 13 und 29.

(2) Die Bestimmungen dieses Vertrags mit Ausnahme

a) derjenigen in Absatz 1 und

b) in bezug auf Ziffer i, derjenigen in Teil III dieses Vertrags

or establishes shall conduct its activities in relation to the sale or provision of goods and services in its Area in a manner consistent with the Contracting Party's obligations under Part III of this Treaty.

(2) No Contracting Party shall encourage or require such a state enterprise to conduct its activities in its Area in a manner inconsistent with the Contracting Party's obligations under other provisions of this Treaty.

(3) Each Contracting Party shall ensure that if it establishes or maintains an entity and entrusts the entity with regulatory, administrative or other governmental authority, such entity shall exercise that authority in a manner consistent with the Contracting Party's obligations under this Treaty.

(4) No Contracting Party shall encourage or require any entity to which it grants exclusive or special privileges to conduct its activities in its Area in a manner inconsistent with the Contracting Party's obligations under this Treaty.

(5) For the purposes of this Article, "entity" includes any enterprise, agency or other organization or individual.

Article 23

Observance by sub-national authorities

(1) Each Contracting Party is fully responsible under this Treaty for the observance of all provisions of the Treaty, and shall take such reasonable measures as may be available to it to ensure such observance by regional and local governments and authorities within its Area.

(2) The dispute settlement provisions in Parts II, IV and V of this Treaty may be invoked in respect of measures affecting the observance of the Treaty by a Contracting Party which have been taken by regional or local governments or authorities within the Area of the Contracting Party.

Article 24

Exceptions

(1) This Article shall not apply to Articles 12,13 and 29.

(2) The provisions of this Treaty other than

(a) those referred to in paragraph (1); and

(b) with respect to subparagraph (i), Part III of the Treaty

ou crée mène ses activités en matière de vente ou de fourniture de biens et de services dans sa zone d'une manière compatible avec les obligations qui incombent à la partie contractante en vertu de la partie III du présent traité.

2. Aucune partie contractante n'encourage ni contraint une telle entreprise d'Etat à mener ses activités dans sa zone d'une manière non compatible avec les obligations qui incombent à la partie contractante en vertu d'autres dispositions du présent traité.

3. Chaque partie contractante veille à ce que, lorsqu'elle crée ou maintient une entité et lui délègue des pouvoirs réglementaires, administratifs ou autres, cette entité exerce ces pouvoirs d'une manière compatible avec les obligations qui incombent à la partie contractante en vertu du présent traité.

4. Aucune partie contractante n'encourage ni contraint une entité à laquelle elle accorde des privilèges exclusifs ou spéciaux à mener ses activités dans sa zone d'une façon non compatible avec les obligations qui incombent à la partie contractante en vertu du présent traité.

5. Aux fins du présent article, on entend par «entité» toute entreprise, institution ou autre organisme ou tout particulier.

Article 23

Respect des dispositions par les autorités sous-nationales

1. Chaque partie contractante est entièrement responsable, en vertu du présent traité, du respect de toutes les dispositions de celui-ci et prend toutes les mesures raisonnables dont elle dispose pour assurer ce respect par les administrations publiques et autorités régionales et locales situées dans sa zone.

2. Les dispositions des parties II, IV et V du présent traité relatives au règlement des différends peuvent être invoquées à l'égard des mesures prises par les administrations publiques ou autorités régionales ou locales de la zone d'une partie contractante lorsque ces mesures affectent le respect du présent traité par la partie contractante.

Article 24

Exceptions

1. Le présent article ne s'applique pas aux articles 12, 13 et 29.

2. Les dispositions du présent traité autres que:

a) celles visées au paragraphe 1, et

b) celles de la partie III du présent traité, en ce qui concerne le point i) du présent paragraphe,

hindern eine Vertragspartei nicht daran, eine Maßnahme zu beschließen oder durchzusetzen,

i) die zum Schutz des Lebens und der Gesundheit von Menschen, Tieren oder Pflanzen notwendig ist,

ii) die für den Erwerb oder die Verteilung von Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen bei knapper Versorgung aus Gründen wesentlich ist, auf welche die betreffende Vertragspartei keinen Einfluß hat, sofern diese Maßnahme den Grundsätzen entspricht,

A) daß alle anderen Vertragsparteien Anspruch auf einen gerechten Anteil an der internationalen Versorgung mit solchen Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen haben und

B) daß jede derartige Maßnahme, die mit diesem Vertrag nicht im Einklang steht, eingestellt wird, sobald die Voraussetzungen, die sie veranlaßt haben, nicht mehr vorhanden sind, oder

iii) die Investoren, die Ureinwohner oder sozial oder wirtschaftlich benachteiligte Einzelpersonen oder Gruppen sind, oder deren Investitionen begünstigen soll und dem Sekretariat als solche notifiziert wurden, wenn diese Maßnahme

A) keine erhebliche Auswirkung auf die Wirtschaft der betreffenden Vertragspartei hat und

B) keine Diskriminierung zwischen den Investoren einer anderen Vertragspartei und den Investoren der betreffenden Vertragspartei darstellt, die nicht zu den Personen zählen, für welche die Maßnahme beabsichtigt ist;

allerdings darf eine solche Maßnahme nicht eine verschleierte Beschränkung der Wirtschaftstätigkeit im Energiebereich oder eine willkürliche oder ungerechtfertigte Diskriminierung zwischen Vertragsparteien oder zwischen Investoren oder anderen Beteiligten von Vertragsparteien darstellen. Die Maßnahmen müssen ordnungsgemäß begründet sein und dürfen die Vergünstigungen, die von einer oder mehreren anderen Vertragsparteien zu Recht aus diesem Vertrag erwartet werden dürfen, nicht zunichte machen oder in größerem Maße beeinträchtigen, als zur Erfüllung des angegebenen Zwecks unbedingt notwendig ist.

(3) Die Bestimmungen dieses Vertrags mit Ausnahme derjenigen in Absatz 1 dürfen nicht so ausgelegt werden, als hinderten sie eine Vertragspartei daran, Maßnahmen zu treffen, die sie für notwendig hält

a) zum Schutz ihrer wesentlichen Sicherheitsinteressen einschließlich derjenigen,

i) welche die Versorgung einer militärischen Einrichtung mit Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen betreffen oder

shall not preclude any Contracting Party from adopting or enforcing any measure

(i) necessary to protect human, animal or plant life or health;

(ii) essential to the acquisition or distribution of Energy Materials and Products in conditions of short supply arising from causes outside the control of that Contracting Party, provided that any such measure shall be consistent with the principles that

(A) all other Contracting Parties are entitled to an equitable share of the international supply of such Energy Materials and Products; and

(B) any such measure that is inconsistent with this Treaty shall be discontinued as soon as the conditions giving rise to it have ceased to exist; or

(iii) designed to benefit Investors who are aboriginal people or socially or economically disadvantaged individuals or groups or their Investments and notified to the Secretariat as such, provided that such measure

(A) has no significant impact on that Contracting Party's economy; and

(B) does not discriminate between Investors of any other Contracting Party and Investors of that Contracting Party not included among those for whom the measure is intended,

provided that no such measure shall constitute a disguised restriction on Economic Activity in the Energy Sector, or arbitrary or unjustifiable discrimination between Contracting Parties or between Investors or other interested persons of Contracting Parties. Such measures shall be duly motivated and shall not nullify or impair any benefit one or more other Contracting Parties may reasonably expect under this Treaty to an extent greater than is strictly necessary to the stated end.

(3) The provisions of this Treaty other than those referred to in paragraph (1) shall not be construed to prevent any Contracting Party from taking any measure which it considers necessary:

(a) for the protection of its essential security interests including those

(i) relating to the supply of Energy Materials and Products to a military establishment; or

n'interdisent pas à une partie contractante d'adopter ou d'appliquer des mesures:

i) nécessaires à la protection de la vie ou de la santé des hommes, des animaux ou des plantes;

ii) indispensables à l'acquisition ou à la distribution de matières et de produits énergétiques dans des conditions de pénurie qui sont dues à des causes échappant au contrôle de cette partie contractante, pour autant que ces mesures soient compatibles avec les principes selon lesquels:

A) toutes les autres parties contractantes ont droit à une part équitable de l'approvisionnement international en ces matières et produits énergétiques; et

B) toute mesure qui est incompatible avec le présent traité est rapportée dès que les conditions qui ont été à son origine ont cessé d'exister; ou

iii) destinées à profiter aux investisseurs qui appartiennent aux populations indigènes ou sont des personnes ou des groupes socialement ou économiquement défavorisés ou à leurs investissements et notifiées au Secrétariat, sous réserve que ces mesures:

A) n'aient pas une incidence significative sur l'économie de la partie contractante; et

B) ne fassent pas de distinction entre les investisseurs d'autres parties contractantes et les investisseurs de cette partie contractante qui ne figurent pas parmi les bénéficiaires de ces mesures,

à condition qu'aucune mesure ne constitue une restriction déguisée aux activités économiques du secteur de l'énergie ou une discrimination arbitraire ou injustifiable entre les parties contractantes ou entre les investisseurs ou d'autres personnes intéressées des parties contractantes. Ces mesures sont dûment motivées et n'annulent ni entravent, plus que ce qui est strictement nécessaire à l'objectif déclaré, les avantages qu'une ou plusieurs autres parties contractantes peuvent raisonnablement attendre au titre du présent traité.

3. Les dispositions du présent traité autres que celles visées au paragraphe 1 ne doivent pas être interprétées comme empêchant une partie contractante de prendre toute mesure qu'elle estime nécessaire:

a) à la protection de ses intérêts essentiels en matière de sécurité, y compris les mesures qui:

i) concernent l'approvisionnement des établissements militaires en matières et produits énergétiques; ou

ii) welche in Zeiten eines Krieges, eines bewaffneten Konflikts oder einer anderen Notlage in den internationalen Beziehungen getroffen werden;

b) im Zusammenhang mit der Durchführung der innerstaatlichen Politik der Beachtung der Nichtverbreitung von Kernwaffen oder anderen Kernsprengstoffen, oder die nötig sind, um ihre Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, den Richtlinien der Gruppe der Nuklearlieferländer und sonstige internationale Nichtverbreitungsverpflichtungen oder -absprachen im Nuklearbereich zu erfüllen oder

c) zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.

Diese Maßnahme darf keine verschleierte Einschränkung des Transits sein.

(4) Die Bestimmungen dieses Vertrags über die Gewährung der Meistbegünstigung dürfen eine Vertragspartei nicht dazu verpflichten, auf die Investoren einer anderen Vertragspartei eine Vorzugsbehandlung zu erstrecken,

a) die aus der Mitgliedschaft der Vertragspartei in einer Freihandelszone oder einer Zollunion herrührt;

b) die aufgrund einer zweiseitigen oder mehrseitigen Übereinkunft über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Staaten gewährt wird, welche die ehemalige Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bildeten, solange deren wechselseitigen Wirtschaftsbeziehungen nicht auf eine endgültige Grundlage gestellt sind.

Artikel 25

Übereinkünfte über die Wirtschaftsintegration

(1) Dieser Vertrag ist nicht so auszulegen, als verpflichte er eine Vertragspartei, die Vertragspartei einer Übereinkunft über die Wirtschaftsintegration (im folgenden als „EIA“ bezeichnet) ist, einer anderen Vertragspartei, die nicht Vertragspartei dieser EIA ist, im Wege der Meistbegünstigungsbehandlung eine Vorzugsbehandlung einzuräumen, die zwischen den Vertragsparteien der EIA gilt, weil sie Vertragsparteien dieser EIA sind.

(2) Im Sinne des Absatzes 1 bedeutet „EIA“ eine Übereinkunft, die unter anderem den Handel und die Investitionen erheblich liberalisiert, indem im wesentlichen jede Diskriminierung zwischen oder unter den Vertragsparteien durch die Beseitigung vorhandener diskriminierender Maßnahmen und/oder durch das Verbot neuer oder weiterer diskriminierender Maßnahmen entweder bei Inkrafttreten der Übereinkunft oder innerhalb einer angemessenen Frist abgeschafft oder beseitigt sein muß.

(3) Die Anwendung des GATT und der dazugehörigen Rechtsinstrumente nach Artikel 29 wird durch diesen Artikel nicht berührt.

(ii) taken in time of war, armed conflict or other emergency in international relations;

(b) relating to the implementation of national policies respecting the non-proliferation of nuclear weapons or other nuclear explosive devices or needed to fulfil its obligations under the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, the Nuclear Suppliers Guidelines, and other international nuclear non-proliferation obligations or understandings; or

(c) for the maintenance of public order.

Such measure shall not constitute a disguised restriction on Transit.

(4) The provisions of this Treaty which accord most favoured nation treatment shall not oblige any Contracting Party to extend to the Investors of any other Contracting Party any preferential treatment:

(a) resulting from its membership of a free-trade area or customs union; or

(b) which is accorded by a bilateral or multilateral agreement concerning economic cooperation between states that were constituent parts of the former Union of Soviet Socialist Republics pending the establishment of their mutual economic relations on a definitive basis.

Article 25

Economic Integration Agreements

(1) The provisions of this Treaty shall not be so construed as to oblige a Contracting Party which is party to an Economic Integration Agreement (hereinafter referred to as "EIA") to extend, by means of most favoured nation treatment, to another Contracting Party which is not a party to that EIA, any preferential treatment applicable between the parties to that EIA as a result of their being parties thereto.

(2) For the purposes of paragraph (1), "EIA" means an agreement substantially liberalizing, inter alia, trade and investment, by providing for the absence or elimination of substantially all discrimination between or among parties thereto through the elimination of existing discriminatory measures and/or the prohibition of new or more discriminatory measures, either at the entry into force of that agreement or on the basis of a reasonable time frame.

(3) This Article shall not affect the application of the GATT and Related Instruments according to Article 29.

ii) sont prises en temps de guerre, en cas de conflit armé ou dans une autre situation d'urgence survenant dans les relations internationales;

b) à la mise en œuvre des politiques nationales concernant la non-prolifération des armes nucléaires ou autres systèmes nucléaires explosifs, ou nécessaires pour satisfaire aux obligations qui lui incombent en vertu du traité sur la non-prolifération des armes nucléaires, des directives applicables à l'exportation de matières nucléaires et des autres obligations ou arrangements internationaux en matière de non-prolifération des armes nucléaires; ou

c) au maintien de l'ordre public.

Une telle mesure ne peut constituer une restriction déguisée du transit.

4. Les dispositions du présent traité qui accordent le bénéfice de la clause de la nation la plus favorisée n'obligent aucune partie contractante à étendre aux investisseurs d'une autre partie contractante un traitement préférentiel résultant:

a) de sa participation à une zone de libre échange ou à une union douanière; ou

b) d'un accord bilatéral ou multilatéral de coopération économique entre les Etats ayant fait partie de l'ancienne Union des républiques socialistes soviétiques, dans l'attente de l'établissement de leurs relations économiques mutuelles sur une base définitive.

Article 25

Accords d'intégration économique

1. Les dispositions du présent traité ne doivent pas être interprétées comme obligeant une partie contractante qui est partie à un accord d'intégration économique (AIE) à étendre, sous le couvert du traitement de la nation la plus favorisée, à une autre partie contractante qui n'est pas partie à cet AIE, un traitement préférentiel applicable entre les parties à cet AIE en raison du fait qu'elles sont parties à cet AIE.

2. Aux fins du paragraphe 1, on entend par «AIE» tout accord visant à une libéralisation substantielle, entre autres, du commerce et des investissements, en veillant à l'absence ou à l'élimination de toute discrimination substantielle entre les parties à cet accord grâce à la suppression des mesures discriminatoires existantes et/ou à l'interdiction de mesures discriminatoires nouvelles ou plus discriminatoires, soit au moment de l'entrée en vigueur de cet accord, soit sur la base d'un calendrier raisonnable.

3. Le présent article n'affecte pas l'application du GATT et des instruments connexes conformément à l'article 29.

Teil V

Streitbeilegung

Artikel 26

Beilegung von Streitigkeiten zwischen einem Investor und einer Vertragspartei

(1) Streitigkeiten zwischen einer Vertragspartei und einem Investor einer anderen Vertragspartei über eine Investition des letzteren im Gebiet der ersteren, die sich auf einen behaupteten Verstoß der ersteren Vertragspartei gegen eine Verpflichtung aus Teil III beziehen, sind nach Möglichkeit gütlich beizulegen.

(2) Können solche Streitigkeiten nicht innerhalb von drei Monaten nach dem Zeitpunkt, zu dem eine der Streitparteien um eine gütliche Beilegung ersucht hat, nach Absatz 1 beigelegt werden, so kann der Investor als Streitpartei die Streitigkeit auf folgende Weise beilegen lassen:

a) durch die Zivil- oder Verwaltungsgerichte der an der Streitigkeit beteiligten Vertragspartei;

b) im Einklang mit einem anwendbaren, zuvor vereinbarten Streitbeilegungsverfahren oder

c) im Einklang mit den folgenden Absätzen.

(3)

a) Vorbehaltlich nur der Buchstaben b und c erteilt jede Vertragspartei hiermit ihre uneingeschränkte Zustimmung, eine Streitigkeit einem internationalen Schieds- oder Vergleichsverfahren in Übereinstimmung mit diesem Artikel zu unterwerfen.

b) i) Die in Anlage ID aufgeführten Vertragsparteien erteilen ihre uneingeschränkte Zustimmung nicht, wenn der Investor die Streitigkeit zuvor bereits nach Absatz 2 Buchstabe a oder b vorgelegt hat.

ii) Im Interesse der Transparenz teilt jede in Anlage ID aufgeführte Vertragspartei spätestens bei Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde nach Artikel 39 oder Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde nach Artikel 41 dem Sekretariat ihre diesbezüglichen politischen Ausrichtungen, ihre diesbezüglichen Gepflogenheiten und Bedingungen schriftlich mit.

c) Eine in Anlage IA aufgeführte Vertragspartei erteilt ihre uneingeschränkte Zustimmung nicht bei einer Streitigkeit, die über Artikel 10 Absatz 1 letzter Satz entsteht.

(4) Beabsichtigt ein Investor, die Streitigkeit einer Beilegung nach Absatz 2 Buchstabe c zu unterwerfen, so hat er ferner

Part V

Dispute settlement

Article 26

Settlement of disputes between an Investor and a Contracting Party

(1) Disputes between a Contracting Party and an Investor of another Contracting Party relating to an Investment of the latter in the Area of the former, which concern an alleged breach of an obligation of the former under Part III shall, if possible, be settled amicably.

(2) If such disputes cannot be settled according to the provisions of paragraph (1) within a period of three months from the date on which either party to the dispute requested amicable settlement, the Investor party to the dispute may choose to submit it for resolution:

(a) to the courts or administrative tribunals of the Contracting Party party to the dispute;

(b) in accordance with any applicable, previously agreed dispute settlement procedure; or

(c) in accordance with the following paragraphs of this Article.

(3)

(a) Subject only to subparagraphs (b) and (c), each Contracting Party hereby gives its unconditional consent to the submission of a dispute to international arbitration or conciliation in accordance with the provisions of this Article.

(b) (i) The Contracting Parties listed in Annex ID do not give such unconditional consent where the Investor has previously submitted the dispute under subparagraph (2)(a) or (b).

(ii) For the sake of transparency, each Contracting Party that is listed in Annex ID shall provide a written statement of its policies, practices and conditions in this regard to the Secretariat no later than the date of the deposit of its instrument of ratification, acceptance or approval in accordance with Article 39 or the deposit of its instrument of accession in accordance with Article 41.

(c) A Contracting Party listed in Annex IA does not give such unconditional consent with respect to a dispute arising under the last sentence of Article 10(1).

(4) In the event that an Investor chooses to submit the dispute for resolution under subparagraph (2)(c), the Investor shall

Partie V

Règlement des différends

Article 26

Règlement des différends entre un investisseur et une partie contractante

1. Les différends qui opposent une partie contractante et un investisseur d'une autre partie contractante au sujet d'un investissement réalisé par ce dernier dans la zone de la première et qui portent sur un manquement allégué à une obligation de la première partie contractante au titre de la partie III sont, dans la mesure du possible, réglées à l'amiable.

2. Si un différend de ce type n'a pu être réglé conformément aux dispositions du paragraphe 1 dans un délai de trois mois à compter du moment où l'une des parties au différend a sollicité un règlement à l'amiable, l'investisseur partie au différend peut choisir de le soumettre, en vue de son règlement:

a) aux juridictions judiciaires ou administratives de la partie contractante qui est partie au différend; ou

b) conformément à toute procédure de règlement des différends applicable préalablement convenue; ou

c) conformément aux paragraphes suivants du présent article.

3.

a) Sous réserve des seuls points b) et c), chaque partie contractante donne son consentement inconditionnel à la soumission de tout différend à une procédure d'arbitrage ou de conciliation internationale, conformément aux dispositions du présent article.

b) i) Les parties contractantes énumérées à l'annexe ID ne donnent pas ce consentement inconditionnel si l'investisseur a, au préalable, soumis ce différend selon les procédures prévues au paragraphe 2) points a) ou b).

ii) Pour des raisons de transparence, chaque partie contractante qui est indiquée à l'annexe ID communique par écrit ses politiques, pratiques et conditions en la matière au Secrétariat au plus tard à la date de dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation conformément à l'article 39 ou au dépôt de son instrument d'adhésion conformément à l'article 41.

c) Les parties contractantes énumérées à l'annexe IA ne donnent pas ce consentement inconditionnel pour les différends survenant au sujet de la disposition contenue dans la dernière phrase de l'article 10 paragraphe 1.

4. Si un investisseur choisit de soumettre le différend en vue de son règlement conformément au paragraphe 2 point c), il donne

schriftlich seine Zustimmung zu erteilen, damit die Streitigkeit folgenden Stellen vorgelegt werden kann:

a) i) dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investititonsstreitigkeiten, das im Rahmen des am 18. März 1965 in Washington zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommens zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten (im folgenden als „ICSID-Übereinkommen" bezeichnet) errichtet wurde, falls sowohl die Vertragspartei des Investors als auch die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei Vertragsparteien des ICSID-Übereinkommens sind, oder

ii) dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten, das im Rahmen des unter Buchstabe a Ziffer i genannten Übereinkommens nach den Regeln über die Zusatzeinrichtung für die Abwicklung von Klagen durch das Sekretariat des Zentrums (im folgenden als „Regeln für die Zusatzeinrichtung" bezeichnet) errichtet wurde, falls die Vertragspartei des Investors oder die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei, aber nicht beide, Vertragspartei des ICSID-Übereinkommens ist,

b) einem Einzelschiedsrichter oder einem Ad-hoc-Schiedsgericht, das nach der Schiedsordnung der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (im folgenden als „UNCITRAL" bezeichnet) gebildet wird, oder

c) einem Schiedsverfahren im Rahmen des Instituts für Schiedsverfahren der Stockholmer Handelskammer.

(5)

a) Die Zustimmung nach Absatz 3 zusammen mit der schriftlichen Zustimmung des Investors nach Absatz 4 wird so angesehen, als erfülle sie das Erfordernis,

i) der schriftlichen Zustimmung der Streitparteien im Sinne des Kapitels II des ICSID-Übereinkommens und im Sinne der Regeln für die Zusatzeinrichtung,

ii) einer „schriftlichen Vereinbarung" im Sinne des Artikels II des am 10. Juni 1958 in New York beschlossenen Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche (im folgenden als „New Yorker Übereinkommen" bezeichnet) und

iii) einer „schriftlichen Einverständniserklärung der Vertragsparteien" im Sinne des Artikels 1 der UNCITRAL-Schiedsordnung.

b) Ein Schiedsverfahren nach diesem Artikel findet auf Ersuchen einer der Streitparteien in einem Staat statt, der Ver-

further provide its consent in writing for the dispute to be submitted to:

(a) (i) The International Centre for Settlement of Investment Disputes, established pursuant to the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of other States opened for signature at Washington, 18 March 1965 (hereinafter referred to as the "ICSID Convention"), if the Contracting Party of the Investor and the Contracting Party party to the dispute are both parties to the ICSID Convention; or

(ii) The International Centre for Settlement of Investment Disputes, established pursuant to the Convention referred to in subparagraph (a)(i), under the rules governing the Additional Facility for the Administration of Proceedings by the Secretariat of the Centre (hereinafter referred to as the "Additional Facility Rules"), if the Contracting Party of the Investor or the Contracting Party party to the dispute, but not both, is a party to the ICSID Convention;

(b) a sole arbitrator or ad hoc arbitration tribunal established under the Arbitration Rules of the United Nations Commission on International Trade Law (hereinafter referred to as "UNCITRAL"); or

(c) an arbitral proceeding under the Arbitration Institute of the Stockholm Chamber of Commerce.

(5)

(a) The consent given in paragraph (3) together with the written consent of the Investor given pursuant to paragraph (4) shall be considered to satisfy the requirement for:

(i) written consent of the parties to a dispute for purposes of Chapter II of the ICSID Convention and for purposes of the Additional Facility Rules;

(ii) an "agreement in writing" for purposes of article II of the United Nations Convention on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards, done at New York, 10 June 1958 (hereinafter referred to as the "New York Convention"); and

(iii) "the parties to a contract [to] have agreed in writing" for the purposes of article 1 of the UNCITRAL Arbitration Rules.

(b) Any arbitration under this Article shall at the request of any party to the dispute be held in a state that is a party to the

son consentement par écrit pour que le différend soit porté devant:

a) i) le Centre international pour le règlement des différends relatifs aux investissements, créé en application de la convention pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissants d'autres Etats, ouverte pour signature à Washington le 18 mars 1965, ci-après dénommée «convention CIRDI», si la partie contractante de l'investisseur et la partie contractante partie au différend sont toutes deux parties à la convention CIRDI; ou

ii) le Centre international pour le règlement des différends relatifs aux investissements, créé en application de la convention visée au point a), sur la base du règlement du mécanisme supplémentaire pour l'administration des procédures par le Secrétariat du Centre, ci-après dénommé «règlement du mécanisme supplémentaire», si la partie contractante de l'investisseur ou la partie contractante partie au différend, mais non les deux, est partie à la convention CIRDI;

b) à un arbitre unique ou à un tribunal d'arbitrage ad hoc constitué sur la base du règlement d'arbitrage de la Commission des Nations Unies pour le droit commercial international (CNUDCI); ou

c) à une procédure d'arbitrage sous l'égide de l'Institut d'arbitrage de la Chambre de commerce de Stockholm.

5.

a) Le consentement prévu au paragraphe 3, ainsi que le consentement écrit de l'investisseur donné en application du paragraphe 4, sont considérés comme satisfaisant aux exigences suivantes:

i) l'existence d'un consentement écrit des parties à un différend aux fins du chapitre II de la convention CIRDI et du règlement du mécanisme supplémentaire;

ii) l'existence d'un accord par écrit aux fins de l'article II de la convention des Nations Unies pour la reconnaissance et l'exécution des sentences arbitrales étrangères, faite à New York le 10 juin 1958, ci-après dénommée «convention de New York»; et

iii) l'existence d'un accord par écrit des parties à un contrat aux fins de l'article 1er du règlement d'arbitrage de la CNUDCI.

b) Tout arbitrage effectué en vertu du présent article se déroule à la demande de l'une des parties au différend dans un

tragspartei des New Yorker Übereinkommens ist. Ansprüche, die Gegenstand eines Schiedsverfahrens nach diesem Artikel sind, gelten als aus einer Handelssache oder Transaktion im Sinne des Artikels 1 jenes Übereinkommens entstanden.

(6) Ein nach Absatz 4 gebildetes Schiedsgericht entscheidet über die strittigen Fragen in Übereinstimmung mit diesem Vertrag und den geltenden Regeln und Grundsätzen des Völkerrechts.

(7) Ein Investor, der keine natürliche Person ist und die Staatsangehörigkeit einer zum Zeitpunkt der in Absatz 4 bezeichneten schriftlichen Zustimmung am Streit beteiligten Vertragspartei besitzt und der vor dem Entstehen einer Streitigkeit zwischen ihm und der betreffenden Vertragspartei von Investoren einer anderen Vertragspartei kontrolliert wird, wird im Sinne des Artikels 25 Absatz 2 Buchstabe b des ICSID-Übereinkommens als „Staatsangehöriger einer anderen Vertragspartei" und im Sinne des Artikels 1 Absatz 6 der Regeln für die Zusatzeinrichtung als „Staatsangehöriger eines anderen Staates" behandelt.

(8) Schiedssprüche, die auch die Zuerkennung von Zinsen umfassen können, sind für die Streitparteien endgültig und bindend. Ein Schiedsspruch betreffend eine Maßnahme einer regionalen oder örtlichen Regierungs- oder Verwaltungsstelle der streitenden Vertragspartei hat vorzusehen, daß die Vertragspartei eine Entschädigung in Geld anstelle eines anderen Schadenersatzes leisten kann. Jede Vertragspartei führt einen derartigen Schiedsspruch unverzüglich aus und veranlaßt die wirksame Vollstreckung der Schiedssprüche in ihrem Gebiet.

Artikel 27

Beilegung von Streitigkeiten zwischen Vertragsparteien

(1) Die Vertragsparteien bemühen sich, Streitigkeiten über die Anwendung oder Auslegung dieses Vertrags auf diplomatischem Weg beizulegen.

(2) Ist eine Streitigkeit nicht nach Absatz 1 innerhalb einer angemessenen Frist beigelegt worden, so kann jede der beteiligten Parteien, sofern in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt oder von den Vertragsparteien schriftlich vereinbart ist und sofern nicht die Anwendung oder Auslegung des Artikels 6, des Artikels 19 oder – für die in Anlage IA aufgeführten Vertragsparteien – des Artikels 10 Absatz 1 letzter Satz betroffen ist, nach schriftlicher Mitteilung an die andere Streitpartei die Angelegenheit einem aufgrund dieses Artikels gebildeten Ad-hoc-Schiedsgericht vorlegen.

(3) Ein solches Ad-hoc-Schiedsgericht wird wie folgt gebildet:

a) Die das Verfahren einleitende Vertragspartei bestellt ein Mitglied des Gerichts und unterrichtet die andere an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei von die-

New York Convention. Claims submitted to arbitration hereunder shall be considered to arise out of a commercial relationship or transaction for the purposes of article I of that Convention.

(6) A tribunal established under paragraph (4) shall decide the issues in dispute in accordance with this Treaty and applicable rules and principles of international law.

(7) An Investor other than a natural person which has the nationality of a Contracting Party party to the dispute on the date of the consent in writing referred to in paragraph (4) and which, before a dispute between it and that Contracting Party arises, is controlled by Investors of another Contracting Party, shall for the purpose of article 25(2)(b) of the ICSID Convention be treated as a "national of another Contracting State" and shall for the purpose of article 1(6) of the Additional Facility Rules be treated as a "national of another State".

(8) The awards of arbitration, which may include an award of interest, shall be final and binding upon the parties to the dispute. An award of arbitration concerning a measure of a sub-national government or authority of the disputing Contracting Party shall provide that the Contracting Party may pay monetary damages in lieu of any other remedy granted. Each Contracting Party shall carry out without delay any such award and shall make provision for the effective enforcement in its Area of such awards.

Article 27

Settlement of disputes between Contracting Parties

(1) Contracting Parties shall endeavour to settle disputes concerning the application or interpretation of this Treaty through diplomatic channels.

(2) If a dispute has not been settled in accordance with paragraph (1) within a reasonable period of time, either party thereto may, except as otherwise provided in this Treaty or agreed in writing by the Contracting Parties, and except as concerns the application or interpretation of Article 6 or Article 19 or, for Contracting Parties listed in Annex IA, the last sentence of Article 10(1), upon written notice to the other party to the dispute submit the matter to an ad hoc tribunal under this Article.

(3) Such an ad hoc arbitral tribunal shall be constituted as follows:

(a) The Contracting Party instituting the proceedings shall appoint one member of the tribunal and inform the other Contracting Party to the dispute of its ap-

Etat qui est partie à la convention de New York. Les réclamations soumises à l'arbitrage conformément aux présentes dispositions sont considérées comme découlant d'une relation ou d'une transaction commerciale aux fins de l'article 1 de ladite convention.

6. Un tribunal constitué selon les dispositions du paragraphe 4 statue sur les questions litigieuses conformément au présent traité et aux règles et principes applicables de droit international.

7. Un investisseur, autre qu'une personne physique, qui a la nationalité d'une partie contractante partie au différend à la date du consentement écrit visé au paragraphe 4 et qui, avant qu'un différend ne survienne entre lui et cette partie contractante, était contrôlé par les investisseurs d'une autre partie contractante est traité, aux fins de l'article 25 paragraphe 2 point b) de la convention CIRDI, comme un «ressortissant d'une autre partie contractante» et, aux fins de l'article 1er paragraphe 6 du règlement du mécanisme supplémentaire, comme un «ressortissant d'un autre Etat».

8. Les sentences arbitrales, qui peuvent inclure l'attribution d'intérêts, sont définitives et obligatoires pour les parties au différend. Les sentences arbitrales concernant une mesure prise par une administration politique ou une autorité sous-nationale de la partie contractante en litige prévoient que la partie contractante peut payer un dédommagement monétaire à la place de toute autre réparation accordée. Chaque partie contractante exécute ces sentences sans retard et prend des mesures en vue de leur exécution effective dans sa zone.

Article 27

Règlement des différends entre Parties contractantes

1. Les Parties contractantes s'efforcent de régler les différends relatifs à l'application ou l'interprétation du présent traité par la voie diplomatique.

2. Lorsqu'un différend n'a pas été réglé conformément au paragraphe 1 dans un délai raisonnable, chaque partie au différend peut, à moins que le présent traité n'en dispose autrement ou que les parties contractantes en aient convenu autrement par écrit, et sauf s'il s'agit de l'application ou de l'interprétation de l'article 6 ou de l'article 19 ou, pour les parties contractantes énumérées à l'annexe IA, de la dernière phrase de l'article 10 paragraphe 1, soumettre le différend à un tribunal d'arbitrage ad hoc en vertu du présent article, moyennant notification écrite adressée à l'autre partie au différend.

3. Le tribunal d'arbitrage ad hoc est constitué de la manière suivante:

a) La partie contractante engageant la procédure nomme un membre du tribunal et informe l'autre partie contractante de cette nomination dans les 30 jours sui-

ser Bestellung innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der in Absatz 2 genannten Mitteilung der anderen Vertragspartei.

b) Innerhalb von 60 Tagen nach Eingang der in Absatz 2 genannten schriftlichen Mitteilung bestellt die andere an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei ein Mitglied. Erfolgt die Bestellung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist, so kann die Vertragspartei, die das Verfahren eingeleitet hat, innerhalb von 90 Tagen nach Eingang der in Absatz 2 genannten schriftlichen Mitteilung darum ersuchen, daß die Bestellung in Übereinstimmung mit Buchstabe d erfolgt.

c) Ein drittes Mitglied, das nicht Staatsangehöriger oder Bürger einer an der Streitigkeit beteiligten Vertragspartei sein darf, wird von den an der Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien bestellt. Dieses Mitglied ist der Präsident des Schiedsgerichts. Sind die Vertragsparteien innerhalb von 150 Tagen nach Eingang der in Absatz 2 genannten Mitteilung nicht in der Lage, sich auf die Bestellung eines dritten Mitglieds zu einigen, so erfolgt diese Bestellung nach Buchstabe d auf Ersuchen einer der Vertragsparteien innerhalb von 180 Tagen nach Eingang jener Mitteilung.

d) Bestellungen, die im Einklang mit diesem Absatz erfolgen, werden vom Generalsekretär des Ständigen Schiedsgerichtshofs innerhalb von 30 Tagen nach Eingang eines dahin gehenden Ersuchens vorgenommen. Ist der Generalsekretär verhindert, diese Aufgabe wahrzunehmen, so werden die Bestellungen vom Ersten Sekretär des Präsidiums vorgenommen. Ist auch dieser verhindert, diese Aufgabe wahrzunehmen, so werden die Bestellungen vom ranghöchsten Stellvertreter vorgenommen.

e) Die Bestellungen nach den Buchstaben a bis d erfolgen unter Berücksichtigung der Fähigkeiten und Erfahrungen der zu bestellenden Mitglieder, insbesondere in den unter diesen Vertrag fallenden Angelegenheiten.

f) Haben die Vertragsparteien keine anderslautende Vereinbarung getroffen, so gilt die Schiedsordnung der UNCITRAL, soweit die an der Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien oder die Schiedsrichter nicht davon abweichen. Das Schiedsgericht entscheidet mit der Mehrheit seiner Mitglieder.

g) Das Schiedsgericht entscheidet die Streitigkeit im Einklang mit diesem Vertrag und den anwendbaren Regeln und Grundsätzen des Völkerrechts.

h) Der Schiedsspruch ist endgültig und für die an der Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien bindend.

pointment within 30 days of receipt of the notice referred to in paragraph (2) by the other Contracting Party;

(b) Within 60 days of the receipt of the written notice referred to in paragraph (2), the other Contracting Party party to the dispute shall appoint one member. If the appointment is not made within the time limit prescribed, the Contracting Party having instituted the proceedings may, within 90 days of the receipt of the written notice referred to in paragraph (2), request that the appointment be made in accordance with subparagraph (d);

(c) A third member, who may not be a national or citizen of a Contracting Party party to the dispute, shall be appointed by the Contracting Parties parties to the dispute. That member shall be the President of the tribunal. If, within 150 days of the receipt of the notice referred to in paragraph (2), the Contracting Parties are unable to agree on the appointment of a third member, that appointment shall be made, in accordance with subparagraph (d) at the request of either Contracting Party submitted within 180 days of the receipt of that notice;

(d) Appointments requested to be made in accordance with this paragraph shall be made by the Secretary-General of the Permanent Court of International Arbitration within 30 days of the receipt of a request to do so. If the Secretary-General is prevented from discharging this task, the appointments shall be made by the First Secretary of the Bureau. If the latter, in turn, is prevented from discharging this task, the appointments shall be made by the most senior Deputy;

(e) Appointments made in accordance with subparagraphs (a) to (d) shall be made with regard to the qualifications and experience, particularly in matters covered by this Treaty, of the members to be appointed;

(f) In the absence of an agreement to the contrary between the Contracting Parties, the Arbitration Rules of UNCITRAL shall govern, except to the extent modified by the Contracting Parties parties to the dispute or by the arbitrators. The tribunal shall take its decisions by a majority vote of its members;

(g) The tribunal shall decide the dispute in accordance with this Treaty and applicable rules and principles of international law;

(h) The arbitral award shall be final and binding upon the Contracting Parties parties to the dispute;

vant la réception de la notification visée au paragraphe 2 et faite par l'autre partie contractante.

b) Dans les 60 jours suivant la réception de la notification écrite visée au paragraphe 2, l'autre partie contractante partie au différend nomme un membre. Si cette nomination n'est pas effectuée dans le délai prescrit, la partie contractante ayant engagé la procédure peut, dans les 90 jours suivant la notification écrite visée au paragraphe 2, requérir que la nomination soit effectuée conformément au présent paragraphe point d).

c) Un troisième membre, qui ne peut être un ressortissant ou un citoyen d'une partie contractante partie au différend, est nommé par les parties contractantes parties au différend. Ce membre sera le président du tribunal. Si, dans les 150 jours suivant la réception de la notification visée au paragraphe 2, les parties contractantes ne parviennent pas à se mettre d'accord sur la nomination d'un troisième membre, cette nomination est effectuée, conformément au présent paragraphe point d), à la demande de l'une des deux parties contractantes présentée dans les 180 jours suivant la réception de cette notification.

d) Les nominations qu'il est demandé d'effectuer conformément au présent paragraphe sont faites par le secrétaire général de la Cour permanente d'arbitrage international dans les 30 jours suivant la réception d'une demande à cette fin. Si le secrétaire général n'est pas en mesure de s'acquitter de cette tâche, le premier secrétaire du bureau procède à la nomination. Si, à son tour, ce dernier n'est pas en mesure de s'acquitter de cette tâche, les nominations sont effectuées par le doyen des juges de la Cour.

e) Les nominations effectuées conformément aux points a) à d) sont faites compte tenu de la qualification et de l'expérience des membres susceptibles d'être nommés, en particulier en ce qui concerne les matières couvertes par le présent traité.

f) En l'absence d'un accord contraire entre les parties contractantes, le règlement d'arbitrage de la CNUDCI est applicable, sauf dans la mesure où il a été modifié par les parties contractantes parties au différend ou par les arbitres. Le tribunal rend ses décisions à la majorité des voix de ses membres.

g) Le tribunal tranche le différend conformément au présent traité et aux règles et principes applicables du droit international.

h) La sentence arbitrale est définitive et obligatoire pour les parties contractantes parties au différend.

i) Stellt ein Schiedsgericht in seinem Spruch fest, daß eine Maßnahme einer regionalen oder örtlichen Regierungs- oder Verwaltungsstelle im Gebiet einer in Teil I der Anlage P aufgeführten Vertragspartei mit diesem Vertrag nicht im Einklang steht, so kann sich jede Streitpartei auf Teil II der Anlage P berufen.

j) Die Kosten des Schiedsgerichts, einschließlich der Vergütung seiner Mitglieder, werden von den an der Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Gericht kann jedoch nach eigenem Ermessen anordnen, daß eine der an der Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien einen höheren Anteil an den Kosten zu tragen hat.

k) Sofern die an der Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien nichts anderes vereinbaren, tritt das Gericht in Den Haag zusammen und benutzt die Gebäude und Einrichtungen des Ständigen Schiedsgerichtshofs.

l) Eine Ausfertigung des Schiedsspruchs wird im Sekretariat hinterlegt, das den Spruch allgemein zugänglich macht.

Artikel 28

Nichtanwendung des Artikels 27 auf bestimmte Streitigkeiten

Eine Streitigkeit zwischen Vertragsparteien über die Anwendung oder Auslegung des Artikels 5 oder 29 wird nicht nach Artikel 27 beigelegt, es sei denn, die an der Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien vereinbaren dies.

Teil VI

Übergangsbestimmungen

Artikel 29

Einstweilige Bestimmungen über handelsbezogene Angelegenheiten

(1) Dieser Artikel findet auf den Handel mit Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen Anwendung, solange eine Vertragspartei nicht Vertragspartei des GATT und der dazugehörigen Rechtsinstrumente ist.

(2)

a) Der Handel mit Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen zwischen Vertragsparteien, von denen wenigstens eine nicht Vertragspartei des GATT oder eines in Frage kommenden dazugehörigen Rechtsinstruments ist, wird vorbehaltlich der Buchstaben b und c und der in Anlage G vorgesehenen Ausnahmen und Regeln durch die Bestimmungen des GATT 1947 und der dazugehörigen Rechtsinstrumente geregelt, wie sie am 1. März 1994 angewandt wurden und in bezug auf die Primärenergieträger und Energieerzeug-

(i) Where, in making an award, a tribunal finds that a measure of a regional or local government or authority within the Area of a Contracting Party listed in Part I of Annex P is not in conformity with this Treaty, either party to the dispute may invoke the provisions of Part II of Annex P;

(j) The expenses of the tribunal, including the remuneration of its members, shall be borne in equal shares by the Contracting Parties parties to the dispute. The tribunal may, however, at its discretion direct that a higher proportion of the costs be paid by one of the Contracting Parties parties to the dispute;

(k) Unless the Contracting Parties parties to the dispute agree otherwise, the tribunal shall sit in The Hague, and use the premises and facilities of the Permanent Court of Arbitration;

(l) A copy of the award shall be deposited with the Secretariat which shall make it generally available.

Article 28

Non-application of Article 27 to certain disputes

A dispute between Contracting Parties with respect to the application or interpretation of Article 5 or 29 shall not be settled under Article 27 unless the Contracting Parties parties to the dispute so agree.

Part VI

Transitional provisions

Article 29

Interim provisions on trade-related matters

(1) The provisions of this Article shall apply to trade in Energy Materials and Products while any Contracting Party is not a party to the GATT and Related Instruments.

(2)

(a) Trade in Energy Materials and Products between Contracting Parties at least one of which is not a party to the GATT or a relevant Related Instrument shall be governed, subject to subparagraphs (b) and (c) and to the exceptions and rules provided for in Annex G, by the provisions of GATT 1947 and Related Instruments, as applied on 1 March 1994 and practised with regard to Energy Materials and Products by parties to GATT 1947 among themselves, as if all Contracting Parties were parties to GATT 1947 and Related Instruments.

i) Lorsque, dans sa sentence, le tribunal estime qu'une mesure adoptée par une administration publique ou autorité régionale ou locale de la zone d'une partie contractante mentionnée à la partie I de l'annexe P n'est pas conforme au présent traité, chacune des parties au différend peut invoquer les dispositions de la partie II de l'annexe P.

j) Les frais de tribunal, y compris la rémunération de ses membres, sont supportés à parts égales par les parties contractantes parties au différend. Le tribunal peut toutefois, à sa discrétion, imputer une part plus importante des frais à l'une des parties contractantes parties au différend.

k) Sauf accord contraire des parties contractantes parties au différend, le tribunal siège à La Haye et utilise les locaux et les installations de la Cour permanente d'arbitrage.

l) Une copie de la sentence est déposée au Secrétariat, qui la tient à la disposition de tous.

Article 28

Non-application de l'article 27 à certains différends

Les différends entre les parties contractantes relatifs à l'application ou à l'interprétation de l'article 5 ou de l'article 29 ne sont pas réglés conformément à l'article 27, sauf accord contraire des parties contractantes parties au différend.

Partie VI

Dispositions transitoires

Article 29

Dispositions provisoires concernant les matières liées au commerce

1. Les dispositions du présent article s'appliquent au commerce de matières et de produits énergétiques aussi longtemps qu'une partie contractante n'est pas partie au GATT et aux instruments connexes.

2.

a) Le commerce des matières et des produits énergétiques entre des parties contractantes dont l'une au moins n'est pas partie au GATT ou à un instrument connexe pertinent est régi, sous réserve des points b) et c) et des exceptions et règles prévues à l'annexe G, par les dispositions du GATT 1947 et des instruments connexes, tels qu'appliqués au 1er mars 1994, et pratiqués, en ce qui concerne les matières et les produits énergétiques, par les parties au GATT 1947 entre elles, comme si toutes les parties contractantes étaient parties

nisse von den Vertragsparteien des GATT 1947 untereinander praktiziert werden, als seien alle Vertragsparteien zugleich Vertragsparteien des GATT 1947 und der dazugehörigen Rechtsinstrumente.

b) Dieser Handel einer Vertragspartei, die zu den Staaten gehört, welche die ehemalige Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bildeten, kann statt dessen vorbehaltlich der Anlage TFU durch eine Übereinkunft zwischen zwei oder mehr dieser Staaten bis zum 1. Dezember 1999 oder bis zur Zulassung der betreffenden Vertragspartei zum GATT geregelt werden, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher liegt.

c) Für den Handel zwischen zwei Vertragsparteien des GATT findet Buchstabe a keine Anwendung, wenn eine der Vertragsparteien nicht Vertragspartei des GATT 1947 ist.

(3) Jeder Unterzeichner dieses Vertrags und jeder Staat oder jede Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, die diesem Vertrag beitreten, überlassen dem Sekretariat bei der Unterzeichnung oder bei Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde eine Liste sämtlicher Zollsätze und sonstiger Abgaben, die bei der Einfuhr oder Ausfuhr auf Primärenergieträger und Energieerzeugnisse erhoben werden, und teilen die Höhe dieser Zollsätze und Abgaben mit, wie sie an dem Tag der Unterzeichnung oder der Hinterlegung gültig ist. Änderungen dieser Zollsätze oder sonstigen Abgaben werden dem Sekretariat notifiziert, das die Vertragsparteien davon unterrichtet.

(4) Jede Vertragspartei bemüht sich, Zollsätze oder sonstige Abgaben, die bei der Einfuhr oder Ausfuhr erhoben werden, nicht zu erhöhen

a) bei der Einfuhr von Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen, die in Teil I oder in der in Artikel II des GATT bezeichneten Liste für die Vertragspartei beschrieben sind, über die in der Liste festgelegte Höhe hinaus, falls die Vertragspartei Vertragspartei des GATT ist;

b) bei der Ausfuhr von Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen und ihrer Einfuhr, falls die Vertragspartei nicht Vertragspartei des GATT ist, über die dem Sekretariat zuletzt notifizierte Höhe hinaus, sofern es nicht durch die in Absatz 2 Buchstabe b zur Anwendung gebrachten Bestimmungen erlaubt ist.

(5) Eine Vertragspartei darf die Zollsätze und sonstigen Abgaben über die in Absatz 4 angegebene Höhe hinaus nur erhöhen,

a) falls bei einem bei der Einfuhr erhobenen Zoll oder einer entsprechenden sonstigen Abgabe eine derartige Maßnahme nicht gegen die anwendbaren Bestimmungen des GATT mit Ausnahme der in Anlage G aufgeführten Bestimmungen des GATT 1947 und der

(b) Such trade of a Contracting Party which is a state that was a constituent part of the former Union of Soviet Socialist Republics may instead be governed, subject to the provisions of Annex TFU, by an agreement between two or more such states, until 1 December 1999 or the admission of that Contracting Party to the GATT, whichever is the earlier.

(c) As concerns trade between any two parties to the GATT, subparagraph (a) shall not apply if either of those parties is not a party to GATT 1947.

(3) Each signatory to this Treaty, and each state or Regional Economic Integration Organization acceding to this Treaty, shall on the date of its signature or of its deposit of its instrument of accession provide to the Secretariat a list of all tariff rates and other charges levied on Energy Materials and Products at the time of importation or exportation, notifying the level of such rates and charges applied on such date of signature or deposit. Any changes to such rates or other charges shall be notified to the Secretariat, which shall inform the Contracting Parties of such changes.

(4) Each Contracting Party shall endeavour not to increase any tariff rate or other charge levied at the time of importation or exportation:

(a) in the case of the importation of Energy Materials and Products described in Part I of the Schedule relating to the Contracting Party referred to in article II of the GATT, above the level set forth in that Schedule, if the Contracting Party is a party to the GATT;

(b) in the case of the exportation of Energy Materials and Products, and that of their importation if the Contracting Party is not a party to the GATT, above the level most recently notified to the Secretariat, except as permitted by the provisions made applicable by subparagraph (2)(a).

(5) A Contracting Party may increase such tariff rate or other charge above the level referred to in paragraph (4) only if:

(a) in the case of a rate or other charge levied at the time of importation, such action is not inconsistent with the applicable provisions of the GATT other than those provisions of GATT 1947 and Related Instruments listed in Annex G and the corresponding provisions of GATT

au GATT 1947 et aux instruments connexes.

b) Ce commerce entre une partie contractante qui est un Etat ayant fait partie de l'ancienne Union des républiques socialistes soviétiques peut toutefois être régi, sous réserve des dispositions de l'annexe TFU, par un accord entre deux ou plusieurs de ces Etats, jusqu'au 1er décembre 1999 ou jusqu'à l'admission de cette partie contractante au GATT, la date la plus proche étant retenue.

c) Pour le commerce entre deux parties au GATT, le point a) ne s'applique pas si l'une de ces parties n'est pas partie au GATT 1947.

3. Chaque signataire du présent traité et chaque Etat ou organisation d'intégration économique régionale adhérant au présent traité déposent au Secrétariat, le jour de sa signature ou du dépôt de son instrument d'adhésion, une liste de tous les droits de douane et des autres taxes appliqués à l'importation ou à l'exportation de matières et de produits énergétiques, en communiquant le niveau de ces droits et taxes à la date de la signature ou du dépôt. Toute modification apportée à ces droits et autres taxes est notifiée au Secrétariat, qui en informe les parties contractantes.

4. Chaque partie contractante s'efforce de ne pas augmenter les droits de douane ou autres taxes perçus à l'importation ou à l'exportation:

a) dans le cas des importations de matières et produits énergétiques visés à la partie 1 du programme concernant la partie contractante visée à l'article II du GATT, au-delà du niveau indiqué dans ce programme, si la partie contractante est partie au GATT;

b) dans le cas des exportations de matières et de produits énergétiques, ainsi que des importations de tels matières et produits, si la partie contractante n'est pas partie au GATT, au-dessus du niveau notifié le plus récemment au Secrétariat, à moins que les dispositions applicables en vertu du paragraphe 2 point a) l'autorisent.

5. Une partie contractante ne peut augmenter les droits de douane ou autres taxes au-dessus du niveau visé au paragraphe 4 que si:

a) dans le cas de droits de douane ou de taxe perçus à l'importation, une telle mesure n'est pas incompatible avec les dispositions applicables du GATT autres que les dispositions du GATT 1947 et des instruments connexes énumérés à l'annexe G et les dispositions corres-

dazugehörigen Rechtsinstrumente und der entsprechenden Bestimmungen des GATT 1994 und der dazugehörigen Rechtsinstrumente verstößt oder

b) falls sie so weitgehend wie aufgrund ihrer gesetzgebenden Verfahren praktisch möglich dem Sekretariat ihren Vorschlag für eine derartige Erhöhung notifiziert hat, anderen interessierten Vertragsparteien hinreichende Gelegenheit zur Konsultation über ihren Vorschlag gegeben und Darstellungen dieser Vertragsparteien in Betracht gezogen hat.

(6) Die Unterzeichner verpflichten sich, spätestens am 1. Januar 1995 Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, angesichts der Entwicklungen im System des Welthandels bis zum 1. Januar 1998 einen Text zur Änderung dieses Vertrags zum Abschluß zu bringen, der nach Maßgabe der darin festgelegten Bedingungen jede Vertragspartei verpflichtet, die Zölle oder Abgaben nicht über die in der Änderung vorgeschriebene Höhe hinaus zu erhöhen.

(7) Anlage D gilt für Streitigkeiten über die Einhaltung von Bestimmungen, die nach diesem Artikel auf den Handel anwendbar sind, und – sofern nicht beide Vertragsparteien etwas anderes vereinbaren – für Streitigkeiten über die Einhaltung des Artikels 5 zwischen Vertragsparteien, von denen mindestens eine nicht Vertragspartei des GATT ist; Anlage D findet jedoch keine Anwendung auf eine Streitigkeit zwischen Vertragsparteien, die im wesentlichen im Rahmen einer Übereinkunft entsteht,

a) welche in Übereinstimmung mit Absatz 2 Buchstabe b und Anlage TFU notifiziert worden ist und deren sonstige Erfordernisse erfüllt oder

b) welche eine Freihandelszone oder eine Zollunion entsprechend der Beschreibung in Artikel XXIV des GATT errichtet.

Artikel 30

Entwicklungen in den internationalen Handelsvereinbarungen

Die Vertragsparteien verpflichten sich, im Licht der Ergebnisse der Uruguay-Runde über die multilateralen Handelsverhandlungen, die hauptsächlich in der am 15. April 1994 in Marrakesch beschlossenen Schlußakte enthalten sind, spätestens am 1. Juli 1995 oder bei Inkrafttreten dieses Vertrags, falls dieser Zeitpunkt später liegt, Überlegungen über angemessene Änderungen dieses Vertrags anzustellen mit dem Ziel, etwaige Änderungen durch die Chartakonferenz beschließen zu lassen.

Artikel 31

Energiebezogene Ausrüstung

Die vorläufige Chartakonferenz beginnt auf ihrer ersten Sitzung mit der Prüfung der Frage, ob energiebezogene Ausrüstung in die Handelsbestimmungen dieses Vertrags einzubeziehen ist.

1994 and Related Instruments; or

(b) it has, to the fullest extent practicable under its legislative procedures, notified the Secretariat of its proposal for such an increase, given other interested Contracting Parties reasonable opportunity for consultation with respect to its proposal, and accorded consideration to any representations from such Contracting Parties.

(6) Signatories undertake to commence negotiations not later than 1 January 1995 with a view to concluding by 1 January 1998, as appropriate in the light of any developments in the world trading system, a text of an amendment to this Treaty which shall, subject to conditions to be laid down therein, commit each Contracting Party not to increase such tariffs or charges beyond the level prescribed under that amendment.

(7) Annex D shall apply to disputes regarding compliance with provisions applicable to trade under this Article and, unless both Contracting Parties agree otherwise, to disputes regarding compliance with Article 5 between Contracting Parties at least one of which is not a party to the GATT, except that Annex D shall not apply to any dispute between Contracting Parties, the substance of which arises under an agreement that:

(a) has been notified in accordance with and meets the other requirements of subparagraph (2)(b) and Annex TFU; or

(b) establishes a free-trade area or a customs union as described in article XXIV of the GATT.

Article 30

Developments in international trading arrangements

Contracting Parties undertake that in the light of the results of the Uruguay Round of Multilateral Trade Negotiations embodied principally in the Final Act thereof done at Marrakesh, 15 April 1994, they will commence consideration not later than 1 July 1995 or the entry into force of this Treaty, whichever is the later, of appropriate amendments to this Treaty with a view to the adoption of any such amendments by the Charter Conference.

Article 31

Energy-related equipment

The provisional Charter Conference shall at its first meeting commence examination of the inclusion of energy-related equipment in the trade provisions of this Treaty.

pondantes du GATT 1994 et des instruments connexes; ou

b) elle a, dans toute la mesure du possible selon ses procédures législatives, notifié au Secrétariat sa proposition d'augmentation, offert aux autres parties contractantes une possibilité raisonnable de procéder à une consultation au sujet de cette proposition et pris en considération les observations des parties contractantes intéressées.

6. Les signataires s'engagent à entamer les négociations au plus tard le 1er janvier 1995 en vue de conclure, d'ici au 1er janvier 1998, le cas échéant en tenant compte de l'évolution du système commercial mondial, un amendement du présent traité qui, sous réserve des conditions qui y sont énoncées, engage chaque partie contractante à ne pas augmenter ces droits de douane ou taxes au-delà du niveau prescrit par cet amendement.

7. L'annexe D s'applique aux différends qui portent sur le respect des dispositions applicables aux échanges aux termes du présent article, sauf convention contraire entre les deux parties contractantes, ainsi qu'aux différends qui portent sur le respect de l'article 5 entre les parties contractantes dont l'une au moins n'est pas partie au GATT, étant entendu que l'annexe D ne s'applique pas aux différends survenant entre parties contractantes et découlant, quant au fond, d'un accord qui:

a) a été notifié conformément au paragraphe 2 point b) et à l'annexe TFU et qui satisfait aux autres exigences de ceux-ci; ou

b) établit une zone de libre échange ou une union douanière telle que décrite à l'article XXIV du GATT.

Article 30

Evolution des accords commerciaux internationaux

Les parties contractantes s'engagent, à la lumière des résultats des négociations commerciales multilatérales de l'Uruguay Round, repris principalement dans l'Acte final établi à Marrakech le 15 avril 1994, à entamer, au plus tard le 1er juillet 1995 ou à la date d'entrée en vigueur du présent traité, la date la plus tardive étant retenue, l'examen de modifications appropriées du présent traité en vue de leur adoption par la Conférence de la Charte.

Article 31

Equipement lié à l'énergie

Lors de sa première réunion, la Conférence provisoire de la Charte procède à l'examen de l'inclusion de l'équipement lié à l'énergie dans les dispositions commerciales du présent traité.

Artikel 32

Übergangsvereinbarungen

(1) In der Erkenntnis, daß für die Anpassung an die Anforderungen einer Marktwirtschaft Zeit erforderlich ist, kann eine in Anlage T aufgeführte Vertragspartei die vollständige Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus einer oder mehreren der folgenden Bestimmungen dieses Vertrags nach Maßgabe der Bedingungen in den Absätzen 3 bis 6 zeitweilig aussetzen:

Artikel 6 Absätze 2 und 5,

Artikel 7 Absatz 4,

Artikel 9 Absatz 1,

Artikel 10 Absatz 7 – besondere Maßnahmen,

Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe d – nur bezogen auf den Transfer nicht ausgegebener Einnahmen,

Artikel 20 Absatz 3,

Artikel 22 Absätze 1 und 3.

(2) Die anderen Vertragsparteien helfen einer Vertragspartei, welche die vollständige Erfüllung ihrer Verpflichtungen nach Absatz 1 zeitweilig ausgesetzt hat, die Bedingungen zu schaffen, aufgrund deren die Aussetzung beendet werden kann. Diese Hilfe kann in der Form geleistet werden, welche die Vertragsparteien im Hinblick auf die in Absatz 4 Buchstabe c notifizierten Bedürfnisse für die wirksamste halten, gegebenenfalls auch durch zweiseitige und mehrseitige Vereinbarungen.

(3) Die anwendbaren Bestimmungen, die Etappen bis zur vollständigen Durchführung jeder von ihnen, die zu treffenden Maßnahmen und der Zeitpunkt oder ausnahmsweise der Umstand, bis zu dem jede Etappe abzuschließen und jede Maßnahme zu treffen ist, werden für jede Vertragspartei, die Übergangsvereinbarungen geltend macht, in Anlage T aufgeführt. Jede dieser Vertragsparteien ergreift die angegebene Maßnahme zu dem Zeitpunkt, der für die jeweilige Bestimmung und Etappe in Anlage T festgelegt ist. Vertragsparteien, die nach Absatz 1 die vollständige Erfüllung ihrer Verpflichtungen zeitweilig ausgesetzt haben verpflichten sich, die entsprechenden Verpflichtungen bis zum 1. Juli 2001 vollständig zu erfüllen. Hält eine Vertragspartei es aufgrund außergewöhnlicher Umstände für notwendig, eine Verlängerung dieser zeitweiligen Aussetzung oder die Aufnahme einer weiteren bis dahin in Anlage T nicht aufgeführten zeitweiligen Aussetzung zu beantragen, so wird der Beschluß über diesen Antrag auf Änderung der Anlage T von der Chartakonferenz gefaßt.

(4) Eine Vertragspartei, die Übergangsvereinbarungen geltend gemacht hat, notifiziert dem Sekretariat mindestens einmal in zwölf Monaten

a) die Durchführung einer in Anlage T aufgeführten Maßnahme und ihre allgemeinen Fortschritte im Hinblick auf die voll-

Article 32

Transitional arrangements

(1) In recognition of the need for time to adapt to the requirements of a market economy, a Contracting Party listed in Annex T may temporarily suspend full compliance with its obligations under one or more of the following provisions of this Treaty, subject to the conditions in paragraphs (3) to (6):

Article 6(2) and (5)

Article 7(4)

Article 9(1)

Article 10(7) – specific measures

Article 14(1)(d) – related only to transfer of unspent earnings

Article 20(3)

Article 22(1) and (3).

(2) Other Contracting Parties shall assist any Contracting Party which has suspended full compliance under paragraph (1) to achieve the conditions under which such suspension can be terminated. This assistance may be given in whatever form the other Contracting Parties consider most effective to respond to the needs notified under subparagraph (4)(c) including, where appropriate, through bilateral or multilateral arrangements.

(3) The applicable provisions, the stages towards full implementation of each, the measures to be taken and the date or, exceptionally, contingent event, by which each stage shall be completed and measure taken are listed in Annex T for each Contracting Party claiming transitional arrangements. Each such Contracting Party shall take the measure listed by the date indicated for the relevant provision and stage as set out in Annex T. Contracting Parties which have temporarily suspended full compliance under paragraph (1) undertake to comply fully with the relevant obligations by 1 July 2001. Should a Contracting Party find it necessary, due to exceptional circumstances, to request that the period of such temporary suspension be extended or that any further temporary suspension not previously listed in Annex T be introduced, the decision on a request to amend Annex T shall be made by the Charter Conference.

(4) A Contracting Party which has invoked transitional arrangements shall notify the Secretariat no less often than once every 12 months:

(a) of the implementation of any measures listed in its Annex T and of its general progress to full compliance;

Article 32

Dispositions transitoires

1. Etant donné que l'adaptation aux exigences d'une économie de marché requiert du temps, les parties contractantes énumérées à l'annexe T peuvent temporairement suspendre le respect de leurs obligations découlant d'une ou de plusieurs des dispositions suivantes du présent traité, sous réserve des conditions énoncées aux paragraphes 3 à 6:

Article 6 paragraphes 2 et 5,

Article 7 paragraphe 4,

Article 9 paragraphe 1,

Article 10 paragraphe 7 – mesures spécifiques,

Article 14 paragraphe 1 point d) – uniquement en ce qui concerne les transferts de recettes non dépensées,

Article 20 paragraphe 3,

Article 22 paragraphes 1 et 3.

2. Les autres parties contractantes aident toute partie contractante qui a suspendu le respect total des dispositions en vertu du paragraphe 1 à réaliser les conditions permettant de mettre un terme à cette suspension. Cette assistance peut être donnée sous toute forme que les autres parties contractantes estiment la plus efficace pour répondre aux besoins notifiés conformément au paragraphe 4 point c), y compris, le cas échéant, au moyen d'arrangements bilatéraux ou multilatéraux.

3. Les dispositions applicables, les étapes vers une application intégrale de chacune, les mesures à prendre et la date ou, exceptionnellement, l'événement aléatoire qui marquera la fin de chaque étape et l'adoption des mesures sont énumérés à l'annexe T pour chaque partie contractante qui sollicite un régime transitoire. Chacune de ces parties contractantes prend la mesure prévue à la date indiquée pour la disposition et l'étape pertinentes telles que prévues à l'annexe T. Les parties contractantes qui ont temporairement suspendu le respect de leurs obligations conformément au paragraphe 1 s'engagent à se conformer entièrement aux obligations correspondantes d'ici au 1er juillet 2001. Si, en raison de circonstances exceptionnelles, une partie contractante estime nécessaire de demander que cette période de suspension temporaire soit prolongée ou considère qu'une suspension temporaire non encore prévue à l'annexe T doit être introduite, la Conférence de la Charte statue sur cette demande de modification de l'annexe T.

4. Une partie contractante qui a invoqué des dispositions transitoires notifie au Secrétariat au moins une fois tous les 12 mois:

a) la mise en œuvre de toute mesure prévue à son annexe T et de l'état d'avancement général du respect intégral de

ständige Erfüllung ihrer Verpflichtungen;

b) die von ihr innerhalb der nächsten zwölf Monate erwarteten Fortschritte im Hinblick auf die vollständige Erfüllung ihrer Verpflichtungen, jedes von ihr vorausgesehene Problem und ihre Vorschläge zu dessen Überwindung;

c) das Bedürfnis einer technischen Hilfe, um den Abschluß der Etappen nach Anlage T, die für die vollständige Durchführung dieses Vertrags erforderlich sind, zu erleichtern, oder das unter Buchstabe b festgestellte Problem zu überwinden sowie andere notwendige marktorientierte Reformen und die Modernisierung ihres Energiebereichs zu fördern;

d) jedes mögliche Bedürfnis, einen Antrag von der in Absatz 3 genannten Art zu stellen.

(5) Das Sekretariat

a) leitet die Notifikationen nach Absatz 4 an alle Vertragsparteien weiter;

b) leitet Bedürfnisse und Angebote betreffend technische Hilfe nach Absatz 2 und Absatz 4 Buchstabe c weiter und fördert tatkräftig die Abstimmung zwischen den Bedürfnissen und Angeboten, wobei es sich, soweit zweckmäßig, auf vorhandene Regelungen in anderen internationalen Organisationen stützt;

c) leitet allen Vertragsparteien nach jeweils sechs Monaten eine Zusammenfassung der Notifikationen nach Absatz 4 Buchstabe a oder d zu.

(6) Die Chartakonferenz überprüft jährlich die Fortschritte der Vertragsparteien bei der Durchführung der Bestimmungen dieses Artikels und die Abstimmung zwischen den Bedürfnissen und Angeboten betreffend technische Hilfe nach Absatz 2 und Absatz 4 Buchstabe c. Im Verlauf dieser Überprüfung kann die Konferenz angemessene Maßnahmen beschließen.

(b) of the progress it expects to make during the next 12 months towards full compliance with its obligations, of any problem it foresees and of its proposals for dealing with that problem;

(c) of the need for technical assistance to facilitate completion of the stages set out in Annex T as necessary for the full implementation of this Treaty, or to deal with any problem notified pursuant to subparagraph (b) as well as to promote other necessary market-oriented reforms and modernization of its energy sector;

(d) of any possible need to make a request of the kind referred to in paragraph (3).

(5) The Secretariat shall:

(a) circulate to all Contracting Parties the notifications referred to in paragraph (4);

(b) circulate and actively promote, relying where appropriate on arrangements existing within other international organizations, the matching of needs for and offers of technical assistance referred to in paragraph (2) and subparagraph (4)(c);

(c) circulate to all Contracting Parties at the end of each six-month period a summary of any notifications made under subparagraph (4)(a) or (d).

(6) The Charter Conference shall annually review the progress by Contracting Parties towards implementation of the provisions of this Article and the matching of needs and offers of technical assistance referred to in paragraph (2) and subparagraph (4)(c). In the course of that review it may decide to take appropriate action.

ses obligations;

b) les progrès qu'elle espère réaliser au cours des 12 mois suivants en vue du respect intégral de ses obligations, tout problème qu'elle prévoit et ses propositions visant à régler un tel problème;

c) la nécessité d'une assistance technique destinée à faciliter l'achèvement des étapes prévues à l'annexe T, comme l'exige la pleine application du présent traité, ou permettant de résoudre un problème notifié conformément au point b), ou encore destinée à promouvoir d'autres réformes nécessaires orientées vers le marché ainsi que la modernisation de son secteur énergétique;

d) le besoin éventuel de formuler une demande du type visé au paragraphe 3.

5. Le Secrétariat:

a) communique à toutes les parties contractantes les notifications visées au paragraphe 4;

b) communique et favorise activement, en recourant le cas échéant à des arrangements existant dans le cadre d'autres organisations internationales, l'adéquation entre les besoins et les offres d'assistance technique visées au paragraphe 2 et au paragraphe 4 point c);

c) communique à toutes les parties contractantes, à la fin de chaque période de six mois, un résumé de toutes les notifications effectuées au titre du paragraphe 4 points a) ou d).

6. La Conférence de la Charte examine annuellement les progrès réalisés par les parties contractantes en ce qui concerne l'application des dispositions du présent article et l'adéquation entre les besoins et les offres d'assistance technique visée au paragraphe 2 et au paragraphe 4 point c). Lors de cet examen, elle peut décider de prendre les mesures qui s'imposent.

Teil VII

Strukturelle und institutionelle Bestimmungen

Artikel 33

Energiechartaprotokolle und -Erklärungen

(1) Die Chartakonferenz kann die Aushandlung einer Reihe von Energiechartaprotokollen und -erklärungen genehmigen, um die Ziele und Grundsätze der Charta zu verfolgen.

(2) Jeder Unterzeichner der Charta kann an den Verhandlungen teilnehmen.

(3) Ein Staat oder eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration kann nur dann Vertragspartei eines Protokolls oder einer Erklärung werden, wenn sie gleichzei-

Part VII

Structure and institutions

Article 33

Energy Charter Protocols and Declarations

(1) The Charter Conference may authorize the negotiation of a number of Energy Charter Protocols or Declarations in order to pursue the objectives and principles of the Charter.

(2) Any signatory to the Charter may participate in such negotiation.

(3) A state or Regional Economic Integration Organization shall not become a party to a Protocol or Declaration unless it is, or becomes at the same time, a signatory to

Partie VII

Structure et institutions

Article 33

Protocoles et déclarations sur la Charte de l'énergie

1. La Conférence de la Charte peut autoriser la négociation d'un certain nombre de protocoles et de déclarations sur la Charte de l'énergie en vue de la réalisation des objectifs et des principes de celle-ci.

2. Tout signataire de la Charte peut participer à une telle négociation.

3. Un Etat ou une organisation d'intégration économique régionale ne peuvent être parties à un protocole ou à une déclaration que s'ils sont ou deviennent simultanément

tig Unterzeichner der Charta und Vertragspartei dieses Vertrags werden.

(4) Vorbehaltlich des Absatzes 3 und des Absatzes 6 Buchstabe a werden die für ein Protokoll geltenden Schlußbestimmungen in dem betreffenden Protokoll festgelegt.

(5) Ein Protokoll gilt nur für die Vertragsparteien, die zustimmen, durch das Protokoll gebunden zu sein; es läßt die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind, unberührt.

(6)

a) Ein Protokoll kann der Chartakonferenz und dem Sekretariat Aufgaben zuweisen; die Zuweisung darf jedoch nicht durch eine Änderung eines Protokolls erfolgen, sofern die Änderung nicht durch die Chartakonferenz gebilligt wurde; die Billigung durch die Chartakonferenz unterliegt nicht einer nach Buchstabe b genehmigten Bestimmung des Protokolls.

b) Ein Protokoll, das von der Chartakonferenz zu fassende Beschlüsse vorsieht, kann vorbehaltlich des Buchstabens a in bezug auf diese Beschlüsse folgendes vorsehen:

i) andere als in Artikel 36 enthaltene Abstimmungsvorschriften;

ii) nur Vertragsparteien des Protokolls gelten als Vertragsparteien im Sinne des Artikels 36 oder sind aufgrund der im Protokoll vorgesehenen Regeln stimmberechtigt.

Artikel 34

Energiechartakonferenz

(1) Die Vertragsparteien kommen regelmäßig in einer Energiechartakonferenz zusammen (in diesem Vertrag als „Chartakonferenz“ bezeichnet), zu der jede Vertragspartei einen Vertreter entsenden kann. Ordentliche Sitzungen werden in den von der Chartakonferenz festgelegten Abständen einberufen.

(2) Außerordentliche Sitzungen der Chartakonferenz können zu den von der Chartakonferenz bestimmten Zeiten oder auf schriftliches Ersuchen einer Vertragspartei einberufen werden; allerdings muß das Ersuchen innerhalb von sechs Wochen, nachdem es vom Sekretariat den Vertragsparteien mitgeteilt worden ist, von mindestens einem Drittel der Vertragsparteien unterstützt werden.

(3) Die Chartakonferenz hat folgende Aufgaben:

a) Sie nimmt die ihr durch diesen Vertrag und durch Protokolle übertragenen Aufgaben wahr;

b) sie überwacht und erleichtert die Durchführung der Grundsätze der Charta sowie der Bestimmungen dieses Vertrags und der Protokolle;

the Charter and a Contracting Party to this Treaty.

(4) Subject to paragraph (3) and subparagraph (6)(a), final provisions applying to a Protocol shall be defined in that Protocol.

(5) A Protocol shall apply only to the Contracting Parties which consent to be bound by it, and shall not derogate from the rights and obligations of those Contracting Parties not party to the Protocol.

(6)

(a) A Protocol may assign duties to the Charter Conference and functions to the Secretariat, provided that no such assignment may be made by an amendment to a Protocol unless that amendment is approved by the Charter Conference, whose approval shall not be subject to any provisions of the Protocol which are authorized by subparagraph (b).

(b) A Protocol which provides for decisions thereunder to be taken by the Charter Conference may, subject to subparagraph (a), provide with respect to such decisions:

(i) for voting rules other than those contained in Article 36;

(ii) that only parties to the Protocol shall be considered to be Contracting Parties for the purposes of Article 36 or eligible to vote under the rules provided for in the Protocol.

Article 34

Energy Charter Conference

(1) The Contracting Parties shall meet periodically in the Energy Charter Conference (referred to herein as the "Charter Conference") at which each Contracting Party shall be entitled to have one representative. Ordinary meetings shall be held at intervals determined by the Charter Conference.

(2) Extraordinary meetings of the Charter Conference may be held at such times as may be determined by the Charter Conference, or at the written request of any Contracting Party, provided that, within six weeks of the request being communicated to the Contracting Parties by the Secretariat, it is supported by at least one-third of the Contracting Parties.

(3) The functions of the Charter Conference shall be to:

(a) carry out the duties assigned to it by this Treaty and any Protocols;

(b) keep under review and facilitate the implementation of the principles of the Charter and of the provisions of this Treaty and the Protocols;

signataires de la Charte et parties contractantes au présent traité.

4. Sous réserve du paragraphe 3 et du paragraphe 6 point a), les dispositions finales qui s'appliquent à un protocole sont définies dans ce protocole.

5. Un protocole ne s'applique qu'aux parties contractantes qui consentent à être liées par celui-ci et ne déroge pas aux droits et obligations des parties contractantes qui ne sont pas parties à ce protocole.

6.

a) Un protocole peut attribuer des tâches à la Conférence de la Charte et des fonctions au Secrétariat, à condition qu'aucune attribution de cette nature ne soit faite par la voie d'un amendement du protocole, sauf si cet amendement est approuvé par la Conférence de la Charte, dont l'approbation ne sera soumise à aucune des dispositions du protocole qui sont autorisées par le point b);

b) Un protocole qui prévoit les décisions à prendre par la Conférence de la Charte au titre de ses dispositions peut, sous réserve du point a), stipuler, en ce qui concerne ces décisions:

i) des règles de vote autres que celles contenues dans l'article 36;

ii) que seules les parties au protocole sont considérées comme parties contractantes aux fins de l'article 36 ou sont habilitées à voter en vertu des règles stipulées dans le protocole.

Article 34

Conférence sur la Charte de l'énergie

1. Les parties contractantes se réunissent périodiquement au sein de la Conférence sur la Charte de l'énergie, ci-après dénommée «Conférence de la Charte», auprès de laquelle chaque partie contractante est habilitée à avoir un représentant. Les réunions ordinaires se tiennent à des intervalles réguliers déterminés par la Conférence de la Charte.

2. Des réunions extraordinaires de la Conférence de la Charte peuvent être tenues sur décision de celle-ci ou à la demande écrite de toute partie contractante, pour autant que, dans un délai de six semaines suivant la notification de cette demande aux parties contractantes par le Secrétariat, cette demande reçoive l'appui d'au moins un tiers des parties contractantes.

3. La Conférence de la Charte exécute les tâches suivantes:

a) elle remplit les obligations qui lui sont assignées en vertu du présent traité et des protocoles;

b) elle surveille et facilite l'application des principes de la Charte et des dispositions du présent traité et des protocoles;

c) sie erleichtert im Einklang mit diesem Vertrag und den Protokollen die Koordinierung geeigneter allgemeiner Maßnahmen zur Durchführung der Grundsätze der Charta;

d) sie prüft und beschließt die vom Sekretariat auszuführenden Arbeitsprogramme;

e) sie prüft und genehmigt den Jahresabschluß und den jährlichen Haushalt des Sekretariats;

f) sie prüft und genehmigt oder beschließt die Bedingungen eines Sitzabkommens oder einer sonstigen Übereinkunft einschließlich der Vorrechte und Immunitäten, die sie für die Chartakonferenz und das Sekretariat für erforderlich hält;

g) sie ermutigt gemeinsame Anstrengungen zur Erleichterung und Förderung marktorientierter Reformen und der Modernisierung des Energiebereichs in denjenigen Ländern Mittel- und Osteuropas und der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, deren Wirtschaft sich im Übergang befindet;

h) sie genehmigt und billigt das Mandat für das Aushandeln von Protokollen und prüft und beschließt deren Wortlaut und Änderungen;

i) sie genehmigt die Aushandlung von Erklärungen und billigt ihre Veröffentlichung;

j) sie entscheidet über Beitritte zu diesem Vertrag;

k) sie genehmigt die Aushandlung von Assoziierungsabkommen und prüft und genehmigt oder beschließt solche Abkommen;

l) sie prüft und beschließt den Wortlaut von Änderungen dieses Vertrags;

m) sie prüft und billigt Modifikationen und technische Änderungen der Anlagen dieses Vertrags;

n) sie ernennt den Generalsekretär und faßt alle Beschlüsse über die Einsetzung und die Arbeitsweise des Sekretariats einschließlich seines Aufbaus, seiner personellen Besetzung und seines Personalstatuts für die Amtsträger und Bediensteten.

(4) In Wahrnehmung ihrer Aufgaben arbeitet die Chartakonferenz über das Sekretariat mit anderen Institutionen und Organisationen zusammen und greift aus Gründen der Kostenersparnis und Leistungsfähigkeit so umfassend wie möglich auf deren Dienste und Programme zurück, da sie über langjährige Erfahrungen in den mit den Zielen dieses Vertrags zusammenhängenden Bereichen verfügen.

(5) Die Chartakonferenz kann die von ihr zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben als zweckmäßig erachteten Nebenorgane einsetzen.

(6) Die Chartakonferenz prüft und beschließt ihre Geschäftsordnung und Finanzregeln.

(c) facilitate in accordance with this Treaty and the Protocols the coordination of appropriate general measures to carry out the principles of the Charter;

(d) consider and adopt programmes of work to be carried out by the Secretariat;

(e) consider and approve the annual accounts and budget of the Secretariat;

(f) consider and approve or adopt the terms of any headquarters or other agreement, including privileges and immunities considered necessary for the Charter Conference and the Secretariat;

(g) encourage cooperative efforts aimed at facilitating and promoting market-oriented reforms and modernization of energy sectors in those countries of Central and Eastern Europe and the former Union of Soviet Socialist Republics undergoing economic transition;

(h) authorize and approve the terms of reference for the negotiation of Protocols, and consider and adopt the texts thereof and of amendments thereto;

(i) authorize the negotiation of Declarations, and approve their issuance;

(j) decide on accessions to this Treaty;

(k) authorize the negotiation of and consider and approve or adopt association agreements;

(l) consider and adopt texts of amendments to this Treaty;

(m) consider and approve modifications of and technical changes to the Annexes to this Treaty;

(n) appoint the Secretary-General and take all decisions necessary for the establishment and functioning of the Secretariat including the structure, staff levels and standard terms of employment of officials and employees.

(4) In the performance of its duties, the Charter Conference, through the Secretariat, shall cooperate with and make as full a use as possible, consistently with economy and efficiency, of the services and programmes of other institutions and organizations with established competence in matters related to the objectives of this Treaty.

(5) The Charter Conference may establish such subsidiary bodies as it considers appropriate for the performance of its duties.

(6) The Charter Conference shall consider and adopt rules of procedure and financial rules.

c) elle facilite, conformément au présent traité et aux protocoles, la coordination de mesures générales appropriées visant à mettre en œuvre les principes de la Charte;

d) elle examine et adopte les programmes de travail qui doivent être exécutés par le Secrétariat;

e) elle examine et approuve les comptes annuels et le budget du Secrétariat;

f) elle examine et approuve ou adopte les conditions de tout accord de siège ou autre, y compris les privilèges et immunités jugées nécessaires pour la Conférence de la Charte et le Secrétariat;

g) elle encourage les efforts de coopération visant à faciliter et à promouvoir les réformes orientées vers le marché ainsi que la modernisation des secteurs de l'énergie dans les pays d'Europe centrale et orientale et de l'ancienne Union des républiques socialistes soviétiques en phase de transition économique;

h) elle autorise et approuve les mandats de négociation des protocoles et examine et adopte les textes des protocoles et de leurs amendements;

i) elle autorise la négociation de déclarations et approuve leur publications;

j) elle décide des adhésions au présent traité;

k) elle autorise la négociation d'accords d'association et examine et approuve ou adopte le texte de ceux-ci;

l) elle examine et adopte le texte des amendements du présent traité;

m) elle examine et adopte les amendements et les modifications techniques des annexes du présent traité;

n) elle nomme le Secrétaire général et prend toutes les décisions nécessaires pour l'établissement et le fonctionnement du Secrétariat, y compris la structure, le nombre de membres du personnel et les conditions de travail des fonctionnaires et agents.

4. Dans l'accomplissement de sa mission, la Conférence de la Charte, agissant par l'entremise du Secrétariat, coopère avec les services et programmes d'autres institutions et organisations ayant une compétence reconnue dans les matières qui se rapportent aux objectifs du présent traité, et elle fait le plus grand usage, d'une manière aussi économique et efficace que possible, de ces services et programmes.

5. La Conférence de la Charte peut créer les organes subsidiaires qu'elle estime appropriés pour l'accomplissement de sa mission.

6. La Conférence de la Charte examine et adopte le règlement intérieur et le règlement financier.

(7) 1999 und danach in Abständen (von höchstens 5 Jahren), die von der Chartakonferenz festzulegen sind, überprüft die Chartakonferenz eingehend die in diesem Vertrag vorgesehenen Aufgaben daraufhin, inwieweit die Bestimmungen des Vertrags und der Protokolle durchgeführt worden sind. Bei Abschluß jeder Überprüfung kann die Chartakonferenz die in Absatz 3 aufgezählten Aufgaben ändern oder streichen und das Sekretariat entlasten.

Artikel 35

Sekretariat

(1) Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben steht der Chartakonferenz ein Sekretariat zur Verfügung, das sich aus einem Generalsekretär und gerade so vielen Mitarbeitern zusammensetzt, wie für eine wirksame Arbeit erforderlich sind.

(2) Der Generalsekretär wird von der Chartakonferenz ernannt. Die erste Ernennung erfolgt für höchstens fünf Jahre.

(3) Das Sekretariat ist bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben der Chartakonferenz gegenüber verantwortlich und erstattet ihr Bericht.

(4) Das Sekretariat gewährt der Chartakonferenz alle erforderliche Unterstützung bei der Erfüllung ihrer Pflichten und führt die Aufgaben aus, die ihm in diesem Vertrag oder den Protokollen beziehungsweise von der Chartakonferenz zugewiesen werden.

(5) Das Sekretariat kann die Verwaltungs- und Vertragsvereinbarungen treffen, die für eine reibungslose Erledigung seiner Aufgaben erforderlich sind.

Artikel 36

Abstimmung

(1) Für Beschlüsse der Chartakonferenz ist Einstimmigkeit der auf der Sitzung der Chartakonferenz anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien in folgenden Angelegenheiten erforderlich:

a) Annahme von Änderungen dieses Vertrags, ausgenommen Änderungen der Artikel 34 und 35 sowie der Anlage T;

b) Genehmigung des Beitritts zu diesem Vertrag nach Artikel 41 von Staaten oder Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, die bis zum 16. Juni 1995 die Charta nicht unterzeichnet hatten;

c) Genehmigung der Aushandlung von Assoziierungsabkommen sowie Billigung oder Annahme von deren Wortlaut;

d) Billigung von Modifikationen der Anlagen EM, NI, G und B;

e) Billigung von technischen Änderungen der Anlagen dieses Vertrags und

f) Billigung der Benennung von Mitgliedern des Panels durch den Generalsekretär nach Anlage D Absatz 7.

(7) In 1999 and thereafter at intervals (of not more than five years) to be determined by the Charter Conference, the Charter Conference shall thoroughly review the functions provided for in this Treaty in the light of the extent to which the provisions of the Treaty and Protocols have been implemented. At the conclusion of each review the Charter Conference may amend or abolish the functions specified in paragraph (3) and may discharge the Secretariat.

Article 35

Secretariat

(1) In carrying out its duties, the Charter Conference shall have a Secretariat which shall be composed of a Secretary-General and such staff as are the minimum consistent with efficient performance.

(2) The Secretary-General shall be appointed by the Charter Conference. The first such appointment shall be for a maximum period of five years.

(3) In the performance of its duties the Secretariat shall be responsible to and report to the Charter Conference.

(4) The Secretariat shall provide the Charter Conference with all necessary assistance for the performance of its duties and shall carry out the functions assigned to it in this Treaty or in any Protocol and any other functions assigned to it by the Charter Conference.

(5) The Secretariat may enter into such administrative and contractual arrangements as may be required for the effective discharge of its functions.

Article 36

Voting

(1) Unanimity of the Contracting Parties Present and Voting at the meeting of the Charter Conference where such matters fall to be decided shall be required for decisions by the Charter Conference to:

(a) adopt amendments to this Treaty other than amendments to Articles 34 and 35 and Annex T;

(b) approve accessions to this Treaty under Article 41 by states or Regional Economic Integration Organizations which were not signatories to the Charter as of 16 June 1995;

(c) authorize the negotiation of and approve or adopt the text of association agreements;

(d) approve modifications to Annexes EM, NI, G and B;

(e) approve technical changes to the Annexes to this Treaty; and

(f) approve the Secretary-General's nominations of panelists under Annex D, paragraph (7).

7. En 1999 et, par la suite, à des intervalles (de cinq ans au maximum) à fixer par elle, la Conférence de la Charte réexaminera en profondeur les fonctions prévues par le présent traité en fonction de la manière dont les dispositions du présent traité et des protocoles ont été appliquées. A l'issue de chaque réexamen, elle pourra modifier ou supprimer les fonctions indiquées au paragraphe 3 et peut dissoudre le Secrétariat.

Article 35

Secrétariat

1. Pour l'accomplissement de sa mission, la Conférence de la Charte dispose d'un Secrétariat, composé d'un Secrétaire général et d'un personnel dont le nombre de membres doit correspondre au nombre minimal nécessaire à un fonctionnement efficace.

2. Le Secrétaire général est nommé par la Conférence de la Charte. Le premier mandat est d'une durée de cinq ans maximum.

3. Dans l'accomplissement de sa mission, le Secrétariat est responsable devant la Conférence de la Charte, à laquelle il fait rapport.

4. Le Secrétariat prête à la Conférence de la Charte toute l'assistance nécessaire à l'accomplissement de sa mission et exerce les fonctions qui lui sont attribuées par le présent traité ou par tout protocole et toute autre fonction que lui confère la Conférence de la Charte.

5. Le Secrétariat peut conclure les arrangements administratifs et contractuels qui peuvent se révéler nécessaires à l'accomplissement de sa mission.

Article 36

Votes

1. L'unanimité des parties contractantes présentes et votantes à la réunion de la Conférence de la Charte appelée à statuer sur ces questions est requise pour les décisions de celle-ci ayant pour objet:

a) d'adopter des amendements du présent traité autres que des amendements des articles 34 et 35 et de l'annexe T;

b) d'approuver les adhésions au présent traité, en vertu de l'article 41, d'Etats ou d'organisations d'intégration économique régionale qui n'étaient pas signataires de la Charte au 16 juin 1995;

c) d'autoriser la négociation d'accords d'association et d'approuver ou d'adopter le texte de ceux-ci;

d) d'approuver les adaptations des annexes EM, NI, G et B;

e) d'adopter les modifications techniques des annexes du présent traité; et

f) d'approuver les nominations, par le Secrétaire général, des membres de jurys visés à l'annexe D paragraphe 7.

Die Vertragsparteien bemühen sich nach Kräften um eine Einigung durch Konsens in allen sonstigen Angelegenheiten, über die sie im Rahmen dieses Vertrags beschließen müssen. Kann eine Einigung durch Konsens nicht erzielt werden, so finden die Absätze 2 bis 5 Anwendung.

(2) Beschlüsse über Haushaltsfragen nach Artikel 34 Absatz 3 Buchstabe e werden mit der qualifizierten Mehrheit der Vertragsparteien gefaßt, deren berechnete Beiträge nach Anlage B zusammen mindestens drei Viertel der gesamten berechneten Beiträge ausmachen.

(3) Beschlüsse über Angelegenheiten nach Artikel 34 Absatz 7 werden mit Dreiviertelmehrheit der Vertragsparteien gefaßt.

(4) Außer in den in Absatz 1 Buchstaben a bis f sowie in den Absätzen 2 und 3 genannten Fällen und vorbehaltlich des Absatzes 6, werden die in diesem Vertrag vorgesehenen Beschlüsse mit Dreiviertelmehrheit der auf der Sitzung der Chartakonferenz, auf der die Angelegenheit zur Abstimmung kommt, anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien gefaßt.

(5) Im Sinne dieses Artikels bedeutet „anwesende und abstimmende Vertragsparteien" die anwesenden und mit Ja oder Nein stimmenden Vertragsparteien; die Chartakonferenz kann allerdings eine Geschäftsordnung beschließen, wonach die Vertragsparteien solche Beschlüsse auch auf dem Korrespondenzweg fassen können.

(6) Außer in dem in Absatz 2 vorgesehenen Fall ist ein Beschluß im Sinne dieses Artikels nur gültig, wenn er von der einfachen Mehrheit der Vertragsparteien getragen wird.

(7) Eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration hat bei Abstimmungen eine Stimmenzahl entsprechend der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten die Vertragsparteien dieses Vertrags sind; eine solche Organisation übt ihr Stimmrecht nicht aus, wenn ihre Mitgliedstaaten ihr Stimmrecht ausüben, und umgekehrt.

(8) Befindet sich eine Vertragspartei beständig im Rückstand mit ihren finanziellen Verpflichtungen aus diesem Vertrag, so kann die Chartakonferenz das Stimmrecht dieser Vertragspartei ganz oder teilweise aussetzen.

Artikel 37

Finanzierungsgrundsätze

(1) Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihrer eigenen Vertretung auf den Sitzungen der Chartakonferenz und der Nebenorgane.

(2) Die Kosten für die Sitzungen der Chartakonferenz und Nebenorgane gelten als Kosten des Sekretariats.

(3) Die Kosten des Sekretariats werden von den Vertragsparteien entsprechend

The Contracting Parties shall make every effort to reach agreement by consensus on any other matter requiring their decision under this Treaty. If agreement cannot be reached by consensus, paragraphs (2) to (5) shall apply.

(2) Decisions on budgetary matters referred to in Article 34(3)(e) shall be taken by a qualified majority of Contracting Parties whose assessed contributions as specified in Annex B represent, in combination, at least three-fourths of the total assessed contributions specified therein.

(3) Decisions on matters referred to in Article 34(7) shall be taken by a three-fourths majority of the Contracting Parties.

(4) Except in cases specified in subparagraphs (1)(a) to (f), paragraphs (2) and (3), and subject to paragraph (6), decisions provided for in this Treaty shall be taken by a three-fourths majority of the Contracting Parties Present and Voting at the meeting of the Charter Conference at which such matters fall to be decided.

(5) For purposes of this Article, "Contracting Parties Present and Voting" means Contracting Parties present and casting affirmative or negative votes, provided that the Charter Conference may decide upon rules of procedure to enable such decisions to be taken by Contracting Parties by correspondence.

(6) Except as provided in paragraph (2), no decision referred to in this Article shall be valid unless it has the support of a simple majority of the Contracting Parties.

(7) A Regional Economic Integration Organization shall, when voting, have a number of votes equal to the number of its member states which are Contracting Parties to this Treaty; provided that such an Organization shall not exercise its right to vote if its member states exercise theirs, and vice versa.

(8) In the event of persistent arrears in a Contracting Party's discharge of financial obligations under this Treaty, the Charter Conference may suspend that Contracting Party's voting rights in whole or in part.

Article 37

Funding principles

(1) Each Contracting Party shall bear its own costs of representation at meetings of the Charter Conference and any subsidiary bodies.

(2) The cost of meetings of the Charter Conference and any subsidiary bodies shall be regarded as a cost of the Secretariat.

(3) The costs of the Secretariat shall be met by the Contracting Parties assessed

Les parties contractantes font tous les efforts nécessaires pour parvenir à un accord par consensus sur toute question requérant leur décision aux termes du présent traité. Si un accord ne peut être dégagé par consensus, les paragraphes 2 à 5 s'appliquent.

2. Les décisions concernant les questions budgétaires visées à l'article 34 paragraphe 3 point e) sont adoptées à la majorité qualifiée des parties contractantes dont les contributions estimées, telles qu'indiquées à l'annexe B, représentent, ensemble, au moins trois quarts du total des contributions estimées qui y sont indiquées.

3. Les décisions concernant les questions visées à l'article 34 paragraphe 7 sont adoptées à la majorité des trois quarts des parties contractantes.

4. Sauf dans les cas indiqués au paragraphe 1 points a) à f) et aux paragraphes 2 et 3, et sous réserve du paragraphe 6, les décisions prévues par le présent traité sont adoptées à la majorité des trois quarts des parties contractantes présentes et votantes à la réunion de la Conférence de la Charte appelée à statuer sur ces questions.

5. Aux fins du présent article, on entend par «parties contractantes présentes et votantes» les parties contractantes qui sont présentes et qui expriment un vote affirmatif ou négatif, étant entendu que la Conférence de la Charte peut adopter des règles de procédure permettant aux parties contractantes de prendre ces décisions par correspondance.

6. Sauf dans le cas prévu au paragraphe 2, les décisions visées au présent article sont valables si elles recueillent la majorité simple des voix des parties contractantes.

7. Lors d'un vote, les organisations d'intégration économique régionale ont un nombre de voix égal à celui de leurs Etats membres parties contractantes au présent traité, à condition qu'elles n'exercent pas leur droit de vote lorsque leurs Etats membres exercent le leur, et inversement.

8. En cas d'arriéré persistant d'une partie contractante dans le respect de ses obligations financières au titre du présent traité, la Conférence de la Charte peut suspendre l'exercice du droit de vote de cette partie contractante en tout ou en partie.

Article 37

Principes de financement

1. Chaque partie contractante supporte ses propres frais de représentation aux réunions de la Conférence de la Charte et de tout organe subsidiaire.

2. Les frais afférents aux réunions de la Conférence de la Charte et de tout organe subsidiaire sont considérés comme des frais du Secrétariat.

3. Les frais du Secrétariat sont couverts par les parties contractantes en fonction de

ihrer Zahlungsfähigkeit durch Beiträge gedeckt, die nach den in Anlage B berechneten Anteilen zu entrichten sind; die Anlage kann nach Artikel 36 Absatz 1 Buchstabe d modifiziert werden.

(4) Ein Protokoll sieht vor, daß die sich aus dem Protokoll ergebenden Kosten des Sekretariats von den Vertragsparteien des Protokolls getragen werden.

(5) Die Chartakonferenz dann außerdem freiwillige Beiträge von einer oder mehreren Vertragsparteien oder aus anderen Quellen annehmen. Kosten, die aus solchen Beiträgen gedeckt werden, gelten nicht als Kosten des Sekretariats im Sinne des Absatzes 3.

according to their capacity to pay, determined as specified in Annex B, the provisions of which may be modified in accordance with Article 36(1)(d).

(4) A Protocol shall contain provisions to assure that any costs of the Secretariat arising from that Protocol are borne by the parties thereto.

(5) The Charter Conference may in addition accept voluntary contributions from one or more Contracting Parties or from other sources. Costs met from such contributions shall not be considered costs of the Secretariat for the purposes of paragraph (3).

leur capacité de paiement telle qu'indiquée à l'annexe B, dont les dispositions peuvent être modifiées conformément à l'article 36 paragraphe 1 point d).

4. Les protocoles contiennent des dispositions garantissant que tous les frais du Secrétariat qui en découlent sont supportés par les parties à ces protocoles.

5. La Conférence de la Charte peut en outre accepter des contributions volontaires d'une ou de plusieurs parties contractantes ou d'autres sources. Les frais supportés au moyen de ces contributions ne sont pas considérés comme des frais du Secrétariat aux fins du paragraphe 3.

Teil VIII

Schlußbestimmungen

Artikel 38

Unterzeichnung

Dieser Vertrag liegt für Staaten und für Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, welche die Charta unterzeichnet haben vom 17. Dezember 1994 bis zum 16. Juni 1995 in Lissabon zur Unterzeichnung auf.

Artikel 39

Ratifikation, Annahme oder Genehmigung

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Unterzeichner. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.

Artikel 40

Anwendung auf Gebiete

(1) Ein Staat oder eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration kann bei der Unterzeichnung, der Ratifikation, der Annahme, der Genehmigung oder dem Beitritt beim Verwahrer die Erklärung hinterlegen, daß der Vertrag für ihn beziehungsweise für sie in bezug auf alle Gebiete oder auf eines oder mehrere von ihnen verbindlich ist, für deren internationale Beziehungen der Staat beziehungsweise die Organisation verantwortlich ist. Die Erklärung wird zu dem Zeitpunkt wirksam, zu dem der Vertrag für die betreffende Vertragspartei in Kraft tritt.

(2) Jede Vertragspartei kann sich zu einem späteren Zeitpunkt durch eine beim Verwahrer hinterlegte Erklärung im Rahmen dieses Vertrags in bezug auf weitere in der Erklärung genannte Gebiete binden. Der Vertrag tritt für ein solches Gebiet am neunzigsten Tag nach Eingang der Erklärung beim Verwahrer in Kraft.

(3) Eine nach den Absätzen 1 und 2 abgegebene Erklärung in bezug auf ein in der Erklärung genanntes Gebiet kann durch eine Notifikation an den Verwahrer zurückge-

Part VIII

Final provisions

Article 38

Signature

This Treaty shall be open for signature at Lisbon from 17 December 1994 to 16 June 1995 by the states and Regional Economic Integration Organizations which have signed the Charter.

Article 39

Ratification, acceptance or approval

This Treaty shall be subject to ratification, acceptance or approval by signatories. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Depositary.

Article 40

Application to territories

(1) Any state or Regional Economic Integration Organization may at the time of signature, ratification, acceptance, approval or accession, by a declaration deposited with the Depositary, declare that the Treaty shall be binding upon it with respect to all the territories for the international relations of which it is responsible, or to one or more of them. Such declaration shall take effect at the time the Treaty enters into force for that Contracting Party.

(2) Any Contracting Party may at a later date, by a declaration deposited with the Depositary, bind itself under this Treaty with respect to other territory specified in the declaration. In respect of such territory the Treaty shall enter into force on the ninetieth day following the receipt by the Depositary of such declaration.

(3) Any declaration made under the two preceding paragraphs may, in respect of any territory specified in such declaration, be withdrawn by a notification to the Depo-

Partie VIII

Dispositions Finales

Article 38

Signature

Le présent traité est ouvert, à Lisbonne, du 17 décembre 1994 au 16 juin 1995, à la signature des Etats et des organisations d'intégration économique régionale qui ont signé la Charte.

Article 39

Ratification, acceptation ou approbation

Le présent traité est soumis à la ratification, à l'acceptation ou à l'approbation des signataires. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation sont déposés auprès du dépositaire.

Article 40

Application aux territoires

1. Tout Etat ou toute organisation d'intégration économique régionale peut, au moment de la signature, de la ratification, de l'acceptation, de l'approbation ou de l'adhésion, déclarer par une déclaration déposée auprès du dépositaire, que le présent traité le lie pour tous les territoires pour lesquels il est responsable en matière de relations internationales, ou pour l'un ou plusieurs d'entre eux. Cette déclaration prend effet au moment où le présent traité entre en vigueur pour cette partie contractante.

2. Toute partie contractante peut à une date ultérieure, par une déclaration déposée auprès du dépositaire, se déclarer liée par le présent traité pour d'autres territoires indiqués dans sa déclaration. En ce qui concerne ces territoires, le présent traité entre en vigueur le quatre-vingt-dixième jour suivant la réception par le dépositaire de ladite déclaration.

3. Toute déclaration faite en vertu des deux paragraphes précédents au sujet des territoires qu'elle indique peut être retirée par notification au dépositaire. Sous réserve

nommen werden. Die Rücknahme wird vorbehaltlich der Anwendbarkeit des Artikels 47 Absatz 3 nach Ablauf eines Jahres nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer wirksam.

(4) Der Begriff „Gebiet" in Artikel 1 Nummer 10 ist so auszulegen, daß er auch in bezug auf jede nach diesem Artikel hinterlegte Erklärung gilt.

sitary. The withdrawal shall, subject to the applicability of Article 47(3), become effective upon the expiry of one year after the date of receipt of such notification by the Depositary.

(4) The definition of "Area" in Article 1(10) shall be construed having regard to any declaration deposited under this Article.

de l'article 47 paragraphe 3, le retrait devient effectif à l'expiration du délai d'un an à compter de la réception de ladite notification par le dépositaire.

4. La définition du terme «zone» contenue à l'article 1er point 10 doit être interprétée eu égard à toute déclaration déposée conformément au présent article.

Artikel 41

Beitritt

Dieser Vertrag steht für Staaten und für Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, welche die Charta unterzeichnet haben, von dem Tag an, an dem die Unterzeichnung des Vertrags beendet ist, unter den von der Chartakonferenz zu genehmigenden Bedingungen zum Beitritt offen. Die Beitrittsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.

Article 41

Accession

This Treaty shall be open for accession, from the date on which the Treaty is closed for signature, by states and Regional Economic Integration Organizations which have signed the Charter, on terms to be approved by the Charter Conference. The instruments of accession shall be deposited with the Depositary.

Article 41

Adhésion

Le présent traité est ouvert à l'adhésion des Etats et des organisations d'intégration économique régionale qui ont signé la Charte, et ce à partir de la date à laquelle le délai pour la signature du présent traité a expiré, à des conditions à approuver par la Conférence de la Charte. Les instruments d'adhésion sont déposés auprès du dépositaire.

Artikel 42

Änderungen

(1) Jede Vertragspartei kann Änderungen dieses Vertrags vorschlagen.

(2) Der Wortlaut jeder vorgeschlagenen Änderung dieses Vertrags wird den Vertragsparteien vom Sekretariat mindestens drei Monate vor dem Tag übermittelt, an dem sie zur Annahme durch die Chartakonferenz vorgeschlagen wird.

(3) Änderungen dieses Vertrags, deren Wortlaut von der Chartakonferenz angenommen worden ist, werden vom Sekretariat dem Verwahrer übermittelt; dieser legt sie allen Vertragsparteien zur Ratifikation, Annahme oder Genehmigung vor.

(4) Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden von Änderungen dieses Vertrags werden beim Verwahrer hinterlegt. Die Änderungen treten zwischen den Vertragsparteien, die sie ratifiziert, angenommen oder genehmigt haben, am neunzigsten Tag nach dem Tag in Kraft, an dem die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden von mindestens drei Vierteln der Vertragsparteien beim Verwahrer hinterlegt worden sind. Danach treten die Änderungen für jede weitere Vertragspartei am neunzigsten Tag nach Hinterlegung ihrer Urkunde der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung der Änderungen in Kraft.

Article 42

Amendments

(1) Any Contracting Party may propose amendments to this Treaty.

(2) The text of any proposed amendment to this Treaty shall be communicated to the Contracting Parties by the Secretariat at least three months before the date on which it is proposed for adoption by the Charter Conference.

(3) Amendments to this Treaty, texts of which have been adopted by the Charter Conference, shall be communicated by the Secretariat to the Depositary which shall submit them to all Contracting Parties for ratification, acceptance or approval.

(4) Instruments of ratification, acceptance or approval of amendments to this Treaty shall be deposited with the Depositary. Amendments shall enter into force between Contracting Parties having ratified, accepted or approved them on the ninetieth day after deposit with the Depositary of instruments of ratification, acceptance or approval by at least three-fourths of the Contracting Parties. Thereafter the amendments shall enter into force for any other Contracting Party on the ninetieth day after that Contracting Party deposits its instrument of ratification, acceptance or approval of the amendments.

Article 42

Amendements

1. Toute partie contractante peut proposer des amendements du présent traité.

2. Le texte de tout amendement proposé du présent traité est communiqué aux parties contractantes par le Secrétariat au moins trois mois avant la date à laquelle il est soumis pour adoption à la Conférence de la Charte.

3. Les amendements du présent traité dont le texte a été adopté par la Conférence de la Charte sont communiqués par le Secrétariat au dépositaire, qui les soumet à toutes les parties contractantes pour ratification, acceptation ou approbation.

4. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation des amendements du présent traité sont déposés auprès du dépositaire. Les amendements entrent en vigueur, entre les parties contractantes qui les ont ratifiés, acceptés ou approuvés, le quatre-vingt-dixième jour après le dépôt auprès du dépositaire des instruments de leur ratification, acceptation ou approbation par au moins les trois quarts des parties contractantes. Ensuite, les amendements entrent en vigueur, pour toute autre partie contractante, le quatre-vingt-dixième jour après que ladite partie contractante a déposé ses instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation des amendements.

Artikel 43

Assoziierungsabkommen

(1) Die Chartakonferenz kann die Aushandlung von Assoziierungsabkommen mit Staaten oder Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration oder mit internationalen Organisationen genehmigen, um die Ziele und Grundsätze der Charta und die Bestimmungen dieses Vertrags oder eines oder mehrerer Protokolle zu verfolgen.

Article 43

Association agreements

(1) The Charter Conference may authorize the negotiation of association agreements with states or Regional Economic Integration Organizations, or with international organizations, in order to pursue the objectives and principles of the Charter and the provisions of this Treaty or one or more Protocols.

Article 43

Accords d'association

1. La Conférence de la Charte peut autoriser la négociation des accords d'association avec des Etats ou des organisations d'intégration économique régionale, ou avec des organisations internationales, afin de poursuivre les objectifs et de mettre en œuvre les principes de la Charte ainsi que les dispositions du présent traité ou d'un ou plusieurs protocoles.

(2) Die Beziehungen zu einem assoziierenden Staat, einer assoziierenden Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration oder einer assoziierenden internationalen Organisation und die Rechte und Pflichten dieser Staaten und Organisationen haben den besonderen Umständen der Assoziierung zu entsprechen und sind in jedem Fall in dem Assoziierungsabkommen festzulegen.

(2) The relationship established with and the rights enjoyed and obligations incurred by an associating state, Regional Economic Integration Organization, or international organization shall be appropriate to the particular circumstances of the association, and in each case shall be set out in the association agreement.

2. Les relations établies avec un Etat, une organisation d'intégration économique régionale ou une organisation internationale, ainsi que les droits et les obligations qui en découlent, sont adaptés aux circonstances particulières de l'association et, dans chaque cas, sont précisées dans l'accord d'association.

Artikel 44

Inkrafttreten

(1) Dieser Vertrag tritt am neunzigsten Tag nach Hinterlegung der dreißigsten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde eines Staates oder einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, welche die Charta bis zum 16. Juni 1995 unterzeichnet haben, in Kraft.

(2) Für jeden Staat oder jede Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, die diesen Vertrag nach Hinterlegung der dreißigsten Ratifikations-, Annahme-, oder Genehmigungsurkunde ratifizieren, annehmen oder genehmigen, tritt der Vertrag am neunzigsten Tag nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde des Staates beziehungsweise der Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration in Kraft.

(3) Im Sinne des Absatzes 1 zählt jede Urkunde, die von einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration hinterlegt wird nicht zusätzlich zu den von ihren Mitgliedstaaten hinterlegten Urkunden.

Article 44

Entry into force

(1) This Treaty shall enter into force on the ninetieth day after the date of deposit of the thirtieth instrument of ratification, acceptance or approval thereof, or of accession thereto, by a state or Regional Economic Integration Organization which is a signatory to the Charter as of 16 June 1995.

(2) For each state or Regional Economic Integration Organization which ratifies, accepts or approves this Treaty or accedes thereto after the deposit of the thirtieth instrument of ratification, acceptance or approval, it shall enter into force on the ninetieth day after the date of deposit by such state or Regional Economic Integration Organization of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

(3) For the purposes of paragraph (1), any instrument deposited by a Regional Economic Integration Organization shall not be counted as additional to those deposited by member states of such Organization.

Article 44

Entrée en vigueur

1. Le présent traité entre en vigueur le quatre-vingt-dixième jour après la date de dépôt du trentième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion d'un Etat ou d'une organisation d'intégration économique régionale signataire de la Charte à la date du 16 juin 1995.

2. Pour tout Etat ou toute organisation d'intégration économique régionale qui ratifie, accepte ou approuve le présent traité ou y adhère après le dépôt du trentième instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation, le présent traité entre en vigueur le quatre-vingt-dixième jour après la date de dépôt, par cet Etat ou cette organisation d'intégration économique régionale, de ses instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

3. Aux fins du paragraphe 1, tout instrument déposé par une organisation d'intégration économique régionale ne s'additionne pas aux instruments déposés par les Etats membres de cette organisation.

Artikel 45

Vorläufige Anwendung

(1) Jeder Unterzeichner ist damit einverstanden, diesen Vertrag bis zum Inkrafttreten für den Unterzeichner nach Artikel 44 in dem Maße vorläufig anzuwenden, in dem die vorläufige Anwendung nicht mit seiner Verfassung und seinen Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften unvereinbar ist.

(2)

a) Ungeachtet des Absatzes 1 kann jeder Unterzeichner bei der Unterzeichnung gegenüber dem Verwahrer die Erklärung abgeben, daß er nicht in der Lage ist, der vorläufigen Anwendung zuzustimmen. Die in Absatz 1 enthaltene Verpflichtung gilt nicht für den Unterzeichner, der eine solche Erklärung abgibt. Er kann die Erklärung jederzeit durch schriftliche Notifikation an den Verwahrer zurücknehmen.

b) Weder ein Unterzeichner, der eine Erklärung nach Buchstabe a abgibt, noch die Investoren des Unterzeichners können die Vergünstigungen der vorläufigen Anwendung nach Absatz 1 in Anspruch nehmen.

c) Ungeachtet des Buchstabens a wendet ein Unterzeichner, der eine Erklärung nach Buchstabe a abgibt, bis zum In-

Article 45

Provisional application

(1) Each signatory agrees to apply this Treaty provisionally pending its entry into force for such signatory in accordance with Article 44, to the extent that such provisional application is not inconsistent with its constitution, laws or regulations.

(2)

(a) Notwithstanding paragraph (1) any signatory may, when signing, deliver to the Depositary a declaration that it is not able to accept provisional application. The obligation contained in paragraph (1) shall not apply to a signatory making such a declaration. Any such signatory may at any time withdraw that declaration by written notification to the Depositary.

(b) Neither a signatory which makes a declaration in accordance with subparagraph (a) nor Investors of that signatory may claim the benefits of provisional application under paragraph (1).

(c) Notwithstanding subparagraph (a), any signatory making a declaration referred to in subparagraph (a) shall apply Part

Article 45

Application provisoire

1. Les signataires conviennent d'appliquer le présent traité à titre provisoire, en attendant son entrée en vigueur pour ces signataires conformément à l'article 44, dans la mesure où cette application provisoire n'est pas incompatible avec leur Constitution ou leurs lois et règlements.

2.

a) Nonobstant le paragraphe 1, tout signataire peut, lors de la signature, déposer auprès du dépositaire une déclaration selon laquelle il n'est pas en mesure d'accepter l'application provisoire. L'obligation énoncée au paragraphe 1 ne s'applique pas au signataire qui a procédé à cette déclaration. Tout signataire de ce type peut à tout moment retirer cette déclaration par notification écrite au dépositaire.

b) Ni un signataire qui procède à une déclaration telle que visée au point a) ni des investisseurs de ce signataire ne peuvent se prévaloir du bénéfice de l'application provisoire au titre du paragraphe 1.

c) Nonobstant le point a), tout signataire qui procède à une déclaration telle que visée à ce point applique à titre provi-

krafttreten des Vertrags für diesen Unterzeichner nach Artikel 44 den Teil VII vorläufig an, soweit die vorläufige Anwendung seinen Gesetzen und sonstigen Vorschriften nicht entgegensteht.

(3)

a) Jeder Unterzeichner kann die vorläufige Anwendung dieses Vertrags durch eine schriftliche Notifikation an den Verwahrer beenden, in der er seine Absicht bekundet, nicht Vertragspartei des Vertrags zu werden. Die Beendigung der vorläufigen Anwendung wird für den betreffenden Unterzeichner nach Ablauf von 60 Tagen nach Eingang seiner schriftlichen Notifikation beim Verwahrer wirksam.

b) Beendet ein Unterzeichner die vorläufige Anwendung nach Buchstabe a, so bleibt seine Verpflichtung aus Absatz 1, die Teile III und V in bezug auf Investitionen, die Investoren anderer Unterzeichner in seinem Gebiet während der vorläufigen Anwendung des Vertrags vorgenommen haben, dennoch bestehen, und zwar für die Dauer von zwanzig Jahren nach dem Tag des Wirksamwerdens der Beendigung, sofern in Buchstabe c nichts anderes vorgesehen ist.

c) Buchstabe b findet keine Anwendung auf einen Unterzeichner, der in Anlage PA aufgeführt ist. Ein Unterzeichner kann aus der Liste der Anlage PA gestrichen werden; die Streichung wird mit der Übergabe seines entsprechenden Antrags an den Verwahrer wirksam.

(4) Bis zum Inkrafttreten dieses Vertrags kommen die Unterzeichner regelmäßig in der vorläufigen Chartakonferenz zusammen. deren erste Sitzung von dem in Absatz 5 genannten vorläufigen Sekretariat spätestens 180 Tage nach dem Tag einberufen wird, an dem der Vertrag, wie in Artikel 38 vorgesehen, zur Unterzeichnung aufgelegt wird.

(5) Die Aufgaben des Sekretariats werden einstweilig bis zum Inkrafttreten dieses Vertrags nach Artikel 44 und bis zur Schaffung eines Sekretariats von einem vorläufigen Sekretariat wahrgenommen.

(6) Die Unterzeichner tragen nach Maßgabe und vorbehaltlich des Absatzes 1 oder des Absatzes 2 Buchstabe c zu den Kosten des vorläufigen Sekretariats derart bei, als seien sie Vertragsparteien nach Artikel 37 Absatz 3. Alle Modifikationen der Anlage B durch die Unterzeichner enden mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags.

(7) Ein Staat oder eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, die diesen Vertrag nach Artikel 41 beitreten, bevor er in Kraft getreten ist, genießen bis zum Inkrafttreten des Vertrags die Rechte eines Unterzeichners und übernehmen auch die Verpflichtungen eines Unterzeichners aufgrund dieses Artikels.

VII provisionally pending the entry into force of the Treaty for such signatory in accordance with Article 44, to the extent that such provisional application is not inconsistent with its laws or regulations.

(3)

(a) Any signatory may terminate its provisional application of this Treaty by written notification to the Depositary of its intention not to become a Contracting Party to the Treaty. Termination of provisional application for any signatory shall take effect upon the expiration of 60 days from the date on which such signatory's written notification is received by the Depositary.

(b) In the event that a signatory terminates provisional application under subparagraph (a), the obligation of the signatory under paragraph (1) to apply Parts III and V with respect to any Investments made in its Area during such provisional application by Investors of other signatories shall nevertheless remain in effect with respect to those Investments for twenty years following the effective date of termination, except as otherwise provided in subparagraph (c).

(c) Subparagraph (b) shall not apply to any signatory listed in Annex PA. A signatory shall be removed from the list in Annex PA effective upon delivery to the Depositary of its request therefor.

(4) Pending the entry into force of this Treaty the signatories shall meet periodically in the provisional Charter Conference, the first meeting of which shall be convened by the provisional Secretariat referred to in paragraph (5) not later than 180 days after the opening date for signature of the Treaty as specified in Article 38.

(5) The functions of the Secretariat shall be carried out on an interim basis by a provisional Secretariat until the entry into force of this Treaty pursuant to Article 44 and the establishment of a Secretariat.

(6) The signatories shall, in accordance with and subject to the provisions of paragraph (1) or subparagraph (2)(c) as appropriate, contribute to the costs of the provisional Secretariat as if the signatories were Contracting Parties under Article 37(3). Any modifications made to Annex B by the signatories shall terminate upon the entry into force of this Treaty.

(7) A state or Regional Economic Integration Organization which, prior to this Treaty's entry into force, accedes to the Treaty in accordance with Article 41 shall, pending the Treaty's entry into force, have the rights and assume the obligations of a signatory under this Article.

soire la partie VII, en attendant l'entrée en vigueur du présent traité pour ledit signataire conformément à l'article 44, dans la mesure où cette application provisoire n'est pas incompatible avec ses lois et règlements.

3.

a) Tout signataire peut mettre un terme à son application provisoire du présent traité en notifiant par écrit au dépositaire son intention de ne pas devenir partie contractante au présent traité. La fin de l'application provisoire prend effet, pour tout signataire, à l'expiration d'un délai de 60 jours à compter du jour où le dépositaire reçoit la notification écrite du signataire.

b) Lorsqu'un signataire met fin à son application provisoire en vertu du point a), l'obligation qu'il a, en vertu du paragraphe 1, d'appliquer les parties III et V à tout investissement réalisé dans sa zone au cours de l'application provisoire par des investisseurs des autres signataires reste néanmoins valable, en ce qui concerne ces investissements, pendant vingt ans à compter de la date effective de fin d'application, sauf disposition contraire du point c).

c) Le point b) ne s'applique pas aux signataires énumérés à l'annexe PA. Tout signataire est retiré de la liste figurant à cette annexe dès qu'il a adressé une demande à cet effet au dépositaire.

4. En attendant l'entrée en vigueur du présent traité, les signataires se réunissent périodiquement au sein de la Conférence provisoire de la Charte, dont la première réunion est convoquée par le Secrétariat provisoire visé au paragraphe 5 au plus tard 180 jours après la date d'ouverture à la signature du présent traité, indiquée à l'article 38.

5. Les fonctions du Secrétariat sont exercées à titre provisoire par un Secrétariat provisoire jusqu'à l'entrée en vigueur du présent traité conformément à l'article 44 et jusqu'à la mise en place d'un Secrétariat.

6. En conformité et sous réserve des dispositions du paragraphe 1 ou du paragraphe 2 point c), selon le cas, les signataires contribuent, en vertu de l'article 37 paragraphe 3, aux frais encourus par le Secrétariat provisoire comme s'ils étaient des parties contractantes. Toute modification de l'annexe B par les signataires prend fin lors de l'entrée en vigueur du présent traité.

7. Jusqu'à l'entrée en vigueur du présent traité, un Etat ou une organisation d'intégration économique régionale qui adhère à celui-ci avant son entrée en vigueur conformément à l'article 41 possède les droits et assume les obligations d'un signataire qui découlent du présent article.

Artikel 46

Vorbehalte

Vorbehalte zu diesem Vertrag sind nicht zulässig.

Artikel 47

Rücktritt

(1) Eine Vertragspartei kann jederzeit nach Ablauf von fünf Jahren, nachdem dieser Vertrag für sie in Kraft getreten ist, dem Verwahrer schriftlich notifizieren, daß sie von dem Vertrag zurücktritt.

(2) Der Rücktritt wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer oder zu einem späteren Zeitpunkt wirksam der in der Notifikation des Rücktritts genannt ist.

(3) Die Bestimmungen dieses Vertrags gelten für Investitionen, die im Gebiet einer Vertragspartei von Investoren anderer Vertragsparteien oder im Gebiet anderer Vertragsparteien von Investoren der betreffenden Vertragspartei vorgenommen wurden, von dem Tag, an dem der Rücktritt der Vertragspartei von dem Vertrag wirksam wird, 20 Jahre lang weiter.

(4) Alle Protokolle, deren Vertragspartei eine Vertragspartei dieses Vertrags ist, treten für die betreffende Vertragspartei an dem Tag außer Kraft, an dem ihr Rücktritt von dem Vertrag wirksam wird.

Artikel 48

Status der Anlagen und Beschlüsse

Die Anlagen dieses Vertrags und die Beschlüsse in Anlage 2 der am 17. Dezember 1994 in Lissabon unterzeichneten Schlußakte der Europäischen Energiechartakonferenz beigefügt sind, sind fester Bestandteil des Vertrags.

Artikel 49

Verwahrer

Die Regierung der Portugiesischen Republik ist Verwahrer dieses Vertrags.

Artikel 50

Verbindliche Wortlaute

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten diesen Vertrag in deutscher, englischer, französischer, italienischer, russischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift unterschrieben, die bei der Regierung der Portugiesischen Republik hinterlegt wird.

Article 46

Reservations

No reservations may be made to this Treaty.

Article 47

Withdrawal

(1) At any time after five years from the date on which this Treaty has entered into force for a Contracting Party, that Contracting Party may give written notification to the Depositary of its withdrawal from the Treaty.

(2) Any such withdrawal shall take effect upon the expiry of one year after the date of the receipt of the notification by the Depositary, or on such later date as may be specified in the notification of withdrawal.

(3) The provisions of this Treaty shall continue to apply to Investments made in the Area of a Contracting Party by Investors of other Contracting Parties or in the Area of other Contracting Parties by Investors of that Contracting Party as of the date when that Contracting Party's withdrawal from the Treaty takes effect for a period of 20 years from such date.

(4) All Protocols to which a Contracting Party is party shall cease to be in force for that Contracting Party on the effective date of its withdrawal from this Treaty.

Article 48

Status of Annexes and Decisions

The Annexes to this Treaty and the Decisions set out in Annex 2 to the Final Act of the European Energy Charter Conference signed at Lisbon on 17 December 1994 are integral parts of the Treaty.

Article 49

Depositary

The Government of the Portuguese Republic shall be the Depositary of this Treaty.

Article 50

Authentic text

In witness whereof the undersigned, being duly authorized to that effect, have signed this Treaty in English, French, German, Italian, Russian and Spanish, of which every text is equally authentic, in one original, which will be deposited with the Government of the Portuguese Republic.

Article 46

Réserves

Aucune réserve ne peut être faite à l'égard du présent traité.

Article 47

Retrait

1. A l'issue d'une période de cinq ans à compter de la date à laquelle le présent traité est entré en vigueur pour une partie contractante, celle-ci peut à tout moment notifier au dépositaire, par écrit, son retrait du présent traité.

2. Ce retrait prend effet au terme d'un an après la date de réception de la notification par le dépositaire, ou à une date ultérieure indiquée dans la notification du retrait.

3. Les dispositions du présent traité continuent à s'appliquer pendant une période de 20 ans aux investissements réalisés dans la zone d'une partie contractante par des investisseurs d'autres parties contractantes ou dans la zone d'autres parties contractantes par des investisseurs de cette partie contractante, à compter du moment où le retrait de la partie contractante du présent traité prend effet.

4. Tout protocole auquel une partie contractante est partie cesse d'être en vigueur pour cette partie contractante à la date effective de son retrait du présent traité.

Article 48

Statut des annexes et décisions

Les annexes du présent traité et les décisions visées à l'annexe 2 de l'Acte final de la Conférence de la Charte européenne de l'énergie, signée à Lisbonne le 17 décembre 1994, font partie intégrante du présent traité.

Article 49

Dépositaire

Le gouvernement de la République portugaise est le dépositaire du présent traité.

Article 50

Authenticité des textes

En foi de quoi les soussignés, dûment mandatés à cet effet, ont signé le présent traité en langues allemande, anglaise, espagnole, française, italienne et russe, chaque texte faisant également foi, en un exemplaire original, qui est déposé auprès du gouvernement de la République portugaise.

Anlagen zum Vertrag über die Energiecharta

Annexes to the Energy Charter Treaty

Annexes au traité sur la Charte de l'énergie

Inhaltsübersicht	Table of Contents	Table des matières
1. Anlage EM Primärenergieträger und Energieerzeugnisse (nach Artikel 1 Nummer 4)	1. Annex EM Energy Materials and Products (In accordance with Article 1(4))	1. Annexe EM Matières et produits énergétiques (conformément à l'article 1er point 4)
2. Anlage NI Primärenergieträger und Energieerzeugnisse, die nicht unter den Begriff „Wirtschaftstätigkeit im Energiebereich" fallen (nach Artikel 1 Nummer 5)	2. Annex NI Non-Applicable Energy Materials and Products for definition of "Economic Activity in the Energy Sector" (In accordance with Article 1(5))	2. Annexe NI Matières et produits énergétiques non applicables aux investissements pour la définition de l'«Activité économique du secteur de l'énergie» (conformément à l'article 1er point 5)
3. Anlage TRM Notifikation und Übergangsbestimmungen (TRIMs) (nach Artikel 5 Absatz 4)	3. Annex TRM Notification and Phase-Out (TRIMs) (In accordance with Article 5(4))	3. Annexe TRM Notification et élimination progressive (TRM) (conformément à l'article 5 paragraphe 4)
4. Anlage N Liste der Vertragsparteien, die bei einem Transit die Einbeziehung von mindestens drei verschiedenen Gebieten fordern (nach Artikel 7 Absatz 10 Buchstabe a)	4. Annex N List of Contracting Parties requiring at least 3 separate areas to be involved in a transit (In accordance with Artice 7(10)(a))	4. Annexe N Liste des parties contractantes demandant qu'au moins trois zones différentes soient concernées par un transit (conformément à l'article 7 paragraphe 10 point a))
5. Anlage VC Liste der Vertragsparteien, die freiwillig bindende Verpflichtungen bezüglich Artikel 10 Absatz 3 eingegangen sind (nach Artikel 10 Absatz 6)	5. Annex VC List of Contracting Parties which have made voluntary binding commitments in respect of Article 10(3) (In accordance with Article 10(6))	5. Annexe VC Liste des parties contractantes qui se sont volontairement engagées à respecter l'article 10 paragraphe 3 (conformément à l'article 10 paragraphe 6)
6. Anlage ID Liste der Vertragsparteien, die einem Investor nicht erlauben, dieselbe Streitigkeit später nach Artikel 26 erneut einem internationalen Schiedsgericht vorzulegen (nach Artikel 26 Absatz 3 Buchstabe b Ziffer i)	6. Annex ID List of Contracting Parties not allowing an Investor to resubmit the same dispute to international arbitration at a later stage under Article 26 (In accordance with Article 26(3)(b)(i))	6. Annexe ID Liste des parties contractantes qui ne permettent pas à un investisseur de soumettre de nouveau le même différend à un arbitrage international à un stade ultérieur au titre de l'article 26 (conformément à l'article 26 paragraphe 3 point b) i))
7. Anlage IA Liste der Vertragsparteien, die einem Investor oder einer Vertagspartei nicht erlauben, eine Streitigkeit über den letzten Satz des Artikels 10 Absatz 1 einem internationalen Schiedsgericht vorzulegen (nach Artikel 26 Absatz 3 Buchstabe c und Artikel 27 Absatz 2)	7. Annex IA List of Contracting Parties not allowing an investor or Contracting Party to submit a dispute concerning the last sentence of Article 10(1) to international arbitration (In accordance with Articles 26(3)(c) and 27(2))	7. Annexe IA Liste des parties contractantes qui n'autorisient pas un investisseur ou une partie contractante à soumettre un différend concernant la dernière phrase de l'article 10 paragraphe 1 à un arbitrage international (conformément à l'article 26 paragraphe 3 point c) et l'article 27 paragraphe 2)
8. Anlage P Besonderes Verfahren der Streitbeilegung für regionale und örtliche Regierungs- und Verwaltungsstellen (nach Artikel 27 Absatz 3 Buchstabe i)	8. Annex P Special sub-national dispute procedure (In accordance with Article 27(3)(i))	8. Annexe P Procédure spéciale sous-nationale de règlement des différends (conformément à l'article 27 paragraphe 3 point i))

Deutsch	English	Français
9. Anlage G Ausnahmen und Regeln über die Anwendung der Bestimmungen des GATT und der dazugehörigen Rechtsinstrumente (nach Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe a)	9. Annex G Exceptions and rules governing the application of the provisions of the GATT and Related Instruments (In accordance with Article 29(2)(a))	9. Annexe G Exceptions et règles régissant l'application des dispositions du GATT et des instruments connexes (conformément à l'article 29 paragraphe 2 point a))
10. Anlage TFU Bestimmungen über Handelsübereinkünfte zwischen Staaten der früheren Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (nach Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe b)	10. Annex TFU Provisions regarding trade agreements between states which were constituent parts of the former Union of Soviet Socialist Republics (In accordance with Article 29(2)(b))	10. Annexe TFU Dispositions relatives aux accords commerciaux entre des Etats qui ont fait partie de l'ancienne union des républiques socialistes soviétiques (conformément à l'article 29 paragraphe 2 point b))
11. Anlage D Einstweilige Bestimmungen über die Beilegung von Handelsstreitigkeiten (nach Artikel 29 Absatz 7)	11. Annex D Interim provisions for trade dispute settlement (In accordance with Article 29(7))	11. Annexe D Dispositions provisoires pour le règlement des différends commerciaux (conformément à l'article 29 paragraphe 7)
12. Anlage B Verteilungsschlüssel für die Charta-Kosten (nach Artikel 37 Absatz 3)	12. Annex B Formula for allocating charter costs (In accordance with Article 37(3))	12. Annexe B Formules de répartition pour l'allocation des frais découlant de la Charte (conformément à l'article 37 paragraphe 3)
13. Anlage PA Liste der Unterzeichner, welche die Verpflichtung zur vorläufigen Anwendung aus Artikel 45 Absatz 3 Buchstabe b nicht annehmen (nach Artikel 45 Absatz 3 Buchstabe c)	13. Annex PA List of signatories which do not accept the provisional application obligation of Article 45(3)(b) (In accordance with Article 45(3)(c))	13. Annexe PA Liste des signataires qui n'acceptent pas l'application provisoire de l'article 45 paragraphe 3 point b)) (conformément à l'article 45 paragraphe 3 point c))
14. Anlage T Übergangsmaßnahmen der Vertragsparteien (nach Artikel 32 Absatz 1)	14. Annex T Contracting Parties' transitional measures (In accordance with Article 32(1))	14. Annexe T Mesures transitoires adoptées par les parties contractantes (conformément à l'article 32 paragraphe 1)

1. Anlage EM

Primärenergieträger und Energieerzeugnisse
(nach Artikel 1 Nummer 4)

Kernenergie	26.12	Uran- oder Thoriumerze und deren Konzentrate:
	26.12.10	Uranerze und ihre Konzentrate
	26.12.20	Thoriumerze und ihre Konzentrate
	28.44	Radioaktive chemische Elemente und radioaktive Isotope (einschließlich der spaltbaren und brütbaren chemischen Elemente oder Isotope) und ihre Verbindungen; Mischungen und Rückstände, die diese Erzeugnisse enthalten:
	28.44.10	natürliches Uran und seine Verbindungen
	28.44.20	an U235 angereichertes Uran und seine Verbindungen; Plutonium und seine Verbindungen
	28.44.30	an U235 angereichertes Uran und seine Verbindungen; Thorium und seine Verbindungen
	28.44.40	andere radioaktive Elemente, Isotope und Verbindungen als die der Unterposition 28.44.10, 28.44.20 oder 28.44.30
	28.44.50	verbrauchte (bestrahlte) Brennstoffelemente (Kartuschen) von Kernreaktoren
	28.45.10	schweres Wasser (Deuteriumoxid)
Kohle, Erdgas, Erdöl und Erdölerzeugnisse, elektrischer Strom	27.01	Steinkohle, Steinkohlebriketts und ähnliche aus Steinkohle gewonnene feste Brennstoffe
	27.02	Braunkohle, auch agglomeriert, ausgenommen Gagat (Jett)
	27.03	Torf (einschließlich Torfstreu), auch agglomeriert
	27.04	Koks und Schwelkoks, aus Steinkohle, Braunkohle oder Torf, auch agglomeriert; Retortenkohle
	27.05	Steinkohlengas, Wassergas, Generatorgas, Schwachgas und ähnliche Gase, ausgenommen Erdgas und andere gasförmige Kohlenwasserstoffe
	27.06	Teer aus Steinkohle, aus Braunkohle oder aus Torf und andere Mineralteere, auch entwässert oder teilweise destilliert, einschließlich rekonstituierte Teere
	27.07	Öle und andere Erzeugnisse der Destillation des Hochtemperatur-Steinkohlenteers; ähnliche Erzeugnisse, in denen das Gewicht der aromatischen Bestandteile größer ist als das Gewicht der nichtaromatischen Bestandteile (z. B. Benzol, Tulol, Xylol, Naphtalin, andere Mischungen aromatischer Kohlenwasserstoffe, Phenole, Kreosotöle und andere)
	27.08	Pech und Pechkoks aus Steinkohlenteer oder anderen Mineralteeren
	27.09	Erdöl und Öl aus bituminösen Mineralien, roh
	27.10	Erdöl und Öl aus bituminösen Mineralien, ausgenommen rohe Öle
	27.11	Erdgas und andere gasförmige Kohlenwasserstoffe, verflüssigt: – Erdgas – Propan – Butane – Ethylen, Propylen, Butylen und Butadien (27.11.14) – andere in gasförmigem Zustand: – Erdgas – andere

	27.13	Petrolkoks, Bitumen aus Erdöl und andere Rückstände aus Erdöl oder Öl aus bituminösen Mineralien
	27.14	Naturbitumen und Naturasphalt; bituminöse oder ölhaltige Schiefer und Sande; Aspahltite und Asphaltgestein
	27.15	Bituminöse Mischungen auf der Grundlage von Naturasphalt oder Naturbitumen, Bitumen aus Erdöl, Mineralteer oder Mineralteerpech (z. B. Asphaltmatrix, Verschnittbitumen)
	27.16	Elektrischer Strom
Andere Energien	44.01.10	Brennholz in Form von Rundlingen, Scheiten, Zweigen, Reisigbündeln und ähnlichen Formen
	44.02	Holzkohle (einschließlich Kohle aus Schalen oder Nüssen), auch zusammengepreßt

2. Anlage NI

Primärenergieträger und Energieerzeugnisse,
die nicht unter den Begriff „Wirtschaftstätigkeit im Energiebereich" fallen
(nach Artikel 1 Nummer 5)

27.07	Öle und andere Erzeugnisse der Destillation des Hochtemperatur-Steinkohlenteers; ähnliche Erzeugnisse, in denen das Gewicht der aromatischen Bestandteile größer ist als das Gewicht der nichtaromatischen Bestandteile (z. B. Benzol, Toluol, Xylol, Naphtalin, andere Mischungen aromatischer Kohlenwasserstoffe, Phenole, Kreosotöle und andere)
44.01.10	Brennholz in Form von Rundlingen, Scheiten, Zweigen, Reisigbündeln und ähnlichen Formen
44.02	Holzkohle (einschließlich Kohle aus Schalen oder Nüssen), auch zusammengepreßt

1. Annex EM

Energy Materials and Products
(In accordance with Article 1(4))

Nuclear Energy	26.12	Uranium or thorium ores and concentrates.
	26.12.10	Uranium ores and concentrates.
	26.12.20	Thorium ores and concentrates.
	28.44	Radioactive chemical elements and radioactive isotopes (including the fissile or fertile chemical elements and isotopes) and their compounds; mixtures and residues containing these products.
	28.44.10	Natural uranium and its compounds.
	28.44.20	Uranium enriched in U 235 and its compounds; plutonium and its compounds.
	28.44.30	Uranium depleted in U 235 and its compounds; thorium and its compounds.
	28.44.40	Radioactive elements and isotopes and radioactive compounds other than 28.44.10, 28.44.20 or 28.44.30.
	28.44.50	Spent (irradiated) fuel elements (cartridges) of nuclear reactors.
	28.45.10	Heavy water (deuterium oxide).
Coal, Natural Gas, Petroleum and Petroleum Products, Electrical Energy	27.01	Coal, briquettes, ovoids and similar solid fuels manufactured from coal.
	27.02	Lignite, whether or not agglomerated excluding jet.
	27.03	Peat (including peat litter), whether or not agglomerated.
	27.04	Coke and semi-coke of coal, of lignite or of peat, whether or not agglomerated; retort carbon.
	27.05	Coal gas, water gas, producer gas and similar gases, other than petroleum gases and other gaseous hydrocarbons.
	27.06	Tar distilled from coal, from lignite or from peat, and other mineral tars, whether or not dehydrated or partially distilled, including reconstituted tars.
	27.07	Oils and other products of the distillation of high temperature coal tar; similar products in which the weight of the aromatic constituents exceeds that of the non-aromatic constituents (e.g., benzole, toluole, xylole, naphtalene, other aromatic hydrocarbon mixtures, phenols, creosote oils and others).
	27.08	Pitch and pitch coke, obtained from coal tar or from other mineral tars.
	27.09	Petroleum oils and oils obtained from bituminous minerals, crude.
	27.10	Petroleum oils and oils obtained from bituminous minerals, other than crude.
	27.11	Petroleum gases and other gaseous hydrocarbons Liquified: – natural gas – propane – butanes – ethylene, propylene, butylene and butadiene (27.11.14) – other. In gaseous state: – natural gas – other.

	27.13	Petroleum coke, petroleum bitumen and other residues of petroleum oils or of oils obtained from bituminous minerals.
	27.14	Bitumen and asphalt, natural; bituminous or oil shale and tar sands; asphaltites and asphaltic rocks.
	27.15	Bituminous mixtures based on natural asphalt, on natural bitumen, on petroleum bitumen, on mineral tar or on mineral tar pitch (e.g., bituminous mastics, cut-backs).
	27.16	Electrical energy.
Other Energy	44.01.10	Fuel wood, in logs, in billets, in twigs, in faggots or in similar forms.
	44.02	Charcoal (including charcoal from shells or nuts), whether or not agglomerated.

2. Annex NI

Non-Applicable Energy Materials and Products for definition of "Economic Activity in the Energy Sector"
(In accordance with Article 1(5))

27.07	Oils and other products of the distillation of high temperature coal tar; similar products in which the weight of the aromatic constituents exceeds that of the non-aromatic constituents (e.g., benzole, toluole, xylole, naphtalene, other aromatic hydrocarbon mixtures, phenols, creosote oils and others).
44.01.10	Fuel wood, in logs, in billets, in twigs, in faggots or in similar forms.
44.02	Charcoal (including charcoal from shells or nuts), whether or not agglomerated.

1. Annexe EM

Matières et produits énergétiques
(conformément à l'article 1er point 4)

Energie nucléaire	26.12	Minerais d'uranium ou de thorium et leurs concentrés.
	26.12.10	Minerais d'uranium et leurs concentrés.
	26.12.20	Minerais de thorium et leurs concentrés.
	28.44	Eléments chimiques radioactifs et isotopes radioactifs (y compris les éléments chimiques et isotopes fissiles ou fertiles) et leurs composé; mélanges et résidus contenant ces produits.
	28.44.10	Uranium naturel et ses composés.
	28.44.20	Uranium enrichi en U235 et ses composé; plutonium et ses composés.
	28.44.30	Uranium appauvri en U235 et ses composés; thorium et ses composés.
	28.44.40	Eléments et isotopes radioactifs et composés radioactifs autres que ceux des n° 28.44.10, 28.44.20 ou 28.44.30.
	28.44.50	Eléments combustibles (cartouches) usés (irradiés) de réacteurs nucléaires.
	28.45.10	Eau lourde (oxyde de deutérium).
Charbon, gaz naturel, pétrole et produits pétroliers, énergie électrique	27.01	Houilles; briquettes, boulets et combustibles solides similaires obtenus à partir de la houille.
	27.02	Lignites, même agglomérées, à l'exclusion du jais.
	27.03	Tourbe (y compris la tourbe pour litière), même agglomérée.
	27.04	Cokes et semi-cokes de houille, de lignite ou de tourbe, même agglomérés; charbon de cornue.
	27.05	Gaz de houille, gaz à l'eau, gaz pauvre et gaz similaires, à l'exclusion des gaz de pétrole et autres hydrocarbures gazeux.
	27.06	Goudrons de houille, de lignite ou de tourbe et autres goudrons minéraux, même déshydratés ou étêtés, y compris les goudrons reconstitués.
	27.07	Huiles et autres produits provenant de la distillation des goudrons de houille à haute température; produits analogues dans lesquels les constituants aromatiques prédominent en poids par rapport aux constituants non aromatiques (par exemple, les benzols, toluols, xylols, naphtalènes, autres mélanges d'hydrocarbures aromatiques, phénols, huiles de créosote et autres).
	27.08	Brai et coke de brai de goudron de houille ou d'autres goudrons minéraux.
	27.09	Huiles brutes de pétrole ou de minéraux bitumineux.
	27.10	Huiles de pétrole ou de minéraux bitumineux, autres que les huiles brutes.
	27.11	Gaz de pétrole et autres hydrocarbures gazeux liquéfiés: – gaz naturel – propane – butanes – éthylène, propylène, butylène et butadiène (27.11.14) – autres à l'état gazeux: – gaz naturel – autres.

	27.13	Coke de pétrole, bitume de pétrole et autres résidus des huiles de pétrole ou de minéraux bitumineux.
	27.14	Bitumes et asphaltes, naturels; schistes et sables bitumineux; asphaltites et roches asphaltiques.
	27.15	Mélanges bitumineux à base d'asphalte ou de bitume naturels, de bitume de pétrole, de goudron minéral ou de brai de goudron minéral (mastics bitumineux, «cut-backs», par exemple).
	27.16	Energie électrique.
Autre énergie	44.01.10	Bois de chauffage en rondins, billettes, bûches, fagots ou sous formes similaires.
	44.02	Charbon de bois (y compris le charbon de coques ou de noix), même aggloméré.

2. Annexe NI

Matières et produits énergétiques non applicables aux investissements pour la définition de l'«activité économique du secteur de l'énergie»

(conformément à l'article 1er point 5)

27.07	Huiles et autres produits provenant de la distillation des goudrons de houille à haute température, produits analogues dans lesquels les constituants aromatiques prédominent en poids par rapport aux constituants non aromatiques (par exemple, les benzols, toluols, xylols, naphtalènes, autres mélanges d'hydrocarbures aromatiques, phénols, huiles de créosote et autres).
44.01.10	Bois de chauffage en rondins, billettes, bûches, fagots ou sous formes similaires.
44.02	Charbon de bois (y compris le charbon de coques ou de noix), même aggloméré.

3. Anlage TRM

Notifikation und Übergangbestimmungen (TRIMs)
(nach Artikel 5 Absatz 4)

(1) Jede Vertragspartei notifiziert dem Sekretariat alle handelsbezogenen Investitionsmaßnahmen, die sie anwendet und die mit den Bestimmungen des Artikels 5 nicht in Einklang stehen, binnen

a) 90 Tagen nach Inkrafttreten dieses Vertrags, wenn die Vertragspartei eine Vertragspartei des GATT ist, oder

b) 12 Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrags, wenn die Vertragspartei keine Vertragspartei des GATT ist.

Handelsbezogene Investitionsmaßnahmen mit allgemeinem oder besonderem Anwendungsbereich sind zusammen mit ihren Hauptmerkmalen zu notifizieren.

(2) Im Falle von handelsbezogenen Investititionsmaßnahmen, die nach Ermessen angewandt werden, ist jede besondere Anwendung zu notifizieren. Informationen, die berechtigte wirtschaftliche Interessen einzelner Unternehmen berühren, brauchen nicht offengelegt zu werden.

(3) Jede Vertragspartei hebt alle nach Absatz 1 notifizierten handelsbezogenen Investitionsmaßnahmen auf, und zwar binnen

a) 2 Jahren nach Inkrafttreten dieses Vertrags, wenn die Vertragspartei eine Vertragspartei des GATT ist, oder

b) 3 Jahren nach Inkrafttreten dieses Vertrags, wenn die Vertragspartei keine Vertragspartei des GATT ist.

(4) Während des in Absatz 3 genannten Zeitraums ändert eine Vertragspartei die Bedingungen für von ihr nach Absatz 1 notifizierte handelsbezogene Investitionsmaßnahmen gegenüber den zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrags geltenden Bedingungen nicht dargestellt, daß der Grad der Unvereinbarkeit mit Artikel 5 dieses Vertrags erhöht wird.

(5) Ungeachtet des Absatzes 4 kann eine Vertragspartei, um bestehende Unternehmen, für die eine nach Absatz 1 notifizierte handelsbezogene Investitionsmaßnahme gilt, nicht zu benachteiligen, während der

3. Annex TRM

Notification and Phase-Out (TRIMs)
(In accordance with Article 5(4))

(1) Each Contracting Party shall notify to the Secretariat all trade related investment measures which it applies that are not in conformity with the provisions of Article 5, within:

(a) 90 days after the entry into force of this Treaty if the Contracting Party is a party to the GATT; or

(b) 12 months after the entry into force of this Treaty if the Contracting Party is not a party to the GATT.

Such trade related investment measures of general or specific application shall be notified along with their principal features.

(2) In the case of trade related investment measures applied under discretionary authority, each specific application shall be notified. Information that would prejudice the legitimate commercial interests of particular enterprises need not be disclosed.

(3) Each Contracting Party shall eliminate all trade related investment measures which are notified under paragraph (1) within:

(a) two years from the date of entry into force of this Treaty if the Contracting Party is a party to the GATT; or

(b) three years from the date of entry into force of this Treaty if the Contracting Party is not a party to the GATT.

(4) During the applicable period referred to in paragraph (3) a Contracting Party shall not modify the terms of any trade related investment measure which it notifies under paragraph (1) from those prevailing at the date of entry into force of this Treaty so as to increase the degree of inconsistency with the provisions of Article 5 of this Treaty.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraph (4), a Contracting Party, in order not to disadvantage established enterprises which are subject to a trade related investment measure notified under paragraph (1),

3. Annexe TRM

Notification et élimination progressive (TRM)
(conformément à l'article 5 paragraphe 4)

1. Chaque partie contractante notifie au Secrétariat toutes les mesures d'investissement liées au commerce qu'elle applique et qui ne sont pas conformes aux dispositions de l'article 5, dans un délai de:

a) 90 jours après l'entrée en vigueur du présent traité si la partie contractante est partie au GATT; ou

b) 12 mois après l'entrée en vigueur du présent traité si la partie contractante n'est pas partie au GATT.

Ces mesures d'investissement liées au commerce, d'application générale ou spécifique, ainsi que leurs principales caractéristiques sont notifiées.

2. Dans le cas de mesures d'investissement liées au commerce qui sont appliquées en vertu d'un pouvoir discrétionnaire, chaque application spécifique est notifiée. Aucune information susceptible de porter préjudice aux intérêts commerciaux légitimes d'entreprises particulières ne doit être divulguée.

3. Chaque partie contractante élimine toutes les mesures d'investissement liées au commerce qui ont été notifiées conformément au paragraphe 1:

a) dans les deux ans suivant la date d'entrée en vigueur du présent traité si la partie contractante est partie au GATT; ou

b) dans les trois ans suivant la date d'entrée en vigueur du présent traité si la partie contractante n'est pas partie au GATT.

4. Durant la période applicable visée au paragraphe 3, une partie contractante ne modifie pas les clauses d'une mesure d'investissement liée au commerce qui a été notifiée conformément au paragraphe 1 par rapport à celles qui étaient utilisées à la date d'entrée en vigueur du présent traité d'une manière qui aboutirait à augmenter le degré d'incompatibilité par rapport aux dispositions de l'article 5 du présent traité.

5. Nonobstant les dispositions du paragraphe 4, une partie contractante peut, pour ne pas désavantager des entreprises établies qui sont soumises à une mesure d'investissement liée au commerce qui a été

Übergangszeit die gleiche handelsbezogene Investitionsmaßnahme auf eine neue Investition anwenden,

a) wenn es sich bei den Waren der betreffenden Investition und denen der bestehenden Unternehmen um gleichartige Waren handelt und

b) wenn eine solche Anwendung notwendig ist, um eine Verzerrung der Wettbewerbsbedingungen zwischen der neuen Investition und den bestehenden Unternehmen zu vermeiden.

Alle solchen für neue Investitionen geltenden handelsbezogenen Investitionsmaßnahmen werden dem Sekretariat notifiziert. Die Bedingungen für solche handelsbezogenen Investitionsmaßnahmen müssen in ihren Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit den für die bestehenden Unternehmen geltenden Bedingungen entsprechen und zur gleichen Zeit auslaufen.

(6) Tritt ein Staat oder eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration diesem Vertrag nach dessen Inkrafttreten bei,

a) so ist die in den Absätzen 1 und 2 genannte Notifikation zu dem späteren der nach Absatz 1 anwendbaren Zeitpunkte oder zum Zeitpunkt der Hinterlegung der Beitrittsurkunde vorzunehmen und

b) so gilt als Ende der Auslaufphase der spätere der nach Absatz 3 geltenden Zeitpunkte oder der Zeitpunkt, zu dem der Vertrag für den Staat oder die Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration in Kraft tritt.

may apply during the phase-out period the same trade related investment measure to a new Investment where:

(a) the products of such Investment are like products to those of the established enterprises; and

(b) such application is necessary to avoid distorting the conditions of competition between the new Investment and the established enterprises.

Any trade related investment measure so applied to a new Investment shall be notified to the Secretariat. The terms of such a trade related investment measure shall be equivalent in their competitive effect to those applicable to the established enterprises, and it shall be terminated at the same time.

(6) Where a state or Regional Economic Integration Organization accedes to this Treaty after the Treaty has entered into force:

(a) the notification referred to in paragraphs (1) and (2) shall be made by the later of the applicable date in paragraph (1) or the date of deposit of the instrument of accession; and

(b) the end of the phase-out period shall be the later of the applicable date in paragraph (3) or the date on which the Treaty enters into force for that state or Regional Economic Integration Organization.

notifiée conformément au paragraphe 1, appliquer cette mesure à un nouvel investissement pendant la période d'élimination lorsque:

a) les produits d'un tel investissement sont similaires aux produits des entreprises établies; et

b) cette application se révèle nécessaire afin d'éviter des distorsions des conditions de concurrence entre le nouvel investissement et les entreprises établies.

Toute mesure d'investissement liée au commerce ainsi appliquée à un nouvel investissement est notifiée au Secrétaire. Les clauses d'une telle mesure sont équivalentes, du point de vue de l'effet concurrentiel, à celles applicables aux entreprises établies, et la mesure s'éteint à la même échéance.

6. Si un Etat ou une organisation d'intégration économique régionale adhère au présent traité après son entrée en vigueur:

a) la notification visée aux paragraphes 1 et 2 est effectuée à la date applicable selon le paragraphe 1 ou à la date du dépôt de l'instrument d'adhésion, la date la plus tardive étant retenue; et

b) la période d'élimination prend fin à la date applicable selon le paragraphe 3 ou à la date d'entrée en vigueur du présent traité pour cet Etat ou cette organisation d'intégration économique régionale, la date la plus tardive étant retenue.

4. Anlage N

Liste der Vertragsparteien, die bei einem Transit die Einbeziehung von mindestens 3 verschiedenen Gebieten fordern

(nach Artikel 7 Absatz 10 Buchstabe a)

1. Kanada und die Vereinigten Staaten von Amerika

4. Annex N

List of Contracting Parties requiring at least 3 separate areas to be involved in a transit

(In accordance with Article 7(10)(a))

1. Canada and United States of America

4. Annexe N

Liste des parties contractantes demandant qu'au moins trois zones différentes soient concernées par un transit

(conformément à l'article 7 paragraphe 10 point a))

1. Le Canada et les Etats-Unis d'Amérique.

5. Anlage VC

Liste der Vertragsparteien, die freiwillig bindende Verpflichtungen bezüglich Artikel 10 Absatz 3 eingegangen sind

(nach Artikel 10 Absatz 6)

5. Annex VC

List of Contracting Parties which have made voluntary binding commitments in respect of Article 10(3)

(In accordance with Article 10(6))

5. Annexe VC

Liste des parties contractantes qui se sont volontairement engagées à respecter l'article 10 paragraphe 1

(conformément à l'article 10 paragraphe 6)

6. Anlage ID

Liste der Vertragsparteien, die einem Investor nicht erlauben, dieselbe Streitigkeit später nach Artikel 26 erneut einem internationalen Schiedsgericht vorzulegen

(nach Artikel 26 Absatz 3 Buchstabe b Ziffer i)

1. Australien
2. Aserbeidschan

6. Annex ID

List of Contracting Parties not allowing an Investor to resubmit the same dispute to international arbitration at a later stage under Article 26

(In accordance with Article 26(3)(b)(i))

1. Australia
2. Azerbaijan

6. Annexe ID

Liste des parties contractantes qui ne permettent pas à un investisseur de soumettre de nouveau le même différend à un arbitrage international à un stade ultérieur au titre de l'article 26

(conformément à l'article 26 paragraphe 3 point b) i))

1. Australie
2. Azerbaïdjan

3. Bulgarien
4. Kanada
5. Kroatien
6. Zypern
7. Tschechische Republik
8. Europäische Gemeinschaften
9. Finnland
10. Griechenland
11. Ungarn
12. Irland
13. Italien
14. Japan
15. Kasachstan
16. Norwegen
17. Polen
18. Portugal
19. Rumänien
20. Russische Föderation
21. Slovenien
22. Spanien
23. Schweden
24. Vereinigte Staaten von Amerika

7. Anlage IA

Liste der Vertragsparteien, die einem Investor oder einer Vertragspartei nicht erlauben, eine Streitigkeit über den letzten Satz des Artikels 10 Absatz 1 einem internationalen Schiedsgericht vorzulegen
(nach Artikel 26 Absatz 3 Buchstabe c und Artikel 27 Absatz 2)

1. Australien
2. Kanada
3. Ungarn
4. Norwegen

8. Anlage P

Besonderes Verfahren der Streitbeilegung für regionale und örtliche Regierungs- und Verwaltungsstellen
(nach Artikel 27 Absatz 3 Buchstabe i)

Teil I

1. Kanada
2. Australien

Teil II

(1) Falls das Gericht in einem Schiedsspruch feststellt, daß eine Maßnahme einer regionalen oder örtlichen Regierungs- oder Verwaltungsstelle einer Vertragspartei (im folgenden als „verantwortliche Partei" bezeichnet) einer Bestimmung dieses Vertrags zuwiderläuft, trifft die zuständige Partei geeignete ihr zur Verfügung stehende

3. Bulgaria
4. Canada
5. Croatia
6. Cyprus
7. The Czech Republic
8. European Communities
9. Finland
10. Greece
11. Hungary
12. Ireland
13. Italy
14. Japan
15. Kazakhstan
16. Norway
17. Poland
18. Portugal
19. Romania
20. The Russian Federation
21. Slovenia
22. Spain
23. Sweden
24. United States of America

7. Annex IA

List of Contracting Parties not allowing an Investor or Contracting Party to submit a dispute concerning the last sentence of Article 10(1) to international arbitration
(In accordance with Articles 26(3)(c) and 27(2))

1. Australia
2. Canada
3. Hungary
4. Norway

8. Annex P

Special sub-national dispute procedure

(In accordance with Article 27(3)(i))

Part I

1. Canada
2. Australia

Part II

(1) Where, in making an award, the tribunal finds that a measure of a regional or local government or authority of a Contracting Party (hereinafter referred to as the "Responsible Party") is not in conformity with a provision of this Treaty, the Responsible Party shall take such reasonable measures as may be available to it to ensure

3. Bulgarie
4. Canada
5. Croatie
6. Chypre
7. République tchèque
8. Communautés européennes
9. Finlande
10. Grèce
11. Hongrie
12. Irlande
13. Italie
14. Japon
15. Kazakhstan
16. Norvège
17. Pologne
18. Portugal
19. Roumanie
20. Fédération de Russie
21. Slovénie
22. Espagne
23. Suède
24. Etats-Unis d'Amérique

7. Annexe IA

Liste des parties contractantes qui n'autorisent pas un investisseur ou une partie contractante à soumettre un différend concernant la dernière phrase de l'article 10 paragraphe 1 à un arbitrage international
(conformément à l'article 26 paragraphe 3 point c) et à l'article 27 paragraphe 2)

1. Australie
2. Canada
3. Hongrie
4. Norvège

8. Annexe P

Procédure spéciale sous-nationale de règlement des différends

(conformément à l'article 27 paragraphe 3 point i))

Partie I

1. Canada
2. Australie

Partie II

1. Lorsque, dans sa sentence, un tribunal estime qu'une mesure appliquée par une administration publique ou autorité régionale ou locale d'une partie contractante, ci-après dénommée «partie responsable», n'est pas conforme à une disposition du traité, la partie responsable prend toutes les mesures raisonnables dont elle dispose

Abhilfemaßnahmen, um die Einhaltung des Vertrags bezüglich der Maßnahme zu gewährleisten.

(2) Die verantwortliche Partei notifiziert dem Sekretariat binnen 30 Tagen, nachdem der Schiedsspruch ergangen ist, in schriftlicher Form die von ihr beabsichtigten Schritte zur Einhaltung des Vertrags hinsichtlich der Maßnahme. Das Sekretariat legt die Notifikation zum frühestmöglichen Zeitpunkt der Chartakonferenz vor, und zwar spätestens auf der Tagung der Konferenz, die dem Eingang der Notifikation folgt. Ist es praktisch unmöglich, die Einhaltung des Vertrags sogleich zu gewährleisten, so wird der verantwortlichen Partei hierfür eine angemessene Frist eingeräumt. Die Frist wird von beiden Streitparteien vereinbart. Kommt eine solche Vereinbarung nicht zustande, so schlägt die verantwortliche Partei der Chartakonferenz eine geeignete Frist zur Genehmigung vor.

(3) Kommt die verantwortliche Partei innerhalb der angemessenen Frist der Einhaltung des Vertrags hinsichtlich der Maßnahme nicht nach, so bemüht sie sich auf Antrag der anderen an der Streitigkeit beteiligten Vertragspartei (im folgenden als „geschädigte Partei" bezeichnet) um eine Verständigung mit der geschädigten Partei über eine angemessene Entschädigung, um die Streitigkeit damit zur beiderseitigen Zufriedenheit beizulegen.

(4) Ist binnen 20 Tagen nach Antragstellung seitens der geschädigten Partei eine angemessene Entschädigung nicht vereinbart worden, so kann die geschädigte Partei mit Genehmigung der Chartakonferenz gegenüber der verantwortlichen Partei den Teil ihrer Pflichten aus diesem Vertrag aussetzen, den sie mit den durch die in Frage stehende Maßnahme versagten Pflichten für gleichwertig hält, und zwar so lange, bis die Vertragsparteien sich über eine Lösung ihrer Streitigkeit geeinigt haben oder bis die dem Vertrag zuwiderlaufende Maßnahme mit dem Vertrag in Einklang gebracht worden ist.

(5) Bei der Überlegung, welche Pflichten ausgesetzt werden sollen, richtet sich die geschädigte Partei nach folgenden Grundsätzen und Verfahren:

a) Die geschädigte Partei versucht zunächst Pflichten aus dem Teil des Vertrags auszusetzen, in dem das Schiedsgericht eine Verletzung der Vertragsbestimmungen festgestellt hat.

b) Ist die geschädigte Partei der Auffassung, daß die Aussetzung von Pflichten aus dem gleichen Teil des Vertrags nicht durchführbar oder wirksam ist, so kann sie Pflichten aus anderen Teilen des Vertrags auszusetzen suchen. Beschließt die geschädigte Partei, die Genehmigung zur Aussetzung von Pflichten nach diesem Buchstaben zu beantragen, so gibt sie der Chartakonferenz in ihrem Antrag auf Genehmigung eine entsprechende Begründung.

(6) Auf schriftlichen Antrag der verantwortlichen Partei, der an die geschädigte

observance of the Treaty in respect of the measure.

(2) The Responsible Party shall, within 30 days from the date the award is made, provide to the Secretariat written notice of its intentions as to ensuring observance of the Treaty in respect of the measure. The Secretariat shall present the notification to the Charter Conference at the earliest practicable opportunity, and no later than the meeting of the Charter Conference following receipt of the notice. If it is impracticable to ensure observance immediately, the Responsible Party shall have a reasonable period of time in which to do so. The reasonable period of time shall be agreed by both parties to the dispute. In the event that such agreement is not reached, the Responsible Party shall propose a reasonable period for approval by the Charter Conference.

(3) Where the Responsible Party fails, within the reasonable period of time, to ensure observance in respect of the measure, it shall at the request of the other Contracting Party party to the dispute (hereinafter referred to as the "Injured Party") endeavour to agree with the Injured Party on appropriate compensation as a mutually satisfactory resolution of the dispute.

(4) If no satisfactory compensation has been agreed within 20 days of the request of the Injured Party, the Injured Party may with the authorization of the Charter Conference suspend such of its obligations to the Responsible Party under the Treaty as it considers equivalent to those denied by the measure in question, until such time as the Contracting Parties have reached agreement on a resolution of their dispute or the non-conforming measure has been brought into conformity with the Treaty.

(5) In considering what obligations to suspend, the Injured Party shall apply the following principles and procedures:

(a) The Injured Party should first seek to suspend obligations with respect to the same Part of the Treaty as that in which the tribunal has found a violation.

(b) If the Injured Party considers that it is not practicable or effective to suspend obligations with respect to the same Part of the Treaty, it may seek to suspend obligations in other Parts of the Treaty. If the Injured Party decides to request authorization to suspend obligations under this sub-paragraph, it shall state the reasons therefor in its request to the Charter Conference for authorization.

(6) On written request of the Responsible Party, delivered to the Injured Party and to

pour assurer le respect du traité en ce qui concerne cette mesure.

2. Dans les 30 jours suivant le jour où la sentence est prononcée, la partie responsable adresse au Secrétariat une notification écrite précisant ses intentions en ce qui concerne le respect du traité concernant cette mesure. Le Secrétariat soumet la notification à la Conférence de la Charte dans les meilleurs délais, mais au plus tard lors de la réunion de la Conférence de la Charte suivant la réception de la notification. S'il est impossible d'assurer immédiatement le respect, la partie responsable dispose d'un délai raisonnable pour y parvenir. Ce délai raisonnable est convenu par les deux parties au différend. S'il n'est pas possible de parvenir à un accord à ce sujet, la partie responsable propose un délai raisonnable qui est approuvé par la Conférence de la Charte.

3. Lorsque la partie responsable omet de respecter la mesure dans le délai raisonnable, elle s'efforce, à la demande de l'autre partie contractante partie au différend, ci-après dénommée «partie lésée», de convenir avec la partie lésée d'une compensation appropriée à titre de règlement mutuellement satisfaisant du différend.

4. Si aucune compensation satisfaisante n'a été convenue dans un délai de 20 jours suivant la demande déposée par la partie lésée, celle-ci peut, avec l'autorisation de la Conférence de la Charte, suspendre les obligations qui lui incombent en vertu du traité à l'égard de la partie responsable si elle les estime équivalentes à celles refusées par la mesure en question, et ce jusqu'à ce que les parties contractantes parviennent à un accord sur un règlement de leur différend ou jusqu'à ce que la mesure en cause a été rendue conforme au traité.

5. La partie lésée applique les principes et procédures suivants lorsqu'elle s'interroge sur les obligations à suspendre:

a) Elle cherche d'abord à suspendre les obligations qui concernent la même partie du traité que celle à l'égard de laquelle le tribunal a découvert une infraction.

b) Si elle estime qu'il n'est pas praticable ou efficace de suspendre des obligations relevant de la même partie du traité, elle peut chercher à suspendre des obligations relevant d'autres parties du traité. Si elle décide de demander l'autorisation de suspendre des obligations en vertu du présent point, elle en indique les motifs dans sa demande d'autorisation adressée à la Conférence de la Charte.

6. A la demande écrite de la partie responsable, adressée à la partie lésée et au

Partei und an den Vorsitzenden des Schiedsgerichts, das den Schiedsspruch gefällt hat, gerichtet ist, entscheidet das Gericht darüber, ob das Maß der von der geschädigten Partei ausgesetzten Pflichten überhöht ist und wenn ja, um wieviel. Kann das Gericht nicht erneut zusammengesetzt werden, so wird die Entscheidung von einem oder mehreren vom Generalsekretär benannten Schiedsrichtern getroffen. Entscheidungen nach diesem Absatz sind innerhalb von 60 Tagen nach Antragstellung an das Schiedsgericht oder nach Benennung durch den Generalsekretär abschließend zu treffen. Bis zum Ergehen einer Entscheidung dürfen Pflichten nicht ausgesetzt werden; die Entscheidung ist endgültig und bindend.

(7) Mit der Aussetzung der Erfüllung von Pflichten gegenüber einer verantwortlichen Partei bemüht sich die geschädigte Partei nach Kräften, die Rechte einer anderen Vertragspartei aus diesem Vertrag nicht zu beeinträchtigen.

the President of the tribunal that rendered the award, the tribunal shall determine whether the level of obligations suspended by the Injured Party is excessive, and if so, to what extent. If the tribunal cannot be reconstituted, such determination shall be made by one or more arbitrators appointed by the Secretary-General. Determinations pursuant to this paragraph shall be completed within 60 days of the request to the tribunal or the appointment by the Secretary-General. Obligations shall not be suspended pending the determination, which shall be final and binding.

(7) In suspending any obligations to a Responsible Party, an Injured Party shall make every effort not to affect adversely the rights under the Treaty of any other Contracting Party.

président du tribunal qui a rendu la sentence, le tribunal détermine si le niveau des obligations suspendues par la partie lésée est excessif et, dans ce cas, dans quelle mesure il l'est. Si le tribunal ne peut être reconstitué, cette détermination est effectuée par un ou plusieurs arbitres désignés par le Secrétaire général. Les déterminations effectuées en vertu du présent paragraphe doivent être terminées dans les 60 jours suivant la demande faite au tribunal ou la désignation effectuée par le Secrétaire général. Les obligations ne sont pas suspendues dans l'attente de la détermination, laquelle sera définitive et contraignante.

7. En suspendant ses obligations à l'égard de la partie responsable, la partie lésée s'efforce dans toute la mesure du possible de ne pas affecter de manière négative les droits que possèdent et dont jouissent les autres parties contractantes en vertu du traité.

9. Anlage G

Ausnahmen und Regeln über die Anwendung der Bestimmungen des GATT und der dazugehörigen Rechtsinstrumente

(nach Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe a)

(1) Folgende Bestimmungen des GATT 1947 und der dazugehörigen Rechtsinstrumente finden keine Anwendung nach Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe a:

a) Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen

II	Listen der Zugeständnisse (und Listen zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen)
IV	Besondere Bestimmungen über Kinofilme
XV	Bestimmungen über den Zahlungsverkehr
XVIII	Staatliche Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung
XXII	Konsultationen
XXIII	Schutz der Zugeständnisse und sonstigen Vorteile
XXV	Gemeinsames Vorgehen der Vertragsparteien
XXVI	Annahme, Inkrafttreten und Registrierung
XXVII	Aussetzung oder Zurücknahme von Zugeständnissen
XXVIII	Änderung der Listen
XXVIIIa	Zollverhandlungen
XXIX	Beziehung dieses Abkommens zur Havanna-Charta
XXX	Änderungen

9. Annex G

Exceptions and rules governing the application of the provisions of the GATT and Related Instruments

(In accordance with Article 29(2)(a))

(1) The following provisions of GATT 1947 and Related Instruments shall not be applicable under Article 29(2)(a):

(a) General Agreement on Tariffs and Trade

II	Schedules of Concessions (and the Schedules to the General Agreement on Tariffs and Trade)
IV	Special Provisions relating to Cinematographic Films
XV	Exchange Arrangement
XVIII	Governmental Assistance to Economic Development
XXII	Consultation
XXIII	Nullification or Impairment
XXV	Joint Action by the Contracting Parties
XXVI	Acceptance. Entry into Force and Registration
XXVII	Withholding or Withdrawal of Concessions
XXVIII	Modification of Schedules
XXVIIIbis	Tariff Negotiations
XXIX	The relation of this Agreement to the Havana Charter
XXX	Amendments

9. Annexe G

Exceptions et règles régissant l'application des dispositions du GATT et des instruments connexes

(conformément à l'article 29 paragraphe 2 point a))

1. En vertu de l'article 29 paragraphe 2 point a), les dispositions suivantes du GATT 1947 et des instruments connexes ne sont pas applicables:

a) L'accord général sur les tarifs et le commerce (GATT)

II	Listes de concessions (et listes relatives au GATT)
IV	Dispositions spéciales relatives aux films cinématographiques
XV	Dispositions en matière de change
XVIII	Aide d'Etat en faveur du développement économique
XXII	Consultations
XXIII	Protection des concessions et des avantages
XXV	Action collective des parties contractantes
XXVI	Acceptation. Entrée en vigueur et enregistrement
XXVII	Suspension ou retrait de concessions
XXVIII	Modification des listes
XXVIIIbis	Négociations tarifaires
XXIX	Rapports de l'accord avec la Charte de La Havane
XXX	Amendements

Deutsch	English	Français
XXXI Rücktritt	XXXI Withdrawal	XXXI Retrait
XXXII Vertragsparteien	XXXII Contracting Parties	XXXII Parties contractantes
XXXIII Beitritt	XXXIII Accession	XXXIII Adhésion
XXXV Nichtanwendung des Abkommens zwischen bestimmten Vertragsparteien	XXXV Non-application of the Agreement between particular Contracting Parties	XXXV Non-application de l'accord entre certaines parties contractantes
XXXVI Grundsätze und Ziele	XXXVI Principles and Objectives	XXXVI Principes et objectifs
XXXVII Verpflichtungen	XXXVII Commitments	XXXVII Engagements
XXXVIII Gemeinsames Vorgehen	XXXVIII Joint Action	XXXVIII Action commune
Anlage H zu Artikel XXVI	Annex H Relating to Article XXVI	Annexe H Concernant l'article XXVI
Anlage I Anmerkungen und ergänzende Bestimmungen (zu obigen GATT-Artikeln)	Annex I Notes and Supplementary Provisions (related to above GATT articles)	Annexe I Notes et dispositions complémentaires (concernant les articles du GATT mentionnés ci-dessus)
Schutzmaßnahmen für Entwicklungszwecke	Safeguard Action for Development Purposes	Action de sauvegarde à des fins de développement
Vereinbarung über Notifikation, Konsultation, Streitbeilegung und Überwachung	Understanding Regarding Notification, Consultation, Dispute Settlement and Surveillance.	Clause interprétative concernant la notification, les consultations, le règlement des différends et la surveillance.
b) Dazugehörige Rechtsinstrumente	(b) Related Instruments	b) Les instruments connexes
i) Übereinkommen über technische Handelshemmnisse (Normenkodex)	(i) Agreement on Technical Barriers to Trade (Standards Code)	i) L'accord sur les entraves techniques au commerce (code normatif)
Präambel (Absätze eins, acht und neun)	Preamble (paragraphs 1, 8, 9)	Préambule (paragraphes 1, 8, 9)
1.3 Allgemeine Bestimmungen	1.3 General provisions	1.3 Dispositions générales
2.6.4 Ausarbeitung, Annahme und Anwendung von technischen Vorschriften und Normen durch Stellen der Zentralregierung	2.6.4 Preparation, adoption and application of technical regulations and standards by central government bodies	2.6.4 Préparation, adoption et application des règlements et des normes techniques par les organes du gouvernement central
10.6 Informationen über technische Vorschriften, Normen und Kennzeichnungssysteme	10.6 Information about technical regulations, standards and certification systems	10.6 Information sur les règlements techniques, les normes et les systèmes de certification
11. Technische Unterstützung anderer Vertragsparteien	11 Technical assistance to other Parties	11 Assistance technique aux parties
12. Besondere und differenzierte Behandlung der Entwicklungsländer	12 Special and differential treatment of developing countries	12 Traitement spécial et différentiel des pays en développement
13. Ausschuß „Technische Handelshemmnisse“	13 The Committee on Technical Barriers to Trade	13 Comité des entraves techniques aux échanges
14. Konsultation und Streitbeilegung	14 Consultation and dispute settlement	14 Consultations et règlements des différends
15. Schlußbestimmungen (mit Ausnahme von 15.5 und 15.13)	15 Final provisions (other than 15.5 and 15.13)	15 Dispositions finales (autres que 15.5 et 15.3)
Anlage 2 Technische Sachverständigengruppen	Annex 2 Technical Expert Groups	Annexe 2 Groupes d'experts techniques
Anlage 3 Panels	Annex 3 Panels	Annexe 3 Jurys
ii) Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen	(ii) Agreement on Government Procurement	ii) L'accord sur les marchés publics
iii) Übereinkommen zur Auslegung und Anwendung der Artikel VI, XVI und XXIII (Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen)	(iii) Agreement on Interpretation and Application of Articles VI, XVI and XXIII (Subsidies and Countervailing Measures)	iii) L'accord sur l'interprétation et l'application des articles VI, XVI et XXIII (subventions et droits compensateurs)
10. Ausfuhrsubventionen für bestimmte Grundstoffe	10 Export subsidies on certain primary products	10 Subventions à l'exportation de certains produits primaires

12.	Konsultationen	12	Consultations	12	Consultations
13.	Schlichtung, Streitbeilegung und genehmigte Gegenmaßnahmen	13	Conciliation, dispute settlement and authorized counter measures	13	Conciliation, règlement des différends et mesures de rétorsion autorisées
14.	Entwicklungsländer	14	Developing countries	14	Pays en développement
16.	Ausschuß für Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen	16	Committee on Subsidies and Countervailing Measures	16	Comité des subventions et des mesures compensatoires
17.	Schlichtung	17	Conciliation	17	Conciliation
18.	Streitbeilegung	18	Dispute settlement	18	Règlement des différends
19.2	Annahme und Beitritt	19.2	Acceptance and accession	19.2	Acceptation et adhésion
19.4	Inkrafttreten	19.4	Entry into force	19.4	Entrée en vigueur
19.5 (a)	Einzelstaatliche Rechtsvorschriften	19.5(a)	National legislation	19.5(a)	Législation nationale
19.6	Überprüfung	19.6	Review	19.6	Réexamen
19.7	Änderungen	19.7	Amendments	19.7	Amendements
19.8	Rücktritt	19.8	Withdrawal	19.8	Retrait
19.9	Nichtanwendung dieses Übereinkommens zwischen bestimmten Unterzeichnern	19.9	Non-application of this Agreement between particular signatories	19.9	Non-application de l'accord entre certains signataires
19.11	Sekretariat	19.11	Secretariat	19.11	Secrétariat
19.12	Hinterlegung	19.12	Deposit	19.12	Dépôt
19.13	Registrierung	19.13	Registration	19.13	Enregistrement

iv) Übereinkommen zur Durchführung des Artikels VII (Zollwert)

(iv) Agreement on Implementation of Article VII (Customs Valuation)

iv) L'accord sur l'application de l'article VII (valeurs en douane)

1.2 b) iv)	Transaktionswert	1.2(b)(iv)	Transaction value	1,2(b) iv)	Valeur de transaction
11.1	Feststellung des Zollwerts	11. 1	Determination of customs value	11. 1	Détermination de la valeur douanière
14.	Anwendung der Anhänge (zweiter Satz)	14	Application of Annexes (second sentence)	14	Application des annexes (deuxième phrase)
18.	Institutionen (Ausschuß für den Zollwert)	18	Institutions (Committee on Customs Valuation)	18	Institutions (Comité sur les valeurs en douane)
19.	Konsultationen	19	Consultation	19	Consultations
20.	Streitbeilegung	20	Dispute settlement	20	Règlement des différends
21.	Besondere und differenzierte Behandlung der Entwicklungsländer	21	Special and differential treatment of developing countries	21	Traitement spécial et différentiel des pays en développement
22.	Annahme und Beitritt	22	Acceptance and accession	22	Acceptation et adhésion
24.	Inkrafttreten	24	Entry into force	24	Entrée en vigueur
25.1	Einzelstaatliche Rechtsvorschriften	25.1	National legislation	25.1	Législation nationale
26.	Überprüfung	26	Review	26	Réexamen
27.	Änderungen	27	Amendments	27	Amendements
28.	Rücktritt	28	Withdrawal	28	Retrait
29.	Sekretariat	29	Secretariat	29	Secrétariat
30.	Hinterlegung	30	Deposit	30	Dépôt
31.	Registrierung	31	Registration	31	Enregistrement
Anlage II	Technischer Ausschuß für den Zollwert	Annex II	Technical Committee on Customs Valuation	Annexe II	Comité technique des valeurs en douane
Anlage III	Ad-hoc-Panels	Annex III	Ad Hoc Panels	Annexe III	Jurys ad hoc

Protokoll zum Übereinkommen zur Durchführung des Artikels VII (ausgenommen 1.7 und 1.8; spätere terminologische Abstimmung)

v) Übereinkommen über Einfuhrlizenzverfahren

1.4 Allgemeine Bestimmungen (letzter Satz)

2.2 Automatische Einfuhrlizenz (Fußnote 2)

4. Institutionen, Konsultationen und Streitbeilegung

5. Schlußbestimmungen (ausgenommen Absatz 2)

vi) Übereinkommen zur Durchführung des Artikels VI (Antidumping-Kodex)

13. Entwicklungsländer

14. Ausschuß für Antidumping-Praktiken

15. Konsultationen, Schlichtung und Streitbeilegung

16. Schlußbestimmungen (ausgenommen Absätze 1 und 3)

vii) Übereinkunft über Rindfleisch

viii) Internationale Übereinkunft über Milcherzeugnisse

ix) Übereinkommen über den Handel mit Zivilluftfahrzeugen

x) Erklärung zu Handelsmaßnahmen aus Zahlungsbilanzgründen

c) Alle übrigen Bestimmungen des GATT oder der dazugehörigen Rechtsinstrumente über

i) die staatliche Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Behandlung von Entwicklungsländern, ausgenommen die Absätze 1 bis 4 des Beschlusses vom 28. November 1979 (L/4903) zur differenzierten und günstigeren Behandlung, Gegenseitigkeit und verstärkten Teilnahme der Entwicklungsländer;

ii) die Festlegung der Arbeitsweise von Fachausschüssen und anderen nachgeordneten Gremien;

iii) Unterzeichnung, Beitritt, Inkrafttreten, Kündigung, Hinterlegung und Registrierung.

d) Sämtliche Übereinkünfte, Abmachungen, Beschlüsse, Vereinbarungen oder andere gemeinsame Maßnahmen aufgrund der Bestimmungen der Buchstaben a bis c.

(2) Die Vertragsparteien wenden die Bestimmungen der „Erklärung über Handelsmaßnahmen aus Zahlungsbilanzgründen" auf Maßnahmen an, die von den Vertragsparteien ergriffen werden, die nicht Ver-

Protocol to the Agreement on Implementation of Article VII (except I.7 and I.8; with necessary conforming introductory language)

(v) Agreement on Import Licensing Procedures

1.4 General provisions (last sentence)

2.2 Automatic import licensing (footnote 2)

4 Institutions, consultation and dispute settlement

5 Final provisions (except paragraph 2)

(vi) Agreement on Implementation of Article VI (Antidumping Code)

13 Developing Countries

14 Committee on Anti-Dumping Practices

15 Consultation, Conciliation and Dispute Settlement

16 Final Provisions (except paragraphs 1 and 3)

(vii) Arrangement Regarding Bovine Meat

(viii) International Dairy Arrangement

(ix) Agreement on Trade in Civil Aircraft

(x) Declaration on Trade Measures Taken for Balance-of-Payments Purposes.

(c) All other provisions in the GATT or Related Instruments which relate to:

(i) governmental assistance to economic development and the treatment of developing countries, except for paragraphs (1) to (4) of the Decision of 28 November 1979 (L/4903) on Differential and More Favourable Treatment, Reciprocity and Fuller Participation of Developing Countries;

(ii) the establishment or operation of specialist committees and other subsidiary institutions;

(iii) signature, accession, entry into force, withdrawal, deposit and registration.

(d) All agreements, arrangements, decisions, understandings or other joint action pursuant to the provisions listed in sub-paragraphs (a) to (c).

(2) Contracting Parties shall apply the provisions of the "Declaration on Trade Measures Taken for Balance-of-Payments Purposes" to measures taken by those Contracting Parties which are not parties to the

Protocole à l'accord en vertu de l'article VII (sauf 1.7 et 1.8; avec les formules introductives idoines)

v) L'accord sur les procédures afférentes aux licences d'importation

1.4 Dispositions générales (dernière phrase)

2.2 Licence automatique d'importation (note en bas de page 2)

4 Institutions, consultation et règlement des différends

5 Dispositions définitives (sauf le paragraphe 2)

vi) L'accord sur l'application de l'article VI (code antidumping)

13 Pays en développement

14 Comité des pratiques antidumping

15 Consultations, conciliation et règlement des différends

16 Dispositions finales (sauf les paragraphes 1 et 3)

vii) Disposition concernant la viande bovine

viii) Disposition internationale en matière de produits laitiers

ix) Accord sur le commerce en aviation civile

x) Déclaration sur les mesures commerciales prises à des fins de balance des paiements.

c) Toutes les autres dispositions du GATT ou des instruments connexes qui concernent:

i) l'assistance gouvernementale au développement économique et au traitement des pays en développement, à l'exception des paragraphes 1 à 4 de la décision du 28 novembre 1979 (L/4903) sur le traitement différentiel et le traitement de la nation la plus favorisée, la réciprocité et la pleine participation des pays en développement;

ii) la création ou le fonctionnement de comités de spécialistes et d'autres institutions subsidiaires;

iii) la signature, l'adhésion, l'entrée en vigueur, le retrait, le dépôt et l'enregistrement.

d) Tous accords, arrangements, décisions, clauses interprétatives ou autres actions communes adoptées conformément aux dispositions énoncées au paragraphe 1 points a) à c).

2. Les parties contractantes appliquent les dispositions de la «déclaration sur les mesures commerciales prises à des fins de balance des paiements» aux mesures prises par les parties contractantes qui ne

tragsparteien des GATT sind, soweit dies im Zusammenhang mit den anderen Bestimmungen dieses Vertrags praktisch durchführbar ist.

(3) Bezüglich der Notifikation, die durch die Bestimmungen gefordert wird, welche nach Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe a anwendbar werden, gilt folgendes:

a) Vertragsparteien, die nicht Vertragsparteien des GATT oder eines dazugehörigen Rechtsinstruments sind, richten ihre Notifikationen an das Sekretariat. Das Sekretariat übermittelt allen Vertragsparteien Kopien der Notifikationen. Die an das Sekretariat gerichteten Notifikationen erfolgen in einer der verbindlichen Sprachen dieses Vertrags. Die Begleitdokumente brauchen nur in der Sprache der Vertragspartei vorgelegt zu werden;

b) diese Erfordernisse gelten nicht für Vertragsparteien dieses Vertrags, die auch Vertragsparteien des GATT und der dazugehörigen Rechtsinstrumente sind, welche ihre eigenen Notifikationserfordernisse enthalten.

(4) Der Handel mit Kernmaterial kann durch Übereinkünfte geregelt werden, auf die in den Erklärungen zu diesem Absatz Bezug genommen wird, welche in der Schlußakte der Europäischen Energiechartakonferenz enthalten sind.

GATT, to the extent practicable in the context of the other provisions of this Treaty.

(3) With respect to notifications required by the provisions made applicable by Article 29(2)(a):

(a) Contracting Parties which are not parties to the GATT or a Related Instrument shall make their notifications to the Secretariat. The Secretariat shall circulate copies of the notifications to all Contracting Parties. Notifications to the Secretariat shall be in one of the authentic languages of this Treaty. The accompanying documents may be solely in the language of the Contracting Party;

(b) such requirements shall not apply to Contracting Parties to this Treaty which are also parties to the GATT and Related Instruments, which contain their own notification requirements.

(4) Trade in nuclear materials may be governed by agreements referred to in the Declarations related to this paragraph contained in the Final Act of the European Energy Charter Conference.

sont pas parties au GATT, pour autant que les autres dispositions du traité le permettent.

3. En ce qui concerne les notifications requises par les dispositions applicables en vertu de l'article 29 paragraphe 2 point a):

a) les parties contractantes qui ne sont pas parties au GATT ou à un instrument connexe adressent leur notification au Secrétariat. Le Secrétariat distribue des copies des notifications à toutes les parties contractantes. Les notifications faites au Secrétariat doivent être rédigées dans une des langues faisant foi du présent traité. Les documents d'accompagnement peuvent n'être rédigés que dans la langue de la partie contractante;

b) ces exigences ne s'appliquent pas aux parties contractantes au traité qui sont également parties au GATT et aux instruments connexes qui contiennent leurs propres exigences en matière de notification.

4. Les échanges de matières nucléaires peuvent être régis par les accords visés dans les déclarations relatives à ce paragraphe qui sont contenues dans l'Acte final de la Conférence sur la Charte européenne de l'énergie.

10. Anlage TFU

Bestimmungen über Handelsübereinkünfte zwischen Staaten der früheren Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
(nach Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe b)

(1) Jede in Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe b genannte Übereinkunft wird in schriftlicher Form dem Sekretariat notifiziert, und zwar von allen oder im Namen aller Vertragsparteien einer solchen Übereinkunft, die den vorliegenden Vertrag unterzeichnen oder ihm beitreten:

a) für eine Übereinkunft, die drei Monate nach dem Tag in Kraft ist, an dem die erste jener Vertragsparteien einer solchen Übereinkunft den vorliegenden Vertrag unterzeichnet oder ihre Beitrittsurkunde dazu hinterlegt hat, spätestens sechs Monate nach dem Zeitpunkt dieser Unterzeichnung oder Hinterlegung, und

b) für eine Übereinkunft, die nach dem unter Buchstabe a genannten Zeitpunkt in Kraft tritt, rechtzeitig vor ihrem Inkrafttreten für andere Staaten oder Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, die den Vertrag unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind (im folgenden als „interessierte Parteien“ bezeichnet), damit diese ausreichend Gelegenheit haben, die Übereinkunft zu prüfen und gegenüber den Vertragsparteien einer solchen Übereinkunft und der Chartakonferenz Stellungnahmen abzugeben, bevor sie in Kraft tritt.

10. Annex TFU

Provisions regarding trade agreements between states which were constituent parts of the former Union of Soviet Socialist Republics
(In accordance with Article 29(2)(b))

(1) Any agreement referred to in Article 29(2)(b) shall be notified in writing to the Secretariat by or on behalf of all of the parties to such agreement which sign or accede to this Treaty:

(a) in respect of an agreement in force as of a date three months after the date on which the first of such parties signs or deposits its instrument of accession to the Treaty, no later than six months after such date of signature or deposit; and

(b) in respect of an agreement which enters into force on a date subsequent to the date referred to in sub-paragraph (a), sufficiently in advance of its entry into force for other states or Regional Economic Integration Organizations which have signed or acceded to the Treaty (hereinafter referred to as the "Interested Parties") to have a reasonable opportunity to review the agreement and make representations concerning it to the parties thereto and to the Charter Conference prior to such entry into force.

10. Annexe TFU

Dispositions concernant les accords commerciaux entre les Etats qui ont fait partie de l'ancienne union des républiques socialistes soviétiques
(conformément à l'article 29 paragraphe 2) point b))

1. Tout accord visé à l'article 29 paragraphe 2 point b) est notifié par écrit au Secrétariat par toutes les parties à cet accord qui signent le traité ou y adhèrent, ou en leur nom:

a) dans le cas d'un accord en vigueur trois mois après la date à laquelle la première de ces parties signe ou dépose ses instruments d'adhésion au traité, au plus tard six mois après la date de la signature ou du dépôt; et

b) dans le cas d'un accord qui entre en vigueur à une date ultérieure à celle mentionnée au point a), en temps utile avant son entrée en vigueur pour permettre aux autres Etats ou aux organisations d'intégration économique régionale qui ont signé le traité ou y ont adhéré, ci-après dénommés «parties intéressées», d'avoir une possibilité raisonnable de réviser l'accord et de faire leurs observations à ce sujet aux parties concernées et à la Conférence de la Charte avant l'entrée en vigueur dudit accord.

(2) Die Notifikation umfaßt

a) Kopien des ursprünglichen Wortlauts der Übereinkunft in allen Sprachen, in denen sie unterzeichnet worden ist;

b) unter Bezugnahme auf die Positionen in Anlage EM eine Beschreibung der speziellen Primärenergieträger und Energieerzeugnisse, auf die sie Anwendung findet;

c) eine Erläuterung (getrennt für jede einschlägige Bestimmung des GATT und der dazugehörigen Rechtsinstrumente, die durch Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe a anwendbar werden) der Umstände, die es den Vertragsparteien einer solchen Übereinkunft unmöglich oder undurchführbar machen, der betreffenden Bestimmung in vollem Umfang zu entsprechen;

d) die speziellen Maßnahmen, die von jeder Vertragspartei einer solchen Übereinkunft zu beschließen sind, um den unter Buchstabe c genannten Umständen zu begegnen, und

e) eine Beschreibung der Programme der Vertragsparteien einer solchen Übereinkunft zur fortschreitenden Verringerung und schließlichen Beseitigung der nichtkonformen Bestimmungen der Übereinkunft.

(3) Die Vertragsparteien einer nach Absatz 1 notifizierten Übereinkunft geben den interessierten Parteien hinreichend Gelegenheit zu Konsultationen mit ihnen über die betreffende Übereinkunft, und sie ziehen deren Stellungnahmen in Betracht. Auf Ersuchen einer der interessierten Parteien wird die Übereinkunft von der Chartakonferenz geprüft; diese kann Empfehlungen dazu beschließen.

(4) Die Chartakonferenz überprüft in regelmäßigen Zeitabständen die Durchführung der nach Absatz 1 notifizierten Übereinkünfte und die Fortschritte, die im Hinblick auf die Beseitigung der darin enthaltenen Bestimmungen gemacht worden sind, welche mit den durch Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe a anwendbar gemachten Bestimmungen des GATT und der dazugehörigen Rechtsinstrumente nicht übereinstimmen. Auf Ersuchen einer der interessierten Parteien kann die Chartakonferenz Empfehlungen zu einer solchen Übereinkunft beschließen.

(5) Eine in Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe b beschriebene Übereinkunft kann im Fall außerordentlicher Dringlichkeit ohne die in Absatz 1 Buchstabe b und in den Absätzen 2 und 3 vorgesehene Notifikation und Konsultation in Kraft gesetzt werden, vorausgesetzt, die Notifikation wird nachgeholt und die Gelegenheit zur Konsultation wird umgehend gegeben. In einem solchen Fall notifizieren die Vertragsparteien einer solchen Übereinkunft jedoch nach Absatz 2 Buchstabe a deren Wortlaut unmittelbar nach ihrem Inkrafttreten.

(6) Vertragsparteien, die Vertragsparteien einer in Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe b beschriebenen Übereinkunft sind oder

(2) The notification shall include:

(a) copies of the original texts of the agreement in all languages in which it has been signed;

(b) a description, by reference to the items included in Annex EM, of the specific Energy Materials and Products to which it applies;

(c) an explanation, separately for each relevant provision of the GATT and Related Instruments made applicable by Article 29(2)(a), of the circumstances which make it impossible or impracticable for the parties to the agreement to conform fully with that provision;

(d) the specific measures to be adopted by each party to the agreement to address the circumstances referred to in subparagraph (c); and

(e) a description of the parties' programmes for achieving a progressive reduction and ultimate elimination of the agreement's non-conforming provisions.

(3) Parties to an agreement notified in accordance with paragraph (i) shall afford to the Interested Parties a reasonable opportunity to consult with them with respect to such agreement, and shall accord consideration to their representations. Upon the request of any of the Interested Parties, the agreement shall be considered by the Charter Conference, which may adopt recommendations with respect thereto.

(4) The Charter Conference shall periodically review the implementation of agreements notified pursuant to paragraph (1) and the progress having been made towards the elimination of provisions thereof that do not conform with provisions of the GATT and Related Instruments made applicable by Article 29(2)(a). Upon the request of any of the Interested Parties, the Charter Conference may adopt recommendations with respect to such an agreement.

(5) An agreement described in Article 29(2)(b) may in case of exceptional urgency be allowed to enter into force without the notification and consultation provided for in sub-paragraph (1)(b), paragraphs (2) and (3), provided that such notification takes place and the opportunity for such consultation is afforded promptly. In such a case the parties to the agreement shall nevertheless notify its text in accordance with sub-paragraph (2)(a) promptly upon its entry into force.

(6) Contracting Parties which are or become parties to an agreement described in Article 29(2)(b) undertake to limit the non-

2. La notification comprend:

a) des copies des textes originaux de l'accord dans toutes les langues dans lesquelles il a été signé;

b) une description, par référence aux positions figurant à l'annexe EM, des matières et produits énergétiques spécifiques auxquels l'accord s'applique;

c) une explication, séparée pour chacune des dispositions pertinentes du GATT et des instruments connexes applicables en vertu de l'article 29 paragraphe 2 point a), des circonstances à cause desquelles il est impossible ou impraticable pour les parties à l'accord de se conformer totalement à cette disposition;

d) les mesures spécifiques à adopter par chaque partie à l'accord en vue de faire face aux circonstances visées au point c); et

e) une description des programmes des parties en vue de parvenir à une réduction progressive et, en définitive, à une suppression des dispositions non conformes de l'accord.

3. Les parties à un accord notifié conformément au paragraphe 1 offrent aux parties intéressées une possibilité raisonnable de les consulter au sujet de cet accord et prennent leurs observations en considération. A la demande d'une des parties intéressées, l'accord est examiné par la Conférence de la Charte, qui peut adopter des recommandations à cet égard.

4. La Conférence de la Charte révise régulièrement l'application des accords notifiés conformément au paragraphe 1 ainsi que les progrès réalisés en vue de la suppression des dispositions de ces accords qui ne sont pas conformes aux dispositions du GATT et des instruments connexes applicables en vertu de l'article 29 paragraphe 2 point a). A la demande d'une des parties intéressées, la Conférence de la Charte peut adopter des recommandations au sujet d'un tel accord.

5. Un accord tel que visé à l'article 29 paragraphe 2 point b) peut, dans des cas d'urgence exceptionnelle, entrer en vigueur sans la notification et la consultation prévues au paragraphe 1 point b) et aux paragraphes 2 et 3, à condition que la notification ait lieu et que la possibilité de consultation soit offerte rapidement. Dans ce cas, les parties à l'accord communiquent néanmoins promptement le texte de l'accord, conformément au paragraphe 2 point a), après son entrée en vigueur.

6. Les parties contractantes qui sont ou deviennent parties à un accord tel que visé à l'article 29 paragraphe 2 point b) s'enga-

werden, verpflichten sich, deren Nichtübereinstimmung mit den durch Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe a anwendbar gemachten Bestimmungen des GATT und der dazugehörigen Rechtsinstrumente so weit zu begrenzen, wie notwendig ist, um den besonderen Umständen gerecht zu werden und die betreffende Übereinkunft so umzusetzen, daß von den Bestimmungen so wenig wie möglich abgewichen wird. Sie unternehmen alle Anstrengungen, im Licht der Stellungnahmen seitens der interessierten Parteien und der Empfehlungen der Chartakonferenz Abhilfe zu schaffen.

11. Anlage D

Einstweilige Bestimmungen über die Beilegung von Handelsstreitigkeiten

(nach Artikel 29 Absatz 7)

(1)

a) In ihren Beziehungen untereinander bemühen sich die Vertragsparteien nach Kräften, durch Zusammenarbeit und Konsultationen zu einer allseits zufriedenstellenden Lösung von Streitigkeiten über bestehende Maßnahmen zu gelangen, welche die Einhaltung der Bestimmungen über den Handel nach Artikel 5 oder 29 erheblich beeinträchtigen könnten.

b) Eine Vertragspartei kann jede andere Vertragspartei schriftlich um Konsultationen über jede bestehende Maßnahme der anderen Vertragspartei ersuchen, die ihrer Ansicht nach die Einhaltung der Bestimmungen über den Handel nach Artikel 5 oder 29 erheblich beeinträchtigen könnte. Eine Vertragspartei, die um Konsultationen ersucht, bezeichnet die beanstandete Maßnahme so ausführlich wie möglich und nennt die ihrer Ansicht nach maßgeblichen Bestimmungen des Artikels 5 oder 29 und des GATT und der dazugehörigen Rechtsinstrumente. Das Konsultationsersuchen aufgrund dieses Absatzes ist dem Sekretariat zu notifizieren, das die Vertragsparteien regelmäßig von den notifizierten Konsultationsersuchen unterrichtet.

c) Eine Vertragspartei behandelt vertrauliche oder gesetzlich geschützte Informationen, die als solche gekennzeichnet und in einem schriftlichen Ersuchen enthalten sind oder in Beantwortung eines schriftlichen Ersuchens eingehen oder die ihr im Verlauf von Konsultationen zur Kenntnis gelangen, in der gleichen Weise, wie sie von der Vertragspartei, welche die Informationen liefert, behandelt werden.

d) Bei der Suche nach der Lösung von Angelegenheiten, die sich nach Ansicht einer Vertragspartei auf die Einhaltung der auf den Handel anwendbaren Bestimmungen des Artikels 5 oder 29 zwischen ihr und einer anderen Vertragspartei auswirken, bemühen sich die an

conformities thereof with the provisions of the GATT and Related Instruments made applicable by Article 29(2)(a) to those necessary to address the particular circumstances and to implement such an agreement so as least to deviate from those provisions. They shall make every effort to take remedial action in light of representations from the Interested Parties and of any recommendations of the Charter Conference.

11. Annex D

Interim provisions for trade dispute settlement

(In accordance with Article 29(7))

(1)

(a) In their relations with one another, Contracting Parties shall make every effort through cooperation and consultations to arrive at a mutually satisfactory resolution of any dispute about existing measures that might materially affect compliance with the provisions applicable to trade under Article 5 or 29.

(b) A Contracting Party may make a written request to any other Contracting Party for consultations regarding any existing measure of the other Contracting Party that it considers might affect materially compliance with provisions applicable to trade under Article 5 or 29. A Contracting Party which requests consultations shall to the fullest extent possible indicate the measure complained of and specify the provisions of Article 5 or 29 and of the GATT and Related Instruments that it considers relevant. Requests to consult pursuant to this paragraph shall be notified to the Secretariat, which shall periodically inform the Contracting Parties of pending consultations that have been notified.

(c) A Contracting Party shall treat any confidential or proprietary information identified as such and contained in or received in response to a written request, or received in the course of consultations, in the same manner in which it is treated by the Contracting Party providing the information.

(d) In seeking to resolve matters considered by a Contracting Party to affect compliance with provisions applicable to trade under Article 5 or 29 as between itself and another Contracting Party, the Contracting Parties participating in consultations or other dipute settlement

gent à en limiter la non-conformité avec les dispositions du GATT et des instruments connexes applicables en vertu de l'article 29 paragraphe 2 point a) aux cas strictement nécessaires pour faire face aux circonstances particulières et à appliquer cet accord d'une manière qui s'écarte le moins possible desdites dispositions. Elles mettent tout en œuvre pour prendre des mesures de redressement à la lumière des observations des parties intéressées et des recommandations de la Conférence de la Charte.

11. Annexe D

Dispositions provisoires pour le règlement des différends commerciaux

(conformément à l'article 29 paragraphe 7)

1.

a) Dans leurs relations mutuelles, les parties contractantes mettent tout en œuvre par la voie de la coopération et de consultations pour parvenir à une solution mutuellement satisfaisante de tout différend relatif aux mesures existantes susceptibles d'affecter sensiblement le respect des dispositions applicables aux échanges en vertu des articles 5 ou 29.

b) Une partie contractante peut adresser une demande écrite à toute autre partie contractante en vue de consultations sur toute mesure existante de l'autre partie contractante dont elle considère qu'elle peut affecter sensiblement le respect des dispositions applicables aux échanges en vertu des articles 5 ou 29. Une partie contractante qui demande des consultations indique de façon aussi précise que possible la mesure qui fait l'objet d'une plainte et indique les dispositions de l'article 5 ou de l'article 29 ainsi que du GATT et des instruments connexes qu'elle estime pertinentes. Les demandes de consultations en application du présent paragraphe sont notifiées au Secrétariat, qui informe périodiquement les parties contractantes des consultations en cours qui ont été notifiées.

c) Toute partie contractante traite les renseignements confidentiels ou protégés identifiés comme tels et contenus ou reçus en réponse à une demande écrite ou obtenus au cours de consultations de la même manière qu'ils sont traités par la partie contractante qui les fournit.

d) Lorsqu'elles tentent de résoudre des questions dont une partie contractante estime qu'elles affectent le respect des dispositions applicables au commerce en vertu des articles 5 ou 29 entre elles et une autre partie contractante, les parties contractantes qui participent aux

Konsultationen oder an einer anderen Streitbeilegung beteiligten Vertragsparteien nach Kräften, eine Lösung zu vermeiden, die den Handel einer anderen Vertragspartei beeinträchtigt.

(2)

a) Haben die Vertragsparteien binnen 60 Tagen nach Eingang des Konsultationsersuchens nach Absatz 1 Buchstabe b ihren Streit nicht beigelegt oder vereinbart, ihn durch Schlichtungs-, Vermittlungs- oder Schiedsverfahren oder ein anderes Verfahren beizulegen, so kann jede Vertragspartei beim Sekretariat schriftlich um die Einsetzung eines Panels nach den Buchstaben b bis f ersuchen. In ihrem Ersuchen nennt die ersuchende Vertragspartei den Gegenstand des Streites und gibt an, welche Bestimmungen des Artikels 5 oder 29 sowie des GATT und der dazugehörigen Rechtsinstrumente als maßgeblich betrachtet werden. Das Sekretariat übermittelt allen Vertragsparteien umgehend eine Ausfertigung des Ersuchens.

b) Bei der Streitbeilegung ist den Interessen anderer Vertragsparteien Rechnung zu tragen. Jede andere Vertragspartei mit einem wesentlichen Interesse an einer Angelegenheit hat das Recht, vom Panel gehört zu werden und ihm schriftliche Stellungnahmen vorzulegen, sofern die an der Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien und das Sekretariat vor Einsetzung des Panels nach Buchstabe c schriftlich von diesen Interessen in Kenntnis gesetzt worden sind.

c) Ein Panel gilt 45 Tage nach Eingang des unter Buchstabe a genannten schriftlichen Ersuchens einer Vertragspartei beim Sekretariat als eingesetzt.

d) Ein Panel besteht aus drei Mitgliedern, die vom Generalsekretär aus der Liste nach Absatz 7 ausgewählt werden. Sofern die an der Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien nichts anderes vereinbaren, dürfen die Panelmitglieder weder Bürger von Vertragsparteien, die Streitparteien sind oder ihr Interesse nach Buchstabe b notifiziert haben, noch Bürger von Mitgliedstaaten einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration sein, die an der Streitigkeit beteiligt ist oder ihr Interesse nach Buchstabe b notifiziert hat.

e) Die an der Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien äußern sich innerhalb von zehn Arbeitstagen zu der Benennung der Panelmitglieder und lehnen Benennungen nur aus zwingenden Gründen ab.

f) Die Panelmitglieder sind in persönlicher Eigenschaft tätig; sie dürfen Weisungen einer Regierung oder einer anderen Stelle weder erbitten noch entgegennehmen. Jede Vertragspartei verpflichtet sich, diese Grundsätze zu beachten

shall make every effort to avoid a resolution that adversely affects the trade of any other Contracting Party.

(2)

(a) If, within 60 days from the reciept of the request for consultation referred to in sub-paragrpah (1)(b), the Contracting Parties have not resolved their dispute or agreed to resolve it by conciliation, mediation, arbitration or other method, either Contracting Party may deliver to the Secretariat a written request for the establishment of a panel in accordance with sub-paragraphs (b) to (f). In its request the requesting Contracting Party shall state the substance of the dispute and indicate which provisions of Article 5 or 29 and of the GATT and Related Instruments are considered relevant. The Secretariat shall promptly deliver copies of the request to all Contracting Parties.

(b) The interests of other Contracting Parties shall be taken into account during the resolution of a dispute. Any other Contracting Party having a substantial interest in a matter shall have the right to be heard by the panel and to make written submissions to it, provided that both the disputing Contracting Parties and the Secretariat have received written notice of its interest no later than the date of establishment of the panel, as determined in accordance with sub-paragraph (c).

(c) A panel shall be deemed to be established 45 days after the receipt of the written request of a Contracting Party by the Secretariat pursuant to sub-paragraph (a).

(d) A panel shall be composed of three members who shall be chosen by the Secretary-General from the roster described in paragraph (7). Except where the disputing Contracting Parties agree otherwise, the members of a panel shall not be citizens of Contracting Parties which either are party to the dispute or have notified their interest in accordance with sub-paragraph (b) or citizens of states members of a Regional Economic Integration Organization which either is party to the dispute or has notified its interest in accordance with sub-paragraph (b).

(e) The disputing Contracting Parties shall respond within ten working days to the nominations of panel members and shall not oppose nominations except for compelling reasons.

(f) Panel members shall serve in their individual capacities and shall neither seek nor take instruction from any government or other body. Each Contracting Party undertakes to respect these principles and not to seek to influence panel

consultations ou à un autre mode de règlement du différend mettent tout en œuvre pour éviter une solution qui ait un impact négatif sur le commerce de toute autre partie contractante.

2.

a) Si, dans les 60 jours après réception de la demande de consultations visée au paragraphe 1 point b), les parties contractantes n'ont pas réglé leur différend ni convenu de le régler par voie de conciliation, de médiation ou d'arbitrage ou par une autre méthode, l'une ou l'autre des parties contractantes peut adresser au Secrétariat une demande écrite en vue de la constitution du jury prévu aux points b) à f). Dans sa demande, la partie contractante requérante précise l'objet du différend et indique les dispositions des articles 5 ou 29 ainsi que des articles du GATT et des instruments connexes qu'elle juge pertinentes. Le Secrétariat fournit promptement des copies de la demande à toutes les parties contractantes.

b) Les intérêts des autres parties contractantes sont pris en considération pendant le règlement d'un différend. Toute autre partie contractante qui a un intérêt substantiel dans une affaire a le droit d'être entendue par le jury et de présenter des observations écrites au jury, à condition que les parties contractantes en litige et le Secrétariat aient reçu notification écrite de cet intérêt au plus tard à la date de constitution du jury, faite conformément au point c).

c) Le jury est supposé constitué 45 jours après la date de réception de la demande écrite d'une partie contractante par le Secrétariat conformément au point a).

d) Le jury se compose de trois membres qui sont choisis par le Secrétaire général sur la liste visée au paragraphe 7. Sauf convention contraire entre les deux parties contractantes en litige, les membres d'un jury ne peuvent être des citoyens des parties contractantes qui sont parties au différend ou ont notifié leur intérêt conformément au point b), ni des citoyens d'Etats membres d'une organisation d'intégration économique régionale qui est partie au différend ou a notifié son intérêt conformément au point b).

e) Les parties contractantes en litige réagissent dans les dix jours ouvrables aux nominations des membres du jury et ne s'opposent pas aux nominations, sauf pour des raisons impératives.

f) Les membres du jury officient en leur qualité de particuliers et ne reçoivent d'instructions d'aucun gouvernement ni d'aucun autre organe. Chaque partie contractante s'engage à respecter ces principes et à ne pas chercher à influen-

und die Panelmitglieder bei der Erledigung ihrer Aufgaben nicht zu beeinflussen. Bei der Auswahl der Panelmitglieder ist darauf zu achten, daß deren Unabhängigkeit gewährleistet ist und daß im Panel ein ausreichend vielseitiger Hintergrund und ein breites Erfahrungsspektrum zum Ausdruck kommen.

g) Das Sekretariat unterrichtet alle Vertragsparteien umgehend von der Bildung eines Panels.

(3)

a) Die Chartakonferenz beschließt die Geschäftsordnung für das Panelverfahren im Einklang mit dieser Anlage. Die Geschäftsordnung lehnt sich so eng wie möglich an diejenige des GATT und der dazugehörigen Rechtsinstrumente an. Ein Panel hat auch das Recht, zusätzliche Geschäftsordnungsbestimmungen zu beschließen, soweit diese mit der von der Chartakonferenz beschlossenen Geschäftsordnung und mit dieser Anlage in Einklang stehen. In einem Verfahren vor einem Panel haben die an der Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien und jede andere Vertragspartei, die ihr Interesse nach Absatz 2 Buchstabe b notifiziert hat, das Recht auf wenigstens eine Anhörung vor dem Panel und auf Vorlage einer schriftlichen Stellungnahme. An der Streitigkeit beteiligte Vertragsparteien haben auch das Recht, eine schriftliche Gegendarstellung vorzubringen. Ein Panel kann einem Ersuchen einer anderen Vertragspartei, die ihr Interesse nach Absatz 2 Buchstabe b notifiziert hat, auf Zugang zu den schriftlichen Stellungnahmen, die dem Panel vorgelegt worden sind, mit Zustimmung der Vertragspartei, die sie vorgelegt hat, stattgeben.

Die Verfahren vor einem Panel sind vertraulich. Ein Panel nimmt eine objektive Bewertung der vorliegenden Angelegenheiten vor, einschließlich des Sachverhalts der Streitigkeit und der Vereinbarkeit von Maßnahmen mit den nach Artikel 5 oder 29 auf den Handel anwendbaren Bestimmungen. Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben konsultiert ein Panel die an der Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien und gibt ihnen ausreichende Gelegenheit, eine allseits zufriedenstellende Lösung herbeizuführen. Sofern von den an der Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien nicht etwas anderes vereinbart wurde, stützt sich ein Panel in seiner Entscheidung auf die Argumente und Stellungnahmen der an der Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien. Panels lassen sich von den Auslegungen des GATT und der dazugehörigen Rechtsinstrumente im Rahmen des GATT leiten und stellen die Vereinbarkeit von Praktiken mit Artikel 5 oder 29 nicht in Frage, die von einer Vertragspartei, die Vertragspartei des GATT ist, gegenüber anderen Vertragsparteien des GATT angewendet werden und die von diesen anderen Vertragsparteien des GATT nicht einer

members in the performance of their tasks. Panel members shall be selected with a view to ensuring their independence, and that a sufficient diversity of backgrounds and breadth of experience are reflected in a panel.

(g) The Secretariat shall promptly notify all Contracting Parties that a panel has been constituted.

(3)

(a) The Charter Conference shall adopt rules of procedure for panel proceedings consistent with this Annex. Rules of procedure shall be as close as possible to those of the GATT and Related Instruments. A panel shall also have the right to adopt additional rules of procedure not inconsistent with the rules of procedure adopted by the Charter Conference or with this Annex. In a proceeding before a panel each disputing Contracting Party and any other Contracting Party which has notified its interest in accordance with sub-paragraph (2)(b), shall have the right to at least one hearing before the panel and to provide a written submission. Disputing Contracting Parties shall also have the right to provide a written rebuttal. A panel may grant a request by any other Contracting Party which has notified its interest in accordance with sub-paragraph (2)(b) for access to any written submission made to the panel, with the consent of the Contracting Party which has made it.

The proceedings of a panel shall be confidential. A panel shall make an objective assessment of the matters before it, including the facts of the dispute and the compliance of measures with the provisions applicable to trade under Article 5 or 29. In exercising its functions, a panel shall consult with the disputing Contracting Parties and give them adequate opportunity to arrive at a mutually satisfactory solution. Unless otherwise agreed by the disputing Contracting Parties, a panel shall base its decision on the arguments and submissions of the disputing Contracting Parties. Panels shall be guided by the interpretations given to the GATT and Related Instruments within the framework of the GATT, and shall not question the compatibility with Article 5 or 29 of practices applied by any Contracting party which is a party to the GATT to other parties to the GATT to which it applies the GATT and which have not been taken by those other parties to dispute resolution under the GATT.

cer les membres du jury dans l'exécution de leur tache. Lors du choix des membres du jury, il est tenu compte de la nécessité de garantir l'indépendance des membres et de faire en sorte que le jury reflète des horizons suffisamment différents et dispose d'un large éventail d'expériences.

g) Le Secrétariat notifie rapidement à toutes les parties contractantes la constitution du jury.

3.

a) La Conférence de la Charte adopte pour les débats du jury un règlement de procédure conforme à la présente annexe. Ce règlement de procédure doit être aussi proche que possible de celui du GATT et des instruments connexes. Le jury a en outre le droit d'adopter des règles supplémentaires de procédure qui ne soient pas incompatibles avec le règlement de procédure adopté par la Conférence de la Charte ou les règles contenues dans la présente annexe. Lorsqu'une procédure est engagée devant un jury, chaque partie contractante en litige et toute autre partie contractante qui a notifié son intérêt conformément au paragraphe 2 point b) a droit à être entendue au moins par le jury et à présenter des observations écrites. Les parties contractantes en litige ont également le droit de fournir par écrit une argumentation de réfutation. Le jury peut accueillir favorablement une demande faite par une autre partie contractante qui a notifié son intérêt conformément au paragraphe 2 point b) en vue d'avoir accès à toute observation écrite présentée au jury, avec le consentement de la partie contractante qui l'a formulée.

Les débats du jury sont confidentiels. Le jury procède à une appréciation objective des questions qui lui sont soumises, y compris les éléments de fait du différend et la conformité des mesures avec les dispositions applicables au commerce en vertu des articles 5 ou 29. Dans l'exercice de ses fonctions, le jury consulte les parties contractantes en litige et leur donne une possibilité adéquate de parvenir à une solution mutuellement satisfaisante. Sauf accord contraire des parties contractantes, le jury fonde sa décision sur les arguments et les observations des parties contractantes en litige. Il s'inspire des interprétations données au GATT et aux instruments connexes au sein du GATT et ne met pas en doute la compatibilité avec l'article 5 ou l'article 29 de pratiques qui sont suivies par une partie contractante partie au GATT à l'égard d'autres parties au GATT auxquelles elle applique le GATT et qui ne sont pas suivies par les autres parties à la procédure dans le cadre du GATT.

Streitbeilegung im Rahmen des GATT unterworfen wurden.

Sofern von den an der Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien nicht etwas anderes vereinbart wird, sollen alle Verfahren, an denen ein Panel beteiligt ist, einschließlich der Vorlage des Schlußberichts innerhalb von 180 Tagen nach der Einsetzung des Panels abgeschlossen werden; können jedoch nicht sämtliche Verfahren innerhalb dieses Zeitraums abgeschlossen werden, so wirkt sich dies nicht auf die Gültigkeit des Schlußberichts aus.

b) Ein Panel stellt seine Zuständigkeit fest; seine Feststellung ist endgültig und bindend. Ein Einwand einer an der Streitigkeit beteiligten Vertragspartei, die Streitigkeit falle nicht unter die Zuständigkeit des Panels, wird vom Panel geprüft, das darüber befindet, ob es den Einwand als Vorfrage behandelt oder ob der Einwand Teil der Streitigkeit ist.

c) Gehen zwei oder mehr Ersuchen um Einsetzung eines Panels für Streitigkeiten ein, die inhaltlich ähnlich sind, so kann der Generalsekretär mit Zustimmung aller an der Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien ein einziges Panel benennen.

(4)

a) Nach Prüfung der Gegenargumente unterbreitet das Panel den an der Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien die beschreibenden Teile seines schriftlichen Berichtsentwurfs einschließlich des Sachverhalts und einer Zusammenfassung der Argumente der an der Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien. Den an der Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien wird Gelegenheit gegeben, sich zu den beschreibenden Teilen des Berichts innerhalb einer vom Panel festgesetzten Frist schriftlich zu äußern.

Nach Ablauf der Frist für den Eingang der Äußerungen der Vertragsparteien händigt das Panel den an der Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien einen schriftlichen Zwischenbericht aus, in dem sowohl die beschreibenden Teile als auch die vorgeschlagenen Feststellungen und Schlußfolgerungen des Panels enthalten sind. Innerhalb eines vom Panel festgelegten Zeitraums kann eine an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei das Panel schriftlich ersuchen, einzelne Punkte des Zwischenberichts zu überprüfen, bevor es einen Schlußbericht vorlegt. Vor der Vorlage eines Schlußberichts kann das Panel nach eigenem Ermessen mit den an der Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien zusammenkommen, um die Fragen zu besprechen, die in dem Ersuchen aufgeworfen wurden.

Der Schlußbericht umfaßt die beschreibenden Teile (einschließlich einer Feststellung des Sachverhalts und einer Zusammenfassung der Argumente der an der Streitigkeit beteiligten Vertragspar-

Unless otherwise agreed by the disputing Contracting Parties, all procedures involving a panel, including the issuance of its final report, should be completed within 180 days of the date of establishment of the panel; however, a failure to complete all procedures within this period shall not affect the validity of a final report.

(b) A panel shall determine its jurisdiction; such determination shall be final and binding. Any objection by a disputing Contracting Party that a dispute is not within the jurisdiction of the panel shall be considered by the panel, which shall decide whether to deal with the objection as a preliminary question or to join it to the merits of the dispute.

(c) In the event of two or more requests for establishment of a panel in relation to disputes that are substantively similar, the Secretary-General may with the consent of all the disputing Contracting Parties appoint a single panel.

(4)

(a) After having considered rebuttal arguments, a panel shall submit to the disputing Contracting Parties the descriptive sections of its draft written report, including a statement of the facts and a summary of the arguments made by the disputing Contracting Parties. The disputing Contracting Parties shall be afforded an opportunity to submit written comments on the descriptive sections within a period set by the panel.

Following the date set for receipt of comments from the Contracting Parties, the panel shall issue to the disputing Contracting Parties an interim written report, including both the descriptive sections and the panel's proposed findings and conclusions. Within a period set by the panel a disputing Contracting Party may submit to the panel a written request that the panel review specific aspects of the interim report before issuing a final report. Before issuing a final report the panel may, in its discretion, meet with the disputing Contracting Parties to consider the issues raised in such a request.

The final report shall include descriptive sections (including a statement of the facts and a summary of the arguments made by the disputing Contracting Parties), the panel's findings and conclu-

Sauf accord contraire des parties contractantes en litige, toutes les procédures qui impliquent un jury, y compris la publication de son rapport final, doivent se terminer au plus tard 180 jours après la date de constitution du jury; toutefois, le non-achèvement de l'ensemble des procédures dans ce délai n'affecte pas la validité du rapport final.

b) Le jury détermine sa compétence; cette décision est finale et obligatoire. Toute objection formulée par une partie contractante en litige et niant la compétence du jury est examinée par le jury, qui décide s'il y a lieu de traiter l'objection comme une question préjudicielle ou de la joindre au fond de l'affaire.

c) Lorsque deux ou plusieurs demandes de constitution d'un jury sont présentées pour des différends qui sont substantiellement similaires, le Secrétaire général peut, avec le consentement de toutes les parties contractantes en litige, nommer un jury unique.

4.

a) Après avoir examiné les arguments de réfutation, le jury soumet aux parties contractantes en litige la partie descriptive de son projet de rapport écrit, y compris une énonciation des faits et un résumé des arguments avancés par les parties contractantes en litige. Celles-ci se voient accorder la possibilité de soumettre des observations écrites à propos de la partie descriptive dans le délai fixé par le jury.

Après la date fixée pour la réception des observations des parties contractantes, le jury délivre aux parties contractantes en litige un rapport écrit intermédiaire, comprenant aussi bien la partie descriptive que les constatations et les conclusions proposées par le jury. Dans un délai déterminé par le jury, une partie contractante en litige peut soumettre au jury une requête écrite demandant qu'il réexamine des aspects spécifiques du rapport intermédiaire avant la publication du rapport final. Avant de publier un rapport final, le jury peut, à sa discrétion, se réunir avec les parties contractantes en litige afin d'examiner les questions soulevées dans cette requête.

Le rapport final comporte la partie descriptive de l'affaire (comprenant une énonciation des faits et un résumé des arguments avancés par les parties contractantes en litige), les constata-

teien), die Feststellungen und Schlußfolgerungen des Panels und eine Erörterung der Argumente, die zu bestimmten Fragen des Zwischenberichts zum Zeitpunkt von dessen Überprüfung vorgebracht wurden. Der Schlußbericht behandelt jede wesentliche Frage, die dem Panel vorgelegt wurde und zur Streitbeilegung notwendig ist, und führt die Gründe für die Schlußfolgerungen des Panels an.

Das Panel leitet seinen Schlußbericht umgehend an das Sekretariat und die an der Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien weiter. Zum frühestmöglichen Zeitpunkt verteilt das Sekretariat den Schlußbericht zusammen mit etwaigen schriftlichen Anmerkungen, die eine an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei ihm beizufügen wünscht, an alle Vertragsparteien.

b) Gelangt ein Panel zu dem Schluß, daß eine Maßnahme, die eine Vertragspartei einführt oder beibehält, einer Bestimmung des Artikels 5 oder 29 oder einer Bestimmung des GATT oder eines dazugehörigen Rechtsinstruments, die im Rahmen des Artikels 29 anwendbar ist, nicht entspricht, so kann das Panel in seinem Schlußbericht empfehlen, daß die Vertragspartei die Maßnahme oder Verhaltensweise ändert oder aufgibt und so der betreffenden Bestimmung entspricht.

c) Panelberichte werden von der Chartakonferenz angenommen. Um der Chartakonferenz genügend Zeit zur Prüfung der Panelberichte zu geben, wird ein Bericht frühestens 30 Tage, nachdem das Sekretariat ihn allen Vertragsparteien übermittelt hat, durch die Chartakonferenz angenommen. Vertragsparteien, die Einwände gegen einen Bericht eines Panels haben, übermitteln ihre schriftliche Begründung mindestens 10 Tage vor dem Zeitpunkt, zu dem der Bericht zur Annahme durch die Chartakonferenz vorgesehen ist, an das Sekretariat, das sie umgehend an alle Vertragsparteien weiterleitet. Die an der Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien sowie Vertragsparteien, die ihr Interesse nach Absatz 2 Buchstabe b notifiziert haben, haben das Recht, in vollem Umfang an der Prüfung des Berichts des Panels über die Streitigkeit durch die Chartakonferenz teilzunehmen und ihre Auffassungen in vollem Umfang zu Protokoll zu geben.

d) Für eine rechtswirksame Streitbeilegung im Interesse aller Vertragsparteien ist es wichtig, daß den Entscheidungen und Empfehlungen eines von der Chartakonferenz angenommenen Schlußberichts umgehend entsprochen wird. Eine Vertragspartei, an die sich eine Entscheidung oder Empfehlung eines von der Chartakonferenz angenommenen Schlußberichts richtet, teilt der Chartakonferenz mit, wie sie dieser Entscheidung oder Empfehlung zu entsprechen gedenkt. Ist es der betreffenden Ver-

sions, and a discussion of arguments made on specific aspects of the interim report at the stage of its review. The final report shall deal with every substantial issue raised before the panel and necessary to the resolution of the dispute and shall state the reasons for the panel's conclusions.

A panel shall issue its final report by providing it promptly to the Secretariat and to the disputing Contracting Parties. The Secretariat shall at the earliest practicable opportunity distribute the final report, together with any written views that a disputing Contracting Party desires to have appended, to all Contracting Parties.

(b) Where a panel concludes that a measure introduced or maintained by a Contracting Party does not comply with a provision of Article 5 or 29 or with a provision of the GATT or a Related Instrument that applies under Article 29, the panel may recommend in its final report that the Contracting Party alter or abandon the measure or conduct so as to be in compliance with that provision.

(c) Panel reports shall be adopted by the Charter Conference. In order to provide sufficient time for the Charter Conference to consider panel reports, a report shall not be adopted by the Charter Conference until at least 30 days after it has been provided to all Contracting Parties by the Secretariat. Contracting Parties having objections to a panel report shall give written reasons for their objections to the Secretariat at least 10 days prior to the date on which the report is to be considered for adoption by the Charter Conference, and the Secretariat shall promptly provide them to all Contracting Parties. The disputing Contracting Parties and Contracting Parties which notified their interest in accordance with sub-paragraph (2)(b) shall have the right to participate fully in the consideration of the panel report on that dispute by the Charter Conference, and their views shall be fully recorded.

(d) In order to ensure effective resolution of disputes to the benefit of all Contracting Parties, prompt compliance with rulings and recommendations of a final panel report that has been adopted by the Charter Conference is essential. A Contracting Party which is subject to a ruling or recommendation of a final panel report that has been adopted by the Charter Conference shall inform the Charter Conference of its intentions regarding compliance with such ruling or recommendation. In the event that immediate

tions et les conclusions du jury, ainsi qu'une discussion des arguments formulés sur les aspects spécifiques du rapport intermédiaire au moment de sa révision. Le rapport final traite toutes les questions substantielles soulevées devant le jury et nécessaires au règlement du différend et il motive les conclusions du jury.

Le jury publie son rapport final en le mettant rapidement à la disposition du Secrétariat et des parties contractantes en litige. Le Secrétariat distribue à toutes les parties contractantes en litige, dès que possible, le rapport final, en même temps que toute opinion écrite qu'une partie contractante souhaite y voir annexer.

b) Lorsqu'il conclut qu'une mesure introduite ou maintenue par une partie contractante n'est pas conforme à une disposition des articles 5 ou 29 ou à une disposition du GATT ou d'un instrument connexe qui est applicable en vertu de l'article 29, le jury peut, dans son rapport final, recommander à cette partie contractante de modifier ou d'abandonner la mesure ou son comportement de manière à se conformer à cette disposition.

c) Les rapports du jury sont adoptés par la Conférence de la Charte. Afin de donner suffisamment de temps à la Conférence de la Charte pour examiner les rapports du jury, un rapport n'est adopté par celle-ci que 30 jours après que le Secrétariat a fourni le rapport à toutes les parties contractantes. Les parties contractantes qui ont des objections à l'encontre du rapport d'un jury indiquent par écrit au Secrétariat les raisons de leurs objections au moins 10 jours avant la date à laquelle le rapport doit être examiné en vue de son adoption par la Conférence de la Charte, et le Secrétariat les communique rapidement à toutes les parties contractantes. Les parties contractantes en litige et les parties contractantes qui ont notifié leur intérêt conformément au paragraphe 2 point b) ont le droit de participer pleinement à l'examen par la Conférence de la Charte du rapport du jury relatif au différend en question, et leurs opinions sont enregistrées intégralement.

d) Afin d'assurer un règlement effectif des différends dans l'intérêt de toutes les parties contractantes, il est essentiel que les décisions et les recommandations d'un rapport final de jury qui a été adopté par la Conférence de la Charte soient respectées rapidement. Une partie contractante qui fait l'objet d'une décision ou d'une recommandation d'un rapport final de jury qui a été adopté par la Conférence de la Charte informe celle-ci de son intention de se conformer à cette décision ou à cette recommanda-

tragspartei praktisch unmöglich, dem sofort nachzukommen, so erklärt sie der Chartakonferenz, weshalb sie dem nicht entsprechen kann, und erhält im Licht dieser Erklärung eine angemessene Frist, um dem zu entsprechen. Das Ziel der Streitbeilegung ist die Änderung oder Beseitigung unvereinbarer Maßnahmen.

(5)

a) Versäumt es eine Vertragspartei, der Entscheidung oder Empfehlung eines von der Chartakonferenz angenommenen Schlußberichts des Panels innerhalb einer angemessenen Frist zu entsprechen, so kann eine durch dieses Versäumnis geschädigte und an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei die säumige Vertragspartei schriftlich ersuchen, Verhandlungen aufzunehmen, um eine allseits zufriedenstellende Entschädigung zu vereinbaren. Auf ein solches Ersuchen hin nimmt die säumige Vertragspartei umgehend solche Verhandlungen auf.

b) Lehnt die säumige Vertragspartei Verhandlungen ab oder haben sich die Vertragsparteien binnen 30 Tagen nach Eingang des Verhandlungsersuchens noch nicht geeinigt, so kann die geschädigte Vertragspartei die Chartakonferenz schriftlich um Ermächtigung ersuchen, die Erfüllung von Verpflichtungen gegenüber der säumigen Vertragspartei nach Artikel 5 oder 29 auszusetzen.

c) Die Chartakonferenz kann die geschädigte Vertragspartei ermächtigen, gegenüber der säumigen Vertragspartei die Erfüllung derjenigen Verpflichtungen aus den Bestimmungen des Artikels 5 oder 29 oder aus den aufgrund des Artikels 29 anwendbaren Bestimmungen des GATT oder der dazugehörigen Rechtsinstrumtente auszusetzen, welche die geschädigte Vertragspartei unter den gegebenen Umständen für gleichwertig erachtet.

d) Die Aussetzung der Erfüllung von Verpflichtungen ist zu befristen und nur so lange anzuwenden, bis die mit Artikel 5 oder 29 unvereinbare Maßnahme aufgehoben wird oder bis eine allseits zufriedenstellende Lösung gefunden worden ist.

(6)

a) Bevor sie die Erfüllung solcher Verpflichtungen aussetzt, unterrichtet die geschädigte Vertragspartei die säumige Vertragspartei von Art und Umfang der beabsichtigten Aussetzung. Erhebt die säumige Vertragspartei beim Generalsekretär schriftlich Einwand gegen den Umfang der von der geschädigten Vertragspartei beabsichtigten Aussetzung der Erfüllung der Verpflichtungen, so wird das nachstehend vorgesehene Schiedsverfahren eingeleitet. Die beabsichtigte Aussetzung der Erfüllung von

compliance is impracticable, the Contracting Party concerned shall explain its reasons for non-compliance to the Charter Conference and, in light of this explanation, shall have a reasonable period of time to effect compliance. The aim of dispute resolution is the modification or removal of inconsistent measures.

(5)

(a) Where a Contracting Party has failed within a reasonable period of time to comply with a ruling or recommendation of a final panel report that has been adopted by the Charter Conference, a Contracting Party to the dispute injured by such non-compliance may deliver to the non-complying Contracting Party a written request that the non-complying Contracting Party enter into negotiations with a view to agreeing upon mutually acceptable compensation. If so requested the non-complying Contracting Party shall promptly enter into such negotiations.

(b) If the non-complying Contracting Party refuses to negotiate, or if the Contracting Parties have not reached agreement within 30 days after delivery of the request for negotiations, the injured Contracting Party may make a written request for authorization of the Charter Conference to suspend obligations owed by it to the non-complying Contracting Party under Article 5 or 29.

(c) The Charter Conference may authorize the injured Contracting Party to suspend such of its obligations to the non-complying Contracting Party, under provisions of Article 5 or 29 or under provisions of the GATT or Related Instruments that apply under Article 29, as the injured Contracting Party considers equivalent in the circumstances.

(d) The suspension of obligations shall be temporary and shall be applied only until such time as the measure found to be inconsistent with Article 5 or 29 has been removed, or until a mutually satisfactory solution is reached.

(6)

(a) Before suspending such obligations the injured Contracting Party shall inform the non-complying Contracting Party of the nature and level of its proposed suspension. If the non-complying Contracting Party delivers to the Secretary-General a written objection to the level of suspension of obligations proposed by the injured Contracting Party, the objection shall be referred to arbitration as provided below. The proposed suspension of obligations shall be stayed until the arbitration has been completed and

tion. S'il lui est impossible de s'y conformer immédiatement, elle en explique les raisons à la Conférence de la Charte et, à la lumière de cette explication, elle dispose d'un délai raisonnable pour s'y conformer. Le but du règlement d'un différend est la modification ou l'élimination de mesures incompatibles.

5.

a) Lorsqu'une partie contractante ne s'est pas conformée dans un délai raisonnable à une décision ou à une recommandation d'un rapport final de jury qui a été adopté par la Conférence de la Charte, une partie contractante partie au différend qui est lésée par ce manquement peut adresser à la partie contractante défaillante une demande écrite tendant à ce que celle-ci entame des négociations en vue de convenir d'une compensation mutuellement acceptable. Si elle est ainsi saisie, la partie contractante défaillante engage rapidement ces négociations.

b) Si la partie contractante défaillante refuse de négocier, ou si les parties contractantes ne sont pas parvenues à un accord dans les 30 jours suivant l'envoi d'une demande de négociations, la partie contractante lésée peut introduire une requête écrite demandant à la Conférence de la Charte l'autorisation de suspendre les obligations qu'elle doit remplir à l'égard de la partie contractante défaillante au titre des articles 5 ou 29.

c) La Conférence de la Charte peut autoriser la partie contractante lésée à suspendre celles de ses obligations à l'égard de la partie contractante défaillante, conformément aux dispositions des articles 5 ou 29 ou conformément aux dispositions du GATT ou des instruments connexes qui s'appliquent en vertu de l'article 29, que la partie contractante lésée estime équivalentes eu égard aux circonstances.

d) La suspension d'obligations est temporaire et n'est applicable que jusqu'au moment où la mesure jugée incompatible avec l'article 5 ou l'article 29 a été supprimée ou jusqu'au moment où une solution mutuellement satisfaisante a été trouvée.

6.

a) Avant de suspendre de telles obligations, la partie contractante lésée informe la partie contractante défaillante de la nature et du degré de la suspension qu'elle propose. Si la partie contractante défaillante adresse au Secrétaire général une objection écrite concernant le niveau de suspension des obligations proposé par la partie contractante lésée, l'objection est soumise à l'arbitrage tel que prévu ci-dessous. Il est sursis à la suspension proposée des obligations jusqu'au moment où l'arbitrage est ter-

Verpflichtungen wird zurückgestellt, bis das Schiedsverfahren abgeschlossen und die Entscheidung des Schiedspanels nach Buchstabe e endgültig und bindend geworden ist.

b) Der Generalsekretär setzt nach Absatz 2 Buchstaben d bis f ein Schiedspanel ein, das, wenn praktisch möglich, dasselbe Panel ist, das die in Absatz 4 Buchstabe d genannte Entscheidung oder Empfehlung abgegeben hat, und prüft, in welchem Umfang die geschädigte Vertragspartei die Aussetzung der Erfüllung von Verpflichtungen beabsichtigt. Sofern die Chartakonferenz nicht etwas anderes beschließt, wird die Verfahrensordnung für das Panel-Verfahren nach Absatz 3 Buchstabe a beschlossen.

c) Das Schiedspanel stellt fest, ob und gegebenenfalls inwieweit der Umfang der von der geschädigten Vertragspartei beabsichtigten Aussetzung der Erfüllung von Verpflichtungen in einem unangemessenen Verhältnis zu dem erlittenen Schaden steht. Das Panel überprüft die Art der ausgesetzten Verpflichtungen nicht, es sei denn, daß diese mit der Feststellung des Umfangs der ausgesetzten Verpflichtungen untrennbar verbunden ist.

d) Das Schiedspanel übermittelt der geschädigten und der säumigen Vertragspartei und dem Sekretariat seine schriftliche Feststellung binnen 60 Tagen nach seiner Einsetzung beziehungsweise innerhalb der von der geschädigten und der säumigen Vertragspartei vereinbarten sonstigen Frist. Das Sekretariat legt die Feststellung der Chartakonferenz bei der frühestmöglichen Gelegenheit, spätestens aber auf der nächsten dem Eingang der Feststellung folgenden Sitzung der Chartakonferenz vor.

e) Die Feststellung des Schiedspanels wird 30 Tage, nachdem sie der Chartakonferenz vorgelegt worden ist, endgültig und bindend, und jeder darin zugestandene Umfang einer Aussetzung von Vergünstigungen kann daraufhin von der geschädigten Vertragspartei in einer Weise in Kraft gesetzt werden, wie es die Vertragspartei unter den gegebenen Umständen für gleichwertig erachtet, es sei denn, daß die Chartakonferenz vor Ablauf der Frist von 30 Tagen etwas anderes beschließt.

f) Mit der Aussetzung der Erfüllung von Verpflichtungen gegenüber einer säumigen Vertragspartei bemüht sich die geschädigte Vertragspartei nach Kräften, den Handel anderer Vertragsparteien nicht zu beeinträchtigen.

(7) Jede Vertragspartei kann zwei Personen bestimmen, die im Fall von Vertragsparteien, welche auch Vertragspartei des GATT sind, üblicherweise als Panelmitglieder für die Streitbeilegung im Rahmen des GATT benannt werden, sofern sie gewillt und fähig sind, als Panelmitglieder im Sinne dieser Anlage tätig zu sein. Der Generalse-

the determination of the arbitral panel has become final and binding in accordance with sub-paragraph (e).

(b) The Secretary-General shall establish an arbitral panel in accordance with sub-paragraphs (2)(d) to (f), which if practicable shall be the same panel which made the ruling or recommendation referred to in sub-paragraph (4)(d), to examine the level of obligations that the injured Contracting Party proposes to suspend. Unless the Charter Conference decides otherwise the rules of procedure for panel proceedings shall be adopted in accordance with sub-paragraph (3)(a).

(c) The arbitral panel shall determine whether the level of obligations proposed to be suspended by the injured Contracting Party is excessive in relation to the injury it experienced, and if so, to what extent. It shall not review the nature of the obligations suspended, except insofar as this is inseparable from the determination of the level of suspended obligations.

(d) The arbitral panel shall deliver its written determination to the injured and the non-complying Contracting Parties and to the Secretariat within 60 days of the establishment of the panel or within such other period as may be agreed by the injured and the non-complying Contracting Parties. The Secretariat shall present the determination to the Charter Conference at the earliest practicable opportunity, and no later than the meeting of the Charter Conference following receipt of the determination.

(e) The determination of the arbitral panel shall become final and binding 30 days after the date of its presentation to the Charter Conference, and any level of suspension of benefits allowed thereby may thereupon be put into effect by the injured Contracting Party in such manner as that Contracting Party considers equivalent in the circumstances, unless prior to the expiration of the 30 days period the Charter Conference decides otherwise.

(f) In suspending any obligations to a non-complying Contracting Party, an injured Contracting Party shall make every effort not to affect adversely the trade of any other Contracting Party.

(7) Each Contracting Party may designate two individuals who shall, in the case of Contracting Parties which are also party to the GATT, if they are willing and able to serve as panellists under this Annex, be panellists currently nominated for the purpose of GATT dispute panels. The Secretary-General may also designate, with the

miné et où la décision du jury d'arbitrage est devenue définitive et obligatoire conformément au point e).

b) Conformément au paragraphe 2 points d) à f), le Secrétaire général constitue un jury d'arbitrage, qui, dans la mesure du possible, doit être le même jury que celui qui a adopté la décision ou la recommandation visée au paragraphe 4 point d), afin qu'il examine le niveau des obligations que la partie contractante lésée propose de suspendre. Sauf décision contraire de la Conférence de la Charte, le règlement de procédure applicable aux délibérations du jury est adopté conformément au paragraphe 3 point a).

c) Le jury d'arbitrage détermine si le niveau des obligations que la partie contractante lésée propose de suspendre est excessif par rapport au préjudice subi et, si tel est le cas, dans quelle mesure il l'est. Il ne réexamine pas la nature des obligations suspendues, sauf si cet aspect ne peut être dissocié de la détermination du niveau des obligations suspendues.

d) Le jury d'arbitrage adresse sa décision écrite aux parties contractantes lésée et défaillante et au Secrétariat au plus tard 60 jours après la constitution du jury ou dans tout autre délai convenu entre les parties contractantes lésée et défaillante. Le Secrétariat soumet la décision à la Conférence de la Charte dans les meilleurs délais possibles, mais au plus tard lors de la réunion de celle-ci qui suit la réception de la décision.

e) La décision du jury d'arbitrage devient définitive et obligatoire 30 jours après la date de sa soumission à la Conférence de la Charte, et le niveau de suspension des avantages qu'elle autorise peut être appliqué par la partie contractante lésée d'une manière qu'elle juge équivalente eu égard aux circonstances, à moins que la Conférence de la Charte en décide autrement avant l'expiration de la période de 30 jours.

f) En suspendant une obligation à l'égard de la partie contractante défaillante, la partie contractante lésée s'efforce dans toute la mesure du possible de ne pas affecter négativement les échanges de toute autre partie contractante.

7. Chaque partie contractante, au cas où elle est également partie au GATT, peut désigner deux personnes qui, si elles se déclarent disposées et sont aptes à servir comme membre d'un jury au titre de la présente annexe, sont des membres en passe d'être nommés dans des jurys chargés de différends liés au GATT. Le Secré-

kretär kann ferner mit Zustimmung der Chartakonferenz höchstens zehn Personen benennen, die gewillt und fähig sind, als Panelmitglieder bei der Streitbeilegung nach den Absätzen 2 bis 4 tätig zu sein. Die Chartakonferenz kann darüber hinaus beschließen, für dieselben Zwecke bis zu zwanzig Personen zu benennen, die auf Streitbeilegungslisten anderer internationaler Gremien stehen und gewillt und fähig sind, als Panelmitglieder tätig zu sein. Die Namen aller so benannten Personen ergeben die Streitbeilegungsliste. Die Personen werden allein auf der Grundlage der Objektivität, Zuverlässigkeit und des gesunden Urteilsvermögens benannt; sie sollen in Fragen des internationalen Handels und der Energiewirtschaft, insbesondere in den nach Artikel 29 anzuwendenden Bestimmungen möglichst umfassende Sachkenntnis haben. Bei der Wahrnehmung von Aufgaben im Rahmen dieser Anlage dürfen die zu benennenden Personen keiner Vertragspartei angehören oder von ihr Weisungen entgegennehmen. Die zu benennenden Personen sind für eine erneuerbare Amtszeit von fünf Jahren und bis ihre Nachfolger benannt sind tätig. Eine benannte Person, deren Amtszeit abläuft, führt eine Aufgabe, für die sie im Rahmen dieser Anlage gewählt wurde, zu Ende. Im Falle des Todes, des Rücktritts oder der Unfähigkeit einer benannten Person hat je nachdem, wer die betreffende Person benannt hat, die Vertragspartei oder der Generalsekretär das Recht, für den Rest der Amtszeit eine andere Person zu benennen, wobei die Benennung durch den Generalsekretär der Genehmigung durch die Chartakonferenz bedarf.

(8) Ungeachtet der in dieser Anlage enthaltenen Bestimmungen sind die Vertragsparteien aufgefordert, einander während des gesamten Streitbeilegungsverfahrens zu konsultieren, um ihren Streit beizulegen.

(9) Die Chartakonferenz kann für die Erledigung der in dieser Anlage dem Sekretariat und dem Generalsekretär übertragenen Aufgaben andere Gremien oder Foren bestimmen oder benennen.

approval of the Charter Conference, not more than ten individuals, who are willing and able to serve as panellists for purposes of dispute resolution in accordance with paragraphs (2) to (4). The Charter Conference may in addition decide to designate for the same purposes up to 20 individuals, who serve on dispute settlement rosters of other international bodies, who are willing and able to serve as panellists. The names of all of the individuals so designated shall constitute the dispute settlement roster. Individuals shall be designated strictly on the basis of objectivity, reliability and sound judgement and, to the greatest extent possible, shall have expertise in international trade and energy matters, in particular as relates to provisions applicable under Article 29. In fulfilling any function under this Annex, designees shall not be affiliated with or take instructions from any Contracting Party. Designees shall serve for renewable terms of five years and until their successors have been designated. A designee whose term expires shall continue to fulfil any function for which that individual has been chosen under this Annex. In the case of death, resignation or incapacity of a designee, the Contracting Party or the Secretary-General, whichever designated said designee, shall have the right to designate another individual to serve for the remainder of that designee's term, the designation by the Secretary-General being subject to approval of the Charter Conference.

(8) Notwithstanding the provisions contained in this Annex, Contracting Parties are encouraged to consult throughout the dispute resolution proceeding with a view to settling their dispute.

(9) The Charter Conference may appoint or designate other bodies or fora to perform any of the functions delegated in this Annex to the Secretariat and the Secretary-General.

taire général peut également désigner, avec l'approbation de la Conférence de la Charte, au maximum dix personnes qui se déclarent disposées et sont aptes à servir comme membres d'un jury aux fins du règlement de différends conformément aux paragraphes 2 à 4. La Conférence de la Charte peut en outre décider de désigner aux mêmes fins jusqu'à 20 personnes qui figurent sur les listes d'autres organismes internationaux pour le règlement de différends et qui se déclarent disposées et sont aptes à faire partie de jurys. Les personnes ainsi désignées constituent la liste de membres de jurys pour le règlement des différends. Elles sont désignées selon des critères stricts d'objectivité, d'honnêteté et d'esprit de discernement et doivent avoir, autant que possible, une expérience dans le domaine du commerce international et des matières énergétiques, notamment en ce qui concerne les dispositions applicables en vertu de l'article 29. Dans l'exercice de toute fonction relevant de la présente annexe, les personnes désignées ne doivent pas être liées à une partie contractante et ne pas en recevoir d'instructions. Elles ont un mandat renouvelable de cinq ans, qui court jusqu'à ce que leurs successeurs soient désignés. Une personne désignée dont le mandat vient à expiration continue à remplir toute fonction pour laquelle elle a été choisie au titre de la présente annexe. En cas de décès, de démission ou d'incapacité d'une personne désignée, la partie contractante ou le Secrétaire général qui avait désigné cette personne a le droit de désigner une autre personne pour le mandat restant à courir, la désignation par le Secrétaire général étant soumise à l'approbation de la Conférence de la Charte.

8. Nonobstant les dispositions de la présente annexe, les parties contractantes sont invitées à se consulter pendant toute la procédure de règlement du différend qui les oppose, en vue de résoudre celui-ci.

9. La Conférence de la Charte peut nommer ou désigner d'autres organes ou instances chargés de remplir les fonctions déléguées par la présente annexe au Secrétariat et au Secrétaire général.

12. Anlage B

Verteilungsschlüssel für die Chartakosten

(nach Artikel 37 Absatz 3)

(1) Die von den Vertragsparteien zu zahlenden Beiträge werden alljährlich vom Sekretariat festgestellt; dabei wird von ihren prozentualen Beiträgen ausgegangen, die nach dem letzten verfügbaren Schlüssel der Vereinten Nationen für die Beiträge zum ordentlichen Haushalt fällig sind. (Ergänzend werden Daten über theoretische Beiträge für Vertragsparteien, die nicht VN-Mitglieder sind, zugrunde gelegt).

(2) Die Beiträge werden nach Bedarf so angepaßt, daß sichergestellt ist, daß die Gesamtsumme aller Beiträge der Vertragsparteien 100 % beträgt.

12. Annex B

Formula for allocating charter costs

(In accordance with Article 37(3))

(1) Contributions payable by Contracting Parties shall be determined by the Secretariat annually on the basis of their percentage contributions required under the latest available United Nations Regular Budget Scale of Assessment (supplemented by information on theoretical contributions for any Contracting Parties which are not UN members).

(2) The contributions shall be adjusted as necessary to ensure that the total of all Contracting Parties' contributions is 100%.

12. Annexe B

Formules de répartition des frais découlant de la Charte

(conformément à l'article 37 paragraphe 3)

1. Les contributions payables par les parties contractantes sont déterminées par le Secrétariat chaque année sur la base de leur contribution en pourcentage fixée par la dernière grille relative à l'évaluation du budget régulier des Nations Unies (complétée par des informations sur leurs contributions théoriques pour les parties contractantes qui ne sont pas membres des Nations Unies).

2. Les contributions sont adaptées, si nécessaire, afin que le total des contributions des parties contractantes atteigne 100%.

13. Anlage PA

Liste der Unterzeichner, welche die Verpflichtungen zur vorläufigen Anwendung aus Artikel 45 Absatz 3 Buchstabe b nicht annehmen

(nach Artikel 45 Absatz 3 Buchstabe b)

1. Tschechische Republik
2. Deutschland
3. Ungarn
4. Litauen
5. Polen
6. Slowakische Republik

13. Annex PA

List of signatories which do not accept the provisional application obligation of Article 45(3)(b)

(In accordance with Article 45 (3)(c))

1. The Czech Republic
2. Germany
3. Hungary
4. Lithuania
5. Poland
6. Slovakia

13. Annexe PA

Liste des signataires qui n'acceptent pas l'application provisoire de l'article 45 paragraphe 3 point b)

(conformément à l'article 45 paragraphe 3 point c))

1. La République tchèque
2. L'Allemagne
3. La Hongrie
4. La Lituanie
5. La Pologne
6. La Slovaquie

14. Anlage T

Übergangsmaßnahmen der Vertragsparteien

(nach Artikel 32 Absatz 1)

Liste der Vertragsparteien, die zu Übergangsregelungen berechtigt sind

Albanien
Armenien
Aserbaidschan
Belarus
Bulgarien
Kroatien
Tschechische Republik
Estland
Georgien
Ungarn
Kasachstan
Kirgisistan
Lettland
Litauen
Moldau
Polen
Rumänien
Russische Föderation
Slowakische Republik
Slowenien
Tadschikistan
Turkmenistan
Ukraine
Usbekistan

Liste der Bestimmungen, für die Übergangsregelungen gelten

Bestimmung
Artikel 6 Absatz 2
Artikel 6 Absatz 5
Artikel 7 Absatz 4
Artikel 9 Absatz 1

14. Annex T

Contracting Parties' transitional measures

(In accordance with Article 32(1)

List of Contracting Parties entitled to transitional arrangements

Albania
Armenia
Azerbaijan
Belarus
Bulgaria
Croatia
The Czech Republic
Estonia
Georgia
Hungary
Kazakhstan
Kyrgyzstan
Latvia
Lithuania
Moldova
Poland
Romania
The Russian Federation
Slovakia
Slovenia
Tajikistan
Turkmenistan
Ukraine
Uzbekistan

List of provisions subject to transitional arrangements

Provision
Article 6(2)
Article 6(5)
Article 7(4)
Article 9(1)

14. Annexe T

Mesures transitoires adoptées par les parties contractantes

(conformément à l'article 32 paragraphe 1)

Liste des parties contractantes pouvant bénéficier d'un régime transitoire

Albanie
Arménie
Azerbaïdjan
Belarus
Bulgarie
Croatie
République tchèque
Estonie
Géorgie
Hongrie
Kazakhstan
Kirghistan
Lettonie
Lituanie
Moldova
Pologne
Roumanie
Russie
Slovaquie
Slovénie
Tadjikistan
Turkménistan
Ukraine
Ouzbékistan

Liste des dispositions soumises à un régime transitoire

Disposition
Article 6 paragraphe 2
Article 6 paragraphe 5
Article 7 paragraphe 4
Article 9 paragraphe 1

Artikel 10 Absatz 7
Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe d
Artikel 20 Absatz 3
Artikel 22 Absatz 3

Article 10(7)
Article 14(1)(d)
Article 20(3)
Article 22(3)

Article 10 paragraphe 7
Article 14 paragraphe 1 point d)
Article 20 paragraphe 3
Article 22 paragraphe 3

Artikel 6 Absatz 2

„Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß innerhalb ihrer Zuständigkeit Gesetze vorhanden sind und durchgesetzt werden, die erforderlich und geeignet sind, gegen einseitiges und abgestimmtes wettbewerbswidriges Verhalten bei einer Wirtschaftstätigkeit im Energiebereich vorzugehen."

Land: Albanien

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Es gibt in Albanien kein Gesetz zum Schutz des Wettbewerbs. Gesetz Nr. 7746 vom 28. Juli 1993 über Kohlenwasserstoffe und Gesetz Nr. 7796 vom 17. Februar 1994 über Mineralien enthalten keine derartigen Bestimmungen. Ein Elektrizitätsgesetz ist in Vorbereitung; es soll dem Parlament bis Ende 1996 vorgelegt werden. Albanien beabsichtigt, in diese Gesetze Bestimmungen gegen wettbewerbswidriges Verhalten aufzunehmen.

Auslaufen

1. Januar 1998.

Land: Armenien

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Gegenwärtig besteht in den meisten Energiesektoren in Armenien ein staatliches Monopol. Es gibt kein Gesetz zum Schutz des Wettbewerbs; die Wettbewerbsregeln werden somit noch nicht eingeführt. Es gibt noch keine Energiegesetze. Die Entwürfe sollen dem Parlament 1994 vorgelegt werden. Sie werden voraussichtlich mit dem EG-Wettbewerbsrecht abgestimmte Bestimmungen über wettbewerbsschädigendes Verhalten enthalten.

Auslaufen

31. Dezember 1997.

Article 6(2)

"Each Contracting Party shall ensure that within its jurisdiction it has and enforces such laws as are necessary and appropriate to address unilateral and concerted anticompetitive conduct in Economic Activity in the Energy Sector."

Country: Albania

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

There is no law on protection of competition in Albania. The law No 7746 of 28 July 1993 on Hydrocarbons and the law No 7796 of 17 February 1994 on Minerals do not include such provisions. There is no law on electricity which is in the stage of preparation. This law is planned to be submitted to the Parliament by the end of 1996. In these laws Albania intends to include provisions on anti-competitive conduct.

Phase-Out

1 January 1998.

Country: Armenia

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

At present a state monopoly exists in Armenia in most energy sectors. There is no law on protection of competition, thus the rules of competition are not yet being implemented. There are no laws on energy. The draft laws on energy are planned to be submitted to the Parliament in 1994. The laws are envisaged to include provisions on anticompetitive behaviour, which would be harmonized with the EC legislation on competition.

Phase-out

31 December 1997.

Article 6 paragraphe 2

«Chaque partie contractante s'assure que, dans les limites de sa juridiction, elle a et applique les dispositions législatives nécessaires et appropriées pour faire face à tout comportement anticoncurrentiel unilatéral et concerté exercé dans les activités économiques du secteur de l'énergie.»

Pays: Albanie

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Il n'existe aucune loi relative à la protection de la concurrence en Albanie. La loi n° 7746 du 28 juillet 1993 sur les hydrocarbures et la loi n° 7796 du 17 février 1994 sur les minéraux ne contiennent pas ce type de dispositions. Il n'existe pas de loi sur l'électricité, mais elle est en cours de préparation. Cette loi devrait être soumise au Parlement d'ici à la fin de 1996. L'Albanie a l'intention d'inclure dans ces lois des dispositions relatives au comportement anticoncurrentiel.

Elimination

1er janvier 1998.

Pays: Arménie

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Actuellement, la plupart des secteurs énergétiques en Arménie sont dominés par un monopole d'Etat. Il n'existe aucune loi protégeant la concurrence. Par conséquent, les dispositions concernant la concurrence ne sont pas encore appliquées. Il n'existe aucune loi sur l'énergie. Les projets de loi sur l'énergie devraient être soumis au Parlement en 1994. Il est prévu que les lois comprendront des dispositions sur le comportement anticoncurrentiel, qui seraient harmonisées avec la législation de la Communauté européenne en matière de concurrence.

Elimination

31 décembre 1997.

Land: Aserbaidschan

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Die Gesetzgebung zum Abbau der Monopole wird derzeit erarbeitet.

Auslaufen

1. Januar 2000.

Country: Azerbaijan

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

The anti-monopoly legislation is at the stage of elaboration.

Phase-out

1 January 2000.

Pays: Azerbaïdjan

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

La législation antimonopole est en cours d'élaboration.

Elimination

1er janvier 2000.

Land: Belarus

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Gesetze über den Monopolabbau werden vorbereitet.

Auslaufen

1. Januar 2000.

Country: Belarus

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

Anti-monopoly legislation is at the stage of elaboration.

Phase-out

1 January 2000.

Pays: Belarus

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

La législation antimonopole est en cours d'élaboration.

Elimination

1er janvier 2000.

Land: Georgien

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Gesetzesvorhaben zum Monopolabbau befinden sich in Georgien im Stadium der Ausarbeitung; derweil besteht praktisch für alle Energiequellen und Energieträger das staatliche Monopol fort. Dadurch kommt ein Wettbewerb im energiewirtschaftlichen Bereich nur beschränkt zum Zuge.

Auslaufen

1. Januar 1999.

Country: Georgia

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

Laws on demonopolization are at present at the stage of elaboration in Georgia and that is why the State has so far the monopoly for practically all energy sources and energy resources, which restricts the possibility of competition in the energy and fuel complex.

Phase-out

1 January 1999.

Pays: Géorgie

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Les lois sur la démonopolisation sont actuellement en cours d'élaboration en Géorgie et c'est la raison pour laquelle l'Etat détient actuellement un monopole pour pratiquement toutes les sources et les ressources d'énergie, ce qui limite les possibilités de concurrence dans le secteur de l'énergie et des carburants.

Elimination

1er janvier 1999.

Land: Kasachstan

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Das Gesetz Nr. 656 vom 11. Juni 1991 über die Entwicklung des Wettbewerbs und eine Beschränkung der monopolistischen Tätigkeiten ist in Kraft, ist aber sehr allgemein gehalten. Weitere Gesetze oder die Verab-

Country: Kazakhstan

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

The law on Development of Competition and Restriction of Monopolistic Activities (No 656 of 11 June 1991) has been adopted, but is of a general nature. It is necessary to develop the legislation further, in parti-

Pays: Kazakhstan

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

La loi sur le développement de la concurrence et la restriction des activités monopolistiques (n° 656 du 11 juin 1991) a été adoptée, mais elle est de nature générale. Il est nécessaire de développer davantage la

schiedung entsprechender Änderungen sind erforderlich.

Auslaufen

1. Januar 1998.

cular by means of adopting relevant amendments or adopting a new law.

Phase-out

1 January 1998.

législation, en particulier en adoptant les amendements pertinents ou en adoptant une nouvelle législation.

Elimination

1er janvier 1998.

Land: Kirgisistan

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Das Gesetz über den Monopolabbau ist bereits verabschiedet. Die Übergangsfrist ist erforderlich, um die Bestimmungen dieses Gesetzes an den zur Zeit noch strikt vom Staat reglementierten Energiesektor anzupassen.

Auslaufen

1. Juli 2001.

Country: Kyrgyzstan

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

The law on anti-monopoly Policies has already been adopted. The transitional period is needed to adapt provisions of this law to the energy sector which is now strictly regulated by the state.

Phase-out

1 July 2001.

Pays: Kirghistan

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

La loi sur les politiques antimonopoles a déjà été adoptée. La période transitoire est nécessaire pour adapter les dispositions de cette loi dans le secteur de l'énergie, qui est actuellement strictement réglementé par l'Etat.

Elimination

1er juillet 2001.

Land: Moldau

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Das Gesetz über die Beschränkung monopolistischer Tätigkeiten und die Förderung des Wettbewerbs vom 29. Januar 1992 liefert die organisatorische und rechtliche Grundlage für die Einführung des Wettbewerbs und für die Maßnahmen zur Verhinderung und Beschränkung der monopolistischen Betätigung; es ist auf die Einführung marktwirtschaftlicher Bedingungen ausgerichtet. Dieses Gesetz liefert allerdings keine konkrete Handhabe gegen wettbewerbswidriges Verhalten im Energiesektor, noch deckt es völlig die Forderungen von Artikel 6 ab.

Im Jahre 1995 werden dem Parlament Entwürfe zu einem Gesetz über Wettbewerb und staatlichen Monopolabbau vorgelegt werden. Der Entwurf des Energiegesetzes, der dem Parlament ebenfalls 1995 vorgelegt werden soll, regelt Fragen des Monopolabbaus und des Wettbewerbs in der Energiewirtschaft.

Auslaufen

1. Januar 1998.

Country: Moldova

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

The law on Restriction of Monopolistic Activities and Development of Competition of 29 January 1992 provides an organizational and legal basis for the development of competition, and of measures to prevent, limit and restrict monopolistic activities; it is oriented towards implementing market economy conditions. This law, however, does not provide for concrete measures of anticompetitive conduct in the energy sector, nor does it cover completely the requirements of Article 6.

In 1995 drafts of a law on Competition and a State Programme of Demonopolization of the Economy will be submitted to the Parliament. The draft law on Energy which will be also submitted to the Parliament in 1995 will cover issues on demonopolization and development of competition in the energy sector.

Phase-out

1 January 1998.

Pays: Moldova

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

La loi sur la restriction des activités monopolistiques et le développement de la concurrence du 29 janvier 1992 jette les bases organisationnelles et juridiques pour le développement de la concurrence et pour l'adoption de mesures visant à prévenir, à limiter et à restreindre les activités monopolistiques; elle vise à introduire des conditions d'économie de marché. Cette loi ne prévoit toutefois pas de mesures concrètes concernant les comportements anticoncurrentiels dans le secteur de l'énergie et elle ne couvre pas complètement les prescriptions de l'article 6.

Des projets de loi sur la concurrence et un programme national de démonopolisation de l'économie seront soumis au Parlement en 1995. Le projet de loi sur l'énergie, qui sera également soumis au Parlement en 1995, couvrira les questions relatives à la démonopolisation et au développement de la concurrence dans le secteur de l'énergie.

Elimination

1er janvier 1998.

Land: Rumänien

Sektor

Alle Energiesektoren.

Country: Romania

Sector

All energy sectors.

Pays: Roumanie

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

In Rumänien sind die Wettbewerbsregeln noch nicht umgesetzt. Das Gesetzesvorhaben zum Schutz des Wettbewerbs ist dem Parlament vorgelegt worden, mit seiner Verabschiedung wird im Laufe des Jahres 1994 gerechnet.

Der Entwurf enthält Vorschriften über wettbewerbsschädigendes Verhalten, die mit den EG-Wettbewerbsregeln abgestimmt sind.

Auslaufen

31. Dezember 1996.

Land: Russische Föderation

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

Die Föderation.

Beschreibung

Ein umfassendes Rahmenwerk von Gesetzen zum Monopolabbau wurde in der russischen Föderation erarbeitet, aber weitere rechtliche und organisatorische Maßnahmen zur Verhinderung, Begrenzung oder Beseitigung monopolistischer Betätigung und unfairen Wettbewerbs werden – insbesondere im Energiebereich – verabschiedet werden müssen.

Auslaufen

1. Juli 2001.

Land: Slowenien

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Das 1993 verabschiedete und im Amtsblatt Nr. 18/93 veröffentlichte Gesetz zum Schutz des Wettbewerbs behandelt wettbewerbswidriges Verhalten allgemein. Das vorhandene Gesetz schafft die Voraussetzungen für die Einrichtung von Wettbewerbsbehörden. Die wichtigste Wettbewerbsbehörde ist zur Zeit das Amt für Wettbewerbsschutz beim Ministerium für wirtschaftliche Beziehungen und Entwicklung. Wegen der Bedeutung des Energiesektors ist ein eigenes Gesetz in Aussicht genommen. Bis zur vollen Erfüllung ist somit mehr Zeit erforderlich.

Auslaufen

1. Januar 1998.

Level of government

National.

Description

The rules of competition are not yet implemented in Romania. The draft law on Protection of Competition has been submitted to the Parliament and is scheduled to be adopted during 1994.

The draft contains provisions with respect to anti-competitive behaviour, harmonized with the EC's law on Competition.

Phase-out

31 December 1996.

Country: The Russian Federation

Sector

All energy sectors.

Level of government

The Federation.

Description

A comprehensive framework of anti-monopoly legislation has been created in the Russian Federation but other legal and organizational measures to prevent, limit or suppress monopolistic activities and unfair competition will have to be adopted and in particular in the energy sector.

Phase-out

1 July 2001.

Country: Slovenia

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

Law on Protection of Competition adopted in 1993 and published in Official Journal No 18/93 treats anti-competitive conduct generally. The existing law also provides for conditions for the establishment of competition authorities. At present the main competition authority is the Office of Protection of Competition in the Ministry of Economic Relations and Development. With regard to importance of energy sector a separate law in this respect is foreseen and thus more time for full compliance is needed.

Phase-out

1 January 1998.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Les règles de concurrence ne sont pas encore mises en œuvre en Roumanie. Le projet de loi sur la protection de la concurrence a été soumise au Parlement de la Roumanie et devrait être adoptée dans le courant de l'année 1994.

Le projet comporte des dispositions concernant le comportement anticoncurrentiel, harmonisées avec le droit de la Communauté européenne en matière de concurrence.

Elimination

31 décembre 1996.

Pays: Fédération de Russie

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

Fédération.

Description

Un cadre global a été créé dans la Fédération de Russie en vue de l'adoption d'une législation antimonopole, mais d'autres mesures juridiques et organisationnelles destinées à empêcher, à limiter ou à supprimer les activités monopolistiques et la concurrence déloyale devront être adoptées, en particulier dans le secteur de l'énergie.

Elimination

Le 1er juillet 2001.

Pays: Slovénie

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

La loi sur la protection de la concurrence adoptée en 1993 et publiée au Journal officiel nº 18/93 traite de manière générale du comportement anticoncurrentiel. La loi existante contient également des conditions relatives à la mise en place des autorités chargées de la concurrence. A l'heure actuelle, la principale autorité en matière de concurrence est le Bureau de protection de la concurrence du ministère des Relations économiques et du Développement. Compte tenu de l'importance du secteur de l'énergie, une loi séparée est prévue à cet égard et il faudra donc davantage de temps pour parvenir à une conformité totale.

Elimination

1er janvier 1998.

Land: Tadschikistan

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

1993 wurde in Tadschikistan das Gesetz über Monopolabbau und Wettbewerb erlassen. Aufgrund der schwierigen Wirtschaftslage in Tadschikistan ist das Gesetz jedoch vorläufig ausgesetzt worden.

Auslaufen

31. Dezember 1997.

Country: Tajikistan

Sector

All energy sectors.

Level of goverment

National.

Description

In 1993 Tajikistan passed the law on Demonopolization and Competition. However, due to the difficult economic situation in Tajikistan, the jurisdiction of the law has been temporarily suspended.

Phase-out

31 December 1997.

Pays: Tadjikistan

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

En 1993, le Tadjikistan a adopté la loi sur la démonopolisation et la concurrence. Cependant, en raison de la situation économique difficile du Tadjikistan, l'application de la loi a été temporairement suspendue.

Elimination

31 décembre 1997.

Land: Turkmenistan

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Nach dem Erlaß des Präsidenten von Turkmenistan Nr. 1532 vom 21. Oktober 1993 wurde der Ausschuß zur Beschränkung monopolistischer Tätigkeiten geschaffen, der seine Tätigkeit aufgenommen hat; seine Aufgabe sind der Schutz von Unternehmen und anderen Organisationen gegen monopolistische Verhaltensweisen und Praktiken und die Förderung der Durchsetzung marktwirtschaftlicher Grundsätze auf der Grundlage von Wettbewerb und Unternehmertum.

Eine weitere Entwicklung der Gesetzgebung und Verwaltungsvorschriften ist noch erforderlich, um das anti-monopolistische Verhalten der Unternehmen bei ihrer Wirtschaftstätigkeit im Energiebreich zu regeln.

Auslaufen

1. Juli 2001.

Country: Turkmenistan

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

Under the Ruling of the President of Turkmenistan No 1532 of 21 October 1993 the Committee on Restricting Monopolistic Activities has been established and is acting now, the function of which is to protect enterprises and other entities from monopoly conduct and practices and to promote the formation of market principles on the basis of the development of competition and entrepreneurship.

Further development of legislation and regulations is needed which would regulate anti-monopoly conduct of enterprises in the Economic Activity in the Energy Sector.

Phase-out

1 July 2001.

Pays: Turkmenistan

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

La Commission sur la restriction des activités monopolistiques a été créée à la suite de la décision n° 1532 du Président du Turkménistan en date du 21 octobre 1993; elle fonctionne actuellement; elle a pour tâche de protéger les entreprises et autres entités des comportements et pratiques monopolistiques et d'encourager l'établissement de principes régissant le marché et fondés sur le développement de la concurrence et l'esprit d'entreprise.

La législation et les réglementations devraient être développées davantage afin de maîtriser le comportement antimonopolistique des entreprises dans les activités économiques du secteur de l'énergie.

Elimination

Le 1er juillet 2001.

Land: Usbekistan

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Das Gesetz zur Beschränkung der Monopoltätigkeiten wurde verabschiedet und ist seit Juli 1992 in Usbekistan in Kraft. Wie in Artikel 1 Absatz 3 vorgesehen, gilt das Gesetz allerdings nicht für unternehmerische Tätigkeiten im Energiesektor.

Auslaufen

1. Juli 2001.

Country: Uzbekistan

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

The law on Restricting Monopoly Activities has been adopted in Uzbekistan and has been in force since July 1992. However, the law (as is specified in article 1, paragraph 3) does not extend to the activities of enterprises in the energy sector.

Phase-out

1 July 2001.

Pays: Ouzbékistan

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

La loi sur les activités monopolistiques restrictives adoptée en Ouzbékistan est en vigueur depuis juillet 1992. Toutefois, la loi (comme le précise l'article 1er paragraphe 3) ne couvre pas les activités des entreprises du secteur de l'énergie.

Elimination

Le 1er juillet 2001.

Artikel 6 Absatz 5

„Ist eine Vertragspartei der Auffassung, daß ein bestimmtes wettbewerbswidriges Verhalten im Gebiet einer anderen Vertragspartei sich auf wichtige Interessen nachteilig auswirkt, die für die Zwecke dieses Artikels von Bedeutung sind, so kann die Vertragspartei dies der anderen Vertragspartei mitteilen und diese darum ersuchen, daß ihre Wettbewerbsbehörden geeignete Durchsetzungsmaßnahmen ergreifen. Die notifizierende Vertragspartei macht in ihrer Notifikation ausreichende Angaben, damit die andere Vertragspartei das in der Notifikation angesprochene wettbewerbswidrige Verhalten feststellen kann; die notifizierende Vertragspartei bietet weitere Informationen und ihre Zusammenarbeit an, soweit sie dazu in der Lage ist. Die Vertragspartei, welche die Notifikation erhalten hat, beziehungsweise ihre zuständigen Wettbewerbsbehörden können die Wettbewerbsbehörden der notifizierenden Vertragspartei konsultieren und prüfen umgehend das Ersuchen der notifizierenden Vertragspartei, wenn sie darüber entscheiden, ob sie Durchsetzungsmaßnahmen gegen das in der Notifikation behauptete wettbewerbswidrige Verhalten einleiten. Die Vertragspartei, welche die Notifikation erhalten hat, teilt der notifizierenden Vertragspartei ihre Entscheidung beziehungsweise die Entscheidung der zuständigen Wettbewerbsbehörden mit; sie kann, falls sie es wünscht, der notifizierenden Vertragspartei die Gründe für ihre Entscheidung angeben. Werden Durchsetzungsmaßnahmen eingeleitet, so teilt die Vertragspartei, welche die Notifikation erhalten hat, der notifizierenden Vertragspartei das Ergebnis und, soweit möglich, wesentliche zwischenzeitliche Entwicklungen mit."

Article 6(5)

"If a Contracting Party considers that any specified anti-competitive conduct carried out within the Area of another Contracting Party is adversely affecting an important interest relevant to the purposes identified in this Article, the Contracting Party may notify the other Contracting Party and may request that its competition authorities initiate appropriate enforcement action. The notifying Contracting Party shall include in such notification sufficient information to permit the notified Contracting Party to identify the anti-competitive conduct that is the subject of the notification and shall include an offer of such further information and cooperation as that Contracting Party is able to provide. The notified Contracting Party or, as the case may be, the relevant competition authorities may consult with the competition authorities of the notifying Contracting Party and shall accord full consideration to the request of the notifying Contracting Party in deciding whether or not to initiate enforcement action with respect to the alleged anti-competitive conduct identified in the notification. The notified Contracting Party shall inform the notifying Contracting Party of its decision or the decision of the relevant competition authorities and may if it wishes inform the notifying Contracting Party of the grounds for the decision. If enforcement action is initiated, the notified Contracting Party shall advise the notifying Contracting Party of its outcome and, to the extent possible, of any significant interim development."

Article 6 paragraphe 5

«Lorsqu'une partie contractante estime qu'un comportement anticoncurrentiel déterminé observé dans la zone d'une autre partie contractante a un effet négatif sur un intérêt important relatif aux objectifs définis au présent article, elle peut le notifier à l'autre partie contractante et demander que les autorités de celle-ci compétentes en matière de concurrence entament une action coercitive appropriée. La partie contractante qui procède à la notification inclut dans cette dernière des informations suffisantes pour permettre à la partie contractante qui reçoit la notification d'identifier le comportement anticoncurrentiel qui fait l'objet de la notification et propose en même temps toute autre information et toute coopération qu'elle est en mesure de fournir. La partie contractante qui reçoit la notification ou, le cas échéant, ses autorités compétentes en matière de concurrence peuvent consulter les autorités responsables en matière de concurrence de la partie contractante qui a procédé à la notification et prennent pleinement en considération la requête de l'autre partie contractante lorsqu'elles décident s'il y a lieu ou non d'entamer une action coercitive en rapport avec le comportement anticoncurrentiel allégué indiqué dans la notification. La partie contractante qui a reçu la notification informe l'autre partie contractante de sa décision ou de la décision des autorités compétentes en matière de concurrence et lui fait connaître, si elle le souhaite, les motifs de la décision. Si l'action coercitive est engagée, la partie contractante qui a reçu la notification avise l'autre partie contractante de son résultat et, dans la mesure du possible, de toute évolution intermédiaire significative.»

Land: Albanien

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

In Albanien gibt es keine Institution, die die Einhaltung von Wettbewerbsregeln durchsetzt. Derartige Stellen werden in dem Gesetz zum Schutz des Wettbewerbs vorgesehen sein, das 1996 fertiggestellt werden soll.

Auslaufen

1. Januar 1999.

Country: Albania

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

In Albania there are no established institutions to enforce the competition rules. Such institutions will be provided for in the law on the Protection of Competition which is planned to be finalized in 1996.

Phase-out

1 January 1999.

Pays: Albanie

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

En Albanie, il n'existe pas d'institutions établies chargées de l'application des règles sur la concurrence. Ces institutions seront prévues dans la loi sur la protection de la concurrence qui devrait être terminée en 1996.

Elimination

1er janvier 1999.

Land: Armenien

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Country: Armenia

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Pays: Arménie

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Beschreibung

In Armenien gibt es noch keine Institutionen zur Umsetzung dieses Absatzes.

Es ist beabsichtigt, daß die Gesetze über Energie und Wettbewerbsschutz Bestimmungen über die Schaffung solcher Institutionen enthalten werden.

Auslaufen

31. Dezember 1997.

Description

Institutions to enforce the provisions of this paragraph have not been established in Armenia.

The laws on Energy and Protection of Competition are planned to include provisions to establish such institutions.

Phase-out

31 December 1997.

Description

Il n'y a pas, en Arménie, d'institutions chargées d'appliquer les dispositions du paragraphe en question.

Les lois sur l'énergie et la protection de la concurrence devraient comprendre des dispositions sur la création de telles institutions.

Elimination

31 décembre 1997.

Land: Aserbaidschan

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Nach Verabschiedung der Gesetze zum Monopolabbau werden entsprechende Behörden geschaffen.

Auslaufen

1. Januar 2000.

Country: Azerbaijan

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

Anti-monopoly authorities shall be established after the adoption of anti-monopoly legislation.

Phase-out

1 January 2000.

Pays: Azerbaïdjan

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Les autorités antimonopoles seront installées après l'adoption de la législation antimonopole.

Elimination

1er janvier 2000.

Land: Belarus

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Nach Verabschiedung der Gesetze über den Monopolabbau werden entsprechende Behörden geschaffen.

Auslaufen

1. Januar 2000.

Country: Belarus

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

Anti-monopoly authorities shall be established after the adoption of anti-monopoly legislation.

Phase-out

1 January 2000.

Pays: Belarus

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Les autorités antimonopoles seront installées après l'adoption de la législation antimonopole.

Elimination

1er janvier 2000.

Land: Georgien

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Gesetze zum Monopolabbau befinden sich in Georgien derzeit im Stadium der Ausarbeitung; deshalb sind noch keine Wettbewerbsbehörden eingerichtet.

Auslaufen

1. Januar 1999.

Country: Georgia

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

Laws on demonopolization are at present at the stage of elaboration in Georgia and that is why there are no competition authorities established yet.

Phase-out

1 January 1999.

Pays: Géorgie

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Des lois sur la démonopolisation sont actuellement en cours d'élaboration en Géorgie et c'est la raison pour laquelle il n'existe pas à l'heure actuelle d'autorités officielles en matière de concurrence.

Elimination

1er janvier 1999.

Land: Kasachstan

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

In Kasachstan wurde ein Antimonopol-Ausschuß eingerichtet, dessen Tätigkeit aber noch der gesetzgeberischen und organisatorischen Verbesserung bedarf, damit ein wirksamer Mechanismus zur Behandlung von Klagen wegen wettbewerbswidrigen Verhaltens entsteht.

Auslaufen

1. Januar 1998.

Country: Kazakhstan

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

An Anti-monopoly Committee has been established in Kazakhstan, but its activity needs improvement, both from legislative and organizational points of view, in order to elaborate an effective mechanism handling the complaints on anti-competitive conduct.

Phase-out

1 January 1998.

Pays: Kazakhstan

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Un comité antimonopole a été créé au Kazakhstan, mais son activité doit être améliorée, tant du point de vue législatif que du point de vue organisationnel, afin d'élaborer un véritable mécanisme traitant les plaintes relatives à des comportements anticoncurrentiels.

Elimination

1er janvier 1998.

Land: Kirgisistan

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

In Kirgisistan gibt es keinen Mechanismus zur Überwachung wettbewerbswidrigen Verhaltens und der entsprechenden Gesetzgebung. Die entsprechenden Wettbewerbsbehörden müssen noch aufgebaut werden.

Auslaufen

1. Juli 2001.

Country: Kyrgyzstan

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

There is no mechanism in Kyrgyzstan to control the anti-competitive conduct and the relevant legislation. It is necessary to establish relevant anti-monopoly authorities.

Phase-out

1 July 2001.

Pays: Kirghistan

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Au Kirghistan, il n'existe pas de mécanisme permettant de contrôler le comportement anticoncurrentiel ni de législation pertinente en la matière. Il est nécessaire de mettre en place les autorités antimonopoles pertinentes.

Elimination

1er juillet 2001.

Land: Moldau

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Die Überwachung des wettbewerblichen Verhaltens in Moldau fällt in die Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums. Das Gesetz über Verstöße gegen Verwaltungsvorschriften ist entsprechend geändert worden und sieht einige Strafen für Monopolunternehmen vor, die sich nicht an die Wettbewerbsregeln halten.

Der Entwurf eines Gesetzes über Wettbewerb, das die Wettbewerbsregeln durchsetzen soll, ist in Vorbereitung.

Auslaufen

1. Januar 1998.

Country: Moldova

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

The Ministry of Economy is responsible for the control of competitive conduct in Moldova. Relevant amendments have been made to the law on Breach of Administrative Rules, which envisage some penalties for violating rules of competition by monopoly enterprises.

The draft law on Competition which is now at the stage of elaboration will have provisions on the enforcement of competition rules.

Phase-out

1 January 1998.

Pays: Moldova

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Le ministère de l'Economie est responsable du contrôle de la concurrence en Moldova. Des amendements pertinents ont été apportés à la loi régissant les infractions aux règles administratives, qui prévoient des pénalités pour les entreprises monopolistiques contrevenant aux règles de concurrence.

Le projet de loi sur la concurrence qui est actuellement en cours de mise au point comprendra des dispositions relatives à l'application des règles de concurrence.

Elimination

1er janvier 1998.

Land: Rumänien

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Der erforderliche institutionelle Rahmen zur Durchsetzung dieses Absatzes ist in Rumänien noch nicht geschaffen worden.

Institutionen zur Durchsetzung der Wettbewerbsregeln sind in dem Entwurf eines Gesetzes über den Wettbewerbsschutz vorgesehen, das 1994 verabschiedet werden soll.

Der Entwurf sieht ferner eine Frist von neun Monaten zur Durchsetzung vor, gerechnet ab dem Tag seiner Veröffentlichung.

In dem Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen Rumänien und den Europäischen Gemeinschaften wurde Rumänien eine Fünfjahresfrist zur Umsetzung der Wettbewerbsregeln eingeräumt.

Auslaufen

1. Januar 1998.

Country: Romania

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

Institutions to enforce the provisions of this paragraph have not been established in Romania.

The Institutions charged with the enforcement of competition rules are provided for in the draft law on Protection of Competition which is scheduled to be adopted during 1994.

The draft also provides a period of nine months for enforcement, starting with the date of its publication.

According to the Europe Agreement establishing an association between Romania and the European Communities, Romania was granted a period of five years to implement competition rules.

Phase out

1 January 1998.

Pays: Roumanie

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Les institutions chargées d'appliquer les dispositions de ce paragraphe n'ont pas encore été créées.

Les institutions chargées de l'application des règles de concurrence sont prévues dans le projet de loi sur la protection de la concurrence qui devrait être adopté dans le courant de 1994.

Le projet prévoit également un délai de neuf mois pour sa mise en application, à compter de la date de sa publication.

Conformément à l'accord européen établissant une association conclu entre la Roumanie et les Communautés européennes, la Roumanie bénéficie d'un délai de cinq ans pour appliquer les dispositions en matière de concurrence.

Elimination

1er janvier 1998.

Land: Tadschikistan

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Tadschikistan hat Gesetze über Monopolabbau und Wettbewerb erlassen; Institutionen zur Durchsetzung der Wettbewerbsregeln sind im Aufbau.

Auslaufen

31. Dezember 1997.

Country: Tajikistan

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

Tajikistan has adopted laws on Demonopolization and Competition, but institutions to enforce competition rules are in the stage of development.

Phase-out

31 December 1997.

Pays: Tadjikistan

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Le Tadjikistan a adopté des lois sur la démonopolisation et la concurrence; les institutions chargées d'appliquer les règles de concurrence sont en train d'être organisées.

Elimination

31 décembre 1997.

Land: Usbekistan

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Das Gesetz zur Beschränkung der Monopoltätigkeiten wurde verabschiedet und ist seit Juli 1992 in Usbekistan in Kraft. Wie in Artikel 1 Absatz 3 vorgesehen, gilt das Gesetz allerdings nicht für unternehmerische Tätigkeiten im Energiesektor.

Auslaufen

1. Juli 2001.

Country: Uzbekistan

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

The law an Restricting Monopoly Activities has been adopted in Uzbekistan and has been in force since July 1992. However, the law (as is specified in article 1, paragraph 3) does not extend to the activities of the enterprises in the energy sector.

Phase-out

1 July 2001.

Pays: Ouzbékistan

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

La loi sur la restriction des activités monopolistiques adoptée en Ouzbékistan est en vigueur depuis juillet 1992. Toutefois, la loi (comme le précise l'article 1er paragraphe 3) ne s'étend pas aux activités des entreprises du secteur de l'énergie.

Elimination

1er juillet 2001.

Artikel 7 Absatz 4

„Kann der Transit von Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen nicht zu marktüblichen Bedingungen mit Hilfe von Energiebeförderungseinrichtungen erreicht werden, so legen die Vertragsparteien der Schaffung neuer Kapazitäten keine Hindernisse in den Weg, sofern anwendbare Rechtsvorschriften, die mit Absatz 1 vereinbar sind, nichts anderes bestimmen."

Land: Aserbaidschan

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Eine Reihe von Gesetzen über Energie ist erforderlich, einschließlich Genehmigungsverfahren zur Regelung des Transits. Während einer Übergangszeit ist geplant, Energiefernleitungen und Kraftwerkskapazitäten auszubauen und zu modernisieren, um sie technisch den weltweit herrschenden Anforderungen und den Bedingungen einer Marktwirtschaft anzupassen.

Auslaufen

31. Dezember 1999.

Land: Belarus

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Gesetze über Energie, Land usw. sind in Arbeit; bis zu ihrer Verabschiedung bleiben Unsicherheiten über die Bedingungen für die Schaffung neuer Transportkapzitäten für Energieträger im Hoheitsgebiet von Belarus bestehen.

Auslaufen

31. Dezember 1998.

Land: Bulgarien

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

In Bulgarien gibt es keine Gesetze zur Regelung des Transits von Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen. Die Ener-

Article 7(4)

"In the event that Transit of Energy Materials and Products cannot be achieved on commercial terms by means of Energy Transport Facilities the Contracting Parties shall not place obstacles in the way of new capacity being established, except as may be otherwise provided in applicable legislation which is consistent with paragraph (1)."

Country: Azerbaijan

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

It is necessary to adopt a set of laws on energy, including licensing procedures regulating transit. During a transition period it is envisaged to build and modernize power transmission lines, as well as generating capacities with the aim of bringing their technical level to the world requirements and adjusting to conditions of a market economy.

Phase-out

31 December 1999.

Country: Belarus

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

Laws on energy, land and other subjects are being worked out at present, and until their final adoption, uncertainty remains as to the conditions for establishing new transport capacities for energy carriers in the territory of Belarus.

Phase-out

31 December 1998.

Country: Bulgaria

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

Bulgaria has no laws regulating Transit of Energy Materials and Products. An overall restructuring is ongoing in the energy sec-

Article 7 paragraphe 4

«Dans le cas où les équipements de transport d'énergie ne permettent pas un transit de matières et produits énergétiques à des conditions commerciales, les parties contractantes ne créent aucun obstacle à l'établissement de nouvelles capacités, sauf disposition contraire d'une législation applicable et conforme au paragraphe 1.»

Pays: Azerbaïdjan

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Il est nécessaire d'adopter une série de mesures législatives sur l'énergie, y compris les procédures d'octroi de licences régissant le transit. Pendant une période transitoire, on envisage de construire et de moderniser les lignes de transmission ainsi que de créer des capacités afin d'amener leur niveau technique à celui des prescriptions mondiales et de procéder à une adaptation aux conditions de l'économie de marché.

Elimination

31 décembre 1999.

Pays: Belarus

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Des lois sur l'énergie, sur les terres et sur d'autres secteurs sont en cours d'élaboration et, tant qu'elles ne seront pas adoptées, il subsistera des incertitudes en ce qui concerne les conditions de création de nouvelles capacités de transport d'énergie sur le territoire du Belarus.

Elimination

31 décembre 1998.

Pays: Bulgarie

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

La Bulgarie ne possède pas de lois réglementant le transit des matières et des produits énergétiques. Une restructuration gé-

giewirtschaft wird von Grund auf neu strukturiert, einschließlich der Entwicklung des institutionellen Rahmens sowie der Gesetzgebung und der Verwaltungsvorschriften.

Auslaufen

Der Übergangszeitraum von 7 Jahren wird benötigt, um die Gesetzgebung über den Transit von Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen mit dieser Vorschrift voll in Einklang zu bringen.

1. Juli 2001.

tor, including development of institutional framework, legislation and regulation.

Phase-out

The transitional period of 7 years is necessary to bring the legislation concerning the Transit of Energy Materials and Products in full compliance with this provision.

1 July 2001.

nérale est en cours dans le secteur de l'énergie, y compris la mise en place d'un cadre institutionnel et l'adoption de lois et de règlements.

Elimination

La période transitoire de 7 ans est nécessaire pour introduire la législation relative au transit des matières et des produits énergétiques conformément à cette disposition.

1er juillet 2001.

Land: Georgien

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Es ist erforderlich, eine Reihe von diesbezüglichen Gesetzen auszuarbeiten. Gegenwärtig bestehen ganz unterschiedliche Bedingungen für die Beförderung und den Transit der einzelnen Energieträger (Elektrizität, Erdgas, Mineralölerzeugnisse, Kohle) in Georgien.

Auslaufen

1. Januar 1999.

Country: Georgia

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

It is necessary to prepare a set of laws on the matter. At present there are substantially different conditions for the transport and transit of various energy sources in Georgia (electric power, natural gas, oil products, coal).

Phase-out

1 January 1999.

Pays: Géorgie

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Il est nécessaire de préparer une série de mesures législatives en la matière. Actuellement, le transport et le transit des différentes sources d'énergie s'effectuent dans des conditions substantiellement différentes en Géorgie (énergie électrique, gaz naturel, produits pétroliers, charbon).

Elimination

1er janvier 1999.

Land: Ungarn

Sektor

Elektrizitätswirtschaft.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Nach geltendem Recht unterliegen Errichtung und Betrieb von Hochspannungsleitungen einem staatlichen Monopol.

Neue Gesetz- und Verwaltungsvorschriften über Errichtung, Betrieb und Eigentum von Hochspannungsleitungen werden zur Zeit erarbeitet.

Das vom Ministerium für Industrie und Handel initiierte neue Elektrizitätsgesetz wird sich auch auf das Zivilrecht und Konzessionsrecht auswirken. Mit Inkrafttreten des neuen Elektrizitätsgesetzes und den entsprechenden Verordnungen und Erlassen wird Übereinstimmung geschaffen.

Auslaufen

31. Dezember 1996.

Country: Hungary

Sector

Electricity industry.

Level of government

National.

Description

According to the current legislation establishment and operation of high-voltage transmission lines is a state monopoly.

The creation of the new legal and regulatory framework for establishment, operation and ownership of high-voltage transmission lines is under preparation.

The Ministry of Industry and Trade has already taken the initiative to put forward a new Act on Electricity Power, that will have its impact also on the Civil Code and on the Act on Concession. Compliance can be achieved after entering in force of the new law on Electricity and related regulatory decrees.

Phase-out

31 December 1996.

Pays: Hongrie

Secteur

Secteur de l'électricité.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Selon la législation actuelle, l'établissement et l'exploitation des lignes de transmission à haute tension font toujours l'objet d'un monopole d'Etat.

La création du nouveau cadre juridique et réglementaire pour l'établissement, l'exploitation et la propriété des lignes de transmission à haute tension est en cours de préparation.

Le ministère de l'Industrie et du Commerce a déjà pris l'initiative de présenter une nouvelle loi sur l'énergie électrique qui se répercutera également sur le Code civil et sur la loi relative aux concessions. La compatibilité pourra être assurée dès l'entrée en vigueur de la nouvelle loi sur l'électricité et des décrets connexes.

Elimination

31 décembre 1996.

Land: Polen

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Das polnische Energiegesetz, das kurz vor seiner Fertigstellung steht, sieht die Schaffung neuer Rechtsvorschriften vor, die den in marktwirtschaftlich organisierten Ländern geltenden ähnlich sind (Lizenzen für Erzeugung, Übertragung, Verteilung und für den Handel mit Energieträgern). Bis zur Verabschiedung durch das Parlament ist eine vorübergehende Aussetzung der Verpflichtungen aus diesem Absatz notwendig.

Auslaufen

31. Dezember 1995.

Country: Poland

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

Polish law on Energy, being in the final stage of coordination, stipulates for creating new legal regulations similar to those applied by free market countries (licenses to generate, transmit, distribute and trade in energy carriers). Until it is adopted by the Parliament a temporary suspension of obligations under this paragraph is required.

Phase-out

31 December 1995.

Pays: Pologne

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

La loi polonaise sur l'énergie, qui en est au stade final de la coordination, prévoit l'instauration de nouvelles réglementations juridiques semblables à celles qui sont appliquées dans les pays à économie de marché (licences pour produire, transmettre, distribuer et commercialiser des secteurs énergétiques). Aussi longtemps que cette loi n'est pas adoptée par le Parlement, une suspension temporaire des obligations découlant de ce paragraphe est requise.

Elimination

31 décembre 1995.

Artikel 9 Absatz 1

„Die Vertragsparteien erkennen die Bedeutung offener Kapitalmärkte für die Förderung des Kapitalflusses zur Finanzierung des Handels mit Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen und zur Vornahme und Unterstützung von Investitionen in eine Wirtschaftstätigkeit im Energiebereich in den Gebieten anderer Vertragsparteien an, insbesondere derjenigen, deren Wirtschaft sich im Übergang befindet. Jede Vertragspartei ist daher bestrebt, die Bedingungen für den Zugang von Gesellschaften und Staatsangehörigen anderer Vertragsparteien zu ihrem Kapitalmarkt zum Zweck der Finanzierung des Handels mit Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen und zum Zweck der Investition in eine Wirtschaftstätigkeit im Energiebereich in den Gebieten jener anderen Vertragsparteien auf einer Grundlage zu fördern, die nicht weniger günstig ist als diejenige, die sie unter vergleichbaren Umständen ihren eigenen Gesellschaften oder Staatsangehörigen oder Gesellschaften und Staatsangehörigen einer anderen Vertragspartei oder eines dritten Staates einräumt, je nachdem, welche die günstigste ist."

Article 9(1)

"The Contracting Parties acknowledge the importance of open capital markets in encouraging the flow of capital to finance trade in Energy Materials and Products and for the making of and assisting with regard to Investments in Economic Activity in the Energy Sector in the Areas of other Contracting Parties, particulariy those with economies in transition. Each Contracting Party shall accordingly endeavour to promote conditions for access to its capital market by companies and nationals of other Contracting Parties, for the purpose of financing trade in Energy Materials and Products and for the purpose of Investment in Economic Activity in the Energy Sector in the Areas of those other Contracting Parties, on a basis no less favourable than that which it accords in like circumstances to its own companies and nationals or companies and nationals of any other Contracting Party or any third state, whichever is the most favourable."

Article 9 paragraphe 1

«Les parties contractantes reconnaissent l'importance des marchés ouverts de capitaux pour encourager les flux de capitaux destinés à financer les échanges de matières et produits énergétiques et pour réaliser et faciliter les investissements dans les activités économiques du secteur de l'énergie dans les zones des autres parties contractantes, en particulier de celles qui connaissent une économie de transition. Par conséquent, chaque partie contractante s'efforce de favoriser l'accès à son marché des capitaux aux entreprises et aux ressortissants des autres parties contractantes, aux fins du financement des échanges de matières et produits énergétiques et aux fins des investissements concernant les activités économiques du secteur de l'énergie dans les zones de ces autres parties contractantes, sur la base d'un traitement non moins favorable que celui qui est accordé dans des circonstances similaires à ses propres entreprises et ressortissants ou aux entreprises et ressortissants de toute autre partie contractante ou de tout pays tiers, le régime à retenir étant celui qui est le plus favorable.»

Land: Aserbaidschan

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Entsprechende Gesetze sind in Vorbereitung.

Auslaufen

1. Januar 2000.

Country: Azerbaijan

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

Relevant legislation is at the stage of elaboration.

Phase-out

1 January 2000.

Pays: Azerbaïdjan

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

La législation pertinente est en cours d'élaboration.

Elimination

1er janvier 2000.

Land: Belarus

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Entsprechende Gesetze sind in Vorbereitung.

Auslaufen

1. Januar 2000.

Country: Belarus

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

Relevant legislation is at the stage of elaboration.

Phase-out

1 January 2000.

Pays: Belarus

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

La législation pertinente est en cours d'élaboration.

Elimination

1[er] janvier 2000.

Land: Georgien

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Entsprechende Gesetze sind in Vorbereitung

Auslaufen

1. Januar 1997.

Country: Georgia

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

Relevant legislation is at the stage of preparation.

Phase-out

1 January 1997.

Pays: Géorgie

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

La législation pertinente est en cours d'élaboration.

Elimination

1[er] janvier 1997.

Land: Kasachstan

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Der Gesetzentwurf über Auslandsinvestitionen befindet sich im Genehmigungsverfahren und soll im Herbst 1994 noch vom Parlament verabschiedet werden.

Auslaufen

1. Juli 2001.

Country: Kazakhstan

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

The bill on Foreign Investments is at the stage of authorization approval with the aim to adopt it by the Parliament in autumn 1994.

Phase-out

1 July 2001.

Pays: Kazakhstan

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Le projet de loi sur les investissements étrangers est en cours d'approbation en vue de son adoption par le Parlement à l'automne1994.

Elimination

1[er] juillet 2001.

Land: Kirgisistan

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Entsprechende Gesetze sind derzeit in Vorbereitung.

Auslaufen

1. Juli 2001.

Country: Kyrgyzstan

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

Relevant legislation is currently under preparation.

Phase-out

1 July 2001.

Pays: Kirghistan

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

La législation pertinente est actuellement en cours d'élaboration.

Elimination

1[er] juillet 2001.

Artikel 10 Absatz 7 – besondere Maßnahmen

„Jede Vertragspartei gewährt in ihrem Gebiet den Investitionen von Investoren anderer Vertragsparteien und deren damit zusammenhängenden Tätigkeiten einschließlich Verwaltung, Aufrechterhaltung, Verwendung, Nutzung oder Veräußerung eine nicht weniger günstige Behandlung, als sie Investitionen ihrer eigenen Investoren oder von Investoren einer anderen Vertragspartei oder eines dritten Staates und deren damit zusammenhängenden Tätigkeiten einschließlich Verwaltung, Aufrechterhaltung, Verwendung, Nutzung oder Veräußerung gewährt, je nachdem, welche die günstigste ist."

Article 10(7) – Specific measures

"Each Contracting Party shall accord to Investments in its Area of Investors of another Contracting Party, and their related activities including management, maintenance, use, enjoyment or disposal, treatment no less favourable than that which it accords to Investments of its own Investors or of the Investors of any other Contracting Party or any third state and their related activities including management, maintenance, use, enjoyment or disposal, whichever' is the most favourable."

Article 10 paragraphe 7 – mesures spécifiques

«Chaque partie contractante accorde aux investissements réalisés dans sa zone par des investisseurs d'autres parties contractantes, ainsi qu'à leurs activités connexes, y compris leur gestion, entretien, utilisation, jouissance ou disposition, un traitement aussi favorable que celui qu'elle accorde aux investissements de ses propres investisseurs ou des investisseurs de toute autre partie contractante ou de tout Etat tiers, ainsi qu'à leur gestion, entretien, utilisation, jouissance ou disposition, le traitement à retenir étant celui qui est le plus favorable.»

Land: Bulgarien

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Ausländische Personen dürfen Eigentumsrechte an Grund und Boden nicht erwerben. Eine Gesellschaft, die zu mehr als 50% in ausländischer Hand ist, darf landwirtschaftliche Fläche nicht als Eigentum erwerben.

Ausländer und ausländische juristische Personen dürfen Eigentum an Land nicht erwerben, außer durch Erbschaft nach dem Gesetz. In diesem Fall müssen sie es abtreten.

Eine ausländische Person darf Eigentum an Gebäuden erwerben, nicht aber an Grundstücken.

Ausländische Personen oder von ausländischem Kapital beherrschte Gesellschaften müssen eine Genehmigung einholen, bevor sie folgenden Tätigkeiten nachgehen können:

- Aufsuchung, Erschließung und Gewinnung natürlicher Ressourcen aus dem Küstenmeer, vom Festlandsockel oder aus der ausschließlichen Wirtschaftszone,
- Erwerb von Grundeigentum in geographischen Gebieten, die vom Ministerrat bezeichnet sind,
- die Genehmigungen werden vom Minsterrat oder einem von diesem bevollmächtigten Gremium erteilt.

Auslaufen

1. Juli 2001.

Country: Bulgaria

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

Foreign persons may not acquire property rights over land. A company with more than fifty per cent of foreign person's share may not acquire property right over agricultural land;

Foreigners and foreign legal persons may not aquire property rights over land except by way of inheritance according to the law. In this case they have to make it over;

A foreign person may aquire property rights over buildings, but without property rights over the land;

Foreign persons or companies with foreign controlling participation must obtain a permit before performing the following activities:

- exploration, development and extraction of natural resources from the territorial sea, continental shelf or exclusive economic zone;
- acquisition of real estate in geographic regions designated by the Council of Ministers.
- The permits are issued by the Council of Ministers or by a body authorized by the Council of Ministers.

Phase-out

1 July 2001.

Pays: Bulgarie

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Les étrangers ne peuvent acquérir de terres. Une société dont les actions sont détenues à plus de 50% par des étrangers ne peut acquérir de terres cultivables.

Les étrangers et les représentants légaux étrangers ne peuvent acquérir de terres, sauf en héritage, selon la loi. Dans ce cas, ils doivent la céder.

Un étranger peut acquérir des bâtiments mais sans disposer de droits de propriété sur la terre.

Les étrangers ou les entreprises étrangères contrôlées par des étrangers doivent obtenir un permis pour exercer les activités suivantes:

- exploration, mise en valeur et extraction de ressources naturelles dans les eaux territoriales, sur le plateau continental ou dans la zone économique exclusive.
- Acquisition de biens immobiliers dans des zones géographiques spécifiées par le Conseil des ministres.
- Les permis sont délivrés par le Conseil des ministres ou par un organe mandaté par le Conseil des ministres.

Elimination

1er juillet 2001.

Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe d

„Jede Vertragspartei gewährleistet in bezug auf Investitionen in ihrem Gebiet von Investoren einer anderen Vertragspartei die Freiheit des Transfers in ihr Gebiet und aus

Article 14(1)(d)

"Each Contracting Party shall with respect to Investments in its Area of Investors of any other Contracting Party guarantee the freedom of transfer into and out of its Area,

Article 14 paragraphe 1 point d)

«Chaque partie contractante garantit, en ce qui concerne les investissements effectués dans sa zone par des investisseurs d'une autre partie contractante, la liberté des

ihrem Gebiet, einschließlich des Transfers der nicht ausgegebenen Einkünfte und sonstigen Vergütungen des Personals, das im Zusammenhang mit der Investition aus dem Ausland angeworben wurde."

including the transfer of: unspent earnings and other remuneration of personnel engaged from abroad in connection with that Investment;"

transferts afférents à ces investissements vers sa zone et hors de celle-ci, y compris le transfert: des recettes non dépensées et des autres rémunérations du personnel engagé à l'étranger en rapport avec cet investissement.»

Land: Bulgarien

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Ausländische Staatsangehörige, die beschäftigt werden von Gesellschaften mit mehr als 50% ausländischer Kapitalbeteiligung oder von einer ausländischen Person, welche als Exklusivhändler, als Zweigstelle oder als Vertretung einer ausländischen Gesellschaft in Bulgarien registriert ist, und die in Bulgarischen Leva entlohnt werden, können Devisen im Wert bis zu 70% ihrer Vergütung, einschließlich Sozialversicherungszahlungen, erwerben.

Auslaufen

1. Juli 2001.

Country: Bulgaria

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

Foreign nationals employed by companies with more than 50 per cent of foreign participation, or by a foreign person registered as sole trader or a branch or a representative office of a foreign company in Bulgaria, receiving their salary in Bulgarian leva, may purchase foreign currency not exceeding 70 per cent of their salary, including social security payments.

Phase-out

1 July 2001.

Pays: Bulgarie

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Les ressortissants étrangers employés par des entreprises ayant plus de 50 % de participation étrangère, par une personne étrangère enregistrée comme seul opérateur ou par une filiale ou un bureau de représentation d'une entreprise étrangère en Bulgarie et percevant leur salaire en leva bulgares peuvent acheter des devises étrangères pour un montant ne dépassant pas 70 % de leur salaire, y compris les versements de la sécurité sociale.

Elimination

1er juillet 2001.

Land: Ungarn

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Nach Artikel 33 des Gesetzes über Investitionen von Ausländern in Ungarn können ausländische Spitzenmanager, Führungskräfte, Mitglieder des Aufsichtsgremiums und ausländische Angestellte bis zu 50% ihres versteuerten Einkommens, das von ihrem Arbeitgeber ausbezahlt wird, durch die Bank ihrer Gesellschaft transferieren.

Auslaufen

Wann diese spezielle Beschränkung ausläuft, hängt davon ab, welche Fortschritte Ungarn bei der Umsetzung des Programms zur Liberalisierung des Devisenverkehrs machen kann; das Endziel ist die volle Konvertierbarkeit des Forint. Diese Beschränkung behindert ausländische Investoren nicht. Das Auslaufen stützt sich auf die Vorschriften des Artikels 32.

1. Juli 2001.

Country: Hungary

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

According to the Act on Investments of Foreigners in Hungary, article 33, foreign top managers, executive managers, members of the Supervisory Board and foreign employees may transfer their income up to 50 per cent of their aftertax earnings derived from the company of their employment through the bank of their company.

Phase-out

The phase out of this particular restriction depends on the progress Hungary is able to make in the implementation of the foreign exchange liberalization programme whose final target is the full convertibility of the Forint. This restriction does not create barriers to foreign investors. Phase-out is based on stipulations of Article 32.

1 July 2001.

Pays: Hongrie

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Conformément à l'article 33 de la loi sur les investissements réalisés par des étrangers en Hongrie, les directeurs, les administrateurs, les membres étrangers du Conseil de contrôle et les employés étrangers peuvent transférer jusqu'à 50 % de leur revenu professionnel net par l'intermédiaire de la banque de leur entreprise.

Elimination

L'élimination de cette restriction particulière dépend des progrès que la Hongrie est en mesure de faire dans l'application du programme de libéralisation des taux de change, dont l'objectif final est de parvenir à la convertibilité totale du forint. Cette restriction ne constitue pas une entrave aux investisseurs étrangers. L'élimination se fonde sur les dispositions de l'article 32.

1er juillet 2001.

Artikel 20 Absatz 3

„Jede Vertragspartei bestimmt eine oder mehrere Auskunftsstellen, an die Anfragen über die genannten Gesetze, sonstigen Rechtsvorschriften, gerichtlichen Entscheidungen und Verwaltungsverfügungen zu

Article 20(3)

"Each Contracting Party shall designate one or more enquiry points to which requests for information about the above mentioned laws, regulations, judicial decisions and administrative rulings may be addressed and

Article 20 paragraphe 3

«Chaque partie contractante désigne un ou plusieurs bureaux de renseignements auxquels peuvent être adressées les demandes d'information concernant les lois, règlements, décisions judiciaires et mesures

richten sind, und teilt diese Stellen umgehend dem Sekretariat mit, das auf Anfrage hierüber Auskunft erteilt."

shall communicate promptly such designation to the Secretariat which shall make it available on request."

administratives visés ci-dessus et communique rapidement la localisation de ces bureaux au Secrétariat, qui les fournit à toute personne qui le demande.»

Land: Armenien

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

In Armenien sind offizielle Auskunftsstellen, die über einschlägige Gesetze und sonstige Vorschriften informieren, noch nicht eingerichtet. Es gib auch keine Informationszentrale. Es ist geplant, eine solche Zentrale 1994–1995 einzurichten. Dazu wird technische Hilfestellung erforderlich sein.

Auslaufen

31. Dezember 1996.

Country: Armenia

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

In Armenia there are no official enquiry points yet to which requests for information about the relevant laws and other regulations could be addressed. There is no information centre either. There is a plan to establish such a centre in 1994–1995. Technical assistance is required.

Phase-out

31 December 1996.

Pays: Arménie

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Il n'existe pas encore, en Arménie, de bureaux de renseignements officiels auxquels on puisse adresser des demandes d'information au sujet des lois et autres réglementations pertinentes. Il n'existe pas davantage de centre d'information. Il est prévu de créer un centre de ce type en 1994–1995. Une aide technique est nécessaire.

Elimination

31 décembre 1996.

Land: Aserbaidschan

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Amtliche Auskunftsstellen, an die Anfragen über einschlägige Gesetze und sonstige Rechtsvorschriften gerichtet werden können, bestehen in Aserbaidschan noch nicht. Derartige Informationen sind derzeit bei verschiedenen Organisationen gesammelt.

Auslaufen

31. Dezember 1997.

Country: Azerbaijan

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

There are no official enquiry points so far in Azerbaijan to which requests for information about relevant laws and regulations could be addressed. At present such information is concentrated in various organizations.

Phase-out

31 December 1997.

Pays: Azerbaïdjan

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Il n'existe actuellement pas, en Azerbaïdjan, de bureaux de renseignements officiels auxquels on puisse adresser les demandes d'information concernant les lois et réglementations pertinentes. Ces informations sont actuellement concentrées dans divers organismes.

Elimination

31 décembre 1997.

Land: Belarus

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

In Belarus existieren noch keine amtlichen Auskunftsstellen, die Auskünfte über Gesetze, sonstige Rechtsvorschriften, gerichtliche Entscheidungen und Verwaltungsverfügungen geben könnten. Gerichtliche Entscheidungen und Verwaltungsverfügungen werden in der Regel nicht veröffentlicht.

Auslaufen

31. Dezember 1998.

Country: Belarus

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

Official enquiry offices which could give information on laws, regulations, judicial decisions and administrative rulings do not exist yet in Belarus. As far as the judicial decisions and administrative rulings are concerned there is no practice of their publishing.

Phase-out

31 December 1998.

Pays: Belarus

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Il n'existe pas encore, au Belarus, de bureaux de renseignements officiels qui pourraient donner des informations sur les lois, les règlements, les décisions judiciaires et les réglementations administratives. En ce qui concerne les décisions judiciaires et les réglementations administratives, la pratique est de ne pas les publier.

Elimination

31 décembre 1998.

Land: Kasachstan

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Mit der Einrichtung von Auskunftsstellen wurde begonnen. Gerichtliche Entscheidungen und Verwaltungsverfügungen werden in Kasachstan nicht veröffentlicht (von einigen Entscheidungen des obersten Gerichtshofs abgesehen), weil sie nicht als Rechtsquellen angesehen werden. Für eine Veränderung der bestehenden Praxis ist ein längerer Übergangszeitraum erforderlich.

Auslaufen

1. Juli 2001.

Country: Kazakhstan

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

The process of establishing enquiry points has begun. As far as the judicial decisions and administrative rulings are concerned they are not published in Kazakhstan (except for some decisions made by the Supreme Court), because they are not considered to be sources of law. To change the existing practice will require a long transitional period.

Phase-out

1 July 2001.

Pays: Kazakhstan

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Le processus de création de bureaux de renseignements a commencé. En ce qui concerne les décisions judiciaires et les réglementations administratives, elles ne sont pas publiées au Kazakhstan (à l'exception de certaines décisions de la Cour suprême), étant donné qu'elles ne sont pas considérées comme des sources du droit. Il faudra une longue période transitoire pour changer la pratique existante.

Elimination

1er juillet 2001.

Land: Moldau

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Die Auskunftsstellen müssen noch geschaffen werden.

Auslaufen

31. Dezember 1995.

Country: Moldova

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

It is necessary to establish enquiry points.

Phase-out

31 December 1995.

Pays: Moldova

Secteur

Tous les secteurs de énergétiques.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Il est nécessaire de créer des bureaux de renseignements.

Elimination

31 décembre 1995.

Land: Russische Föderation

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

Die Föderation und die sie konstituierenden Republiken.

Beschreibung

In der Russischen Föderation gibt es noch keine amtlichen Auskunftsstellen, an die Anfragen über einschlägige Gesetze und sonstige Rechtsvorschriften gerichtet werden könnten. Gerichtliche Entscheidungen und Verwaltungsverfügungen gelten nicht als Rechtsquellen.

Auslaufen

31. Dezember 2000.

Country: The Russian Federation

Sector

All energy sectors.

Level of government

The Federation and the Republics constituting Federation.

Description

No official enquiry points exist in the Russian Federation as of now to which requests for information about relevant laws and other regulation acts could be addressed. As far as the judicial decisions and administrative rulings are concerned they are not considered to be sources of law.

Phase-out

31 December 2000.

Pays: Fédération de Russie

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

La Fédération et les républiques constituant la Fédération.

Description

Jusqu'à présent, il n'existe pas, dans la Fédération de Russie, de bureaux de renseignements officiels auxquels on puisse adresser des demandes d'informations concernant les lois ou autres réglementations pertinentes. En ce qui concerne les décisions judiciaires et les réglementations administratives, elles ne sont pas considérées comme des sources du droit.

Elimination

31 décembre 2000.

Land: Slowenien

Sektor

Alle Energiesektoren.

Country: Slovenia

Sector

All energy sectors.

Pays: Slovénie

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

In Slowenien gibt es noch keine amtlichen Auskunftsstellen, an die Anfragen über einschlägige Gesetze und sonstige Rechtsvorschriften gerichtet werden könnten. Derzeit stehen derartige Informationen bei verschiedenen Ministerien zur Verfügung. Das in Vorbereitung befindliche Gesetz über ausländische Investitionen sieht die Einrichtung einer solchen Auskunftsstelle vor.

Auslaufen

1. Januar 1998.

Land: Tadschikistan

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

In Tadschikistan gibt es bis jetzt keine Auskunftsstellen, an die Anfragen über einschlägige Gesetze und sonstige Rechtsvorschriften gerichtet werden können. Es ist nur eine Frage der Verfügbarkeit der Mittel.

Auslaufen

31. Dezember 1997.

Land: Ukraine

Sektor

Alle Energiesektoren.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Es ist erforderlich, die Transparenz der Gesetze auf den Standard der internationalen Praxis anzuheben. Die Ukraine muß Auskunftsstellen schaffen, die über Gesetze, sonstige Rechtsvorschriften, gerichtliche Entscheidungen und Verwaltungsverfügungen und die allgemein anwendbaren Normen Auskunft geben können.

Auslaufen

1. Januar 1998.

Artikel 22 Absatz 3

„Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß ein Rechtsträger, den sie gründet oder führt und dem sie ordnungsrechtliche, verwaltungsrechtliche oder sonstige staatliche Befugnisse überträgt, diese in einer Weise

Level of government

National.

Description

In Slovenia there are no official enquiry points yet to which requests for information about relevant laws and other regulatory acts could be addressed. At present such information is available in various ministries. The Law on Foreign Investments which is under preparation foresees establishment of such an enquiry point.

Phase-out

1 January 1998.

Country: Tajikistan

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

There are no enquiry points yet in Tajikistan to which requests for information about relevant laws and other regulations could be addressed. It is only a question of having available funding.

Phase-out

31 December 1997.

Country: Ukraine

Sector

All energy sectors.

Level of government

National.

Description

Improvement of the present transparency of laws up to the level of international practice is required. Ukraine will have to establish enquiry points providing Information about laws, regulations, judicial decisions and administrative rulings and standards of general application.

Phase-out

1 January 1998.

Article 22(3)

"Each Contracting Party shall ensure that if it establishes or maintains a state entity and entrusts the entity with regulatory, administrative or other governmental authority, such entity shall exercise that authority in a

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Il n'existe pas encore, en Slovénie, de bureaux de renseignements officiels auxquels on puisse adresser des demandes d'information concernant les lois et autres réglementations pertinentes. A l'heure actuelle, ces informations sont disponibles dans différents ministères. La loi sur les investissements étrangers, en cours de préparation, prévoit la création d'un tel bureau de renseignements.

Elimination

1er janvier 1998.

Pays: Tadjikistan

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Il n'existe pas encore, au Tadjikistan, de bureaux de renseignements officiels auxquels on puisse adresser des demandes d'informations concernant les lois et autres réglementations pertinentes. Ce n'est qu'une question de fonds disponibles.

Elimination

31 décembre 1997.

Pays: Ukraine

Secteur

Tous les secteurs de l'énergie.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Il est nécessaire d'améliorer la transparence actuelle des législations jusqu'au niveau des pratiques internationales. L'Ukraine devra créer des bureaux de renseignements fournissant des informations sur les lois, les réglementations, les décisions judiciaires et les réglementations administratives ainsi que sur les normes d'application générale.

Elimination

1er janvier 1998.

Article 22 paragraphe 3

«Chaque partie contractante veille à ce que, lorsqu'elle crée ou maintient une entité et lui délègue des pouvoirs réglementaires administratifs ou autres, cette entité exerce ces pouvoirs d'une manière compatible avec les

ausübt, die mit den Verpflichtungen der Vertragspartei aus diesem Vertrag im Einklang steht."

manner consistent with the Contracting Party's obligations under this Treaty."

obligations qui incombent à la partie contractante en vertu du présent traité.»

Land: Tschechische Republik

Sektor

Uran- und Nuklearindustrie.

Regierungsebene

National.

Beschreibung

Um die von der Verwaltung der staatlichen Materialreserven gelagerten Vorräte an Uranerz abzubauen, werden Einfuhren von Uranerz und -konzentraten einschließlich Uranbrennelemente, die Uran nichttschechischen Ursprungs enthalten, nicht zugelassen.

Auslaufen

1. Juli 2001.

Country: The Czech Republic

Sector

Uranium and nuclear industries.

Level of government

National.

Description

In order to deplete uranium ore reserves that are stocked by Administration of State Material Reserves, no imports of uranium ore and concentrates, including uranium fuel bundles containing uranium of non-Czech origin, will be licensed.

Phase-out

1 July 2001.

Pays: République tchèque

Secteur

Industrie de l'uranium et industrie nucléaire.

Niveau de Gouvernement

National.

Description

Afin de réduire les réserves de minerai d'uranium stocké par l'Administration des réserves de matières de l'Etat, aucune importation de minerai ou de concentrés d'uranium, y compris les faisceaux de combustible d'uranium contenant de l'uranium d'origine non tchèque, n'est autorisée.

Elimination

1er juillet 2001.

Beschlüsse zum Vertrag über die Energiecharta

Decisions with respect to the Energy Charter Treaty

Décisions relatives à la Charte européenne de l'énergie

Die Europäische Energiechartakonferenz hat folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Zum Vertrag als Ganzes

Im Fall eines Konflikts zwischen dem Vertrag vom 9. Februar 1920 über Spitzbergen (Svalbard-Vertrag) und dem Vertrag über die Energiecharta geht der Vertrag über Spitzbergen – unbeschadet der Haltungen der Vertragsparteien hinsichtlich des Svalbard-Vertrags – im Umfang des Konflikts vor. Im Fall eines derartigen Konflikts oder einer Streitigkeit über das Vorliegen eines Konflikts oder über seinen Umfang finden Artikel 16 und Teil V des Vertrags über die Energiecharta keine Anwendung.

2. Zu Artikel 10 Absatz 7

Die Russische Föderation kann verlangen, daß Gesellschaften mit Auslandsbeteiligung für das Pachten föderationseigenen Vermögens die gesetzliche Genehmigung einholen; die Russische Föderation muß jedoch ohne Ausnahme sicherstellen, daß dieses Verfahren nicht derart angewandt wird, daß bei den Investitionen von Investoren anderer Vertragsparteien eine Diskriminierung entsteht.

3. Zu Artikel 14

(1) Der Ausdruck „Freiheit des Transfers" in Artikel 14 Absatz 1 hindert eine Vertragspartei (im folgenden als „einschränkende Partei" bezeichnet) nicht daran, Einschränkungen des Kapitalverkehrs ihrer eigenen Investoren zu verhängen; allerdings

a) dürfen derartige Einschränkungen nicht die nach Artikel 14 Absatz 1 den Investoren anderer Vertragsparteien gewährten Rechte bezüglich ihrer Investitionen beeinträchtigen;

b) dürfen derartige Einschränkungen nicht die laufenden Transaktionen beeinträchtigen und

c) muß die Vertragspartei dafür sorgen, daß Investitionen in ihrem Gebiet, die von Investoren aller anderen Vertragsparteien vorgenommen werden, im Hin-

The European Energy Charter Conference has adopted the following Decisions:

1. With respect to the Treaty as a whole

In the event of a conflict between the treaty concerning Spitsbergen of 9 February 1920 (the Svalbard Treaty) and the Energy Charter Treaty, the treaty concerning Spitsbergen shall prevail to the extent of the conflict, without prejudice to the positions of the Contracting Parties in respect of the Svalbard Treaty. In the event of such conflict or a dispute as to whether there is such conflict or as to its extent, Article 16 and Part V of the Energy Charter Treaty shall not apply.

2. With respect to Article 10(7)

The Russian Federation may require that companies with foreign participation obtain legislative approval for the leasing of federally-owned property, provided that the Russian Federation shall ensure without exception that this process is not applied in a manner which discriminates among Investments of Investors of other Contracting Parties.

3. With respect to Artice 14

(1) The term "freedom of transfer" in Article 14(1) does not preclude a Contracting Party (hereinafter referred to as the "Limiting Party") from applying restrictions on movement of capital by its own Investors, provided that:

(a) such restrictions shall not impair the rights granted under Article 14(1) to Investors of other Contracting Parties with respect to their Investments;

(b) such restrictions do not affect Current Transactions; and

(c) the Contracting Party ensures that Investments in its Area of the Investors of all other Contracting Parties are accorded, with respect to transfers, treat-

La Conférence de la Charte européenne de l'énergie adopte les décisions suivantes:

1. En ce qui concerne le traité dans son ensemble

En cas de conflit entre le traité concernant le Spitzberg du 9 février 1920 (traité de Svalbard) et le traité sur la Charte de l'énergie, le traité concernant le Spitzberg l'emporte pour tout ce qui concerne ledit conflit, sans préjudice des positions des parties contractantes au sujet du traité de Svalbard. En cas de conflit de ce genre, ou en cas de différend sur le point de savoir s'il existe un tel conflit ou sur son étendue, l'article 16 et la partie V du traité sur la Charte de l'énergie ne sont pas applicables.

2. En ce qui concerne l'article 10 paragraphe 7

La Fédération de Russie peut demander que les entreprises à participation étrangère obtiennent une autorisation législative pour le crédit-bail relatif à un bien de propriété fédérale, pour autant qu'elle assure que, sans exception aucune, cette procédure n'est pas appliquée de manière à introduire une discrimination entre les investissements des investisseurs des autres parties contractantes.

3. En ce qui concerne l'article 14

1) Le terme «liberté des transferts» apparaissant à l'article 14 paragraphe 1 n'empêche pas une partie contractante, ci-après dénommée «partie restreignante», d'appliquer des restrictions aux mouvements de capitaux de ses propres investisseurs, à condition que:

a) ces restrictions n'entravent pas l'exercice des droits accordés en vertu de l'article 14 paragraphe 1 aux investisseurs des autres parties contractantes en ce qui concerne leurs investissements;

b) ces restrictions n'affectent pas les opérations commerciales courantes; et

c) la partie contractante assure que les investissements effectués dans sa zone par les investisseurs de toutes les autres parties contractantes bénéficient,

blick auf Transfers eine nicht weniger günstige Behandlung erfahren als Investitionen von Investoren einer anderen Vertragspartei oder eines dritten Staates, je nachdem, welche Behandlung die günstigste ist.

(2) Dieser Beschluß bedarf fünf Jahre nach Inkrafttreten des Vertrags, spätestens jedoch zu dem in Artikel 32 Absatz 3 vorgesehenen Zeitpunkt, der Überprüfung durch die Chartakonferenz.

(3) Keine Vertragspartei ist berechtigt, derartige Einschränkungen zu verhängen, es sei denn, die Vertragspartei ist ein Staat, der zu der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gehörte, und sie hat spätestens bis zum 1. Juli 1995 dem vorläufigen Sekretariat schriftlich notifiziert, daß sie berechtigt zu werden wünscht, Einschränkungen im Sinne dieses Beschlusses zu verhängen.

(4) Dieser Beschluß schmälert hinsichtlich des Artikels 16 nicht die hierin festgelegten Rechte einer Vertragspartei, ihrer Investoren oder ihrer Investitionen oder die Pflichten einer Vertragspartei.

(5) Im Sinne dieses Beschlusses sind „laufende Transaktionen" laufende Zahlungen im Zusammenhang mit der Verbringung von Gütern, Dienstleistungen oder Personen, wie sie üblicher internationaler Gepflogenheit entsprechen; ausgenommen sind Abmachungen, die faktisch eine Kombination aus einer laufenden Zahlung und einer Kapitaltransaktion darstellen, wie etwa Zahlungsaufschübe und Vorschußzahlungen, mit denen die einschlägigen Rechtsvorschriften der einschränkenden Partei umgangen werden sollen.

4. Zu Artikel 14 Absatz 2

Ungeachtet der Forderungen in Artikel 14 und seiner sonstigen internationalen Verpflichtungen bemüht sich Rumänien während des Übergangs seiner nationalen Währung zu voller Konvertierbarkeit um geeignete Maßnahmen, um die Wirksamkeit seiner Verfahren zum Transfer von Investitionserträgen zu verbessern und in jedem Fall derartige Transfers in einer frei konvertierbaren Währung ohne Einschränkung oder mehr als sechsmonatige Verzögerung zu gewährleisten. Rumänien stellt sicher, daß Investitionen in seinem Gebiet von Investoren aller anderen Vertragsparteien hinsichtlich Transfers eine Behandlung erfahren, die nicht weniger günstig ist als diejenige, die es Investitionen von Investoren einer anderen Vertragspartei oder eines dritten Staates gewährt, je nachdem, welche Behandlung die günstigste ist.

5. Zu Artikel 24 Absatz 4 Buchstabe a und Artikel 25

Eine Investition eines Investors nach Artikel 1 Nummer 7 Buchstabe a Ziffer ii einer

ment no less favourable than that which it accords to Investments of Investors of any other Contracting Party or of any third state, whichever is the most favourable.

(2) This Decision shall be subject to examination by the Charter Conference five years after entry into force of the Treaty, but not later than the date envisaged in Article 32(3).

(3) No Contracting Party shall be eligible to apply such restrictions unless it is a Contracting Party which is a state that was a constituent part of the former Union of Soviet Socialist Republics, which has notified the provisional Secretariat in writing no later than 1 July 1995 that it elects to be eligible to apply restrictions in accordance with this Decision.

(4) For the avoidance of doubt, nothing in this Decision shall derogate, as concerns Article 16, from the rights hereunder of a Contracting Party, its Investors or their Investments, or from the obligations of a Contracting Party.

(5) For the purposes of this Decision: "Current Transactions" are current payments connected with the movement of goods, services or persons that are made in accordance with normal international practice, and do not include arrangements which materially constitute a combination of a current payment and a capital transaction, such as deferrals of payments and advances which is meant to circumvent respective legislation of the Limiting Party in the field.

4. With respect to Article 14(2)

Without prejudice to the requirements of Article 14 and its other international obligations, Romania shall endeavour during the transition to full convertibility of its national currency to take appropriate steps to improve the efficiency of its procedures for the transfers of Investment Returns and shall in any case guarantee such transfers in a Freely Convertible Currency without restriction or a delay exceeding six months. Romania shall ensure that Investments in its Area of the Investors of all other Contracting Parties are accorded, with respect to transfers, treatment no less favourable than that which it accords to Investments of Investors of any other Contracting Party or of any third state, whichever is the most favourable.

5. With respect to Articles 24(4)(a) and 25

An Investment of an Investor referred to in Article 1(7)(a)(ii), of a Contracting Party

en matière de transferts, d'un traitement aussi favorable que celui qu'elle accorde aux investissements des investisseurs de toute autre partie contractante ou de tout Etat tiers, le traitement à retenir étant celui qui est le plus favorable.

2) La présente décision sera examinée par la Conférence de la Charte cinq ans après l'entrée en vigueur du traité, mais au plus tard à la date prévue à l'article 32 paragraphe 3.

3) Aucune partie contractante n'a le droit d'appliquer ces restrictions à moins qu'elle ne soit un Etat qui a fait partie de l'ancienne Union des républiques socialistes soviétiques et qu'elle ait fait savoir par écrit au Secrétariat provisoire, avant le 1[er] juillet 1995, qu'elle souhaite pouvoir appliquer des restrictions conformément à la présente décision.

4) Afin de prévenir toute équivoque, la présente décision ne déroge en rien, en ce qui concerne l'article 16, aux droits qui en découlent pour les parties contractantes, ses investisseurs ou leurs investissements, ni aux obligations des parties contractantes.

5) Aux fins de la présente décision: les «opérations commerciales courantes» sont les paiements courants liés aux mouvements de biens, de services ou de personnes qui sont effectués conformément aux pratiques internationales normales et ne comprennent pas les arrangements qui combinent concrètement une opération commerciale courante et une opération en capital, tels que sursis de paiement et avances, qui visent à contourner la législation respective de la partie restreignante en la matière.

4. En ce qui concerne l'article 14 paraqraphe 2

Sans préjudice des conditions énoncées à l'article 14 et de ses autres obligations internationales, la Roumanie s'efforce, au cours de la transition vers une convertibilité totale de sa monnaie nationale, de prendre les mesures appropriées pour améliorer l'efficacité de ses procédures de transfert de revenus d'investissements et garantit, dans tous les cas, ces transferts en une monnaie librement convertible sans restriction ni retard excédant six mois. La Roumanie assure que les investissements effectués dans sa zone par les investisseurs de toutes les autres parties contractantes bénéficient, en matière de transferts, d'un traitement aussi favorable que celui qu'elle accorde aux investissements des investisseurs de toute autre partie contractante ou de tout Etat tiers, le traitement à retenir celui qui est le plus avantageux.

5. En ce qui concerne l'article 24 paragraphe 4 point a) et l'article 25

Les investissements d'un investisseur visés à l'article 1[er] paragraphe 7 point a) ii) ou

Vertragspartei, die nicht Vertragspartei einer EIA oder Mitglied einer Freihandelszone oder Zollunion ist, hat Anrecht auf die im Rahmen der EIA, Freihandelszone oder Zollunion gewährte Behandlung, sofern die Investition

a) ihren eingetragenen Geschäftssitz, ihre Zentralverwaltung oder ihren Hauptgeschäftssitz im Gebiet einer Vertragspartei der betreffenden EIA oder eines Mitglieds der betreffenden Freihandelszone oder Zollunion hat oder,

b) falls sie nur ihren eingetragenen Geschäftssitz in dem betreffenden Gebiet hat, eine tatsächliche und dauerhafte Verbindung zu der Wirtschaft einer der Vertragsparteien der betreffenden EIA oder dem Mitglied der betreffenden Freihandelszone oder Zollunion hat.

which is not party to an EIA or a member of a free-trade area or a customs union, shall be entitled to treatment accorded under such EIA, free-trade area or customs union, provided that the Investment:

(a) has its registered office, central administration or principal place of business in the Area of a party to that EIA or member of that free-trade area or customs union; or

(b) in case it only has its registered office in that Area, has an effective and continuous link with the economy of one of the parties to that EIA or member of that free-trade area or customs union.

d'une partie contractante qui n'est pas partie à un AIE ni membre d'une zone de libre échange ou d'une union douanière bénéficient du traitement accordé par cet AIE, cette zone de libre échange ou cette union douanière, à condition que les bénéficiaires de ces investissements:

a) aient leur siège social, leur administration centrale ou leur principal établissement dans la zone d'une partie à l'AIE ou d'un membre de cet espace de libre échange ou de cette union douanière; ou

b) si ces investissements sont simplement établis sur leur sol, qu'ils aient un lien effectif et suivi avec l'économie d'une partie à cet AIE ou d'un membre de cette zone de libre échange ou de cette union douanière.

Energiechartaprotokoll über Energieeffizienz und damit verbundene Umweltaspekte

Präambel

Die Vertragsparteien dieses Protokolls –

Im Hinblick auf die im Abschlußdokument der Haager Konferenz über die Europäische Energiecharta angenommene Europäische Energiecharta, das am 17. Dezember 1991 in Den Haag unterzeichnet wurde, und insbesondere auf die darin enthaltenen Erklärungen, daß Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energieeffizienz und des damit verbundenen Umweltschutzes notwendig ist;

gestützt auf den Vertrag über die Energiecharta, der vom 17. Dezember 1994 bis zum 16. Juni 1995 zur Unterzeichnung aufliegt;

eingedenk der von internationalen Organisationen und Foren auf dem Gebiet der Energieeffizienz und der Umweltaspekte des Energiekreislaufs geleisteten Arbeit;

angesichts der verbesserten Versorgungssicherheit und des erheblichen Nutzens für Wirtschaft und Umwelt, die sich aus der Umsetzung kostengünstiger Energieeffizienzmaßnahmen ergeben und angesichts deren Bedeutung für die Umstrukturierung von Volkswirtschaften und die Verbesserung des Lebensstandards;

in der Erkenntnis, daß Verbesserungen der Energieeffizienz die negativen Auswirkungen des Energiekreislaufs auf die Umwelt, einschließlich der Erwärmung der Erdatmosphäre und der Übersäuerung, verringern;

in der Überzeugung, daß Energiepreise so weit wie möglich einen wettbewerblichen Markt widerspiegeln sollen, der eine marktorientierte Preisbildung unter Einschluß einer umfassenderen Einbeziehung von Umweltkosten und -nutzen garantiert, und in der Erkenntnis, daß eine solche Preisbildung für Fortschritte auf dem Gebiet der Energieeffizienz und des damit verbundenen Umweltschutzes wesentlich ist;

in Würdigung der wichtigen Rolle der privaten Wirtschaft, einschließlich kleiner und mittlerer Unternehmen, hinsichtlich der Förderung und Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen und in der Absicht, einen günstigen institutionellen Rahmen für wirtschaftlich rentable Investitionen im Bereich der Energieeffizienz sicherzustellen;

in der Erkenntnis, daß privatwirtschaftliche Zusammenarbeit erforderlichenfalls

Energy Charter Protocol on Energy Efficiency and Related Environmental Aspects

Preamble

The Contracting Parties to this Protocol,

Having regard to the European Energy Charter adopted in the Concluding Document of the Hague Conference on the European Energy Charter, signed at The Hague on 17 December 1991; and in particular to the declarations therein that cooperation is necessary in the field of energy efficiency and related environmental protection;

Having regard also to the Energy Charter Treaty, opened for signature from 17 December 1994 to 16 June 1995;

Mindful of the work undertaken by international organizations and fora in the field of energy efficiency and environmental aspects of the energy cycle;

Aware of the improvements in supply security, and of the significant economic and environmental gains, which result from the implementation of cost-effective energy efficiency measures; and aware of their importance for restructuring economies and improving living standards;

Recognizing that improvements in energy efficiency reduce negative environmental consequences of the energy cycle including global warming and acidification;

Convinced that energy prices should reflect as far as possible a competitive market, ensuring market-oriented price formation, including fuller reflection of environmental costs and benefits, and recognizing that such price formation is vital to progress in energy efficiency and associated environmental protection;

Appreciating the vital role of the private sector including small and medium-sized enterprises in promoting and implementing energy efficiency measures, and intent on ensuring a favourable institutional framework for economically viable investment in energy efficiency;

Recognizing that commercial forms of cooperation may need to be complemented

Protocole de la Charte de l'énergie sur l'efficacité énergétique et les aspects environnementaux connexes

Préambule

Les parties contractantes au présent protocole,

Considérant la Charte européenne de l'énergie adoptée par le moyen du document de clôture de la Conférence de La Haye sur la Charte européenne de l'énergie, signé à La Haye le 17 décembre 1991, et notamment les déclarations y jointes selon lesquelles la coopération est nécessaire dans le domaine de l'efficacité énergétique et de la protection de l'environnement;

Considérant également le traité sur la Charte de l'énergie, ouvert à la signature du 17 décembre 1994 au 16 juin 1995;

Ayant à l'esprit les travaux entrepris par les organisations et les instances internationales dans le domaine de l'efficacité énergétique et des aspects environnementaux du cycle énergétique;

Conscientes de la plus grande sécurité des approvisionnements et des gains économiques et environnementaux générés par la mise en œuvre de mesures d'efficacité énergétique présentant un bon rapport coût-efficacité, et conscientes de l'importance de ces mesures dans la restructuration des économies et l'amélioration des niveaux de vie;

Reconnaissant que les améliorations réalisées dans le domaine de l'efficacité énergétique réduisent les effets négatifs du cycle énergétique sur l'environnement, y compris le réchauffement général et l'acidification;

Convaincues que les prix de l'énergie doivent refléter, dans la mesure du possible, un marché concurrentiel, assurant une formation des prix orientée vers le marché, y compris une meilleure prise en compte des coûts et avantages environnementaux, et reconnaissant qu'une telle formation des prix est essentielle pour réaliser des progrès dans le domaine de l'efficacité énergétique et de la protection de l'environnement;

Ayant conscience du rôle essentiel joué par le secteur privé, y compris les petites et moyennes entreprises, dans la promotion et la mise en œuvre de mesures d'efficacité énergétique, et désireuses d'assurer un cadre institutionnel favorable aux investissements économiquement viables dans le domaine de l'efficacité énergétique;

Reconnaissant que les formes commerciales de coopération peuvent éventuelle-

durch zwischenstaatliche Zusammenarbeit ergänzt werden muß, insbesondere auf dem Gebiet der Energiepolitikformulierung und -analyse sowie auf Gebieten, die für die Verbesserung der Energieeffizienz von großer Bedeutung sind, sich jedoch für eine private Finanzierung nicht eignen;

in dem Wunsch, gemeinsame und koordinierte Maßnahmen auf dem Gebiet der Energieeffizienz und des damit verbundenen Umweltschutzes zu ergreifen und ein Protokoll zu verabschieden, das den Rahmen für eine möglichst wirtschaftliche und effiziente Nutzung von Energie festlegt –

sind wie folgt übereingekommen:

Teil I

Einleitung

Artikel 1

Geltungsbereich und Ziele des Protokolls

(1) Dieses Protokoll legt Grundsätze für die Politik zur Förderung der Energieeffizienz als wesentliche Energiequelle und zur hieraus folgenden Verringerung schädlicher Umwelteinflüsse von Energiesystemen fest. Des weiteren dient es als Orientierung für die Entwicklung von Energieeffizienzprogrammen, nennt Bereiche der Zusammenarbeit und schafft einen Rahmen für die Entwicklung gemeinsamer und koordinierter Maßnahmen. Diese Maßnahmen können die Erkundung, Aufsuchung, Produktion, Umwandlung, Lagerung, Beförderung, Verteilung und den Verbrauch von Energie in allen Wirtschaftszweigen einschließen.

(2) Die Ziele dieses Protokolls sind

a) die Förderung der Energieeffizienzpolitik im Einklang mit nachhaltiger Entwicklung;

b) die Schaffung von Rahmenbedingungen, die Produzenten und Verbraucher dazu bewegen, Energie so sparsam, effizient und umweltfreundlich wie möglich zu nutzen, insbesondere durch die Schaffung effizienter Energiemärkte und eine umfassendere Einbeziehung von Umweltkosten und -nutzen, und

c) die Förderung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energieeffizienz.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Protokolls

1. bedeutet „Charta“ die im Abschlußdokument der Haager Konferenz über die Europäische Energiecharta angenom-

by intergovernmental cooperation, particularly in the area of energy policy formulation and analysis as well as in other areas which are essential to the enhancement of energy efficiency but not suitable for private funding; and

Desiring to undertake cooperative and coordinated action in the field of energy efficiency and related environmental protection and to adopt a Protocol providing a framework for using energy as economically and efficiently as possible:

Have agreed as follows:

Part I

Introduction

Article 1

Scope and objectives of the Protocol

(1) This Protocol defines policy principles for the promotion of energy efficiency as a considerable source of energy and for consequently reducing adverse Environmental Impacts of energy systems. It furthermore provides guidance on the development of energy efficiency programmes, indicates areas of cooperation and provides a framework for the development of cooperative and coordinated action. Such action may include the prospecting for, exploration, production, conversion, storage, transport, distribution, and consumption of energy, and may relate to any economic sector.

(2) The objectives of this Protocol are:

(a) the promotion of energy efficiency policies consistent with sustainable development;

(b) the creation of framework conditions which induce producers and consumers to use energy as economically, efficiently and environmentally soundly as possible, particularly through the organization of efficient energy markets and a fuller reflection of environmental costs and benefits; and

(c) the fostering of cooperation in the field of energy efficiency.

Article 2

Definitons

As used in this Protocol:

(1) "Charter" means the European Energy Charter adopted in the Concluding Document of the Hague Conference on the

ment devoir être complétées par une coopération intergouvernementale, en particulier dans le domaine de la formulation de la politique énergétique et de l'analyse ainsi que dans d'autres domaines essentiels à l'amélioration de l'efficacité énergétique mais qui ne se prêtent pas à un financement privé; et

Désireuses de mener une action commune coordonnée dans le domaine de l'efficacité énergétique et de la protection de l'environnement et d'adopter un protocole créant un cadre pour l'utilisation la plus économique et la plus efficace possible de l'énergie,

Sont convenues de ce qui suit:

Section I

Introduction

Article premier

Champ d'application et objectifs du protocole

1. Le présent protocole définit les principes d'une politique visant la promotion de l'efficacité énergétique, considérée comme une source importante d'énergie, et la réduction des effets dommageables des systèmes énergétiques sur l'environnement. Il fournit en outre des orientations sur l'élaboration de programmes d'efficacité énergétique, indique les domaines de coopération et crée un cadre pour la réalisation d'une action commune coordonnée. Une telle action peut inclure la prospection, l'exploration, la production, la conversion, le stockage, le transport, la distribution et la consommation d'énergie et peut se rapporter à tout secteur économique.

2. Les objectifs du présent protocole sont:

a) la promotion de politiques d'efficacité énergétique compatibles avec le développement durable;

b) la création de conditions susceptibles d'inciter les producteurs et les consommateurs à utiliser l'énergie de la manière la plus économique, la plus efficace et la plus saine possible pour l'environnement, en particulier grâce à l'organisation de marchés de l'énergie efficaces et d'une meilleure prise en compte des coûts et avantages environnementaux; et

c) l'encouragement de la coopération dans le domaine de l'efficacité énergétique.

Article 2

Définitions

Tels qu'ils sont employés dans le présent protocole, les termes qui suivent ont la signification indiquée ci-après:

1) «Charte» désigne la Charte européenne de l'énergie adoptée par le moyen du document de clôture de la Conférence

mene Europäische Energiecharta, das am 17. Dezember 1991 in Den Haag unterzeichnet wurde; die Unterzeichnung des Abschlußdokuments gilt als Unterzeichnung der Charta;

2. bedeutet „Vertragspartei" einen Staat oder eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, die zugestimmt haben, durch dieses Protokoll gebunden zu sein und für die das Protokoll in Kraft ist;

3. bedeutet „Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration" eine Organisation, die von Staaten gebildet wird, welche ihr die Zuständigkeit für eine Reihe bestimmter unter dieses Protokoll fallender Angelegenheiten übertragen haben, einschließlich der Befugnis, in diesen Angelegenheiten für sie bindende Entscheidungen zu treffen;

4. bedeutet „Energiekreislauf" die gesamte Energiekette, einschließlich der Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Erkundung, Aufsuchung, Produktion, Umwandlung, Lagerung, Beförderung, Verteilung und dem Verbrauch der verschiedenen Energieformen, der Abfallbehandlung und -entsorgung sowie die Außerbetriebnahme, Stillegung oder Beendigung dieser Tätigkeiten bei gleichzeitiger Beschränkung der schädlichen Umweltauswirkungen auf ein Mindestmaß;

5. bedeutet „Kostengünstigkeit" das Erreichen eines gesetzten Zieles bei geringsten Kosten oder das Erreichen des größten Nutzens bei gegebenen Kosten;

6. bedeutet „Energieeffizienz verbessern" darauf hinwirken, den unveränderten mengenmäßigen Ertrag (einer Ware oder einer Dienstleistung) ohne Qualitäts- oder Leistungseinbuße zu erhalten bei gleichzeitiger Verringerung der zur Produktion dieses Ertrags eingesetzten Energiemenge;

7. bedeutet „Umweltauswirkung" eine von einer gegebenen Tätigkeit ausgehende Wirkung auf die Umwelt, einschließlich der menschlichen Gesundheit und Sicherheit, der Pflanzen- und Tierwelt, des Bodens, der Luft, des Wassers, des Klimas, der Landschaft und der historischen Denkmäler oder sonstiger Bauten oder die Wechselwirkungen zwischen diesen Faktoren; der Begriff umfaßt auch Wirkungen auf das Kulturerbe oder auf wirtschaftlich-soziale Verhältnisse, die sich aus Veränderungen dieser Faktoren ergeben.

European Energy Charter signed at The Hague on 17 December 1991; signature of the Concluding Document is considered to be signature of the Charter.

(2) "Contracting Party" means a state or Regional Economic Integration Organization which has consented to be bound by this Protocol and for which the Protocol is in force.

(3) "Regional Economic Integration Organization" means an organization constituted by states to which they have transferred competence over certain matters a number of which are governed by this Protocol, including the authority to take decisions binding on them in respect of those matters.

(4) "Energy Cycle" means the entire energy chain, including activities related to prospecting for, exploration, production, conversion, storage, transport, distribution and consumption of the various forms of energy, and the treatment and disposal of wastes, as well as the decommissioning, cessation or closure of these activities, minimizing harmful Environmental Impacts.

(5) "Cost-Effectiveness" means to achieve a defined objective at the lowest cost or to achieve the greatest benefit at a given cost.

(6) "Improving Energy Efficiency" means acting to maintain the same unit of output (of a good or service) without reducing the quality or performance of the output, while reducing the amount of energy required to produce that output.

(7) "Environmental Impact" means any effect caused by a given activity on the environment, including human health and safety, flora, fauna, soil, air, water, climate, landscape and historical monuments or other physical structures or the interactions among these factors; it also includes effects on cultural heritage or socio-economic conditions resulting from alterations to those factors.

de La Haye sur la Charte européenne de l'énergie, signé à La Haye le 17 décembre 1991; la signature du document de clôture est considérée comme valant signature de la Charte.

2) «Partie contractante» désigne tout Etat ou toute organisation d'intégration économique régionale qui a accepté d'être lié par le présent protocole et à l'égard duquel ou de laquelle celui-ci est en vigueur.

3) «Organisation d'intégration économique régionale» désigne toute organisation constituée par des Etats à laquelle ceux-ci ont transféré des compétences dans des domaines déterminés dont certains sont régis par le présent protocole, y compris le pouvoir de prendre des décisions qui les lient dans ces domaines.

4) «Cycle énergétique» désigne la chaîne énergétique complète, y compris les activités liées à la prospection, à l'exploration, à la production, à la conversion, au stockage, au transport, à la distribution et à la consommation des différentes formes d'énergie, le traitement et l'élimination des déchets, ainsi que le déclassement, la cessation ou la clôture de ces activités, l'impact nuisible pour l'environnement devant être réduit à un minimum.

5) «Bon rapport coût-efficacité» désigne la réalisation d'un objectif déterminé au coût le plus faible ou l'obtention de l'avantage le plus grand à un coût donné.

6) «Améliorer l'efficacité énergétique» désigne le fait d'agir pour maintenir la même unité de production (d'un bien ou d'un service) sans réduire la qualité ou le rendement de la production, tout en réduisant la quantité d'énergie requise pour générer cette production.

7) «Impact environnemental» désigne tout effet causé par une activité déterminée sur l'environnement, y compris la santé et la sécurité humaine, la flore, la faune, le sol, l'air, l'eau, le climat, le paysage et les monuments historiques ou les autres structures physiques, ou sur les interactions entre ces facteurs; ce terme couvre également les effets sur le patrimoine culturel ou les conditions socio-économiques résultant de l'altération de ces facteurs.

Teil II
Energiepolitische Grundsätze

Artikel 3
Wesentliche Grundsätze

Die Vertragsparteien lassen sich von folgenden Grundsätzen leiten:

Part II
Policy principles

Article 3
Basic principles

Contracting Parties shall be guided by the following principles:

Section II
Principes de politique générale

Article 3
Principes de base

Les parties contractantes sont guidées par les principes suivants:

(1) Die Vertragsparteien arbeiten zusammen und unterstützen einander erforderlichenfalls bei der Entwicklung und Umsetzung von Energieeffizienzpolitiken, -gesetzen und -verordnungen.

(2) Die Vertragsparteien erarbeiten Energieeffizienzpolitiken und angemessene rechtliche Rahmenbedingungen, die unter anderem folgendes fördern:

a) das effiziente Funktionieren von Marktmechanismen einschließlich marktorientierter Preisbildung und einer umfassenderen Einbeziehung von Umweltkosten und -nutzen;

b) den Abbau von Hemmnissen, die der effizienten Nutzung von Energie entgegenstehen, um auf diese Weise Investitionen anzuregen;

c) Mechanismen zur Finanzierung von Energieeffizienzinitiativen;

d) Bildung und Bewußtseinsbildung;

e) Verbreitung und Transfer von Technologien und

f) Transparenz gesetzlicher und verwaltungsrechtlicher Rahmenbedingungen.

(3) Die Vertragsparteien sind bestrebt, im gesamten Energiekreislauf den vollen Nutzen der Energieeffizienz zu erreichen. Zu diesem Zweck werden sie nach bestem Vermögen kostengünstige und wirtschaftlich effiziente Energieeffizienzpolitiken und gemeinsame und koordinierte Maßnahmen ausarbeiten und umsetzen, wobei sie Umweltaspekten gebührend Rechnung tragen.

(4) Die Energieeffizienzpolitiken umfassen sowohl kurzfristige Maßnahmen zur Angleichung der bisherigen Praxis als auch langfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz im gesamten Energiekreislauf.

(5) Bei der Zusammenarbeit zur Verwirklichung der Ziele dieses Protokolls berücksichtigen die Vertragsparteien die Unterschiede bei den nachteiligen Auswirkungen und den Kosten der Bekämpfung von Umweltbelastungen zwischen den Vertragsparteien.

(6) Die Vertragsparteien erkennen die große Bedeutung der Privatwirtschaft an. Sie unterstützen Maßnahmen, die von Energieversorgungsunternehmen, zuständigen Behörden und Fachagenturen getroffen werden, sowie die enge Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Verwaltung.

(7) Kooperative und koordinierte Maßnahmen berücksichtigen die einschlägigen Grundsätze, die in internationalen Übereinkünften verabschiedet wurden, welche den Schutz und die Verbesserung der Umwelt zum Ziel haben und denen Vertragsparteien als Vertragsparteien angehören.

(1) Contracting Parties shall cooperate and, as appropriate, assist each other in developing and implementing energy efficiency policies, laws and regulations.

(2) Contracting Parties shall establish energy efficiency policies and appropriate legal and regulatory frameworks which promote, inter alia:

(a) efficient functioning of market mechanisms including market-oriented price formation and a fuller reflection of environmental costs and benefits;

(b) reduction of barriers to energy efficiency, thus stimulating investments;

(c) mechanisms for financing energy efficiency initiatives;

(d) education and awareness;

(e) dissemination and transfer of technologies;

(f) transparency of legal and regulatory frameworks.

(3) Contracting Parties shall strive to achieve the full benefit of energy efficiency throughout the Energy Cycle. To this end they shall, to the best of their competence, formulate and implement energy efficiency policies und cooperative or coordinated actions based on Cost-Effectiveness and economic efficiency, taking due account of environmental aspects.

(4) Energy efficiency policies shall include both short-term measures for the adjustment of previous practices and long-term measures to improve energy efficiency throughout the Energy Cycle.

(5) When cooperating to achieve the objectives of this Protocol, Contracting Parties shall take into account the differences in adverse effects and abatement costs between Contracting Parties.

(6) Contracting Parties recognize the vital role of the private sector. They shall encourage action by energy utilities, responsible authorities and specialised agencies, and close cooperation between industry and administrations.

(7) Cooperative or coordinated action shall take into account relevant principles adopted in international agreements, aimed at protection and improvement of the environment, to which Contracting Parties are parties.

1) Les parties contractantes coopèrent et, le cas échéant, s'entraident dans le domaine de l'élaboration et de la mise en œuvre de politiques, de lois et de règlements relatifs à l'efficacité énergétique.

2) Les parties contractantes établissent des politiques d'efficacité énergétique et des cadres légaux et réglementaires susceptibles de promouvoir, entre autres:

a) le fonctionnement efficace des mécanismes du marché, y compris une formation des prix orientée vers le marché et une meilleure prise en compte des coûts et avantages environnementaux;

b) l'abaissement des barrières à l'efficacité énergétique, stimulant ainsi les investissements;

c) les mécanismes relatifs au financement des initiatives en faveur de l'efficacité énergétique;

d) l'enseignement et la prise de conscience;

e) la dissémination et le transfert de technologies;

f) la transparence des cadres légaux et réglementaires.

3) Les parties contractantes s'efforcent d'obtenir le plein bénéfice de l'efficacité énergétique dans l'ensemble du cycle énergétique. A cette fin, elles formulent et mettent en œuvre, dans la mesure de leur compétence, des politiques d'efficacité énergétique et des actions communes ou coordonnées, fondées sur le rapport coût-efficacité et sur l'efficacité économique, tenant dûment compte des considérations environnementales.

4) Les politiques d'efficacité énergétique comprennent des mesures à court terme visant à adapter les pratiques antérieures et des mesures à long terme destinées à améliorer l'efficacité énergétique dans l'ensemble du cycle énergétique.

5) Dans le cadre de la coopération menée en vue de réaliser les objectifs du présent protocole, les parties contractantes tiennent compte des différences existant entre les parties contractantes en termes d'effets nuisibles et de coûts de réduction.

6) Les parties contractantes reconnaissent le rôle essentiel du secteur privé. Elles encouragent les actions entreprises par les institutions de service public déployant leurs activités dans le domaine énergétique, les autorités responsables et les organismes spécialisés, et favorisent une coopération étroite entre l'industrie et les administrations.

7) L'action commune ou coordonnée tient compte des principes pertinents adoptés dans le cadre d'accords internationaux qui ont pour objet la protection et l'amélioration de l'environnement et auxquelles les parties contractantes sont parties.

(8) Die Vertragsparteien machen von der Arbeit und der Sachkenntnis zuständiger internationaler und anderer Gremien umfassend Gebrauch und achten auf die Vermeidung doppelter Arbeit.

Artikel 4

Aufgabenverteilung und Koordinierung

Jede Vertragspartei ist bestrebt sicherzustellen, daß die Energieeffizienzpolitiken zwischen allen ihren verantwortlichen Behörden koordiniert werden.

Artikel 5

Strategien und politische Ziele

Die Vertragsparteien erarbeiten Strategien und politische Ziele zur Verbesserung der Energieeffizienz und damit zur Verringerung der Umweltauswirkungen des Energiekreislaufs unter Berücksichtigung ihrer speziellen Energiesituation. Diese Strategien und Ziele haben allen interessierten Parteien gegenüber transparent zu sein.

Artikel 6

Finanzierung und finanzielle Anreize

(1) Die Vertragsparteien unterstützen die Umsetzung neuer Ansätze und Methoden zur Finanzierung von Investitionen in den Bereichen Energieeffizienz und energiebezogener Umweltschutz, wie beispielsweise Vereinbarungen über Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures) zwischen Energieverbrauchern und externen Investoren (im folgenden als „Drittfinanzierung" bezeichnet).

(2) Die Vertragsparteien sind bestrebt, private Kapitalmärkte und bestehende internationale Finanzinstitutionen zu nutzen und den Zugang zu diesen zu fördern, um Investitionen zur Verbesserung der Energieeffizienz und im Bereich Umweltschutz im Zusammenhang mit Energieeffizienz zu erleichtern.

(3) Die Vertragsparteien können vorbehaltlich des Vertrags über die Energiecharta und ihrer anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen für Energieverbraucher steuerliche und finanzielle Anreize schaffen, um die Marktdurchdringung von Energieeffizienztechnologien, -produkten und -dienstleistungen zu erleichtern. Sie sind bestrebt, dabei Transparenz sicherzustellen und die Verzerrung internationaler Märkte auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Artikel 7

Förderung energieeffizienter Technologien

(1) Im Einklang mit dem Vertrag über die Energiecharta fördern die Vertragsparteien Handel und Zusammenarbeit im Bereich energieeffizienter und umweltfreundlicher Technologien, energiebezogener Dienstleistungen und Managementpraktiken.

(8) Contracting Parties shall take full advantage of the work and expertise of competent international or other bodies and shall take care to avoid duplication.

Article 4

Division of responsibility and coordination

Each Contracting Party shall strive to ensure that energy efficiency policies are coordinated among all of its responsible authorities.

Article 5

Strategies and policy aims

Contracting Parties shall formulate strategies and policy aims for Improving Energy Efficiency and thereby reducing Environmental Impacts of the Energy Cycle as appropriate in relation to their own specific energy conditions. These strategies and policy aims shall be transparent to all interested parties.

Article 6

Financing and financial incentives

(1) Contracting Parties shall encourage the implementation of new approaches and methods for financing energy efficiency and energy related environmental protection investments, such as joint venture arrangements between energy users and external investors (hereinafter referred to as "Third Party Financing").

(2) Contracting Parties shall endeavour to take advantage of and promote access to private capital markets and existing international financing institutions in order to facilitate investments in Improving Energy Efficiency and in environmental protection related to energy efficiency.

(3) Contracting Parties may, subject to the provisions of the Energy Charter Treaty and to their other international legal obligations, provide fiscal or financial incentives to energy users in order to facilitate market penetration of energy efficiency technologies, products and services. They shall strive to do so in a manner that both ensures transparency and minimizes the distortion of international markets.

Article 7

Promotion of energy efficient technology

(1) Consistent with the provisions of the Energy Charter Treaty, Contracting Parties shall encourage commercial trade and cooperation in energy efficient and environmentally sound technologies, energy related services and management practices.

8) Les parties contractantes profitent pleinement des travaux et de l'expertise des organismes compétents, internationaux ou autres, et veillent à éviter tout double emploi.

Article 4

Répartition de la responsabilité et coordination

Chaque partie contractante s'efforce de faire en sorte que les politiques d'efficacité énergétique soient coordonnées entre l'ensemble de ses autorités responsables.

Article 5

Stratégies et objectifs des politiques

Les parties contractantes formulent des stratégies et des objectifs visant à améliorer l'efficacité énergétique et à réduire ainsi l'impact environnemental du cycle énergétique, en tenant compte de leurs conditions énergétiques spécifiques. Ces stratégies et ces objectifs doivent être transparents pour toutes les parties intéressées.

Article 6

Financement et incitations financières

1. Les parties contractantes encouragent la mise en œuvre de nouvelles approches et méthodes relatives au financement d'investissements visant l'efficacité énergétique et la protection de l'environnement liée au domaine énergétique, telles que des accords de co-entreprise entre utilisateurs d'énergie et investisseurs extérieurs, ci-après dénommé «financement par un tiers».

2. Les parties contractantes s'efforcent d'exploiter et d'encourager l'accès aux marchés des capitaux privés et aux institutions financières internationales existantes en vue de faciliter les investissements visant l'amélioration de l'efficacité énergétique et la protection de l'environnement liée à l'efficacité énergétique.

3. Les parties contractantes peuvent, sous réserve des dispositions du traité sur la Charte de l'énergie et des autres obligations juridiques internationales qui leur incombent, fournir des incitations fiscales ou financières aux utilisateurs d'énergie afin de faciliter la pénétration sur le marché de technologies, de produits et de services d'efficacité énergétique. Elles s'efforcent d'agir en ce sens de manière à assurer à la fois la transparence et une distorsion aussi faible que possible des marchés internationaux.

Article 7

Promotion de technologies efficaces du point de vue énergétique

1. En conformité avec les dispositions du traité sur la Charte de l'énergie, les parties contractantes encouragent les échanges et la coopération dans le domaine des technologies, des services et des pratiques de gestion efficaces du point de vue énergétique et respectueux de l'environnement.

(2) Die Vertragsparteien fördern die Nutzung dieser Technologien, Dienstleistungen und Managementpraktiken im gesamten Energiekreislauf.

Artikel 8

Inländische Programme

(1) Zur Erreichung der in Artikel 5 genannten politischen Ziele wird jede Vertragspartei die für ihre Verhältnisse geeignetsten Energieeffizienzprogramme entwickeln, umsetzen und regelmäßig aktualisieren.

(2) Diese Programme können folgende Tätigkeiten einschließen:

a) Entwicklung langfristiger Szenarien für Energienachfrage und -angebot als Orientierungshilfe für Entscheidungen;

b) Beurteilung der Auswirkungen ergriffener Maßnahmen auf Energie, Umwelt und Wirtschaft;

c) Festlegung von Normen zur Verbesserung der Effizienz energieverbrauchender Ausrüstungen sowie Anstrengungen, diese auf internationaler Ebene zu harmonisieren, um Handelsverzerrungen zu vermeiden;

d) Entwicklung und Förderung privater Initiativen und wirtschaftlicher Zusammenarbeit, einschließlich Gemeinschaftsunternehmen (Joint-ventures);

e) Förderung der Anwendung der energieeffizientesten Technologien, die wirtschaftlich rentabel und umweltfreundlich sind;

f) Unterstützung innovativer Ansätze im Bereich von Investitionen zur Verbesserung der Energieeffizienz wie beispielsweise Drittfinanzierung oder Mitfinanzierung;

g) Entwicklung geeigneter Energiebilanzen und -datenbanken, beispielsweise mit ausreichend detaillierten Daten über Energienachfrage und über Technologien zur Verbesserung der Energieeffizienz;

h) Förderung der Schaffung von Beratungs- und Informationsdiensten, die von öffentlichen oder privaten Unternehmen oder Einrichtungen betrieben werden können und die Informationen über Energieeffizienzprogramme und -technologien zur Verfügung stellen und Verbrauchern und Betrieben behilflich sind;

i) Unterstützung und Förderung von Kraftwärmekopplung und von Maßnahmen zur Erhöhung der Effizienz der Erzeugung von Fernwärme und deren Verteilung an Gebäude und Wirtschaft;

j) Schaffung spezialisierter Energieeffizienzgremien auf geeigneter Ebene, die über genügend finanzielle Mittel und Personal verfügen, um Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen.

(2) Contracting Parties shall promote the use of these technologies, services and management practices throughout the Energy Cycle.

Article 8

Domestic programmes

(1) In order to achieve the policy aims formulated according to Article 5, each Contracting Party shall develop, implement and regularly update energy efficiency programmes best suited to its circumstances.

(2) These programmes may include activities such as the:

(a) development of long-term energy demand and supply scenarios to guide decision-making;

(b) assessment of the energy, environmental and economic impact of actions taken;

(c) definition of standards designed to improve the efficiency of energy using equipment, and efforts to harmonize these internationally to avoid trade distortions;

(d) development and encouragement of private initiative and industrial cooperation, including joint ventures;

(e) promotion of the use of the most energy efficient technologies that are economically viable and environmentally sound;

(f) encouragement of innovative approaches for investments in energy efficiency improvements, such as Third Party Financing and co-financing;

(g) development of appropriate energy balances and data bases, for example with data on energy demand at a sufficiently detailed level and on technologies for Improving Energy Efficiency;

(h) promotion of the creation of advisory and consultancy services which may be operated by public or private industry or utilities and which provide information about energy efficiency programmes and technologies, and assist consumers and enterprises;

(i) support and promotion of cogeneration and of measures to increase the efficiency of district heat production and distribution systems to buildings and industry;

(j) establishment of specialized energy efficiency bodies at appropriate levels, that are sufficiently funded and staffed to develop and implement policies.

2. Les parties contractantes favorisent l'utilisation de ces technologies, services et pratiques de gestion dans l'ensemble du cycle énergétique.

Article 8

Programmes nationaux

1. Afin de réaliser les objectifs formulés conformément à l'article 5, chaque partie contractante élabore, met en œuvre et actualise régulièrement les programmes d'efficacité énergétique les mieux adaptés à sa propre situation.

2. Ces programmes peuvent comprendre des activités telles que:

a) la mise au point de scénarios à long terme de demande et d'offre d'énergie afin de guider la prise de décisions;

b) l'évaluation de l'impact des actions entreprises sur l'énergie, l'environnement et l'économie;

c) la définition de normes destinées à améliorer l'efficacité des équipements utilisant de l'énergie et des efforts déployés en vue d'harmoniser ces normes au niveau international afin d'éviter des distorsions du commerce;

d) le développement et l'encouragement de l'initiative privée et de la coopération industrielle, y compris les co-entreprises;

e) le soutien de l'utilisation des technologies efficaces du point de vue énergétique qui sont économiquement viables et respectueuses de l'environnement;

f) l'encouragement d'approches innovatrices dans le domaine des investissements visant l'amélioration de l'efficacité énergétique, telles que le financement par des tiers et le co-financement;

g) l'élaboration de bilans et de bases de données appropriés en matière d'énergie, comportant par exemple des données sur la demande d'énergie qui soient suffisamment détaillés et sur les technologies qui permettent d'améliorer l'efficacité énergétique;

h) le soutien de la création de services de conseil et d'expertise, qui peuvent être dirigés par l'industrie publique ou privée ou des institutions de service public et qui fournissent des informations sur les programmes et les technologies d'efficacité énergétique et conseillent les consommateurs et les entreprises;

i) le soutien et l'encouragement de la cogénération et de mesures visant à augmenter l'efficacité de la production régionale de chaleur et des systèmes de distribution aux immeubles et à l'industrie;

j) l'établissement, aux niveaux appropriés, d'organismes spécialisés dans le domaine de l'efficacité énergétique, qui disposent des moyens et du personnel nécessaires pour concevoir et mettre en œuvre des politiques.

(3) Die Vertragsparteien stellen sicher, daß für die Umsetzung ihrer Energieeffizienzprogramme geeignete institutionelle und rechtliche Infrastrukturen vorhanden sind.

(3) In implementing their energy efficiency programmes, Contracting Parties shall ensure that adequate institutional and legal infrastructures exist.

3. Lors de la mise en œuvre de leurs programmes d'efficacité énergétique, les parties contractantes veillent à ce que des infrastructures institutionnelles et juridiques adéquates existent.

Teil III
Internationale Zusammenarbeit

Part III
International cooperation

Section III
Coopération internationale

Artikel 9
Bereiche der Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien kann in jeder geeigneten Form erfolgen. Mögliche Bereiche der Zusammenarbeit sind in der Anlage genannt.

Article 9
Areas of cooperation

The cooperation between Contracting Parties may take any appropriate form. Areas of possible cooperation are listed in the Annex.

Article 9
Domaines de coopération

La coopération entre les parties contractantes peut prendre toute forme jugée appropriée. Les domaines dans lesquels une coopération est possible sont énumérés à l'annexe.

Teil IV
Verwaltungs- und Rechtsregelungen

Part IV
Administrative and legal arrangements

Section IV
Dispositions administratives et juridiques

Artikel 10
Rolle der Chartakonferenz

(1) Alle von der Chartakonferenz in Übereinstimmung mit diesem Protokoll gefaßten Beschlüsse werden nur von den Vertragsparteien des Vertrags über die Energiecharta gefaßt, die auch Vertragsparteien dieses Protokolls sind.

(2) Die Chartakonferenz ist bestrebt, innerhalb von 180 Tagen nach Inkrafttreten dieses Protokolls Verfahren zur ständigen Überprüfung und Erleichterung der Durchführung seiner Bestimmungen, einschließlich der Erfordernisse hinsichtlich der Berichterstattung, sowie zur Identifizierung von Bereichen der Zusammenarbeit nach Artikel 9 zu beschließen.

Article 10
Role of the Charter Conference

(1) All decisions made by the Charter Conference in accordance with this Protocol shall be made by only those Contracting Parties to the Energy Charter Treaty who are Contracting Parties to this Protocol.

(2) The Charter Conference shall endeavour to adopt, within 180 days after the entry into force of this Protocol, procedures for keeping under review and facilitating the implementation of its provisions, including reporting requirements, as well as for identifying areas of cooperation in accordance with Article 9.

Article 10
Rôle de la Conférence de la Charte

1. Toutes les décisions prises par la Conférence de la Charte conformément au présent protocole sont prises seulement par les parties contractantes au traité sur la Charte de l'énergie qui sont parties contractantes au présent protocole.

2. La Conférence de la Charte s'efforce d'adopter, dans les 180 jours suivant l'entrée en vigueur du présent protocole, des procédures visant à contrôler et à faciliter la mise en œuvre des dispositions de celui-ci, y compris des exigences relatives à l'établissement de rapports, ainsi que des procédures ayant pour objet l'identification des domaines de coopération conformément à l'article 9.

Artikel 11
Sekretariat und Finanzierung

(1) Das nach Artikel 35 des Vertrags über die Energiecharta errichtete Sekretariat gewährt der Chartakonferenz alle erforderliche Unterstützung bei der Wahrnehmung ihrer Pflichten aus diesem Protokoll und stellt vorbehaltlich der Genehmigung der Chartakonferenz weitere Dienste zugunsten des Protokolls zur Verfügung, die von Zeit zu Zeit benötigt werden.

(2) Die aufgrund dieses Protokolls entstehenden Kosten für das Sekretariat und die Chartakonferenz werden von den Vertragsparteien dieses Protokolls entsprechend ihrer Zahlungsfähigkeit getragen, die auf der Grundlage des in Anlage B des Vertrags über die Energiecharta angegebenen Verteilungsschlüssels festgestellt wird.

Article 11
Secretariat and financing

(1) The Secretariat established under Article 35 of the Energy Charter Treaty shall provide the Charter Conference with all necessary assistance for the performance of its duties under this Protocol and provide such other services in support of the Protocol as may be required from time to time, subject to approval by the Charter Conference.

(2) The costs of the Secretariat and Charter Conference arising from this Protocol shall be met by the Contracting Parties to this Protocol according to their capacity to pay, determined according to the formula specified in Annex B to the Energy Charter Treaty.

Article 11
Secrétariat et financement

1. Le Secrétariat institué par l'article 35 du traité sur la Charte de l'énergie prête à la Conférence de la Charte toute l'assistance nécessaire à l'accomplissement de sa mission au titre du présent protocole et fournit, le cas échéant, les services nécessaires à la mise en œuvre de celui-ci, sous réserve de l'approbation par la Conférence sur la Charte.

2. Les frais du Secrétariat et de la Conférence de la Charte résultant du présent protocole sont couverts par les parties contractantes au présent protocole selon leur capacité de financement, déterminée selon la formule indiquée à l'annexe B du traité sur la Charte de l'énergie.

Artikel 12
Abstimmung

(1) Für Beschlüsse ist Einstimmigkeit der auf der Sitzung der Chartakonferenz anwe-

Article 12
Voting

(1) Unanimity of Contracting Parties Present and Voting at the meeting of the Charter

Article 12
Votes

1. L'unanimité des parties contractantes présentes et votantes à la réunion de la

senden und abstimmenden Vertragsparteien in folgenden Angelegenheiten erforderlich:

a) Annahme von Änderungen dieses Protokolls und

b) Genehmigung von Beitritten zu diesem Protokoll nach Artikel 16.

Die Vertragsparteien bemühen sich nach Kräften um eine Einigung durch Konsens in allen sonstigen Angelegenheiten, über die sie im Rahmen dieses Protokolls beschließen müssen. Kann eine Einigung durch Konsens nicht erzielt werden, so werden Beschlüsse, die nicht den Haushalt betreffen, mit Dreiviertelmehrheit der auf der entsprechenden Sitzung der Chartakonferenz anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien gefaßt.

Beschlüsse über Haushaltsfragen werden mit der qualifizierten Mehrheit der Vertragsparteien gefaßt, deren berechnete Beiträge nach Artikel 11 Absatz 2 zusammen mindestens drei Viertel der gesamten berechneten Beiträge ausmachen.

(2) Im Sinne dieses Artikels bedeutet „anwesende und abstimmende Vertragsparteien“ die anwesenden und mit Ja oder Nein stimmenden Vertragsparteien dieses Protokolls; die Chartakonferenz kann allerdings eine Geschäftsordnung beschließen, wonach die Vertragsparteien solche Beschlüsse auch auf dem Korrespondenzweg fassen können.

(3) Außer in dem in Absatz 1 vorgesehenen Fall in bezug auf Haushaltsfragen ist ein Beschluß im Sinne dieses Artikels nur gültig, wenn er von der einfachen Mehrheit der Vertragsparteien getragen wird.

(4) Eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration hat bei Abstimmungen eine Stimmenzahl entsprechend der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten, die Vertragsparteien dieses Protokolls sind; eine solche Organisation übt ihr Stimmrecht nicht aus, wenn ihre Mitgliedstaaten ihr Stimmrecht ausüben, und umgekehrt.

(5) Befindet sich eine Vertragspartei beständig im Rückstand mit ihren finanziellen Verpflichtungen aus diesem Protokoll, so kann die Chartakonferenz das Stimmrecht dieser Vertragspartei ganz oder teilweise aussetzen.

Artikel 13

Beziehung zum Vertrag über die Energiecharta

(1) Bei Unvereinbarkeit der Bestimmungen dieses Protokolls mit den Bestimmungen des Vertrags über die Energiecharta gehen die Bestimmungen des Vertrags über die Energiecharta im Ausmaß der Unvereinbarkeit vor.

(2) Artikel 10 Absatz 1 und Artikel 12 Absätze 1 bis 3 gelten nicht für Abstimmungen in der Chartakonferenz über Änderungen dieses Protokolls, durch die der Charta-

Conference where such matters fall to be decided shall be required for decisions to:

(a) adopt amendments to this Protocol; and

(b) approve accessions to this Protocol under Article 16.

Contracting Parties shall make every effort to reach agreement by consensus on any other matter requiring their decision under this Protocol. If agreement cannot be reached by consensus, decisions on non-budgetary matters shall be taken by a three-fourths majority of Contracting Parties Present and Voting at the meeting of the Charter Conference at which such matters fall to be decided.

Decisions on budgetary matters shall be taken by a qualified majority of Contracting Parties whose assessed contributions under Article 11(2) represent, in combination, at least three-fourths of the total assessed contributions.

(2) For purposes of this Article, “Contracting Parties Present and Voting” means Contracting Parties to this Protocol present and casting affirmative or negative votes, provided that the Charter Conference may decide upon rules of procedure to enable such decisions to be taken by Contracting Parties by correspondence.

(3) Except as provided in paragraph (1) in relation to budgetary matters, no decision referred to in this Article shall be valid unless it has the support of a simple majority of Contracting Parties.

(4) A Regional Economic Integration Organization shall, when voting, have a number of votes equal to the number of its member states which are Contracting Parties to this Protocol; provided that such an Organization shall not exercise its right to vote if its member states exercise theirs, and vice versa.

(5) In the event of persistent arrears in a Contracting Party's discharge of financial obligations under this Protocol, the Charter Conference may suspend that Contracting Party's voting rights in whole or in part.

Article 13

Relation to the Energy Charter Treaty

(1) In the event of inconsistency between the provisions of this Protocol and the provisions of the Energy Charter Treaty, the provisions of the Energy Charter Treaty shall, to the extent of the inconsistency, prevail.

(2) Article 10(1) and Article 12(1) to (3) shall not apply to votes in the Charter Conference on amendments to this Protocol which assign duties or functions to the Char-

Conférence de la Charte appelée à statuer sur ces questions est requise pour les décisions de celle-ci ayant pour objet:

a) d'adopter des amendements du présent protocole; et

b) d'approuver les adhésions au présent protocole en vertu de l'article 16.

Les parties contractantes font tous les efforts nécessaires pour parvenir à un accord par consensus sur toute question requérant leur décision aux termes du présent protocole. Si un accord ne peut être dégagé par consensus, les décisions concernant les questions non budgétaires sont adoptées à la majorité des trois quarts des parties contractantes et votantes lors de la réunion de la Conférence de la Charte appelée à statuer sur ces questions.

Les décisions concernant les questions budgétaires sont adoptées à la majorité qualifiée des parties contractantes dont les contributions estimées, au titre de l'article 11 paragraphe 2, représentent, ensemble, au moins trois quarts du total des contributions estimées.

2. Aux fins du présent article, on entend par «parties contractantes présentes et votantes» les parties contractantes au présent protocole qui sont présentes et expriment un vote affirmatif ou négatif, étant entendu que la Conférence de la Charte peut adopter des règles de procédure permettant aux parties contractantes de prendre ces décisions par correspondance.

3. Sauf dans le cas prévu au paragraphe 1 en ce qui concerne les questions budgétaires, les décisions visées au présent article sont valables si elles recueillent la majorité simple des voix des parties contractantes.

4. Lors d'un vote, les organisations d'intégration économique régionale ont un nombre de voix égal à celui de leurs Etats membres parties contractantes au présent protocole, à condition qu'elles n'exercent pas leur droit de vote lorsque leurs Etats membres exercent le leur, et inversement.

5. En cas d'arriéré persistant d'une partie contractante dans le respect de ses obligations financières au titre du présent protocole, la Conférence de la Charte peut suspendre l'exercice du droit de vote de cette partie contractante en tout ou en partie.

Article 13

Relation avec le traité sur la Charte de l'énergie

1. En cas d'incompatibilité entre les dispositions du présent protocole et les dispositions du traité sur la Charte de l'énergie, les dispositions de celui-ci prévalent, dans la mesure où il y a incompatibilité.

2. L'article 10 paragraphe 1 et l'article 12 paragraphes 1 à 3 ne s'appliquent pas aux votes intervenant dans le cadre de la Conférence de la Charte et portant sur des amen-

konferenz oder dem Sekretariat, deren Errichtung im Vertrag über die Energiecharta vorgesehen ist, Pflichten und Aufgaben übertragen werden.

ter Conference or the Secretariat, the establishment of which is provided for in the Energy Charter Treaty.

dements du présent protocole qui assignent des tâches ou des fonctions à la Conférence de la Charte ou au Secrétariat dont la création est prévue par le traité sur la Charte de l'énergie.

Teil V

Schlußbestimmungen

Artikel 14

Unterzeichnung

Dieses Protokoll liegt für Staaten und für Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, welche die Charta und den Vertrag über die Energiecharta unterzeichnet haben, vom 17. Dezember 1994 bis zum 16. Juni 1995 in Lissabon zur Unterzeichnung auf.

Artikel 15

Ratifikation, Annahme oder Genehmigung

Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Unterzeichner. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.

Artikel 16

Beitritt

Dieses Protokoll steht für Staaten und für Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, welche die Charta unterzeichnet haben und Vertragsparteien des Vertrags über die Energiecharta sind, von dem Tag an, an dem die Unterzeichnung des Protokolls beendet ist, unter den von der Chartakonferenz zu genehmigenden Bedingungen zum Beitritt offen. Die Beitrittsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.

Artikel 17

Änderungen

(1) Jede Vertragspartei kann Änderungen dieses Protokolls vorschlagen.

(2) Der Wortlaut jeder vorgeschlagenen Änderung dieses Protokolls wird den Vertragsparteien vom Sekretariat mindestens drei Monate vor dem Tag übermittelt, an dem sie zur Annahme durch die Chartakonferenz vorgeschlagen wird.

(3) Änderungen dieses Protokolls, deren Wortlaut von der Chartakonferenz angenommen worden ist, werden vom Sekretariat dem Verwahrer übermittelt; dieser legt sie allen Vertragsparteien zur Ratifikation, Annahme oder Genehmigung vor.

(4) Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden von Änderungen dieses Protokolls werden beim Verwahrer hinterlegt. Die Änderungen treten zwischen den Vertragsparteien, die sie ratifiziert, angenommen oder genehmigt haben, am dreißigsten Tag nach dem Tag in Kraft, an dem die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden von mindestens drei Vier-

Part V

Final provisions

Article 14

Signature

This Protocol shall be open for signature at Lisbon from 17 December 1994 to 16 June 1995 by the states and Regional Economic Integration Organizations whose representatives have signed the Charter and the Energy Charter Treaty.

Article 15

Ratification, acceptance or approval

This Protocol shall be subject to ratification, acceptance or approval by signatories. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Depositary.

Article 16

Accession

This Protocol shall be open for accession, from the date on which the Protocol is closed for signature, by states and Regional Economic Integration Organizations which have signed the Charter and are Contracting Parties to the Energy Charter Treaty, on terms to be approved by the Charter Conference. The instruments of accession shall be deposited with the Depositary.

Article 17

Amendments

(1) Any Contracting Party may propose amendments to this Protocol.

(2) The text of any proposed amendment to this Protocol shall be communicated to Contracting Parties by the Secretariat at least three months before the date on which it is proposed for adoption by the Charter Conference.

(3) Amendments to this Protocol, texts of which have been adopted by the Charter Conference, shall be communicated by the Secretariat to the Depositary which shall submit them to all Contracting Parties for ratification, acceptance or approval.

(4) Instruments of ratification, acceptance or approval of amendments to this Protocol shall be deposited with the Depositary. Amendments shall enter into force between Contracting Parties having ratified, accepted or approved them on the thirtieth day after deposit with the Depositary of instruments of ratification, acceptance or approval by at least three-fourths of the Contract-

Section V

Dispositions finales

Article 14

Signature

Le présent protocole est ouvert, à Lisbonne, du 17 décembre 1994 au 16 juin 1995, à la signature des Etats et des organisations d'intégration économique régionale dont les représentants ont signé la Charte et le traité sur la Charte de l'énergie.

Article 15

Ratification, acceptation ou approbation

Le présent protocole est soumis à la ratification, à l'acceptation ou à l'approbation des signataires. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation sont déposés auprès du dépositaire.

Article 16

Adhésion

Le présent protocole est ouvert à l'adhésion des Etats et des organisations d'intégration économique régionale qui ont signé la Charte et sont parties contractantes au traité sur la Charte de l'énergie à partir de la date à laquelle le délai pour la signature du présent protocole a expiré, à des conditions à approuver par la Conférence de la Charte. Les instruments d'adhésion sont déposés auprès du dépositaire.

Article 17

Amendements

1. Toute partie contractante peut proposer des amendements du présent protocole.

2. Le texte de tout amendement proposé du présent protocole est communiqué aux parties contractantes par le Secrétariat au moins trois mois avant la date à laquelle il est soumis pour adoption à la Conférence de la Charte.

3. Les amendements du présent protocole dont le texte a été adopté par la Conférence de la Charte sont communiqués par le Secrétariat au dépositaire, qui les soumet à toutes les parties contractantes pour ratification, acceptation ou approbation.

4. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation d'amendements du présent protocole sont déposés auprès du dépositaire. Les amendements entrent en vigueur, entre les parties contractantes qui les ont ratifiés, acceptés ou approuvés, le trentième jour après le dépôt auprès du dépositaire des instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation par au

teln der Vertragsparteien beim Verwahrer hinterlegt worden sind. Danach treten die Änderungen für jede andere Vertragspartei am dreißigsten Tag nach Hinterlegung ihrer Urkunde der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung der Änderungen in Kraft.

Artikel 18

Inkrafttreten

(1) Dieses Protokoll tritt am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der fünfzehnten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde eines Staates oder einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, welche die Charta unterzeichnet haben und Vertragspartei des Vertrags über die Energiecharta sind, oder an demselben Tag in Kraft, an dem der Vertrag über die Energiecharta in Kraft tritt, je nachdem, welcher Zeitpunkt später ist.

(2) Für jeden Staat oder jede Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, für die der Vertrag über die Energiecharta in Kraft getreten ist und die dieses Protokoll ratifizieren, annehmen oder genehmigen oder ihm beitreten, nachdem das Protokoll nach Absatz 1 in Kraft getreten ist, tritt das Protokoll am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde dieses Staates beziehungsweise der Organsationen der regionalen Wirtschaftsintegration in Kraft.

(3) Im Sinne des Absatzes 1 zählt jede Urkunde, die von einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration hinterlegt wird, nicht zusätzlich zu den von ihren Mitgliedstaaten hinterlegten Urkunden.

Artikel 19

Vorbehalte

Vorbehalte zu diesem Protokoll sind nicht zulässig.

Artikel 20

Rücktritt

(1) Eine Vertragspartei kann jederzeit, nachdem dieses Protokoll für sie in Kraft getreten ist, dem Verwahrer schriftlich notifizieren, daß sie von dem Protokoll zurücktritt.

(2) Eine Vertragspartei, die von dem Vertrag über die Energiecharta zurücktritt, gilt auch als von diesem Protokoll zurückgetreten.

(3) Der Rücktritt nach Absatz 1 wird neunzig Tage nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer wirksam. Der Rücktritt nach Absatz 2 wird an demselben Tag wirksam wie der Rücktritt vom Vertrag über die Energiecharta.

Artikel 21

Verwahrer

Die Regierung der Portugiesischen Republik ist Verwahrer dieses Protokolls.

ing Parties. Thereafter the amendments shall enter into force for any other Contracting Party on the thirtieth day after that Contracting Party deposits its instrument of ratification, acceptance or approval of the amendments.

Article 18

Entry into force

(1) This Protocol shall enter into force on the thirtieth day after the date of deposit of the fifteenth instrument of ratification, acceptance or approval thereof, or of accession thereto, by a state or Regional Economic Integration Organization which is a signatory to the Charter and a Contracting Party to the Energy Charter Treaty or on the same date as the Energy Charter Treaty enters into force, whichever is later.

(2) For each state or Regional Economic Integration Organization for which the Energy Charter Treaty has entered into force and which ratifies, accepts, or approves this Protocol or accedes thereto after the Protocol has entered into force in accordance with paragraph (1), the Protocol shall enter into force on the thirtieth day after the date of deposit by such state or Regional Economic Integration Organization of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

(3) For the purposes of paragraph (1), any instrument deposited by a Regional Economic Integration Organization shall not be counted as additional to those deposited by member states of such Organization.

Article 19

Reservations

No reservations may be made to this Protocol.

Article 20

Withdrawal

(1) At any time after this Protocol has entered into force for a Contracting Party, that Contracting Party may give written notification to the Depositary of its withdrawal from the Protocol.

(2) Any Contracting Party which withdraws from the Energy Charter Treaty shall be considered as also having withdrawn from this Protocol.

(3) The effective date of withdrawal under paragraph (1) shall be ninety days after receipt of notification by the Depositary. The effective date of withdrawal under paragraph (2) shall be the same as the effective date of withdrawal from the Energy Charter Treaty.

Article 21

Depositary

The Government of the Portuguese Republic shall be the Depositary of this Protocol.

moins les trois quarts des parties contractantes. Ensuite, les amendements entrent en vigueur, pour toute autre partie contractante, le trentième jour après que ladite partie contractante a déposé ses instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation des amendements.

Article 18

Entrée en vigueur

1. Le présent protocole entre en vigueur le treizième jour après la date de dépôt du quinzième instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation ou d'adhésion d'un Etat ou d'une organisation d'intégration économique régionale qui est signataire de la Charte et partie contractante au traité sur la Charte de l'énergie ou à la date à laquelle le traité de la Charte de l'énergie entre en vigueur, la date la plus tardive étant retenue.

2. Pour tout Etat ou toute organisation d'intégration économique régionale pour lequel ou laquelle le traité sur la Charte de l'énergie est entré en vigueur et qui ratifie, accepte ou approuve le présent protocole ou y adhère après l'entrée en vigueur de celui-ci conformément au paragraphe 1, le présent protocole entre en vigueur le trentième jour après la date de dépôt, par cet Etat ou cette organisation d'intégration économique régionale, de ses instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

3. Aux fins du paragraphe 1, tout instrument déposé par une organisation d'intégration économique régionale ne s'additionne pas aux instruments déposés par les Etats membres de cette organisation.

Article 19

Réserves

Aucune réserve ne peut être faite à l'égard du présent protocole.

Article 20

Retrait

1. Après que le présent protocole est entré en vigueur pour une partie contractante, celle-ci peut notifier à tout moment au dépositaire, par écrit, son retrait du présent protocole.

2. Toute partie contractante qui se retire du traité sur la Charte de l'énergie est considérée comme se retirant également du présent protocole.

3. Tout retrait visé au paragraphe 1 prend effet quatre-vingt-dix jours après la date de réception de la notification par le dépositaire. La date de prise d'effet de tout retrait visé au paragraphe 2 est la même que la date de prise d'effet du retrait du traité sur la Charte de l'énergie.

Article 21

Dépositaire

Le gouvernement de la République portugaise est le dépositaire du présent protocole.

Artikel 22

Verbindliche Wortlaute

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll in deutscher, englischer, französischer, italienischer, russischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift unterschrieben, die bei der Regierung der Portugiesischen Republik hinterlegt wird.

Article 22

Authentic texts

In witness whereof the undersigned, being duly authorized to that effect, have signed this Protocol in English, French, German, Italian, Russian and Spanish, of which every text is equally authentic, in one original, which will be deposited with the Government of the Portuguese Republic.

Article 22

Authenticité des textes

En foi de quoi les soussignés, dûment mandatés à cet effet, ont signé le présent protocole en langues allemande, anglaise, espagnole, française, italienne et russe, chaque texte faisant également foi, en un exemplaire original, qui est déposé auprès du gouvernement de la République portugaise.

Anlage

Beispielhafte und nicht erschöpfende Liste möglicher Bereiche der Zusammenarbeit nach Artikel 9

Entwicklung von Energieeffizienzprogrammen, einschließlich der Identifizierung von Energieeffizienzhemmnissen und -potentialen, und Entwicklung von Energiekennzeichen und Effizienznormen;

Beurteilung der Umweltauswirkungen des Energiekreislaufs;

Entwicklung von Wirtschafts-, Rechts- und Verwaltungsmaßnahmen;

Technologietransfer, technische Hilfe und Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures) im Bereich der Industrie vorbehaltlich internationaler Bestimmungen über Eigentumsrechte und anderer anwendbarer internationaler Übereinkünfte;

Forschung und Entwicklung;

Ausbildung, Weiterbildung, Information und Statistik;

Identifizierung und Beurteilung von Maßnahmen wie steuerliche und andere marktorientierte Instrumente, einschließlich handelsfähiger Lizenzen, um externen, insbesondere umweltbezogenen Kosten und Nutzen Rechnung zu tragen.

Analyse und Formulierung der Energiepolitik:

- Beurteilung von Energieeffizienzpotentialen;
- Analyse und Statistik der Energienachfrage;
- Entwicklung von Rechts- und Verwaltungsmaßnahmen;
- Integrierte Ressourcenplanung und Demand-Side-Management;
- Umweltverträglichkeitsprüfung, einschließlich größerer Energieprojekte.

Bewertung wirtschaftlicher Instrumente zur Verbesserung von Energieeffizienz und Umweltzielen.

Analyse der Energieeffizienz im Bereich Veredelung, Umwandlung, Beförderung und Verteilung von Kohlenwasserstoffen.

Verbesserung der Energieeffizienz im Bereich der Stromerzeugung und -übertragung:

- Kraftwärmekopplung,
- Anlagenteile (Heizkessel, Turbinen, Generatoren etc.)
- Netzwerkintegration.

Annex

Illustrative and non-exhaustive list of possible areas of cooperation pursuant to article 9

Development of energy efficiency programmes, including identifying energy efficiency barriers and potentials, and the development of energy labelling and efficiency standards;

Assessment of the Environmental Impacts of the Energy Cycle;

Development of economic, legislative and regulatory measures;

Technology transfer, technical assistance and industrial joint ventures subject to international property rights regimes and other applicable international agreements;

Research and development;

Education, training, information and statistics;

Identification and assessment of measures such as fiscal or other market-based instruments, including tradeable permits to take account of external, notably environmental, costs and benefits.

Energy analysis and policy formulation:

- assessment of energy efficiency potentials;
- energy demand analysis and statistics;
- development of legislative and regulatory measures;
- integrated resource planning and demand side management;
- Environmental Impact assessment, including major energy projects.

Evaluation of economic instruments for Improving Energy Efficiency and environmental objectives.

Energy efficiency analysis in refining, conversion, transport and distribution of hydro-carbons.

Improving Energy Efficiency in power generation and transmission:

- cogeneration;
- plant component (boilers, turbines, generators, etc.);
- network integration.

Annexe

Liste illustrative et non exhaustive des domaines de coopération possibles, en vertu de l'article 9

Elaboration de programmes d'efficacité énergétique, y compris l'identification des barrières et des potentiels relatifs à l'efficacité énergétique, et élaboration de normes en matière d'étiquetage et d'efficacité énergétique.

Evaluation de l'impact environnemental du cycle énergétique.

Elaboration de mesures économiques, législatives et réglementaires.

Transfert de technologies, assistance technique et co-entreprises industrielles régis par des régimes internationaux de droits de propriété et d'autres accords internationaux applicables.

Recherche et développement.

Enseignement, formation, information et statistiques.

Identification et évaluation de mesures telles que des instruments fiscaux ou d'autres instruments basés sur le marché, y compris les autorisations négociables, en vue de la prise en compte des coûts et avantages externes, notamment environnementaux.

Analyse énergétique et formulation de politiques:

- évaluation des potentiels en matière d'efficacité énergétique;
- analyse de la demande d'énergie et statistiques;
- élaboration de mesures législatives et réglementaires;
- planification intégrée des ressources et gestion de la demande;
- évaluation de l'impact environnemental, y compris celui des grands projets énergétiques.

Evaluation des instruments économiques destinés à améliorer l'efficacité énergétique et des objectifs environnementaux.

Analyse de l'efficacité énergétique dans le domaine du raffinage, de la conversion, du transport et de la distribution des hydrocarbures.

Amélioration de l'efficacité énergétique dans le domaine de la production et de la transmission d'électricité:

- cogénération;
- éléments de centrale (chaudières, turbines, générateurs, etc.);
- intégration de réseau.

Verbesserung der Energieffizienz im Gebäudebereich:

- Wärmedämmungsstandards, passive Solartechnologien und Lüftung;
- Raumheizungen und Klimaanlagen;
- hocheffiziente Brenner mit niedrigen Stickoxid-Emissionen;
- individuelle Heizkostenabrechnung und deren Technologie;
- Haushaltsgeräte und Beleuchtung.

Durch Gemeinden und Kommunen erbrachte Dienstleistungen:

- Fernwärmesysteme;
- effiziente Gasverteilungssysteme;
- Energiemanagementtechnologien;
- Partnerschaften von Städten oder anderen in Betracht kommenden Gebietskörperschaften;
- Energiemanagement in Städten und in öffentlichen Gebäuden;
- Abfallmanagement und Energienutzung aus Abfällen.

Verbesserung der Energieeffizienz in der Industrie:

- Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures);
- Energiekaskaden, Kraftwärmekopplung und Abwärmenutzung;
- Energiebilanzen.

Verbesserung der Energieeffizienz im Verkehrsbereich:

- Leistungsnormen für Kraftfahrzeuge;
- Entwicklung effizienter Verkehrsinfrastrukturen.

Information:

- Bewußtseinsbildung;
- Datenbanken: Zugang, technische Daten, Informationssysteme;
- Verbreitung, Sammlung und Auswertung technischer Informationen;
- Verhaltensstudien.

Ausbildung und Weiterbildung:

- Austausch von Energiemanagern, Beamten, Ingenieuren und Studenten;
- Organisation internationaler Ausbildungskurse.

Finanzierung:

- Schaffung eines rechtlichen Rahmens;
- Drittfinanzierung;
- Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures);
- Mitfinanzierung.

Improving Energy Efficiency in the building sector:

- thermal insulation standards, passive solar and ventilation;
- space heating and air conditioning systems;
- high efficiency low NOx burners;
- metering technologies and individual metering;
- domestic appliances and lighting.

Municipalities and local community services:

- district heating systems;
- efficient gas distribution systems;
- energy planning technologies;
- twinning of towns or of other relevant territorial entities;
- energy management in cities and in public buildings;
- waste management and energy recovery of waste.

Improving Energy Efficiency in the industrial sector:

- joint ventures;
- energy cascading, cogeneration and waste heat recovery;
- energy audits.

Improving Energy Efficiency in the transport sector:

- motor vehicle performance standards;
- development of efficient transport infrastructures.

Information:

- awareness creation;
- data bases: access, technical specifications, information systems;
- dissemination, collection and collation of technical information;
- behavioural studies.

Training and education:

- exchanges of energy managers, officials, engineers and students;
- organization of international training courses.

Financing:

- development of legal framework;
- Third Party Financing;
- joint ventures;
- cofinancing.

Amélioration de l'efficacité énergétique dans le secteur de la construction:

- normes d'isolation thermique, solaire passif et ventilation;
- chauffage d'espace et systèmes de climatisation;
- brûleurs à haut rendement et à faible émission de NO_x;
- technologies de mesurage et mesurage individuel;
- appareils ménagers et éclairage.

Services des municipalités et des communautés locales:

- systèmes locaux de chauffage;
- systèmes efficaces de distribution de gaz;
- technologies de planification énergétique;
- jumelage de villes ou d'autres entités territoriales pertinentes;
- gestion de l'énergie dans les villes et les bâtiments publics;
- gestion des déchets et récupération d'énergie à partir des déchets.

Amélioration de l'efficacité énergétique dans le secteur industriel:

- co-entreprises;
- cascade énergétique, cogénération et récupération de chaleur à partir des déchets;
- audits énergétiques.

Amélioration de l'efficacité énergétique dans le secteur des transports:

- normes de performances pour les véhicules à moteur;
- développement d'infrastructures de transport efficaces.

Information:

- efforts en vue de susciter une prise de conscience;
- bases de données : accès, spécifications techniques, systèmes d'information;
- diffusion, collecte et collation d'informations techniques;
- études du comportement.

Formation et enseignement:

- échange de gestionnaires, d'officiels, d'ingénieurs et d'étudiants actifs dans le domaine de l'énergie;
- organisation de cours internationaux de formation.

Financement:

- mise au point d'un cadre juridique;
- financement par des tiers;
- co-entreprises;
- cofinancement.

Schlußakte der Europäischen Energiechartakonferenz

I.

Die abschließende Plenarsitzung der Europäischen Energiechartakonferenz fand vom 16.–17. Dezember 1994 in Lissabon statt. Teilnehmer an der Konferenz waren die Vertreter der Republik Albanien, der Republik Armenien, Australiens, der Republik Österreich, der Aserbaidschanischen Republik, des Königreichs Belgien, der Republik Belarus, der Republik Bulgarien, Kanadas, der Republik Kroatien, der Republik Zypern, der Tschechischen Republik, des Königreichs Dänemark, der Republik Estland, der Europäischen Gemeinschaften, der Republik Finnland, der Französischen Republik, der Republik Georgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Griechischen Republik, der Republik Ungarn, der Republik Island, Irlands, der Italienischen Republik, Japans, der Republik Kasachstan, der Kirgisischen Republik, der Republik Lettland, des Fürstentums Liechtenstein, der Republik Litauen, des Großherzogtums Luxemburg, der Republik Malta, der Republik Moldau, des Königreichs der Niederlande, des Königreichs Norwegen, der Republik Polen, der Portugiesischen Republik, Rumäniens, der Russischen Föderation, der Slowakischen Republik, der Republik Slowenien, des Königreichs Spanien, des Königreichs Schweden, der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Republik Tadschikistan, der Republik Türkei, Turkmenistans, der Ukraine, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Republik Usbekistan (im folgenden als „Vertreter“ bezeichnet); ferner nahmen eingeladene Beobachter aus verschiedenen Ländern sowie von internationalen Organisationen teil.

Hintergrund

II.

Auf der Sitzung des Europäischen Rates im Juni 1990 in Dublin trug der Premierminister der Niederlande den Gedanken vor, die Wirtschaftsentwicklung in Osteuropa und der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken könnte sich durch Zusammenarbeit im Energiebereich katalysieren und beschleunigen lassen. Dieser Gedanke wurde vom Rat günstig aufgenommen, und die Kommission der Europäischen Gemeinschaften wurde aufgefordert zu untersuchen, wie eine solche Zusammenarbeit am besten zustande gebracht werden könne. Im Februar 1991 schlug die Kommission das Konzept einer Europäischen Energiecharta vor.

Final Act of the European Energy Charter Conference

I.

The final Plenary Session of the European Energy Charter Conference was held at Lisbon on 16–17 December 1994. Representatives of the Republic of Albania, the Republic of Armenia, Australia, the Republic of Austria, the Azerbaijani Republic, the Kingdom of Belgium, the Republic of Belarus, the Republic of Bulgaria, Canada, the Republic of Croatia, the Republic of Cyprus, the Czech Republic, the Kingdom of Denmark, the Republic of Estonia, the European Communities, the Republic of Finland, the French Republic, the Republic of Georgia, the Federal Republic of Germany, the Hellenic Republic, the Republic of Hungary, the Republic of Iceland, Ireland, the Italian Republic, Japan, the Republic of Kazakhstan, the Republic of Kyrgyzstan, the Republic of Latvia, the Principality of Liechtenstein, the Republic of Lithuania, the Grand Duchy of Luxembourg, the Republic of Malta, the Republic of Moldova, the Kingdom of the Netherlands, the Kingdom of Norway, the Republic of Poland, the Portuguese Republic, Romania, the Russian Federation, the Slovak Republic, the Republic of Slovenia, the Kingdom of Spain, the Kingdom of Sweden, the Swiss Confederation, the Republic of Tajikistan, the Republic of Turkey, Turkmenistan, Ukraine, the United Kingdom of Great Britain and Northern Irefand, the United States of America and the Republic of Uzbekistan (hereinafter referred to as “the representatives”) participated in the Conference, as did invited observers from certain countries and international organizations.

Background

II.

During the meeting of the European Council in Dublin in June 1990, the Prime Minister of the Netherlands suggested that economic recovery in Eastern Europe and the then Union of Soviet Socialist Republics could be catalysed and accelerated by cooperation in the energy sector. This suggestion was welcomed by the Council, which invited the Commission of the European Communities to study how best to implement such cooperation. In February 1991 the Commission proposed the concept of a European Energy Charter.

Acte final de la Conférence sur la Charte européenne de l'énergie

I.

La dernière séance plénière de la Conférence sur la Charte européenne de l'énergie s'est tenue à Lisbonne les 16 et 17 décembre 1994. Les représentants de la République d'Albanie, de la République fédérale d'Allemagne, de la République d'Arménie, de l'Australie, de la République d'Autriche, de la République azerbaïdjanaise, du Royaume de Belgique, de la République du Belarus, de la République de Bulgarie, du Canada, de la République de Chypre, des Communautés européennes, de la République de Croatie, du Royaume de Danemark, des Etats-Unis d'Amérique, du Royaume d'Espagne, de la République d'Estonie, de la République de Finlande, de la République française, de la République de Géorgie, de la République hellénique, de la République de Hongrie, de l'Irlande, de la République de l'Islande, de la République italienne, du Japon, de la République du Kazakhstan, de la République kirghize, de la République de Lettonie, de la Principauté du Liechtenstein, de la République de Lituanie, du Grand-Duché de Luxembourg, de la République de Malte, de la République de Moldova, du Royaume de Norvège, de la République d'Ouzbékistan, du Royaume des Pays-Bas, de la République de Pologne, de la République portugaise, de la Roumanie, de la Fédération de Russie, de la République slovaque, de la République de Slovénie, du Royaume de Suède, de la Confédération suisse, de la République tchèque, de la République de Turquie, de la République du Tadjikistan, du Turkménistan, de l'Ukraine et du Royaume de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, ci-après dénommés «représentants», ont participé à la Conférence, de même que des observateurs de certains pays et de certaines organisations internationales qui étaient invités à y prendre part.

Contexte

II.

Lors de la réunion du Conseil européen de Dublin de juin 1990, le Premier ministre des Pays-Bas a suggéré que le redressement économique en Europe de l'Est et dans l'ancienne Union des républiques socialistes soviétiques pouvait être catalysé et accéléré par une coopération dans le secteur de l'énergie. Cette suggestion a été accueillie favorablement par le Conseil, qui a invité la Commission des Communautés européennes à étudier la meilleure manière de mettre en œuvre cette coopération. En février 1991, la Commission a proposé l'idée d'une Charte européenne de l'énergie.

Nach einer Aussprache über den Vorschlag der Kommission im Rat der Europäischen Gemeinschaften luden die Europäischen Gemeinschaften die anderen Länder West- und Osteuropas, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die nichteuropäischen Mitglieder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ein, an einer für Juli 1991 in Brüssel anberaumten Konferenz teilzunehmen, auf der über die Europäische Energiecharta verhandelt werden solle. Eine Reihe weiterer Länder und internationaler Organisationen wurden eingeladen, als Beobachter an der Europäischen Energiechartakonferenz teilzunehmen.

Die Verhandlungen über die Europäische Energiecharta wurden 1991 abgeschlossen, und die Charta wurde mit der Unterzeichnung eines Abschlußdokuments am 16./17. Dezember 1991 auf einer Konferenz in Den Haag beschlossen. Zu den (damaligen oder späteren) Unterzeichnern der Charta gehören alle in Abschnitt I aufgeführten Staaten und Organisationen mit Ausnahme der Beobachter.

Die Unterzeichner der Europäischen Energiecharta verpflichteten sich,

- die Ziele und Grundsätze der Charta zu verfolgen und ihre Zusammenarbeit so bald wie möglich aufzunehmen und zu erweitern, indem sie nach Treu und Glauben in Verhandlungen über ein Basisabkommen und über Protokolle eintreten.

Demgemäß begann die Europäische Energiechartakonferenz mit den Verhandlungen über ein Basisabkommen, das später Vertrag über die Energiecharta genannt wurde und das darauf abzielt, die industrielle Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa zu fördern, indem es auf dem Felde der Investitionen, des Transits und des Handels Rechtssicherheit schafft. Die Konferenz begann auch mit Verhandlungen über Protokolle im Bereich der Energieeffizienz, Kernenergiesicherheit und Kohlenwasserstoffe; im letzteren Fall wurden die Verhandlungen allerdings später bis zur Vollendung des Vertrags über die Energiecharta wieder ausgesetzt.

Die Verhandlungen bezüglich des Vertrags über die Energiecharta und des Energiechartaprotokolls über Energieeffizienz und damit verbundene Umweltaspekte wurden 1994 erfolgreich abgeschlossen.

Der Vertrag über die Energiecharta

III.

Als Ergebnis ihrer Überlegungen verabschiedete die Europäische Energiechartakonferenz den Wortlaut des Vertrags über die Energiecharta (im folgenden als „Vertrag" bezeichnet), der als Anlage 1 beigefügt ist sowie Beschlüsse dazu, die als Anlage 2 beigefügt sind, und kam überein, den Vertrag vom 17. Dezember 1994 bis zum 16. Juni 1995 in Lissabon zur Unterzeichnung aufzulegen.

Following discussion of the Commission's proposal in the Council of the European Communities, the European Communities invited the other countries of Western and Eastern Europe, of the Union of Soviet Socialist Republics and the non-European members of the Organization for Economic Cooperation and Development to attend a conference in Brussels in July 1991 to launch negotiations on the European Energy Charter. A number of other countries and international organizations were invited to attend the European Energy Charter Conference as observers.

Negotiations on the European Energy Charter were completed in 1991 and the Charter was adopted by signature of a Concluding Document at a conference held at The Hague on 16–17 December 1991. Signatories of the Charter, then or subsequently, include all those listed in Section I above, other than observers.

The signatories of the European Energy Charter undertook:

- to pursue the objectives and principles of the Charter and implement and broaden their cooperation as soon as possible by negotiating in good faith a Basic Agreement and Protocols.

The European Energy Charter Conference accordingly began negotiations on a Basic Agreement – later called the Energy Charter Treaty – designed to promote East-West industrial cooperation by providing legal safeguards in areas such as investment, transit and trade. It also began negotiations on Protocols in the fields of energy efficiency, nuclear safety and hydrocarbons, although in the last case negotiations were later suspended until completion of the Energy Charter Treaty.

Negotiations on the Energy Charter Treaty and the Energy Charter Protocol on Energy Efficiency and Related Environmental Aspects were successfully completed in 1994.

The Energy Charter Treaty

III.

As a result of its deliberations the European Energy Charter Conference has adopted the text of the Energy Charter Treaty (hereinafter referred to as the "Treaty") which is set out in Annex 1 and Decisions with respect thereto which are set out in Annex 2, and agreed that the Treaty would be open for signature at Lisbon from 17 December 1994 to 16 June 1995.

A la suite de l'examen de la proposition de la Commission au Conseil des Communautés européennes, les Communautés européennes ont invité les autres pays de l'Europe occidentale et orientale, de l'Union des républiques socialistes soviétiques et les membres non européens de l'Organisation de coopération et de développement économiques à participer à une conférence devant se tenir à Bruxelles en juillet 1991 et destinée au lancement des négociations sur la Charte européenne de l'énergie. Un certain nombre d'autres pays et d'organisations internationales ont été invités à participer en qualité d'observateurs à la Conférence sur la Charte européenne de l'énergie.

Les négociations sur la Charte européenne de l'énergie ont été clôturées en 1991 et la Charte a été adoptée par la signature d'un document de clôture à une conférence tenue à La Haye les 16 et 17 décembre 1991. Les signataires de la Charte, qui ont signé à cette date ou subséquemment, comprennent tous ceux qui sont énumérés au paragraphe I qui précède, excepté les observateurs.

Les signataires de la Charte européenne de l'énergie se sont engagés:

- à poursuivre les objectifs et de respecter les principes de la Charte, ainsi que de mettre en œuvre et d'élargir leur coopération dès que possible dans le cadre de la négociation en bonne intelligence d'un accord de base et de protocoles.

La Conférence de la Charte européenne de l'énergie a parallèlement entamé des négociations sur un accord de base – appelé plus tard «traité sur la Charte de l'énergie» – destiné à promouvoir la coopération industrielle Est-Ouest en prévoyant des garanties juridiques dans des domaines tels que les investissements, le transit et le commerce. Elle a également commencé des négociations sur des protocoles dans les domaines de l'efficacité énergétique, de la sûreté nucléaire et des hydrocarbures, bien que dans ce dernier cas les négociations aient été suspendues jusqu'à la conclusion du traité sur la Charte de l'énergie.

Les négociations relatives au traité sur la Charte de l'énergie et le protocole de la Charte de l'énergie sur l'efficacité énergétique et les aspects environnementaux connexes se sont terminées en 1994.

Le traité sur la Charte de l'énergie

III.

A l'issue de ses délibérations, la Conférence sur la Charte européenne de l'énergie a adopté le texte du traité sur la Charte de l'énergie, ci-après dénommé «traité», qui figure à l'annexe 1, ainsi que les décisions y relatives, qui figurent à l'annexe 2, et elle est convenue que le traité serait ouvert à la signature à Lisbonne du 17 décembre 1994 au 16 juin 1995.

Klarstellungen

IV.

Mit der Unterzeichnung der Schlußakte einigten sich die Vertreter darauf, die folgenden Klarstellungen zum Vertrag zu verabschieden:

1. Zum Vertrag als Ganzes

a) Die Vertreter unterstreichen, daß die Bestimmungen des Vertrags im Bewußtsein der besonderen Natur des Vertrags vereinbart wurden, der einen Rechtsrahmen zur Förderung langfristiger Zusammenarbeit in einem bestimmten Bereich bilden soll, und demzufolge nicht als Präzedenzfall im Zusammenhang mit anderen internationalen Verhandlungen ausgelegt werden können.

b) Die Bestimmungen des Vertrags

i) verpflichten eine Vertragspartei nicht, den zwingenden Zugang Dritter einzuführen;

ii) verhindern nicht die Verwendung von Preissystemen, die innerhalb einer bestimmten Verbrauchergruppe identische Preise für Kunden an verschiedenen Standorten anwenden.

c) Abweichungen von der Meistbegünstigungsbehandlung beziehen sich nicht auf Maßnahmen, die sich gezielt auf einen Investor oder eine Gruppe von Investoren beziehen, sondern auf solche, die allgemein angewendet werden.

2. Zu Artikel 1 Nummer 5

a) Es besteht Einvernehmen darüber, daß der Vertrag keine anderen Rechte auf Wirtschaftstätigkeiten verleiht als die auf Wirtschaftstätigkeiten im Energiebereich.

b) Folgende Tätigkeiten sind Beispiele für eine Wirtschaftstätigkeit im Energiebereich:

i) Erkundung, Aufsuchung und Förderung beispielsweise von Öl, Gas, Kohle und Uran;

ii) Bau und Betrieb von Energiegewinnungsanlagen einschließlich solcher, die mit Windenergie und anderen erneuerbaren Energien betrieben werden;

iii) Beförderung über Land, Verteilung, Speicherung und Lieferung von Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen, beispielsweise durch Übertragungs- und Verteilernetze und -fernleitungen oder über besondere Schienenwege sowie Bau solcher Einrichtungen einschließlich Verlegen von Öl-, Gas- und Schlammkohle-Rohrfernleitungen;

Understandings

IV.

By signing the Final Act, the representatives agreed to adopt the following Understandings with respect to the Treaty:

1. With respect to the Treaty as a whole

(a) The representatives underline that the provisions of the Treaty have been agreed upon bearing in mind the specific nature of the Treaty aiming at a legal framework to promote long-term cooperation in a particular sector and as a result cannot be construed to constitute a precedent in the context of other international negotiations.

(b) The provisions of the Treaty do not:

(i) oblige any Contracting Party to introduce mandatory third party access; or

(ii) prevent the use of pricing systems which, within a particular category of consumers, apply identical prices to customers in different locations.

(c) Derogations from most favoured nation treatment are not intended to cover measures which are specific to an Investor or group of Investors, rather than applying generally.

2. With respect to Article 1(5)

(a) It is understood that the Treaty confers no rights to engage in economic activities other than Economic Activities in the Energy Sector.

(b) The following activities are illustrative of Economic Activity in the Energy Sector:

(i) prospecting and exploration for, and extraction of, e.g., oil, gas, coal and uranium;

(ii) construction and operation of power generation facilities, including those powered by wind and other renewable energy sources;

(iii) land transportation, distribution, storage and supply of Energy Materials and Products, e.g., by way of transmission and distribution grids and pipelines or dedicated rail lines, and construction of facilities for such, including the laying of oil, gas, and coal-slurry pipelines;

Clauses interprétatives

IV.

En signant l'Acte final, les représentants sont convenus d'adopter les clauses interprétatives suivantes concernant le traité:

1. En ce qui concerne l'ensemble du traité

a) Les représentants soulignent que les dispositions du traité ont été convenues en considération de la nature spécifique du traité, qui vise à établir un cadre juridique destiné à promouvoir une coopération à long terme dans un secteur particulier, et qu'elles ne peuvent par conséquent être interprétées comme constituant un précédent dans le cadre d'autres négociations internationales.

b) Les dispositions du traité:

i) n'obligent aucune partie contractante à instituer un accès obligatoire des tiers; ou

ii) n'empêchent pas l'utilisation de systèmes de fixation des prix qui appliqueraient, à l'intérieur d'une catégorie déterminée de consommateurs, des prix identiques à des clients situés en différents endroits.

c) Les dérogations à la clause de la nation la plus favorisée ne sont pas destinées à couvrir les mesures spécifiques pour un investisseur ou un groupe d'investisseurs, au lieu de s'appliquer de manière générale.

2. En ce qui concerne l'article 1er point 5

a) Il est entendu que le traité ne confère aucun droit de se livrer à des activités économiques autres que les activités économiques du secteur de l'énergie.

b) Les activités suivantes constituent des exemples d'activités relevant des activités économiques du secteur de l'énergie:

i) la prospection, l'exploration et l'extraction de pétrole, de gaz, de charbon et d'uranium, par exemple;

ii) la construction et l'exploitation de centrales électriques, y compris les centrales tirant leur énergie du vent ou d'autres sources d'énergie renouvelables;

iii) le transport par voie terrestre, la distribution, le stockage et la fourniture de matières et de produits énergétiques, par exemple au moyen de réseaux et de pipelines ou de lignes ferroviaires spéciales de transmission et de distribution, ainsi que la construction d'équipements à ces fins, y compris la pose d'oléoducs, de gazoducs et de conduites pour l'acheminement de boues de charbon;

iv) Beseitigung und Endlagerung von Abfällen aus energietechnischen Einrichtungen wie Kraftwerken, einschließlich radioaktiver Abfälle aus Kernkraftwerken;

v) Stillegung energietechnischer Einrichtungen einschließlich Bohrplattformen, Ölraffinerien und Kraftwerken;

vi) Vermarktung und Verkauf von Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen sowie Handel damit, beispielsweise Benzinverkauf an Endverbraucher;

vii) Forschungs-, Beratungs-, Planungs-, Geschäftsführungs- und Entwicklungsarbeiten im Zusammenhang mit den genannten Tätigkeiten, einschließlich solcher zur Verbesserung der Energieeffizienz.

3. Zu Artikel 1 Nummer 6

Um Klarheit darüber zu erlangen, ob eine im Gebiet einer Vertragspartei vorgenommene Investition unmittelbar oder mittelbar von einem Investor einer anderen Vertragspartei kontrolliert wird, bedeutet Kontrolle einer Investition die faktische Kontrolle, die nach Prüfung der tatsächlichen Umstände in jeder Situation festgestellt wird. Bei einer solchen Prüfung sind alle einschlägigen Faktoren zu berücksichtigen, darunter

a) die finanziellen Beteiligungen des Investors, einschließlich seiner Eigentumsrechte an der Investition;

b) die Fähigkeit des Investors, wesentlichen Einfluß auf die Geschäftsführung und die Arbeit der Investition auszuüben;

c) die Fähigkeit des Investors, wesentlichen Einfluß auf die Auswahl der Mitglieder des Verwaltungsgremiums (Vorstand beziehungsweise Verwaltungsrat) auszuüben.

Bestehen Zweifel, ob ein Investor eine Investition unmittelbar oder mittelbar kontrolliert, so obliegt dem Investor, der sich auf eine solche Kontrolle beruft, die Beweispflicht für das Vorhandensein der Kontrolle.

4. Zu Artikel 1 Nummer 8

Im Einklang mit der australischen Politik der Auslandsinvestitionen gilt die Errichtung eines neuen Bergbau- oder Rohstoffverarbeitungsbetriebs in Australien mit einer Gesamtinvestition von 10 Mio. AUD oder mehr durch einen ausländischen Investor als Vornahme einer neuen Investition, auch wenn der betreffende Investor bereits ein ähnliches Unternehmen in Australien betreibt.

5. Zu Artikel 1 Nummer 12

Die Vertreter erkennen an, daß ein angemessener und wirksamer Schutz der Rech-

(iv) removal and disposal of wastes from energy related facilities such as power stations, including radioactive wastes from nuclear power stations;

(v) decommissioning of energy related facilities, including oil rigs, oil refineries and power generating plants;

(vi) marketing and sale of, and trade in Energy Materials and Products, e.g., retail sales of gasoline; and

(vii) research, consulting, planning, management and design activities related to the activities mentioned above, including those aimed at Improving Energy Efficiency.

3. With respect to Article 1(6)

For greater clarity as to whether an Investment made in the Area of one Contracting Party is controlled, directly or indirectly, by an Investor of any other Contracting Party, control of an Investment means control in fact, determined after an examination of the actual circumstances in each situation. In any such examination, all relevant factors should be considered, including the Investor's

(a) financial interest, including equity interest, in the Investment;

(b) ability to exercise substantial influence over the management and operation of the Investment; and

(c) ability to exercise substantial influence over the selection of members of the board of directors or any other managing body.

Where there is doubt as to whether an Investor controls, directly or indirectly, an Investment, an Investor claiming such control has the burden of proof that such control exists.

4. With respect to Article 1(8)

Consistent with Australia's foreign investment policy, the establishment of a new mining or raw materials processing project in Australia with total investment of $A 10 million or more by a foreign interest, even where that foreign interest is already operating a similar business in Australia, is considered as the making of a new investment.

5. With respect to Article 1(12)

The representatives recognize the necessity for adequate and effective protection of

iv) l'enlèvement et l'élimination des déchets provenant d'installations liées à l'énergie, telles que les centrales électriques, y compris les déchets radioactifs provenant des centrales nucléaires;

v) le déclassement des installations liées à l'énergie, y compris les plates-formes pétrolières, les raffineries de pétrole et les centrales électriques;

vi) la commercialisation, la vente et les échanges de matières et de produits énergétiques, par exemple la vente d'essence au détail; et

vii) les activités de recherche, de conseil, de planification, de gestion et de conception liées aux activités mentionnées ci-dessus, y compris celles visant à améliorer l'efficacité énergétique.

3. En ce qui concerne l'article 1er point 6

Pour permettre de déterminer avec plus de clarté si un investissement réalisé dans la zone d'une partie contractante est contrôlé, directement ou indirectement, par un investisseur d'une autre partie contractante, on entend par «contrôle d'un investissement» le contrôle de fait, effectué après un examen des éléments concrets de chaque situation. Lors de cet examen, tous les éléments pertinents devraient être pris en considération, et notamment:

a) l'intérêt financier de l'investisseur, y compris l'intérêt de participation, dans l'investissement;

b) la capacité de l'investisseur à exercer une influence substantielle sur la gestion et l'exploitation de l'investissement; et

c) la capacité de l'investisseur à exercer une influence substantielle sur la sélection des membres du conseil d'administration ou de tout autre organe de direction.

En cas de doute sur le point de savoir si l'investisseur contrôle, directement ou indirectement, un investissement, l'investisseur revendiquant ce contrôle doit fournir la preuve de l'existence de ce contrôle.

4. En ce qui concerne l'article 1er point 8

En conformité avec la politique de l'Australie en matière d'investissements étrangers, le lancement d'un nouveau projet d'extraction ou de traitement de matières premières en Australie, avec un investissement total de 10 millions de dollars australiens ou davantage par un intérêt étranger, est considéré comme un nouvel investissement, même lorsque cet intérêt étranger exploite déjà une entreprise similaire en Australie.

5. En ce qui concerne l'article 1er point 12

Les représentants reconnaissent la nécessité d'une protection adéquate et efficace

te des geistigen Eigentums nach höchsten international anerkannten Normen notwendig ist.

Intellectual Property rights according to the highest internationally-accepted standards.

des droits de propriété intellectuelle, en conformité avec les normes les plus élevées internationalement acceptées.

6. Zu Artikel 5 Absatz 1

Die Zustimmung der Vertreter zu Artikel 5 ist nicht so auszulegen, als bedeute sie eine Stellungnahme zu der Frage, ob oder in welchem Umfang die Bestimmungen des Übereinkommens über handelsbezogene Investitionsmaßnahmen, das der Schlußakte der Uruguay-Runde über multilaterale Handelsverhandlungen beigefügt ist, in die Artikel III und XI des GATT mit einbegriffen sind.

6. With respect to Article 5(1)

The representatives' agreement to Article 5 is not meant to imply any position on whether or to what extent the provisions of the "Agreement on Trade-Related Investment Measures" annexed to the Final Act of the Uruguay Round of Multilateral Trade Negotiations are implicit in articles III and XI of the GATT.

6. En ce qui concerne l'article 5 paragraphe 1

L'accord des représentants sur l'article 5 ne signifie pas qu'il constitue implicitement une position quelconque sur la question de savoir si, et dans quelle mesure, les dispositions de l'accord relatif aux mesures d'investissement liées au commerce, annexé à l'Acte final des négociations commerciales multilatérales de l'Uruguay Round sont implicites dans les articles III et XI du GATT.

7. Zu Artikel 6

a) Das in Artikel 6 Absatz 2 genannte einseitige und abgestimmte wettbewerbswidrige Verhalten ist von jeder Vertragspartei im Einklang mit ihren Gesetzen festzulegen und kann rücksichtslosen Mißbrauch umfassen.

b) „Gesetze durchsetzen" umfaßt Maßnahmen aufgrund der Wettbewerbsgesetze einer Vertragspartei durch Untersuchungen, rechtliche Verfahren oder Verwaltungsmaßnahmen sowie durch Entscheidungen oder neue Gesetze, mit denen eine Genehmigung erteilt oder verlängert wird.

7. With respect to Article 6

(a) The unilateral and concerted anti-competitive conduct referred to in Article 6(2) are to be defined by each Contracting Party in accordance with its laws and may include exploitative abuses.

(b) "Enforcement" and "enforces" include action under the competition laws of a Contracting Party by way of investigation, legal proceeding, or administrative action as well as by way of any decision or further law granting or continuing an authorization.

7. En ce qui concerne l'article 6

a) Le comportement anticoncurrentiel unilatéral et concerté visé à l'article 6 paragraphe 2 doit être défini par chaque partie contractante conformément à sa législation et peut inclure les exploitations abusives.

b) Les termes «application» et «applique» visent toute mesure prise conformément à la législation sur la concurrence d'une partie contractante, sous forme d'enquête, de procédure judiciaire ou de mesure administrative ou sous forme de décision ou de nouvelle loi accordant ou prorogeant une autorisation.

8. Zu Artikel 7 Absatz 4

Die anwendbaren Rechtsvorschriften schließen Bestimmungen über Umweltschutz, Bodennutzung, Sicherheit oder technische Normen ein.

8. With respect to Article 7(4)

The applicable legislation would include provisions on environmental protection, land use, safety, or technical standards.

8. En ce qui concerne l'article 7 paragraphe 4

La législation applicable comprend en principe les dispositions en matière de protection de l'environnement, d'utilisation des terres, de sécurité ou de normes techniques.

9. Zu den Artikeln 9 und 10 sowie Teil V

Stehen Programme einer Vertragspartei für öffentliche Darlehen, Zuschüsse, Bürgschaften oder Versicherungen zur Erleichterung des Außenhandels oder von Auslandsinvestitionen nicht mit Investitionen oder damit zusammenhängenden Tätigkeiten von Investoren anderer Vertragsparteien in ihrem Gebiet im Zusammenhang, so können sie von Einschränkungen abhängig gemacht werden, die sich auf die Beteiligung an ihnen beziehen.

9. With respect to Articles 9, 10 and Part V

As a Contracting Party's programmes which provide for public loans, grants, guarantees or insurance for facilitating trade or Investment abroad are not connected with Investment or related activities of Investors from other Contracting Parties in its Area, such programmes may be subject to constraints with respect to participation in them.

9. En ce qui concerne les articles 9 et 10 et la partie V

Etant donné que les programmes d'une partie contractante qui accorde des prêts, subventions, garanties ou assurances publics en vue de faciliter les échanges ou les investissements à l'étranger ne sont pas liés à des investissements ou à des activités connexes d'investisseurs d'autres parties contractantes opérant dans sa zone, ces programmes peuvent faire l'objet de restrictions en ce qui concerne la participation à ceux-ci.

10. Zu Artikel 10 Absatz 4

Der Zusatzvertrag wird die Bedingungen festlegen, unter denen die in Artikel 10 Absatz 3 beschriebene Behandlung anzuwenden ist. Die Bedingungen schließen unter anderem Bestimmungen über den Verkauf oder die sonstige Entäußerung staatlicher Vermögenswerte (Privatisierung) und den Abbau von Monopolen (Entmonopolisierung) ein.

10. With respect to Article 10(4)

The supplementary treaty will specify conditions for applying the Treatment described in Article 10(3). Those conditions will include, inter alia, provisions relating to the sale or other divestment of state assets (privatization) and to the dismantling of monopolies (demonopolization).

10. En ce qui concerne l'article 10 paragraphe 4

Le traité complémentaire précisera les conditions d'application du traitement défini à l'article 10 paragraphe 3. Ces conditions comprendront, entre autres, des dispositions relatives à la vente ou à toute autre cession de biens publics (privatisation) et au démantèlement de monopoles (démonopolisation).

11. Zu Artikel 10 Absatz 4 und Artikel 29 Absatz 6

Die Vertragsparteien können eine Verbindung zwischen Artikel 10 Absatz 4 und Artikel 29 Absatz 6 in Betracht ziehen.

11. With respect to Articles 10(4) and 29(6)

Contracting Parties may consider any connection between the provisions of Article 10(4) and Article 29(6).

11. En ce qui concerne l'article 10 paragraphe 4 et l'article 29 paragraphe 6

Les parties contractantes peuvent envisager de faire un lien entre les dispositions de l'article 10 paragraphe 4 et celles de l'article 29 paragraphe 6.

12. Zu Artikel 14 Absatz 5

Es wird erwartet, daß eine Vertragspartei, die eine Übereinkunft nach Artikel 14 Absatz 5 schließt, dafür sorgt, daß die Bedingungen der Übereinkunft nicht den Pflichten der Vertragspartei aus dem Abkommen über den Internationalen Währungsfonds zuwiderlaufen.

12. With respect to Article 14(5)

It is intended that a Contracting Party which enters into an agreement referred to in Article 14(5) ensure that the conditions of such an agreement are not in contradiction with that Contracting Party's obligations under the Articles of Agreement of the International Monetary Fund.

12. En ce qui concerne l'article 14 paragraphe 5

Il est considéré qu'une partie contractante qui devient partie à un accord visé à l'article 14 paragraphe 5 devra veiller à ce que les conditions de cet accord ne soient pas en contradiction avec les obligations de cette partie contractante qui découlent du statut du Fonds monétaire international.

13. Zu Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe i

Jede Vertragspartei entscheidet selbst, in welchem Umfang die Bewertung und Überwachung der Umweltauswirkungen rechtlichen Anforderungen unterliegen sollen, welche Behörden für Entscheidungen im Zusammenhang mit solchen Anforderungen zuständig und welche Verfahren anzuwenden sind.

13. With respect to Article 19(1)(i)

It is for each Contracting Party to decide the extent to which the assessment and monitoring of Environmental Impacts should be subject to legal requirements, the authorities competent to take decisions in relation to such requirements, and the appropriate procedures to be followed.

13. En ce qui concerne l'article 19 paragraphe 1 point i)

Il appartient à chaque partie contractante de décider dans quelle mesure l'évaluation et la surveillance de l'impact environnemental doivent faire l'objet de prescriptions juridiques, de déterminer les autorités compétentes appelées à prendre des décisions au sujet de ces prescriptions, ainsi que de fixer les procédures appropriées à suivre.

14. Zu den Artikeln 22 und 23

Hinsichtlich des unter Artikel 29 fallenden Handels mit Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen legt jener Artikel die einschlägigen Bestimmungen für die in den Artikeln 22 und 23 geregelten Angelegenheiten fest.

14. With respect to Articles 22 and 23

With regard to trade in Energy Materials and Products governed by Article 29, that Article specifies the provisions relevant to the subjects covered by Articles 22 and 23.

14. En ce qui concerne les articles 22 et 23

Pour ce qui est des échanges de matières et de produits énergétiques régis par l'article 29, celui-ci indique les dispositions relatives aux questions couvertes par les articles 22 et 23.

15. Zu Artikel 24

Die im GATT und in den dazugehörigen Rechtsakten enthaltenen Ausnahmen gelten, wie in Artikel 4 anerkannt, zwischen bestimmten Vertragsparteien, die Vertragsparteien des GATT sind. Hinsichtlich des unter Artikel 29 fallenden Handels mit Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen legt jener Artikel die einschlägigen Bestimmungen für die in Artikel 24 geregelten Angelegenheiten fest.

15. With respect to Article 24

Exceptions contained in the GATT and Related Instruments apply between particular Contracting Parties which are parties to the GATT, as recognized by Article 4. With respect to trade in Energy Materials and Products governed by Article 29, that Article specifies the provisions relevant to the subjects covered by Article 24.

15. En ce qui concerne l'article 24

Les exceptions figurant dans le GATT et les instruments connexes s'appliquent entre les parties contractantes concernées qui sont parties au GATT, comme le reconnaît l'article 4. Pour ce qui est des échanges de matières et de produits énergétiques régis par l'article 29, celui-ci indique les dispositions relatives aux questions couvertes par l'article 24.

16. Zu Artikel 26 Absatz 2 Buchstabe a

Artikel 26 Absatz 2 Buchstabe a ist nicht so auszulegen, als verlange er von einer Vertragspartei, Teil III des Vertrags in ihr innerstaatliches Recht umzusetzen.

16. With respect to Article 26(2)(a)

Article 26(2)(a) should not be interpreted to require a Contracting Party to enact Part III of the Treaty into its domestic law.

16. En ce qui concerne l'article 26 paragraphe 2 point a)

L'article 26 paragraphe 2 point a) ne devrait pas être interprété comme exigeant d'une partie contractante qu'elle transpose la partie III du traité dans sa législation nationale.

17. Zu den Artikeln 26 und 27

Die Bezugnahme auf vertragliche Verpflichtungen im vorletzten Satz des Artikels 10 Absatz 1 schließt Beschlüsse internationaler Organisationen, auch wenn sie rechtsverbindlich sind, sowie Verträge, die vor dem 1. Januar 1970 in Kraft getreten sind, nicht ein.

17. With respect to Articles 26 and 27

The reference to treaty obligations in the penultimate sentence of Article 10(1) does not include decisions taken by international organizations, even if they are legally binding, or treaties which entered into force before 1 January 1970.

17. En ce qui concerne les articles 26 et 27

La référence aux obligations conventionnelles faite dans l'avant-dernière phrase de l'article 10 paragraphe 1 n'inclut pas les décisions prises par des organisations internationales, même si elles sont juridiquement contraignantes, ni les traités entrés en vigueur avant le 1er janvier 1970.

18. Zu Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe a

a) Sieht eine in diesem Absatz genannte Bestimmung des GATT 1947 oder eines dazu gehörigen Rechtsinstruments ein gemeinsames Tätigwerden von Vertragsparteien des GATT vor, so wird erwartet, daß die Chartakonferenz tätig wird.

b) Die Formulierung „wie sie am 1. März 1994 angewandt wurden und in bezug auf die Primärenergieträger und Energieerzeugnisse von den Vertragsparteien des GATT 1947 untereinander praktiziert werden" ist nicht für Fälle gedacht, in denen eine Vertragspartei des GATT sich auf Artikel XXXV des GATT berufen hat und damit die Anwendung des GATT gegenüber einer anderen Vertragspartei des GATT aussetzt, gleichwohl aber de facto einige Bestimmungen des GATT gegenüber jener anderen Vertragspartei des GATT einseitig anwendet.

19. Zu Artikel 33

Die vorläufige Chartakonferenz soll zum frühestmöglichen Zeitpunkt entscheiden, wie das Ziel des Titels III der Europäischen Energiecharta am besten zu verwirklichen ist, nämlich daß Protokolle in Bereichen der Zusammenarbeit, wie sie unter Titel III der Charta aufgeführt sind, ausgehandelt werden.

20. Zu Artikel 34

a) Der vorläufige Generalsekretär sollte sich umgehend mit anderen internationalen Gremien in Verbindung setzen, um festzustellen, unter welchen Bedingungen diese bereit wären, aus dem Vertrag und der Charta entstehende Aufgaben zu übernehmen. Der vorläufige Generalsekretär könnte der vorläufigen Chartakonferenz auf der Sitzung, die nach Artikel 45 Absatz 4 spätestens 180 Tage nach dem Tag einzuberufen ist, an dem der Vertrag zur Unterzeichnung aufgelegt wird, Bericht erstatten.

b) Die Chartakonferenz soll den jährlichen Haushalt vor Beginn des Haushaltsjahrs beschließen.

21. Zu Artikel 34 Absatz 3 Buchstabe m

Die technischen Änderungen der Anlagen könnten zum Beispiel die Streichung von Nichtunterzeichnern oder von Unterzeichnern, die ihre Absicht bekundet haben, nicht zu ratifizieren, aus der Liste beziehungsweise Erweiterungen der Anlagen N und VC umfassen. Es wird erwartet, daß derartige Änderungen im gegebenen Fall der Chartakonferenz vom Sekretariat vorgeschlagen werden.

22. Zu Anlage TFU Absatz 1

a) Haben einige Vertragsparteien einer in Absatz 1 genannten Übereinkunft den

18. With respect to Article 29(2)(a)

(a) Where a provision of GATT 1947 or a Related Instrument referred to in this paragraph provides for joint action by parties to the GATT, it is intended that the Charter Conference take such action.

(b) The notion "applied on 1 March 1994 and practised with regard to Energy Materials and Products by parties to GATT 1947 among themselves" is not intended to refer to cases where a party to the GATT has invoked article XXXV of the GATT, thereby disapplying the GATT vis-à-vis another party to the GATT, but nevertheless applies unilaterally on a de facto basis some provisions of the GATT vis-à-vis that other party to the GATT.

19. With respect to Article 33

The provisional Charter Conference should at the earliest possible date decide how best to give effect to the goal of Title III of the European Energy Charter that Protocols be negotiated in areas of cooperation such as those listed in Title III of the Charter.

20. With respect to Article 34

(a) The provisional Secretary-General should make immediate contact with other international bodies in order to discover the terms on which they might be willing to undertake tasks arising from the Treaty and the Charter. The provisional Secretary-General might report back to the provisional Charter Conference at the meeting which Article 45(4) requires to be convened not later than 180 days after the opening date for signature of the Treaty.

(b) The Charter Conference should adopt the annual budget before the beginning of the financial year.

21. With respect to Article 34(3)(m)

The technical changes to Annexes might for instance include, delisting of non-signatories or of signatories that have evinced their intention not to ratify, or additions to Annexes N and VC. It is intended that the Secretariat would propose such changes to the Charter Conference when appropriate.

22. With respect to Annex TFU(1)

(a) If some of the parties to an agreement referred to in paragraph (1) have not

18. En ce qui concerne l'article 29 paragraphe 2 point a)

a) Lorsqu'une disposition du GATT 1947 ou d'un instrument connexe visée au point cité prévoit une action conjointe des parties au GATT, il est considéré que cette action devra être entreprise par la Conférence de la Charte.

b) L'expression «tels qu'appliqués le 1er mars 1994 et pratiqués, en ce qui concerne les matières et les produits énergétiques, par les parties au GATT 1947 entre elles» ne vise pas les cas où une partie au GATT invoque l'article XXXV du GATT, décidant par là de ne pas appliquer le GATT vis-à-vis d'une autre partie au GATT, mais implique néanmoins l'application de facto, sur une base unilatérale, de certaines dispositions du GATT vis-à-vis de cette autre partie au GATT.

19. En ce qui concerne l'article 33

La Conférence provisoire de la Charte devrait, dès que possible, décider de la meilleure façon de donner effet au but du titre III de la Charte européenne de l'énergie, à savoir la négociation de protocoles dans des domaines de coopération tels que ceux énumérés au titre III de la Charte.

20. En ce qui concerne l'article 34

a) Le Secrétaire général provisoire devrait prendre immédiatement contact avec les autres instances internationales afin de déterminer les conditions auxquelles elles seraient disposées à se charger de tâches découlant du traité et de la Charte. Il pourrait faire rapport à la Conférence provisoire de la Charte lors de la réunion qui, aux termes de l'article 45 paragraphe 4, doit être convoquée au plus tard 180 jours après la date d'ouverture à la signature du traité.

b) La Conférence de la Charte devrait adopter le budget annuel avant le début de l'exercice financier.

21. En ce qui concerne l'article 34 paragraphe 3 point m)

Les modifications techniques des annexes pourraient inclure, par exemple, la radiation des pays non signataires ou signataires qui ont manifesté leur intention de ne pas ratifier, ou des additions aux annexes N et VC. Il est considéré que le Secrétariat devrait proposer ces modifications à la Conférence de la Charte au moment opportun.

22. En ce qui concerne l'annexe TFU paragraphe 1

a) Si certaines des parties à un accord visé au paragraphe 1 n'ont pas signé le traité

Vertrag nicht innerhalb der für die Notifikation vorgeschriebenen Frist unterzeichnet oder sind sie ihm nicht entsprechend beigetreten, so können diejenigen Vertragsparteien der Übereinkunft, die den Vertrag unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, in ihrem Namen notifizieren.

b) Die Notwendigkeit, Übereinkünfte rein kommerziellen Charakters generell zu notifizieren, wird nicht ins Auge gefaßt, weil derartige Übereinkünfte nicht die Frage der Einhaltung des Artikels 29 Absatz 2 Buchstabe a aufwerfen dürften, selbst wenn sie von staatlichen Stellen geschlossen werden. Die Chartakonferenz könnte indessen für Zwekke der Anlage TFU klären, welche Arten von Übereinkünften nach Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe b notifiziert werden müssen und welche nicht.

Erklärungen

V.

Die Vertreter erklärten, daß Artikel 18 Absatz 2 nicht so auszulegen ist, als sei es erlaubt, die Anwendung der anderen Bestimmungen des Vertrags zu umgehen.

VI.

Die Vertreter nahmen von folgenden Erklärungen Kenntnis, die zum Vertrag abgegeben wurden:

1. Zu Artikel 1 Nummer 6

Die Russische Föderation wünscht, daß in den Verhandlungen über den in Artikel 10 Absatz 4 genannten Zusatzvertrag die Frage der Bedeutung nationaler Rechtsvorschriften in bezug auf die Kontrolle, wie in der Klarstellung zu Artikel 1 Absatz 6 ausgedrückt, erneut überdacht wird.

2. Zu Artikel 5 und Artikel 10 Absatz 11

Australien merkt an, daß Artikel 5 und Artikel 10 Absatz 11 seine Rechte und Pflichten aus dem GATT nicht beeinträchtigen; dazu gehören auch jene, wie sie in den Übereinkommen der Uruguay-Runde über handelsbezogene Investitionsmaßnahmen erarbeitet wurden, insbesondere im Hinblick auf die Liste der Ausnahmen nach Artikel 5 Absatz 3, die es als nicht vollständig ansieht.

Australien merkt ferner an, daß es nicht angemessen wäre, wenn aufgrund des Vertrags geschaffene Streitbeilegungsorgane im Rahmen von Streitigkeiten zwischen Vertragsparteien des GATT oder zwischen einem Investor einer Vertragspartei des GATT und einer anderen Vertragspartei des GATT Auslegungen der Artikel III und XI des GATT vornehmen würden. Es ist der Ansicht, daß hinsichtlich der Anwendung des Artikels 10 Absatz 11 in einer Streitigkeit zwischen einem Investor und einer Vertragspartei des GATT die einzige nach Arti-

signed or acceded to the Treaty at the time required for notification, those parties to the agreement which have signed or acceded to the Treaty may notify on their behalf.

(b) The need in general for notification of agreements of a purely commercial nature is not foreseen because such agreements should not raise a question of compliance with Article 29(2)(a), even when they are entered into by state agencies. The Charter Conference could, however, clarify for purposes of Annex TFU which types of agreements referred to in Article 29(2)(b) require notification under the Annex and which types do not.

Declarations

V.

The representatives declared that Article 18(2) shall not be construed to allow the circumvention of the application of the other provisions of the Treaty.

VI.

The representatives also noted the following Declarations that were made with respect to the Treaty:

1. With respect to Article 1(6)

The Russian Federation wishes to have reconsidered, in negotiations with regard to the supplementary treaty referred to in Article 10(4), the question of the importance of national legislation with respect to the issue of control as expressed in the Understanding to Article 1(6).

2. With respect to Articles 5 and 10(11)

Australia notes that the provisions of Articles 5 and 10(11) do not diminish its rights and obligations under the GATT, including as elaborated in the Uruguay Round Agreement on Trade Related Investment Measures, particularly with respect to the list of exceptions in Article 5(3), which it considers incomplete.

Australia further notes that it would not be appropriate for dispute settlement bodies established under the Treaty to give interpretations of GATT articles III and XI in the context of disputes between parties to the GATT or between an Investor of a party to the GATT and another party to the GATT. It considers that with respect to the application of Article 10(11) between an Investor and a party to the GATT, the only issue that can be considered under Article 26 is the issue of the awards of arbitration in the event that a GATT panel or the WTO dis-

ou n'y ont pas adhéré au moment requis pour la notification, les parties à l'accord qui ont signé le traité ou y ont adhéré peuvent faire une notification en leur nom.

b) Il n'est pas prévu qu'il sera nécessaire de notifier de façon générale les accords de nature purement commerciale étant donné que ces accords ne posent pas de problème de conformité avec l'article 29 paragraphe 2 point a), même lorsqu'ils sont conclus par des organismes publics. La Conférence de la Charte pourrait toutefois préciser, aux fins de l'annexe TFU, les types d'accords visés à l'article 29 paragraphe 2 point b) qui requièrent une notification en vertu de l'annexe et ceux qui n'en requièrent pas.

Déclarations

V.

Les représentants déclarent que l'article 18 paragraphe 2 ne doit pas être interprété comme permettant de circonvenir l'application des autres dispositions du traité.

VI.

Les représentants prennent également acte des déclarations suivantes faites au sujet du traité:

1. En ce qui concerne l'article 1er point 6

La Fédération de Russie souhaite que soit reconsidéré, dans le cadre des négociations relatives au traité complémentaire visé à l'article 10 paragraphe 4, le rôle de la législation nationale en ce qui concerne la question du contrôle telle que formulée dans la clause interprétative relative à l'article 1er paragraphe 6.

2. En ce qui concerne l'article 5 et l'article 10 paraqraphe 11

L'Australie note que les dispositions de l'article 5 et de l'article 10 paragraphe 11 ne diminuent pas les droits et obligations découlant du GATT, y compris ceux prévus dans l'accord relatif aux mesures d'investissement liées au commerce, notamment en ce qui concerne la liste des exceptions figurant à l'article 5 paragraphe 3, liste qu'elle estime incomplète.

L'Australie note en outre qu'il ne serait pas approprié que les organes de règlement des différends institués par le traité donnent des interprétations des articles III et XI du GATT dans le cadre de différends opposant des parties au GATT ou un investisseur d'une partie au GATT et une autre partie au GATT. Elle considère que, pour ce qui est de l'application de l'article 10 paragraphe 11 entre un investisseur et une partie au GATT, la seule question susceptible d'être examinée dans le cadre de l'article 26 est celle des sentences arbitrales dans le cas où un

kel 26 zu behandelnde Angelegenheit der Erlaß von Schiedssprüchen in dem Fall ist, daß ein GATT-Schiedsgericht oder das WTO-Streitbeilegungsorgan zuerst entschieden hat, daß eine von der Vertragspartei beibehaltene handelsbezogene Investitionsmaßnahme mit ihren Pflichten aus dem GATT oder dem Übereinkommen über handelsbezogene Investitionsmaßnahmen unvereinbar ist.

pute settlement body first establishes that a trade related investment measure maintained by the Contracting Party is inconsistent with its obligations under the GATT or the Agreement on Trade Related Investment Measures.

jury du GATT ou un organe de règlement des différends de l'OMC établit dans un premier temps qu'une mesure d'investissement liée au commerce qui est maintenue par une partie contractante est incompatible avec ses obligations au titre du GATT ou de l'accord relatif aux mesures d'investissement liées au commerce.

3. Zu Artikel 7

Die Europäischen Gemeinschaften und ihre Mitgliedstaaten sowie Österreich, Norwegen, Schweden und Finnland erklären, daß die Bestimmungen des Artikels 7 den herkömmlichen Regeln des Völkerrechts betreffend die Hoheitsgewalt über unterseeische Kabel und Rohrleitungen oder, soweit solche Regeln nicht vorhanden sind, dem allgemeinen Völkerrecht unterliegen.

Sie erklären ferner, daß Artikel 7 nicht die Auslegung des bestehenden Völkerrechts betreffend die Hoheitsgewalt über unterseeische Kabel und Rohrleitungen berühren soll und auch nicht so betrachtet werden kann.

3. With respect to Article 7

The European Communities and their Member States and Austria, Norway, Sweden and Finland declare that the provisions of Article 7 are subject to the conventional rules of international law on jurisdiction over submarine cables and pipelines or, where there are no such rules, to general international law.

They further declare that Article 7 is not intended to affect the interpretation of existing international law on jurisdiction over submarine cables and pipelines, and cannot be considered as doing so.

3. En ce qui concerne l'article 7

Les Communautés européennes et leurs Etats membres, ainsi que l'Autriche, la Norvège, la Suède et la Finlande, déclarent que les dispositions de l'article 7 sont soumises aux règles d'usage du droit international en matière de juridiction sur les câbles et pipelines sous-marins ou, en l'absence de telles règles, au droit international général.

Ils déclarent également que l'article 7 n'est pas destiné à affecter l'interprétation du droit international existant en matière de juridiction sur les câbles et pipelines sous-marins et qu'il ne peut être considéré comme ayant un tel effet.

4. Zu Artikel 10

Kanada und die Vereinigten Staaten bekräftigen, daß sie Artikel 10 im Einklang mit folgenden Überlegungen anwenden werden:

Für die Zwecke der Abschätzung der Behandlung, die Investoren anderer Vertragsparteien und ihren Investitionen gewährt werden muß, werden die jeweiligen Umstände von Fall zu Fall zu berücksichtigen sein. Ein Vergleich zwischen der Behandlung, die Investoren einer Vertragspartei oder deren Investitionen gewährt wird, und den Investitionen oder Investoren einer anderen Vertragspartei ist nur stichhaltig, wenn er zwischen Investoren und Investitionen unter ähnlichen Umständen gezogen wird. Bei der Feststellung, ob unterschiedliche Behandlung von Investoren oder Investitionen mit Artikel 10 vereinbar ist, müssen zwei grundlegende Faktoren berücksichtigt werden:

Der erste Faktor sind die politischen Ziele der Vertragsparteien auf verschiedenen Gebieten, soweit sie mit den Grundsätzen der Nichtdiskriminierung in Artikel 10 vereinbar sind. Rechtmäßige politische Ziele können die unterschiedliche Behandlung ausländischer Investoren oder ihrer Investitionen rechtfertigen, um die Verschiedenartigkeit der betreffenden Umstände zwischen jenen Investoren und Investitionen und den inländischen Investoren und Investitionen deutlich zu machen. Zum Beispiel das Ziel der Sicherung der Integrität des Finanzsystems eines Landes würde vernünftige, besonnene Maßnahmen gegenüber ausländischen Investoren oder Investitionen rechtfertigen, wo derartige Maßnahmen unnötig wären, um dieselben Ziele zu

4. With respect to Article 10

Canada and the United States each affirm that they will apply the provisions of Article 10 in accordance with the following considerations:

For the purposes of assessing the treatment which must be accorded to Investors of other Contracting Parties and their Investments, the circumstances will need to be considered on a case-by-case basis. A comparison between the treatment accorded to Investors of one Contracting Party, or the Investments of Investors of one Contracting Party, and the Investments or Investors of another Contracting Party, is only valid if it is made between Investors and Investments in similar circumstances. In determining whether differential treatment of Investors or Investments is consistent with Article 10, two basic factors must be taken into account.

The first factor is the policy objectives of Contracting Parties in various fields insofar as they are consistent with the principles of non-discrimination set out in Article 10. Legitimate policy objectives may justify differential treatment of foreign Investors or their Investments in order to reflect a dissimilarity of relevant circumstances between those Investors and Investments and their domestic counterparts. For example, the objective of ensuring the integrity of a country's financial system would justify reasonable prudential measures with respect to foreign Investors or Investments, where such measures would be unnecessary to ensure the attainment of the same objectives insofar as domestic Investors or Investments are concerned. Those foreign Inves-

4. En ce qui concerne l'article 10

Le Canada et les Etats-Unis affirment tous deux qu'ils appliqueront les dispositions de l'article 10 en conformité avec les considérations suivantes:

Aux fins de l'appréciation du traitement qui doit être accordé aux investisseurs des autres parties contractantes et à leurs investissements, il sera nécessaire d'examiner les circonstances cas par cas. Une comparaison entre le traitement accordé aux investisseurs d'une partie contractante ou aux investissements des investisseurs d'une partie contractante et celui accordé aux investisseurs ou aux investissements d'une autre partie contractante n'est valable que si elle est faite entre investisseurs et investissements se trouvant dans des circonstances similaires. Pour déterminer si un traitement différentiel des investisseurs ou des investissements est compatible avec l'article 10, il y a lieu de prendre en considération deux facteurs fondamentaux.

Le premier facteur réside dans les objectifs de politique générale des parties contractantes dans différents domaines, dans la mesure où ils sont compatibles avec les principes de non-discrimination énoncés à l'article 10. Des objectifs légitimes peuvent justifier un traitement différentiel des investisseurs ou des investissements étrangers afin de refléter une différence de circonstances pertinentes entre ces investisseurs et ces investissements et leurs homologues nationaux. A titre d'exemple, l'objectif visant à assurer l'intégrité du système financier d'un pays peut justifier des mesures prudentielles raisonnables envers des investisseurs ou investissements étrangers, alors que de telles mesures ne sont pas nécessaires pour assurer la réalisation des mê-

erreichen, wenn es um heimische Investoren oder Investitionen geht. Die ausländischen Investoren oder ihre Investitionen befänden sich also nicht unter „ähnlichen Umständen" wie die inländischen. Somit bedeutete eine derartige Maßnahme zwar unterschiedliche Behandlung, stünde aber doch Artikel 10 nicht entgegen.

Der zweite Faktor ist das Ausmaß, in dem die Maßnahme durch den Umstand begründet ist, daß der betreffende Investor oder seine Investition sich in ausländischem Eigentum befindet oder unter ausländischer Kontrolle steht. Eine Maßnahme, die besonders auf Investoren zugeschnitten ist, weil sie Ausländer sind, ohne ausreichendes Gegengewicht aus politischen Gründen im Sinne des vorstehenden Absatzes, verstößt gegen die Grundsätze des Artikels 10. Der ausländische Investor oder seine Investition befände sich „unter ähnlichen Umständen" wie die inländischen Investoren und ihre Investitionen, und die Maßnahme stünde somit Artikel 10 entgegen.

5. Zu Artikel 25

Die Europäischen Gemeinschaften und ihre Mitgliedstaaten erinnern daran, daß nach Artikel 58 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft

a) die nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats gegründeten Gesellschaften oder Firmen, die ihren satzungsmäßigen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihre Hauptniederlassung innerhalb der Gemeinschaft haben, entsprechend dem Dritten Teil Titel III Kapitel 2 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft hinsichtlich ihres Niederlassungsrechts den natürlichen Personen gleichstehen, die Angehörige von Mitgliedstaaten sind; Gesellschaften oder Firmen, die nur ihren satzungsmäßigen Sitz in der Gemeinschaft haben, müssen zu diesem Zweck eine tatsächliche und dauerhafte Verbindung zu der Wirtschaft eines der Mitgliedstaaten aufweisen;

b) als „Gesellschaften und Firmen" die Gesellschaften und Firmen des bürgerlichen Rechts und des Handelsrechts gelten, einschließlich der Genossenschaften, und die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts mit Ausnahme derjenigen, die keinen Erwerbszweck verfolgen.

Die Europäischen Gemeinschaften und ihre Mitgliedstaaten erinnern ferner an folgendes:

Das Gemeinschaftsrecht bietet die Möglichkeit, die beschriebene Behandlung auf Zweigniederlassungen und Agenturen von Gesellschaften und Firmen auszudehnen, die nicht in einem der Mitgliedstaaten gegründet sind; die Anwendung des Artikels 25 des Vertrags über die Energiecharta erlaubt nur die Abweichungen, die zur Wahrung der Vorzugsbehandlung als Ergebnis

tors or their Investments would thus not be "in similar circumstances" to domestic Investors or their Investments. Thus, even if such a measure accorded differential treatment, it would not be contrary to Article 10.

The second factor is the extent to which the measure is motivated by the fact that the relevant Investor or Investment is subject to foreign ownership or under foreign control. A measure aimed specifically at Investors because they are foreign, without sufficient countervailing policy reasons consistent with the preceding paragraph, would be contrary to the principles of Article 10. The foreign Investor or Investment would be "in similar circumstances" to domestic Investors and their Investments, and the measure would be contrary to Article 10.

5. With respect to Article 25

The European Communities and their Member States recall that, in accordance with article 58 of the Treaty establishing the European Community:

(a) companies or firms formed in accordance with the law of a Member State and having their registered office, central administration or principal place of business within the Community shall, for the right of establishment pursuant to Part Three, Title III, Chapter 2 of the Treaty establishing the European Community, be treated in the same way as natural persons who are nationals of Member States; companies or firms which only have their registered office within the Community must, for this purpose, have an effective and continuous link with the economy of one of the Member States;

(b) "companies and firms" means companies or firms constituted under civil or commercial law, including cooperative societies, and other legal persons governed by public or private law, save for those which are non-profitmaking.

The European Communities and their Member States further recall that:

Community law provides for the possibility to extend the treatment described above to branches and agencies of companies or firms not established in one of the Member States; and that, the application of Article 25 of the Energy Charter Treaty will allow only those derogations necessary to safeguard the preferential treatment resulting from the wider process of economic integration re-

mes objectifs lorsqu'il s'agit d'investisseurs ou d'investissements nationaux. Ces investisseurs étrangers ou leurs investissements ne se trouveraient ainsi pas dans des «circonstances similaires» à celles des investisseurs nationaux ou de leurs investissements. Par conséquent, même si une telle mesure revient à accorder un traitement différentiel, elle n'est pas contraire à l'article 10.

Le deuxième facteur réside dans l'ampleur avec laquelle la mesure est motivée par le fait que l'investisseur ou l'investissement concerné est l'objet d'une propriété étrangère ou d'un contrôle étranger. Une mesure visant spécifiquement des investisseurs parce qu'ils sont étrangers, sans raisons compensatoires suffisantes de politique générale, compatibles avec le paragraphe précédent, serait contraire aux principes de l'article 10. L'investisseur ou l'investissement étranger se trouverait dans des «circonstances similaires» à celles des investisseurs nationaux et de leurs investissements, et la mesure serait contraire à l'article 10.

5. En ce qui concerne l'article 25

Les Communautés européennes et leurs Etats membres rappellent que, conformément à l'article 58 du traité instituant la Communauté européenne:

a) les sociétés ou entreprises constituées en conformité avec la législation d'un Etat membre et ayant leur siège social, leur administration centrale ou leur principal établissement à l'intérieur de la Communauté sont traitées, en ce qui concerne le droit d'établissement prévu par la troisième partie, titre III, chapitre 2, du traité instituant la Communauté européenne, de la même manière que les personnes physiques qui sont des ressortissants d'un Etat membre; les sociétés ou entreprises qui ont seulement leur siège social à l'intérieur de la Communauté doivent, à cette fin, présenter un lien effectif et continu avec l'économie de l'un des Etats membres;

b) par «sociétés ou entreprises» on entend les sociétés ou entreprises de droit civil ou commercial, y compris les coopératives, et les autres personnes morales régies par le droit public ou privé, à l'exception de celles qui ne poursuivent pas de but lucratif.

Les Communautés européennes et leurs Etats membres rappellent en outre que:

la législation communautaire prévoit la possibilité d'élargir le traitement décrit ci-dessus aux filiales et aux agences des sociétés ou entreprises qui ne sont pas établies dans l'un des Etats membres; et l'application de l'article 25 du traité sur la Charte de l'énergie n'admet que les dérogations nécessaires pour préserver le traitement préférentiel résultant du processus plus large d'inté-

des weiteren Prozesses der Wirtschaftsintegration notwendig sind, welche sich aus den Verträgen über die Europäischen Gemeinschaften ergibt.

6. Zu Artikel 40

Dänemark erinnert daran, daß die Europäische Energiecharta für Grönland und die Färöer so lange nicht gilt, bis eine diesbezügliche Erklärung seitens der örtlichen Regierungen Grönlands und der Färöer vorliegt.

In dieser Hinsicht bestätigt Dänemark, daß Artikel 40 des Vertrags auf Grönland und die Färöer Anwendung findet.

7. Zu Anlage G Absatz 4

a) Die Europäischen Gemeinschaften und die Russische Föderation erklären, daß der Handel mit Kernmaterial zwischen ihnen bis zum Abschluß einer anderen Übereinkunft durch Artikel 22 des am 24. Juni 1994 in Korfu unterzeichneten Abkommens über Partnerschaft und Zusammenarbeit zur Gründung einer Partnerschaft zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Russischen Föderation andererseits, den ihm beigefügten Briefwechsel und die diesbezügliche gemeinsame Erklärung geregelt wird, und daß Streitigkeiten über diesen Handel den Verfahren des genannten Abkommens unterliegen.

b) Die Europäischen Gemeinschaften und die Ukraine erklären, daß im Einklang mit dem am 14. Juni 1994 in Luxemburg unterzeichneten Partnerschafts- und Kooperationsabkommen und dem am gleichen Tag paraphierten Interimsabkommen der Handel mit Kernmaterial zwischen ihnen ausschließlich durch die Bestimmungen eines spezifischen Abkommens, das zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und der Ukraine abzuschließen ist, geregelt wird.

Bis zum Inkrafttreten dieses spezifischen Abkommens gelten für den Handel mit Kernmaterial zwischen ihnen ausschließlich die Bestimmungen des am 18. Dezember 1989 in Brüssel unterzeichneten Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit weiter.

c) Die Europäischen Gemeinschaften und Kasachstan erklären, daß im Einklang mit dem am 20. Mai 1994 in Brüssel paraphierten Partnerschafts- und Kooperationsabkommen der Handel mit Kernmaterial zwischen ihnen ausschließlich durch die Bestimmungen eines spezifischen Abkommens, das zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und Kasachstan abzuschließen ist, geregelt wird.

sulting from the Treaties establishing the European Communities.

6. With respect to Article 40

Denmark recalls that the European Energy Charter does not apply to Greenland and the Faroe Islands until notice to this effect has been received from the local governments of Greenland and the Faroe Islands.

In this respect Denmark affirms that Article 40 of the Treaty applies to Greenland and the Faroe Islands.

7. With respect to Annex G(4)

(a) The European Communities and the Russian Federation declare that trade in nuclear materials between them shall be governed, until they reach another agreement, by the provisions of Article 22 of the Agreement on Partnership and Cooperation establishing a partnership between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Russian Federation, of the other part, signed at Corfu on 24 June 1994, the exchange of letters attached thereto and the related joint declaration, and disputes regarding such trade will be subject to the procedures of the said Agreement.

(b) The European Communities and Ukraine declare that, in accordance with the Partnership and Cooperation Agreement signed at Luxembourg on 14 June 1994 and the Interim Agreement thereto, initialled there the same day, trade in nuclear materials between them shall be exclusively governed by the provisions of a specific agreement to be concluded between the European Atomic Energy Community and Ukraine.

Until entry into force of this specific agreement, the provisions of the Agreement between the European Economic Community and the European Atomic Energy Community and the Union of Soviet Socialist Republics on Trade and Economic and Commercial Cooperation signed at Brussels on 18 December 1989 shall exclusively continue to apply to trade in nuclear materials between them.

(c) The European Communities and Kazakhstan declare that, in accordance with the Partnership and Cooperation Agreement initialled at Brussels on 20 May 1994, trade in nuclear materials between them shall be exclusively governed by the provisions of a specific agreement to be concluded between the European Atomic Energy Community and Kazakhstan.

gration économique qui découle des traités instituant les Communautés européennes.

6. En ce qui concerne l'article 40

Le Danemark rappelle que la Charte européenne de l'énergie ne s'applique pas au Groenland ni aux îles Féroé tant qu'une notification à cet effet n'a pas été reçue de la part des gouvernements locaux du Groenland et des îles Féroé.

A ce sujet, le Danemark affirme que l'article 40 du traité s'applique au Groenland et aux îles Féroé.

7. En ce qui concerne l'annexe G paragraphe 4

a) Les Communautés européennes et la Fédération de Russie déclarent que les échanges de matières nucléaires entre elles sont régis, jusqu'au moment où elles parviendront à un autre accord, par les dispositions de l'article 22 de l'accord sur le partenariat et la coopération établissant un partenariat entre les Communautés européennes et leurs Etats membres, d'une part, et la Fédération de Russie, d'autre part, signé à Corfou le 24 juin 1994, les échanges de lettres y annexés et la déclaration commune y afférente, et que les différends relatifs à ces échanges seront soumis aux procédures dudit accord.

b) Les Communautés européennes et l'Ukraine déclarent que, conformément à l'accord de partenariat et de coopération signé à Luxembourg le 14 juin 1994 et l'accord intérimaire y relatif paraphé au même lieu et à la même date, les échanges de matières nucléaires entre elles seront exclusivement régis par les dispositions d'un accord spécial à conclure entre la Communauté européenne de l'énergie atomique et l'Ukraine.

Jusqu'à l'entrée en vigueur de cet accord spécial, les dispositions de l'accord entre la Communauté économique européenne et la Communauté européenne de l'énergie atomique et l'Union des républiques socialistes soviétiques concernant le commerce et la coopération commerciale et économique, signé à Bruxelles le 18 décembre 1989, continueront à s'appliquer exclusivement aux échanges de matières nucléaires entre elles.

c) Les Communautés européennes et le Kazakhstan déclarent que, conformément à l'accord de partenariat et de coopération paraphé à Bruxelles le 20 mai 1994, les échanges de matières nucléaires entre eux seront exclusivement régis par les dispositions d'un accord spécial à conclure entre la Communauté européenne de l'énergie atomique et le Kazakhstan.

Bis zum Inkrafttreten dieses spezifischen Abkommens gelten für den Handel mit Kernmaterial zwischen ihnen ausschließlich die Bestimmungen des am 18. Dezember 1989 in Brüssel unterzeichneten Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit weiter.

d) Die Europäischen Gemeinschaften und Kirgisistan erklären, daß im Einklang mit dem am 31. Mai 1994 in Brüssel paraphierten Partnerschafts- und Kooperationsabkommen der Handel mit Kernmaterial zwischen ihnen ausschließlich durch die Bestimmungen eines spezifischen Abkommens, das zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und Kirgisistan abzuschließen ist, geregelt wird.

Bis zum Inkrafttreten dieses spezifischen Abkommens gelten für den Handel mit Kernmaterial zwischen ihnen ausschließlich die Bestimmungen des am 18. Dezember 1989 in Brüssel unterzeichneten Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit weiter.

e) Die Europäischen Gemeinschaften und Tadschikistan erklären, daß der Handel mit Kernmaterial zwischen ihnen ausschließlich durch die Bestimmungen eines spezifischen Abkommens, das zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und Tadschikistan abzuschließen ist, geregelt wird.

Bis zum Inkrafttreten dieses spezifischen Abkommens gelten für den Handel mit Kernmaterial zwischen ihnen ausschließlich die Bestimmungen des am 18. Dezember 1989 in Brüssel unterzeichneten Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit weiter.

f) Die Europäischen Gemeinschaften und Usbekistan erklären, daß der Handel mit Kernmaterial zwischen ihnen ausschließlich durch die Bestimmungen eines spezifischen Abkommens, das zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und Usbekistan abzuschließen ist, geregelt wird.

Bis zum Inkrafttreten dieses spezifischen Abkommens gelten für den Handel mit Kernmaterial zwischen ihnen ausschließlich die Bestimmungen des am 18. Dezember 1989 in Brüssel unterzeichneten Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemein-

Until entry into force of this specific agreement, the provisions of the Agreement between the European Economic Community and the European Atomic Energy Community and the Union of Soviet Socialist Republics on Trade and Economic and Commercial Cooperation signed at Brussels on 18 December 1989 shall exclusively continue to apply to trade in nuclear materials between them.

(d) The European Communities and Kyrgyzstan declare that, in accordance with the Partnership and Cooperation Agreement initialled at Brussels on 31 May 1994, trade in nuclear materials between them shall be exclusively governed by the provisions of a specific agreement to be concluded between the European Atomic Energy Community and Kyrgyzstan.

Until entry into force of this specific agreement, the provisions of the Agreement between the European Economic Community and the European Atomic Energy Community and the Union of Soviet Socialist Republics on Trade and Economic and Commercial Cooperation signed at Brussels on 18 December 1989 shall exclusively continue to apply to trade in nuclear materials between them.

(e) The European Communities and Tajikistan declare that trade in nuclear materials between them shall be exclusively governed by the provisions of a specific agreement to be concluded between the European Atomic Energy Community and Tajikistan.

Until entry into force of this specific agreement, the provisions of the Agreement between the European Economic Community and the European Atomic Energy Community and the Union of Soviet Socialist Republics on Trade and Economic and Commercial Cooperation signed at Brussels on 18 December 1989 shall exclusively continue to apply to trade in nuclear materials between them.

(f) The European Communities and Uzbekistan declare that trade in nuclear materials between them shall be exclusively governed by the provisions of a specific agreement to be concluded between the European Atomic Energy Community and Uzbekistan.

Until entry into force of this specific agreement, the provisions of the Agreement between the European Economic Community and the European Atomic Energy Community and the Union of Soviet Socialist Republics on Trade and Economic and Commercial Cooperation signed at Brussels on 18 December

Jusqu'à l'entrée en vigueur de cet accord spécial, les dispositions de l'accord entre la Communauté économique européenne et la Communauté européenne de l'énergie atomique et l'Union des républiques socialistes soviétiques concernant le commerce et la coopération commerciale et économique, signé à Bruxelles le 18 décembre 1989 continueront à s'appliquer exclusivement aux échanges de matières nucléaires entre eux.

d) Les Communautés européennes et le Kirghistan déclarent que, conformément à l'accord de partenariat et de coopération paraphé à Bruxelles le 31 mai 1994, les échanges de matières nucléaires entre eux seront exclusivement régis par les dispositions d'un accord spécial à conclure entre la Communauté européenne de l'énergie atomique et le Kirghistan.

Jusqu'à l'entrée en vigueur de cet accord spécial, les dispositions de l'accord entre la Communauté économique européenne et la Communauté européenne de l'énergie atomique et l'Union des républiques socialistes soviétiques concernant le commerce et la coopération commerciale et économique, signé à Bruxelles le 18 décembre 1989 continueront à s'appliquer exclusivement aux échanges de matières nucléaires entre eux.

e) Les Communautés européennes et le Tadjikistan déclarent que les échanges de matières nucléaires entre eux seront exclusivement régis par les dispositions d'un accord spécial à conclure entre la Communauté européenne de l'énergie atomique et le Tadjikistan.

Jusqu'à l'entrée en vigueur de cet accord spécial, les dispositions de l'accord entre la Communauté économique européenne et la Communauté européenne de l'énergie atomique et l'Union des républiques socialistes soviétiques concernant le commerce et la coopération commerciale et économique, signé à Bruxelles le 18 décembre 1989 continueront à s'appliquer exclusivement aux échanges de matières nucléaires entre eux.

f) Les Communautés européennes et l'Ouzbékistan déclarent que les échanges de matières nucléaires entre eux seront exclusivement régis par les dispositions d'un accord spécial à conclure entre la Communauté européenne de l'énergie atomique et l'Ouzbékistan.

Jusqu'à l'entrée en vigueur de cet accord spécial, les dispositions de l'accord entre la Communauté économique européenne et la Communauté européenne de l'énergie atomique et l'Union des républiques socialistes soviétiques concernant le commerce et la coopération commerciale et économique, signé

schaft und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit weiter.

1989 shall exclusively continue to apply to trade in nuclear materials between them.

à Bruxelles le 18 décembre 1989 continueront à s'appliquer exclusivement aux échanges de matières nucléaires entre eux.

Das Energiechartaprotokoll über Energieeffizienz und damit verbundene Umweltaspekte

VII.

Die Europäische Energiechartakonferenz hat den Wortlaut des Energiechartaprotokolls über Energieeffizienz und damit verbundene Umweltaspekte verabschiedet, das in Anlage 3 wiedergegeben ist.

The Energy Charter Protocol on Energy Efficiency and Related Environmental Aspects

VII.

The European Energy Charter Conference has adopted the text of the Energy Charter Protocol on Energy Efficiency and Related Environmental Aspects which is set out in Annex 3.

Le protocole sur l'efficacité énergétique et les aspects environnementaux connexes

VII.

La Conférence sur la Charte européenne de l'énergie a adopté le texte du protocole de la Charte de l'énergie sur l'efficacité énergétique et les aspects environnementaux connexes qui figure à l'annexe 3.

Die Europäische Energiecharta

VIII.

Die vorläufige Chartakonferenz und die Chartakonferenz, die im Vertrag vorgesehen sind, sind künftig dafür verantwortlich, Beschlüsse über Anträge auf Unterzeichnung des Abschlußdokuments der Haager Konferenz über die Europäische Energiecharta und die damit verabschiedete Europäische Energiecharta zu fassen.

The European Energy Charter

VIII.

The provisional Charter Conference and the Charter Conference provided for in the Treaty shall henceforth be responsible for making decisions on requests to sign the Concluding Document of The Hague Conference on the European Energy Charter and the European Energy Charter adopted thereby.

La Charte européenne de l'énergie

VIII.

La Conférence provisoire de la Charte et la Conférence de la Charte prévues par le traité sont dorénavant responsables de la prise de décisions concernant les demandes de signature du document de clôture de la Conférence de La Haye sur la Charte européenne de l'énergie et de la Charte européenne de l'énergie adoptée par celle-ci.

Dokumentation

IX.

Die Verhandlungsprotokolle der Europäischen Energiechartakonferenz werden beim Sekretariat hinterlegt.

Documentation

IX.

The records of negotiations of the European Energy Charter Conference will be deposited with the Secretariat.

Documentation

IX.

Les actes des négociations de la Conférence sur la Charte européenne de l'énergie seront déposés auprès du Secrétariat.

Denkschrift
zum Vertragswerk über die Energiecharta

I. Hintergrund: Die Europäische Energiecharta

1. Idee und Zielsetzungen

Mit dem Vertragswerk über die Energiecharta und ihren Energiechartaprotokollen und -erklärungen soll eine gesamteuropäische Energiegemeinschaft geschaffen werden. Die Idee hierfür geht auf eine Initiative des früheren niederländischen Ministerpräsidenten Lubbers zurück, vorgetragen auf dem EG-Gipfeltreffen am 25. Juni 1990 in Dublin. Die Europäischen Gemeinschaften machten sich diese Idee zu eigen und initiierten die Aushandlung der Europäischen Energiecharta, einer politischen Absichtserklärung zur Schaffung eines Rahmens für eine vertiefte europäische und globale Zusammenarbeit im Energiesektor. Das Konzept war gleichzeitig gedacht als ein Katalysator, der den wirtschaftlichen Reformprozeß im Machtbereich der früheren Sowjetunion voranbringen und damit die politische Stabilität in den Reformländern auf dem Weg zu Marktwirtschaft und Demokratie unterstützen sollte.

Die Europäische Energiecharta ist am 17. Dezember 1991 in Den Haag unterzeichnet worden. Neben den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten gehören ihr heute fast alle anderen OECD-Länder und mittel- und osteuropäischen Länder sowie alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion an.

Die Ziele der Energiecharta sind weitreichend. Ihre Umsetzung soll dazu beitragen,

- die europäische Energieversorgungssicherheit zu erhöhen,
- die ineffiziente Nutzung von Energieressourcen von der Exploration bis zum Endverbrauch in den Reformstaaten zu verringern,
- die schädlichen Auswirkungen dieser Energieverschwendung auf die Umwelt zu vermindern,
- die so eingesparten Energiemengen zur Devisenerzielung zu nutzen,
- die Energiewirtschaften in Mittel- und Osteuropa sowie den Staaten der früheren Sowjetunion zu modernisieren,
- den Handel im Energiebereich zu liberalisieren,
- den ungestörten Transit, insbesondere der leitungsgebundenen Energien – vor allem Gas –, zu gewährleisten und
- den ausländischen Investoren einen hohen Investitionsschutz zu garantieren.

Die Ziele der Charta sollen unter Beachtung der folgenden vier Prinzipien verwirklicht werden:

1. Prinzip der staatlichen Souveränität und souveräner Rechte über Energieressourcen,
2. Prinzip der Nicht-Diskriminierung,
3. Prinzip marktwirtschaftlich orientierter Preisbildung und
4. Prinzip der Minimierung von Umweltbeeinträchtigungen.

Um die Ziele der Europäischen Energiecharta umzusetzen, haben die Unterzeichnerstaaten in Den Haag beschlossen, einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag auszuhandeln.

2. Rechtsverbindliche Umsetzung und Verhandlungsverlauf

Von Januar 1992 bis September 1994 ist in Brüssel über das Vertragswerk, mit dem die Ziele der Europäischen Energiecharta rechtsverbindlich gemacht werden sollen, verhandelt worden. Dabei ging es um

- den themenübergreifenden Vertrag über die Energiecharta selbst sowie
- zwei Energiechartaprotokolle über
  - ○ Energieeffizienz und damit verbundene Umweltaspekte und
  - ○ Kernenergie (inhaltlich inzwischen ausgearbeitet; Status, ob bindendes Protokoll oder unverbindliche Erklärung noch offen).

Beteiligt waren an den dreijährigen Verhandlungen alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die mittel- und osteuropäischen Staaten und neben der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten fast alle anderen OECD-Staaten (Ausnahme: Neuseeland; Mexiko).

50 der 52 Unterzeichner der Europäischen Energiecharta haben das Vertragswerk auf der Ministerkonferenz am 17. Dezember 1994 in Lissabon und bis zum Ablauf der Frist zur Unterzeichnung des Vertragswerks, den 16. Juni 1995, unterzeichnet. Nicht unterzeichneten USA und Kanada.

II. Zum Vertragswerk

1. Zusammenfassung des Vertragswerks

Das Vertragswerk besteht aus der Schlußakte der Europäischen Energiechartakonferenz und dem Vertrag über die Energiecharta (als Anlage 1) mit den Anlagen zum Vertrag, den Beschlüssen zum Vertrag (als Anlage 2) sowie dem Energiechartaprotokoll über Energieeffizienz und damit verbundene Umweltaspekte (als Anlage 3).

1.1 Der Vertrag über die Energiecharta im Überblick

Zu den Kernbestimmungen des Vertrags gehören die Regelungen zum Handel, Transfer von Technologie, Zugang zu den Kapitalmärkten, Transit, zur Förderung und zum Schutz von Investitionen, zum Umweltschutz, zur Streitschlichtung und zu die Reformstaaten betreffenden Übergangsbestimmungen.

Der Handel mit Energieerzeugnissen wird grundsätzlich für alle Unterzeichner entsprechend den Bestimmungen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens und dazugehöriger Übereinkünfte sowie nach dem Übereinkommen über die Welthandelsorganisation und relevanter dazugehöriger Übereinkünfte (im folgenden beides mit dem Oberbegriff „GATT" benannt) geregelt. Bezüglich des Handels mit Nuklearmaterial hat Rußland akzeptiert, die entsprechenden Bestimmungen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Rußland in den Vertrag über die Energiecharta zu übernehmen. Dadurch wird eine spezifische Ausnahme vom GATT-Ansatz erlaubt, durch die der Europäischen Gemeinschaft die weitere Anwendung des Euratom-Vertrages ermöglicht wird. Ein weiterer wichtiger Punkt für die Europäische Gemeinschaft bei den Handelsbestimmungen war die Erlangung einer Vereinbarung, die ihr weiterhin die in der Europäischen Gemeinschaft praktizierte Beihilfepolitik bei der Steinkohle entsprechend der Praxis zwischen GATT-Mitgliedstaaten ermöglicht.

Die Vertragsparteien sollen darüber hinaus dazu beitragen, den Technologietransfer und den Zugang zu den Kapitalmärkten zu verbessern.

Ein Kernstück des Vertrages – insbesondere auch für die Bundesrepublik Deutschland als Transitland – betrifft die Bestimmungen zum Transit. Zur Schaffung eines funktionierenden Energieverbunds ist der ungestörte Transit von Energieerzeugnissen vom Ort der Gewinnung oder Umwandlung zu den Abnehmermärkten durch die Gebiete der am Vertrag beteiligten Drittstaaten erforderlich.

Zur Förderung und zum Schutz von Investitionen enthält der Vertrag die Prinzipien der sogenannten Inländerbehandlung (der Gleichbehandlung ausländischer gegenüber inländischen Investoren) und der Meistbegünstigung (der Gleichbehandlung ausländischer Investoren) sowie die Kapitaltransfergarantie, Enteignungsschutz und die Festlegung der Streitschlichtung.

Die wichtigsten Reformstaaten, wie insbesondere Rußland, aber auch Norwegen waren aufgrund der derzeit bestehenden Gesetze in diesen Ländern nicht in der Lage, eine Inländerbehandlung auch im Hinblick auf die Zulassung einer neuen Investition zu garantieren. Aus diesem Grund entwickelte die Europäische Gemeinschaft einen Zwei-Phasen-Ansatz, nach dem der jetzige Vertrag über die Energiecharta das Prinzip der Inländerbehandlung lediglich bei bereits zugelassenen Investitionen festschreibt. In einem zweiten Schritt soll innerhalb von drei Jahren – formaler Verhandlungsbeginn 17. Dezember 1994 – in einer weiteren Übereinkunft dann die Inländerbehandlung bei Neu-Investitionen geregelt werden. Diese Abstufung konnte zugestanden werden, da es sich bei der Inländerbehandlung für neue Investitionen um einen sehr ehrgeizigen Standard handelt, dessen verbindliche und vor allem lückenlose Gewährung selbst in der OECD noch nicht vereinbart werden konnte.

In dem wichtigen Bereich der Streitschlichtung sieht der Vertrag unterschiedliche Verfahren für Streitfälle zwischen Vertragsparteien und Streitfälle zwischen einem Investor und einer Vertragspartei vor, für Streitfälle, die den Handel mit Energieerzeugnissen betreffen sowie spezifische Verfahren zu den Bereichen Wettbewerb und Transit.

Die Übergangsbestimmungen beziehen sich auf den Handel von Nicht-GATT-Mitgliedstaaten sowie auf zeitlich und inhaltlich begrenzte Sonderregelungen für Reformstaaten.

1.2 Energiechartaprotokoll über Energieeffizienz und damit verbundene Umweltaspekte

Die Regelungen zum Umweltschutz im Vertrag über die Energiecharta werden durch die Bestimmungen des Energiechartaprotokolls über Energieeffizienz und damit verbundene Umweltaspekte erweitert. Das Protokoll definiert Elemente einer wirksamen Energieeffizienzpolitik, entwickelt Leitlinien für die Entwicklung konkreter Programme und empfiehlt spezifische Felder der Zusammenarbeit. Die Beratungen zum Protokoll fanden in enger Anlehnung an die Verhandlungen zum Vertrag über die Energiecharta statt.

Das Protokoll geht davon aus, daß Verbesserungen der Energieeffizienz sowohl einen Beitrag zur Umstrukturierung der Volkswirtschaften und Erhöhung des Lebensstandards leisten als auch insbesondere dem Umweltschutz dienen. In Übereinstimmung mit einer Politik der nachhaltigen Entwicklung soll eine auf marktwirtschaftlichen Prinzipien aufbauende Energieeffizienzpolitik Rahmenbedingungen schaffen, die es erlauben, Energie so ökonomisch und umweltschonend wie möglich zu verwenden. Der private Sektor und die Schaffung günstiger Investitionsbedingungen spielen dabei eine zentrale Rolle. Flankierend soll eine Zusammenarbeit auf Regierungsebene wirken.

Bei Unstimmigkeiten im Verhältnis zum Vertrag über die Energiecharta gehen dessen Bestimmungen vor. Die Umsetzung des Protokolls obliegt der im Vertrag über die Energiecharta näher bestimmten Chartakonferenz.

1.3. Schlußakte der Europäischen Energiechartakonferenz

Die Schlußakte enthält den förmlichen Beschluß über die von der Konferenz verhandelten Texte. Darüber hinaus enthält sie insbesondere einen kurzen Abriß über die Vorgeschichte und Zielsetzung des Vorhabens, die Auflistung der bei der abschließenden Plenarsitzung der Konferenz anwesenden Teilnehmer sowie zusätzlich den Vertrag interpretierende Klarstellungen sowie ein- und mehrseitige Erklärungen. Die Schlußakte regelt, daß die im Vertrag über die Energiecharta vorgesehene vorläufige Chartakonferenz und nach Inkrafttreten des Vertrages die Chartakonferenz über Anträge auf Unterzeichnung des Abschlußdokuments der Haager Konferenz über die Europäische Energiecharta vom 16./17. Dezember 1991 und die damit verabschiedete Europäische Energiecharta beschließt.

2. Die Vorschriften im einzelnen

2.1 Vertrag über die Energiecharta

Präambel

Die Präambel faßt die Zielsetzungen der am 17. Dezember 1991 in Den Haag verabschiedeten Europäi-

schen Energiecharta zusammen und konkretisiert sie. Sie sollen durch den Vertrag rechtsverbindlich umgesetzt werden.

Teil I Begriffsbestimmungen

– Artikel 1

= Artikel 1 Nummer 1

Im Vertragswerk wird mit „Charta" die als Europäische Energiecharta am 17. Dezember 1991 in Den Haag verabschiedete politische Absichtserklärung bezeichnet, die durch das Vertragswerk völkerrechtlich verbindlich umgesetzt wird.

= Artikel 1 Nummer 2

Da das Vertragswerk nicht nur von Staaten unterzeichnet wurde, sondern auch von den Europäischen Gemeinschaften und daher auch nicht nur für Staaten verbindlich ist, wird unter „Vertragspartei" neben Staaten auch eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, wie sie die Europäischen Gemeinschaften darstellen (siehe Artikel 1 Nummer 3), erfaßt.

= Artikel 1 Nummer 3

Die Bestimmung definiert eine „Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration". Hierunter fallen die Europäischen Gemeinschaften.

= Artikel 1 Nummer 4

Die von der Definition erfaßten Primärenergieträger und Energieerzeugnisse sind in Anlage EM aufgelistet.

= Artikel 1 Nummer 5

Die Definition der „Wirtschaftstätigkeit im Energiebereich" grenzt den Anwendungsbereich des Vertragswerks auf bestimmte Tätigkeiten ein. Anlage NI nennt diejenigen Primärenergieträger und Energieerzeugnisse, die nicht unter den Begriff „Wirtschaftstätigkeit im Energiebereich" fallen.

= Artikel 1 Nummer 6

Die Vorschrift enthält eine Aufzählung der Vermögenswerte, die als „Investition" im Sinne des Vertrages verstanden werden. Es werden auch Investitionen erfaßt, die nicht unmittelbar im Eigentum des Investors stehen, sondern von ihm über ein zwischengeschaltetes Unternehmen gehalten oder kontrolliert werden. Ebenfalls werden Investitionen geschützt, die bereits vor Inkrafttreten des Vertrages getätigt wurden.

= Artikel 1 Nummer 7

Als „Investoren" werden sowohl natürliche Personen als auch Gesellschaften erfaßt.

= Artikel 1 Nummer 8

Die Bestimmung definiert die „Vornahme" einer Investition. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, daß der Vertrag zwischen der Vor- und Nachinvestitionsphase unterscheidet.

= Artikel 1 Nummer 11

Die Differenzierung nach „GATT 1947" und „GATT 1994" sowie den „dazugehörigen Rechtsinstrumenten" ist für die Handelsbestimmungen des Vertrags relevant.

= Artikel 1 Nummer 12

Die Vorschrift zählt die Schutzrechte auf, die unter den Begriff „geistiges Eigentum" fallen. Dieser Begriff schließt ferner den Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen ein.

= Artikel 1 Nummer 13

Die Unterscheidung von „Energiechartaprotokoll" oder „Protokoll" und „Energiechartaerklärung" oder „Erklärung" eröffnet die Möglichkeit, daß neben verbindlichen Verträgen zur weiteren Konkretisierung der unter Titel III der Europäischen Energiecharta genannten Kooperationsbereiche auch nicht bindende Rechtsinstrumente abgeschlossen werden können. Relevanz erlangte diese Unterscheidung bei der Verhandlung eines Dokuments zur Kernenergie, dessen rechtlicher Status – Protokoll oder unverbindliche Erklärung – noch offen ist. Das Dokument wurde noch nicht endgültig beschlossen. Das bereits abgeschlossene Protokoll über Energieeffizienz und damit verbundene Umweltaspekte fällt unter Nummer 13 a und ist somit ein verbindlicher Vertrag.

– Artikel 2

Die Bestimmung definiert den Zweck des Vertrags. Sie hebt den Gedanken der beidseitigen Ergänzung und des Nutzens hervor und unterstreicht, daß die Zusammenarbeit im Energiebereich den Zielen und Grundsätzen der Europäischen Energiecharta entsprechen muß.

Teil II Handel

– Artikel 3

Die Vorschrift legt den Grundsatz der Liberalisierung der Energiemärkte fest. Dazu gehören sowohl der Zugang zu den Märkten, der insbesondere für die Ressourcenländer von Bedeutung ist, als auch die Offenheit der Märkte und ihre wettbewerbliche Ausgestaltung.

– Artikel 4

Die Bestimmung stellt klar, daß die Rechte und Pflichten aus dem GATT und den dazugehörigen GATT-Rechtsinstrumenten für GATT-Vertragsparteien, wie sie zwischen diesen angewandt werden, durch den Vertrag nicht abbedungen werden.

– Artikel 5

Artikel 5 untersagt den Vertragsparteien grundsätzlich Eingriffe in die Handelsbeziehungen einer Auslandsinvestition, die das Ziel haben, deren Produktion zu beeinflussen (TRIMS). Die Vorschrift lehnt sich inhaltlich an das im Rahmen der Uruguay-Runde ausgehandelte TRIMS-Abkommen an. Gemäß Artikel 5 grundsätzlich verboten sind demnach bestimmte Auflagen im Hinblick auf den Ankauf einheimischer Produkte bzw. Import- oder Exportbeschränkungen zur Beeinflussung der Produktion in dem betreffenden Unternehmen.

– Artikel 6

Die Vorschrift bestimmt, daß die Vertragsparteien auf die Abschaffung von Marktverzerrungen und Wettbewerbsbeschränkungen bei einer Wirtschaftstätigkeit im Energiebereich hinarbeiten. Weiterhin ist technische Hilfe im Rahmen der Möglichkeiten der Vertragsparteien durch diese bereitzustellen. Außerdem ist eine Zusammenarbeit im Wege der gegenseitigen Konsultation und des Informationsaustauschs zur Durchsetzung der Wettbewerbsregeln im Rahmen bestehender Gesetze vorgesehen. Die Streitbeilegung (Absatz 5) sieht ein Notifizierungsverfahren vor. Als zweite Möglichkeit ist nach Absatz 7 die Streitbeilegung auf diplomatischem Weg nach Artikel 27 Abs. 1 vorgesehen.

– Artikel 7

Eine zentrale Vorschrift für den Handel mit Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen stellt die Transitbestimmung dar.

a) Die Vorschrift schreibt die Vornahme notwendiger Maßnahmen zur Transiterleichterung vor (Absatz 1) und verpflichtet die Vertragsparteien zur Nichtdiskriminierung (Absatz 1 und 3).

b) Die Vertragsparteien behindern nicht den Aufbau neuer Kapazitäten im Rahmen von – Absatz 1 nicht widersprechenden – bestehenden Rechtsvorschriften (Absatz 4).

c) Dies verpflichtet die Vertragspartei, die über keine Energiebeförderungseinrichtungen verfügt, nicht, Maßnahmen hinsichtlich solcher Einrichtungen zu treffen (Absatz 9), solange die Verpflichtung von Absatz 4 eingehalten wird.

d) Die Vorschrift nennt mögliche Bereiche zur Kooperation, die von den Vertragsparteien gefördert werden soll (Absatz 2). Dies sind Modernisierung, Entwicklung und Betrieb von Energieförderungseinrichtungen, Erleichterung der Verbindung der Gas- und Elektrizitätsnetze sowie Maßnahmen, um Auswirkungen bei technisch bedingten Transitunterbrechungen abzumildern.

e) Absatz 7 der Vorschrift regelt die Streitbeilegung. Vor Abschluß des Streitbeilegungsverfahrens und soweit nicht ausdrücklich in einem privatrechtlichen Vertrag oder einer entsprechenden Vereinbarung vorgesehen oder durch den Schlichter erlaubt, darf die Vertragspartei, die Transitland ist, nicht den Transit unterbrechen oder verringern (Absatz 6). Das Streitbeilegungsverfahren kommt erst zum Zuge, wenn alle anderen Möglichkeiten der gütlichen Einigung ausgeschöpft wurden.

f) Absatz 8 sieht vor, daß die Bestimmungen über den Transit die sonstigen völkerrechtlichen Rechte und Verpflichtungen einer Vertragspartei unberührt lassen.

– Artikel 8

Die Vorschrift sieht die Förderung des Zugangs zu Energietechnologie und des Technologietransfers im Rahmen bestehender Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften und nach Maßgabe des Schutzes des geistigen Eigentums vor. Dazu gehört auch die Abschaffung von Hemmnissen und die Beschränkung, keine solchen Hemmnisse einzuführen. Dabei sind die Verpflichtungen zur Nichtverbreitung von Kernwaffen oder anderen Kernsprengstoffen und sonstige internationale Verpflichtungen einzuhalten.

– Artikel 9

Die Vorschrift unterstreicht die Bedeutung offener Kapitalmärkte für das Tätigen von Auslandsinvestitionen. Die Bestimmung hat insbesondere die Situation in den Reformländern im Auge, wo derartige Kapitalmärkte vielfach erst im Entstehen begriffen sind. Artikel 9 enthält deshalb auch lediglich eine Bemühensklausel, die Grundsätze der Inländerbehandlung und Meistbegünstigung im Hinblick auf den Zugang zu Kapital bereits jetzt voll inhaltlich anzuwenden.

Teil III Förderung und Schutz von Investitionen

– Artikel 10

Diese Vorschrift enthält die wesentlichen Grundregeln für die Behandlung von Auslandsinvestitionen:

a) Absatz 1 sieht vor, daß die Vertragsparteien Auslandsinvestitionen durch die Schaffung von günstigen Investitionsbedingungen und durch gerechte und faire Behandlung fördern sollen. Die Vorschrift stellt zugleich sicher, daß die den Investoren zu gewährende Behandlung nicht hinter dem Niveau zurückbleibt, das nach Völkerrecht, einschließlich Völkervertragsrecht, zu gewähren ist.

b) Absatz 2 führt die für den Vertrag grundlegende Unterscheidung zwischen Vor- und Nachinvestitionsphase ein. Hinsichtlich der Vorinvestitionsphase besteht für die Vertragsparteien lediglich eine Bemühenspflicht, Auslandsinvestitionen Inländerbehandlung und Meistbegünstigung gemäß Absatz 3 zu gewähren.

c) Absatz 4 sieht vor, daß die Behandlung von Investitionen in der Vorinvestitionsphase in einem Zusatzvertrag geregelt wird, der bis spätestens 1. Januar 1998 abgeschlossen sein soll.

d) Gemäß Absatz 5 sind die Vertragsparteien bereits jetzt bestebt, die Ausnahmen von den Grundsätzen der Inländerbehandlung und Meistbegünstigung in der Vorinvestitionsphase so gering wie möglich zu halten und bestehende Beschränkungen abzubauen.

e) Darüber hinaus sieht Absatz 6 die Möglichkeit vor, daß ein Vertragsstaat von sich aus erklärt, künftig keine neuen Beschränkungen für die Vorinvestitionsphase mehr einführen zu wollen. Er kann sich außerdem dazu verpflichten, bereits vor Abschluß des Zusatzvertrages Inländerbehandlung und Meistbegünstigung zu gewähren.

f) Absatz 7 bezieht sich auf die Nachinvestitionsphase, d. h. den Zeitraum, nachdem die Investition getätigt worden ist. Die Vertragsparteien verpflichten sich, hierfür Inländerbehandlung und Meistbegünstigung zu gewähren.

g) Absatz 8 enthält eine Abweichung von Absatz 7 für Fördermaßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung der Energietechnologie. Erst der in Absatz 4 genannte Zusatzvertrag soll festlegen, inwieweit die Grundsätze der Inländerbehandlung und Meistbegünstigung für diese Programme zur Anwendung kommen.

h) Absatz 9 etabliert eine Notifizierungspflicht der Vertragsparteien hinsichtlich der für die Vorinvestitionsphase geltenden Ausnahmen zur Inländerbehandlung und Meistbegünstigung sowie den in Absatz 8 genannten Forschungs- und Entwicklungsprogrammen.

i) Gemäß Absatz 10 finden die Bestimmungen der Absätze 3 und 7 über Inländerbehandlung und Meistbegünstigung auf den Schutz des geistigen Eigentums keine Anwendung. Stattdessen bleibt es bei dem Grundsatz der Inländerbehandlung, der sich in den maßgeblichen völkerrechtlichen Verträgen zum Schutz des geistigen Eigentums findet.

j) Absatz 11 sieht vor, daß sich die in Artikel 26 geregelte Investor-Gaststaat-Streitschlichtung auch auf Streitigkeiten über handelsbezogene Investitionsmaßnahmen gemäß Artikel 5 bezieht. Ohne diese Regelung wären derartige Maßnahmen von der Streitschlichtung ausgenommen, da sich Artikel 26 nur auf die in Teil III des Vertrages genannten Angelegenheiten bezieht, während Artikel 5 in Teil II steht.

k) Absatz 12 ergänzt die Vorschriften zur Streitschlichtung in Artikel 26. Der Investor soll nicht allein die Möglichkeit haben, ein internationales Schiedsgericht anzurufen, sondern auch wirksamen innerstaatlichen Rechtsschutz in Anspruch nehmen können.

– Artikel 11

Die Vorschrift gestattet Auslandsinvestoren und ihren Investitionen, im Gastland Personal in Schlüsselpositionen ihrer Wahl zu beschäftigen, sofern dies mit den einschlägigen Bestimmungen des Gaststaates in Einklang steht.

– Artikel 12

Die Vorschrift bestimmt, daß Auslandsinvestoren im Hinblick auf eventuelle Schäden in Folge von Krieg, Bürgerkrieg und ähnlichen Ereignissen Inländerbehandlung und Meistbegünstigung zu gewähren sind. Darüber hinaus ist eine Entschädigungspflicht vorgesehen, falls die Investition durch die Streitkräfte oder Behörden des Gastlandes beschlagnahmt wird.

– Artikel 13

Die Vorschrift betrifft den Schutz vor Enteignungen.

a) Absatz 1 wiederholt die bekannten völkerrechtlichen Anforderungen an eine Enteignung und stellt klar, daß die Enteignungsentschädigung dem angemessenen Marktwert in frei konvertierbarer Währung entsprechen muß.

b) Absatz 2 gibt dem Investor das Recht, den Enteignungsfall vor einem Gericht des Gaststaates überprüfen zu lassen. Dies schließt nicht aus, daß der Investor darüber hinaus oder alternativ den Weg der internationalen Streitschlichtung wählt.

c) Absatz 3 trägt dem Umstand Rechnung, daß der Investor nicht nur von einer unmittelbaren Enteignung seiner Investition betroffen sein kann, sondern auch dadurch, daß in die Vermögenswerte der Gesellschaft, an der er beteiligt ist, eingegriffen wird.

– Artikel 14

Die Vorschrift behandelt das wichtige Thema Kapitaltransfer:

a) Absatz 1 gewährt für sämtliche im Zusammenhang mit einer Investition getätigten Zahlungen eine Transfergarantie.

b) Gemäß den Absätzen 2 und 3 hat der Transfer unverzüglich in einer frei konvertierbaren Währung zu dem jeweils geltenden Marktkurs stattzufinden.

c) Absatz 4 stellt klar, daß die Transfergarantie nicht dazu mißbraucht werden darf, sonstige im Gastland bestehende Gesetze, insbesondere zum Schutz der Rechte von Gläubigern und zur Erfüllung von Gerichtsurteilen, zu umgehen.

d) Absatz 5 gibt schließlich den Nachfolgestaaten der Sowjetunion das Recht, Transfergeschäfte untereinander in Landeswährung abzuwickeln, sofern hierbei die Grundsätze der Inländerbehandlung und Meistbegünstigung beachtet werden. Eine weitere Einschränkung des Transferrechts ist in Nummer 3 der Beschlüsse zum Vertrag über die Energiecharta vorgesehen (siehe hierzu die nachfolgende Kommentierung zu Beschluß Nr. 3).

– Artikel 15

Die Vorschrift enthält das aus den bilateralen Investitionsschutzverträgen bekannte Subrogationsprinzip, wonach der Heimatstaat bzw. eine von ihm bezeichnete Stelle nach Entschädigung des Investors in dessen Rechte eintritt.

– Artikel 16

Die Vorschrift regelt das Verhältnis des Vertrags über die Energiecharta zu sonstigen Übereinkünften. Es wird festgelegt, daß das für den Investor jeweils günstigere Recht Vorrang hat.

– Artikel 17

Die Bestimmung sieht vor, daß Investitionen unter bestimmten Voraussetzungen vom Schutz des Vertrages ausgenommen werden können. Dies ist zum einen dann der Fall, wenn das betreffende Unternehmen von Drittstaatsangehörigen kontrolliert wird und es zudem im jeweiligen Gaststaat keine wesentlichen Geschäftsaktivitäten entfaltet. Das gleiche gilt, wenn der Gaststaat zu dem Drittstaat keine diplomatischen Beziehungen unterhält oder Maßnahmen beschließt oder beibehält, welche Geschäfte mit Investoren des betreffenden Drittstaates untersagen oder einschränken.

Teil IV Andere Bestimmungen

– Artikel 18

Die Vorschrift stellt klar, daß der Vertrag die souveränen Rechte der Vertragsparteien über ihre Energievorkommen, deren Ausübung entsprechend der Regeln des Völkerrechts sowie die in den Vertragsstaaten für Energievorkommen geltende Eigentumsordnung unberührt läßt. Für die Erteilung des Zugangs zu Energievorkommen verpflichten sich die Vertragsparteien auf die Nicht-Diskriminierung.

– Artikel 19

Die Vorschrift befaßt sich mit den Umweltaspekten. Unter Zugrundelegung des Vorsorgeprinzips und grundsätzlich des Verursacherprinzips streben die Vertragsparteien an, schädliche Umweltauswirkungen zu minimieren und angemessene Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Auf dieser Basis werden die Tätigkeiten und Bereiche möglicher Zusammenarbeit konkretisiert. Im Streitfall überprüft die Chartakonferenz den Fall und bemüht sich um eine Lösung, es sei denn, es gibt hierfür andere geeignete internationale Foren.

– Artikel 20

Diese Bestimmung schreibt Informationspflichten durch Veröffentlichung von Gesetzen, sonstigen Rechtsvorschriften, gerichtlichen Entscheidungen und Verwaltungsverfügungen und die Bestimmung einer oder mehrerer Auskunftsstellen vor.

– Artikel 21

Die Vorschrift befaßt sich mit der Besteuerung.

a) Die Bestimmung nimmt grundsätzlich Steuerangelegenheiten mit Ausnahme der indirekten Steuern vom Anwendungsbereich des Vertrages aus (Absatz 1 und 2).

b) Für indirekte Steuern gelten in der Regel die in Artikel 7 Abs. 3 und Artikel 10 Abs. 2 und 7 genannten Grundsätze der Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, es sei denn, die konkrete Vergünstigung ergibt sich aus einer sonstigen steuerrechtlichen Übereinkunft, einschließlich eines Doppelbesteuerungsabkommens, einer steuerlichen Maßnahme, die eine wirksame Steuererhebung sicherstellen soll oder aus der Mitgliedschaft in einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration (Absatz 2 und 3).

c) Absatz 5 stellt klar, daß Artikel 13 auf den Sonderfall einer enteignenden Steuer Anwendung findet. Im Hinblick auf die Überprüfung der Frage, ob eine Steuer diskriminierenden Charakter hat, sieht Absatz 5 Buchstabe b Ziffer iii vor, daß die zur Beilegung von Streitigkeiten nach Artikel 26 Abs. 2 Buchstabe c oder Artikel 27 Abs. 2 angerufenen Gremien die vorherigen Feststellungen der Steuerbehörden, sofern sie innerhalb der unter Ziffer ii genannten Frist erfolgt sind, berücksichtigen müssen.

– Artikel 22

Die Vorschrift überträgt den Vertragsparteien die Verpflichtung, Sorge dafür zu tragen, daß staatliche Unternehmen ihre Aktivitäten im Einklang mit den Verpflichtungen aus Teil III „Förderung und Schutz von Investitionen" ausüben und diese Unternehmen nicht ermutigen oder von ihnen verlangen, den Verpflichtungen des Vertrags zuwider zu handeln (Absatz 1 und 2).

– Artikel 23

Die Vorschrift sieht die Einhaltung der Bestimmungen des Vertrags durch die regionalen und örtlichen Regierungs- und Verwaltungsstellen, für die die Vertragspartei Sorge trägt, durch die Vertragspartei vor.

– Artikel 24

Die Vorschrift legt eng begrenzte Ausnahmen zu den Bestimmungen des Vertrags fest. Hinzuweisen ist insbesondere auf Absatz 4, wonach die Vertragsparteien durch die Meistbegünstigungsklausel nicht automatisch eine Vorzugsbehandlung an Investoren einer anderen Vertragspartei weiterzugeben haben, die aus der Zugehörigkeit der Vertragspartei zu einer Freihandelszone oder einer Zollunion herrührt, oder die aufgrund einer bi- oder multilateralen Übereinkunft zwischen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion gewährt wird.

– Artikel 25

Die Vorschrift stellt klar, daß die Vertragsparteien nicht durch die Meistbegünstigungsklausel automatisch auf die Gewährung einer Vorzugsbehandlung einer anderen Vertragspartei verpflichtet werden, die aus der Zugehörigkeit der ersten Vertragspartei zu einer Übereinkunft über die Wirtschaftsintegration („EIA") herrührt. Die „EIA" wird in Absatz 2 näher definiert.

Teil V Streitbeilegung

– Artikel 26

Die Vorschrift behandelt die Investor-Gaststaat-Streitschlichtung.

a) Der Investor kann sowohl ein nationales Gericht als auch ein internationales Schiedsgericht anrufen.

b) Die Vertragsparteien haben jedoch gemäß Absatz 3 Buchstabe b die Möglichkeit, dem Investor den Zugang zu einem internationalen Schiedsverfahren zu verweigern, falls dieser vorher bereits ein nationales Gericht angerufen hat. Diejenigen Staaten, die von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, sind in Anlage ID aufgeführt.

c) Gemäß Absatz 3 Buchstabe c haben die Vertragsparteien außerdem das Recht, die internationale Schiedsgerichtsbarkeit im Hinblick auf Streitigkeiten zu verweigern, die aus Investitionsverträgen zwischen Investor und Gaststaat resultieren. Die Staaten, die dieses Recht in Anspruch genommen haben, sind in Anlage IA genannt.

d) Gemäß Absatz 8 ist ein Schiedsspruch für die Parteien grundsätzlich endgültig und bindend.

– Artikel 27

Die Vorschrift befaßt sich mit der zwischenstaatlichen Streitschlichtung. Sofern die Parteien keine anderweitige Vereinbarung getroffen haben, findet die UNCITRAL-Schiedsordnung Anwendung (Absatz 3 Buchstabe f).

Ein besonderes Streitverfahren ist für Australien und Kanada gemäß Absatz 3 Buchstabe i in Verbindung mit Anlage P im Hinblick auf Maßnahmen einer regionalen- oder örtlichen Regierungs- oder Verwaltungsstelle vorgesehen. Danach hat die Zentralregierung die Möglichkeit, die geschädigte Partei angemessen zu entschädigen statt Restitution leisten zu müssen (Anlage P, Teil II, Absatz 3).

– Artikel 28

Diese Bestimmung schließt die zwischenstaatliche Streitschlichtung gemäß Artikel 27 grundsätzlich aus, soweit es sich um die Auslegung oder Anwendung von Artikel 5 (handelsbezogene Investitionsmaßnahmen) oder Artikel 29 (einstweilige Bestimmungen über handelsbezogene Angelegenheiten) handelt.

Teil VI Übergangsbestimmungen

– Artikel 29

Die Vorschrift regelt die einstweiligen Bestimmungen über handelsbezogene Angelegenheiten.

a) Absatz 1 bestimmt, daß die Vorschriften des Artikels 29 auf den Handel mit Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen Anwendung finden, wenn es um den Handel zwischen Vertragsparteien geht, von denen eine nicht Vertragspartei des GATT und der dazugehörigen Rechtsinstrumente ist.

b) Absatz 2 regelt, daß der Handel den Bestimmungen des GATT 1947 und seiner zugehörigen Rechtsinstrumente unterliegt, wie sie am 1. März 1994 angewandt wurden und von den Vertragsparteien des GATT 1947 untereinander praktiziert wurden, wenn wenigstens eine am Handel beteiligte Vertragspartei nicht GATT-Vertragspartei oder eines dazugehörigen Rechtsinstrumentes ist (Buchstabe a). Hierdurch wird weiterhin die in der Europäischen Gemeinschaft praktizierte Beihilfepolitik bei der Steinkohle ermöglicht.

   Anlage G enthält insbesondere Ausnahmen zu dem Grundsatz in Absatz 2 Buchstabe a. Eine weitere Ausnahme ist in Buchstabe c vorgesehen. Hiernach gilt Absatz 2 Buchstabe a nicht für den Handel zwischen zwei GATT-Vertragsparteien, wenn eine der Vertragsparteien nicht Vertragspartei des GATT 1947 ist. Eine weitere Ausnahmemöglichkeit zu Buchstabe a enthält Buchstabe c, die den Handel zwischen Vertragsparteien betrifft, die Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion sind. Der Handel kann dann vorbehaltlich der Anlage TFU bis zum 1. Dezember 1999 durch eine spezielle Übereinkunft geregelt werden, die zwei oder mehr dieser Nachfolgestaaten abschließen oder – falls dieser Zeitpunkt früher liegt – bis zur Zulassung der Vertragspartei zum GATT.

c) Absatz 3 verpflichtet Unterzeichner und beitretende Parteien, dem Sekretariat bei Unterzeichnung oder Hinterlegung der Beitrittsurkunde eine Liste mit den gültigen erhobenen Zollsätzen und sonstigen Abgaben nach Art und Höhe vorzulegen sowie Änderungen dem Sekretariat zu notifizieren.

d) Absatz 4 enthält eine Stillstandsklausel. Die Vertragsparteien bemühen sich, die Zollsätze und sonstigen Abgaben bei Ein- und Ausfuhr nicht zu erhöhen.

e) Absatz 5 legt die Bedingungen fest, unter denen die Abgabensätze über die in Absatz 4 genannte Höhe angehoben werden dürfen.

f) Absatz 6 verpflichtet die Unterzeichner auf Zusatzverhandlungen über das Einfrieren von Zöllen spätestens ab 1. Januar 1995. Diese Verhandlungen sind bereits formal eröffnet worden. Sie sollen bis zum 1. Januar 1998 zum Abschluß gebracht werden.

g) Absatz 7 bestimmt den Geltungsbereich der Anlage D, die ein Streitbeilegungsverfahren festlegt.

– Artikel 30

Diese Vorschrift verpflichtet die Vertragsparteien, Zusatzverhandlungen über die Notwendigkeit von Folgeänderungen im Licht der Ergebnisse der Uruguay-Runde aufzunehmen. Diese Verhandlungen sind inzwischen eröffnet worden.

– Artikel 31

Die Regelung verpflichtet die Chartakonferenz, in ihrer ersten Sitzung mit der Prüfung zu beginnen, ob der Anwendungsbereich des Vertrags durch den Einbezug energiebezogener Ausrüstungen in die Handelsbestimmungen erweitert werden soll. Diese Prüfung ist bei der ersten vorläufigen Chartakonferenz am 17. Dezember 1994 in Lissabon formal eröffnet worden.

– Artikel 32

Diese Vorschrift legt die Möglichkeit von klar definierten und befristeten Übergangsvereinbarungen für die in Anlage T niedergelegten Länder im Übergang zur Marktwirtschaft fest.

a) Absatz 1 bestimmt die Vorschriften, für die Übergangsvereinbarungen zulässig sind.

b) Absatz 3 verpflichtet auf die Beendigung der Aussetzung bis zum 1. Juli 2001.

c) Absatz 6 verpflichtet die Chartakonferenz zur jährlichen Überprüfung der Fortschritte und der Koordination der technischen Hilfe.

Teil VII Strukturelle und institutionelle Bestimmungen

– Artikel 33

Die Bestimmung sieht vor, daß die Chartakonferenz die Aushandlung von nach Artikel 1 Nr. 13 rechtlich

verbindlichen Energiechartaprotokollen und nicht bindenden Energiechartaerklärungen genehmigen kann, damit die Ziele und Grundsätze der Charta verfolgt werden. Vertragspartei eines Protokolls kann nur werden, wer die Charta unterzeichnet hat und Vertragspartei dieses Vertrags wird. Die Vorschrift legt weiterhin die Aufgabenzuweisung an die Chartakonferenz und das Sekretariat durch das Protokoll fest.

– Artikel 34

Die Vorschrift regelt die regelmäßige Zusammenkunft der Vertragsparteien in der Energiechartakonferenz und bestimmt die Aufgaben der Konferenz.

– Artikel 35

Die Vorschrift regelt die Angelegenheiten des Sekretariats.

– Artikel 36

Die Bestimmung legt die Abstimmungsregeln fest. Grundsätzlich gilt für die Beschlüsse der Chartakonferenz Einstimmigkeit. Eine der Ausnahmen davon sind Beschlüsse über Haushaltsfragen, die eine die qualifizierte Mehrheit jener Vertragsparteien voraussetzen, die mindestens drei Viertel aller berechneten Beitragsanteile nach dem in Anlage B niedergelegten Verteilungsschlüssel repräsentieren.

– Artikel 37

Die Vorschrift formuliert die Finanzierungsgrundsätze. Die Kosten des Sekretariats, die auch die Kosten für die Sitzungen der Chartakonferenz und ihrer Nebenorgane umfassen, werden durch die Beiträge der Vertragsparteien gemäß den in Anlage B niedergelegten Verteilungsschlüssel gedeckt, der sich an den Beitragsschlüssel der Vereinten Nationen anlehnt.

Teil VIII Schlußbestimmungen

Die Vorschriften der Artikel 38 bis 50 bilden die Schlußbestimmungen. Der Vertrag lag bis zum 16. Juni 1995 in Lissabon für die Verhandlungsparteien, die die Europäische Energiecharta unterzeichnet haben, zur Unterzeichnung auf (Artikel 38). Der Vertrag bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung (Artikel 39).

Das Inkrafttreten erfordert die Hinterlegung von dreißig Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden oder der Beitrittsurkunde. Der Vertrag tritt dann am neunzigsten Tag nach Hinterlegung der dreißigsten Urkunde in Kraft (Artikel 44). Bis zum Inkrafttreten wird der Vertrag unter den Voraussetzungen des Artikels 45 vorläufig angewandt.

Absatz 3 des Artikels 45 regelt die mögliche Beendigung der vorläufigen Anwendung durch einen Unterzeichner. Die Beendigung enthebt nicht von der Verpflichtung der Anwendung der Teile III „Förderung und Schutz von Investitionen“ und V „Streitbeilegung“ in bezug auf Investitionen für die Dauer von 20 Jahren, es sei denn, der Unterzeichner ist in Anlage PA aufgeführt. Deutschland ist in der Anlage PA genannt, da nur auf diese Weise sichergestellt werden kann, daß der deutsche Gesetzgeber bis zur endgültigen Ratifizierung die gesetzlichen Bestimmungen ändern kann.

2.2 Anlagen zum Vertrag über die Energiecharta

a) Anlage EM nach Artikel 1 Nr. 4 nennt die durch die Definition von Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen erfaßten Rohstoffe und Produkte.

b) Anlage NI nach Artikel 1 Nr. 5 nennt diejenigen Primärenergieträger und Energieerzeugnisse, die nicht unter den Begriff „Wirtschaftstätigkeit im Energiebereich“ fallen.

c) Anlage TRM nach Artikel 5 Abs. 4 schreibt das Notifizierungserfordernis für diejenigen handelsbezogenen Investitionsmaßnahmen („TRIMs“) fest, die nicht mit den Bestimmungen des entsprechenden Artikels konform gehen, und sieht ihre schrittweise Abschaffung vor.

d) Anlage N nach Artikel 7 Abs. 10 Buchstabe a listet die Vertragsparteien auf, die als Transit nur den Energiefluß bezeichnen, der mindestens drei Staaten berührt.

e) Anlage VC nach Artikel 10 Abs. 6 listet die Vertragsparteien auf, die eine freiwillige Verpflichtung für die Gewährung der Inländerbehandlung in der Vorinvestitionsphase eingehen.

f) Anlage ID nach Artikel 26 Abs. 3 Buchstabe b Ziffer i listet die Vertragsparteien auf, die einem Investor nicht die Vorlage einer Streitigkeit an ein internationales Schiedsgericht gestatten, falls vorher bereits ein nationales Gericht mit dem Fall befaßt war.

g) Anlage IA nach Artikel 26 Abs. 3 Buchstabe c und Artikel 27 Abs. 2 listet die Vertragsparteien auf, die einem Investor nicht gestatten, bestimmte Investitionsverträge (letzter Satz von Artikel 10 Abs. 1) einem internationalen Schiedsgericht vorzulegen.

h) Anlage P nach Artikel 27 Abs. 3 Buchstabe i führt spezielle Streitschlichtungsverfahren für regionale und örtliche Regierungs- und Verwaltungsstellen auf.

i) Anlage G nach Artikel 29 Abs. 2 Buchstabe a führt die Bestimmungen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) und dazugehöriger Übereinkommen auf, die keine Anwendung finden.

j) Anlage TFU nach Artikel 29 Abs. 2 Buchstabe b legt Vorschriften für Handelsübereinkünfte zwischen den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion fest.

k) Anlage D nach Artikel 29 Abs. 7 enthält Übergangsvorschriften für Streitbeilegung im Handel.

l) Anlage B nach Artikel 37 Abs. 3 enthält den Verteilungsschlüssel für die Chartakosten.

m) Anlage PA nach Artikel 45 Abs. 3 Buchstabe c listet die Unterzeichner auf, die die Verpflichtung zur vorläufigen Anwendung nicht erfüllen können. Deutschland ist in Anlage PA genannt (siehe Ausführungen zu Artikel 45).

n) Anlage T nach Artikel 32 Abs. 1 listet die von Vertragsparteien angemeldeten Übergangsvorschriften auf.

2.3 Beschlüsse zum Vertrag über die Energiecharta

– Beschluß Nummer 1

Die Bestimmung legt den Vorrang des Spitzbergen-Vertrags vom 9. Februar 1920 vor dem Vertrag über die Energiecharta im Konfliktfall fest. Artikel 16 „Beziehung zu anderen Übereinkünften" und Teil V „Streitbeilegung" finden dann keine Anwendung. Der Spitzbergen-Vertrag gesteht Norwegen volle Souveränität über die Inselgruppe zu, legt aber Bedingungen fest, unter denen die Vertragsparteien des Spitzbergen-Vertrags gleiche Rechte wie Norwegen zur wirtschaftlichen Nutzung zuerkannt werden, insbesondere bei der wirtschaftlichen Ausbeutung der Bodenschätze. Daneben wird die Entmilitarisierung der Inselgruppe festgeschrieben. Das Deutsche Reich ist dem Vertrag 1925 beigetreten. Die Bundesrepublik Deutschland ist somit Vertragspartei.

– Beschluß Nummer 2

Die Bestimmung stellt klar, daß es nicht gegen den Grundsatz der Inländerbehandlung verstößt, wenn die russische Föderation bei Auslandsinvestitionen das Pachten von föderationseigenem Vermögen genehmigungspflichtig macht. Bei der Genehmigungserteilung darf jedoch nicht zwischen Auslandsinvestoren verschiedener Nationalität diskriminiert werden.

– Beschluß Nummer 3

Dieser Beschluß sieht eine Einschränkung des in Artikel 14 geregelten Transferrechts vor. Danach haben die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, sofern sie dies bis zum 1. Juli 1995 beantragen, das Recht, Transferbeschränkungen im Hinblick auf Zahlungen vorzunehmen, die von den auf ihrem Hoheitsgebiet ansässigen Unternehmen, einschließlich Tochterunternehmen ausländischer Investoren, veranlaßt werden. Hiervon nicht erfaßt werden jedoch Transaktionen, die vom ausländischen Investor selbst (d. h. der Muttergesellschaft) beantragt werden (Absatz 2). Die Beschränkungen dürfen außerdem nicht die „laufenden Zahlungen" beeinträchtigen. Weiterhin gilt bei der Einführung von Beschränkungen der Meistbegünstigungsgrundsatz. Deutsche Investoren sind durch den deutsch-sowjetischen Investitionsschutzvertrag aus dem Jahre 1989 geschützt, der keine derartigen Beschränkungsmöglichkeiten vorsieht und der gemäß Absatz 4 in Verbindung mit Artikel 16 dem o. g. Beschluß vorgeht. Der Beschluß bedarf außerdem gemäß Absatz 2 spätestens zum 1. Juli 2001 der Überprüfung.

– Beschluß Nummer 4

Die Bestimmung schafft zugunsten Rumäniens eine Ausnahme von der gemäß Artikel 14 geltenden Transfergarantie während des Übergangs seiner Währung zu voller Konvertierbarkeit. Ungeachtet dessen hat Rumänien jedoch den Grundsatz der Meistbegünstigung schon jetzt zu beachten.

– Beschluß Nummer 5

Die Bestimmung legt die Bedingungen dafür fest, daß die Investition eines Investors einer Vertragspartei die den Vertragsparteien einer Übereinkunft über die Wirtschaftsintegration („EIA") – wie den Europäischen Gemeinschaften – oder einer Freihandelszone oder Zollunion gewährte Behandlung auch dann genießt, wenn die Vertragspartei nicht Mitglied ist. Dies ist im wesentlichen eine angepaßte Reproduktion von Artikel 58 EG-Vertrag.

2.4 Energiechartaprotokoll über Energieeffizienz und damit verbundene Umweltaspekte

Präambel

Die Präambel betont den erklärten Willen der Vertragsparteien des Protokolls, auf dem Gebiet der Energieeffizienz und des damit verbundenen Umweltschutzes zusammenzuarbeiten. Sie umreißt Grundlagen und Formen dieser Zusammenarbeit.

Teil I Einleitung

– Artikel 1

Während Absatz 1 die allgemeinen Grundsätze zur Förderung der Energieeffizienz festlegt und einen Orientierungsrahmen für den Gegenstand des Protokolls bildet, benennt Absatz 2 dessen konkrete Ziele.

– Artikel 2

Mit dieser Vorschrift werden die wesentlichen Begriffsbestimmungen des Protokolls festgelegt. Dabei sind die Begriffsbestimmungen in Nummer 1 bis 7 wortgleich mit den entsprechenden Definitionen in Artikel 1 Nummer 1 bis 3 bzw. Artikel 19 Abs. 3 Buchstabe a bis d des Vertrages über die Energiecharta.

Teil II Energiepolitische Grundsätze

– Artikel 3

Diese Vorschrift faßt einmal die wesentlichen Grundsätze des Tätigwerdens und der Zusammenarbeit der Vertragsparteien auf dem Gebiet der Energieeffizienz zusammen. Sie nennt darüber hinaus konkrete Maßnahmen und Instrumente zur Förderung der Energieeffizienz, wobei insbesondere die Schaffung entsprechender rechtlicher Rahmenbedingungen betont wird. Die zu ergreifenden Maßnahmen sollen kostengünstig und wirtschaftlich sein. Eine wichtige Rolle wird der Privatwirtschaft beigemessen.

– Artikel 4

Diese Bestimmung enthält die Aufforderung an die Vertragsparteien, ihre Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz zwischen den verantwortlichen Behörden zu koordinieren.

– Artikel 5

Die Strategien und Ziele der einzelnen Vertragsparteien zur Verbesserung der Energieeffizienz sollen jeweils entsprechend den besonderen speziellen Verhältnissen ihres Landes festgelegt werden. Sie müssen anderen Parteien gegenüber transparent sein.

– Artikel 6

Mit dieser Vorschrift wird zwischen der Finanzierung von Investitionen (Absatz 1 und 2) sowie steuerlichen und finanziellen Anreizen (Absatz 3) zur effizienten Energienutzung differenziert. Während mit dem Begriff der Finanzierung insbesondere auf neue Finanzierungsmodelle (z. B. Drittfinanzierung) abgestellt wird, können steuerliche und finanzielle Anreize der Vertragsparteien der Subventionierung von Energieeffizienzmaßnahmen dienen. Dabei muß aber eine möglichst weitgehende Transparenz hergestellt und eine Verzerrung der internationalen Märkte auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

– Artikel 7

Mit dieser Regelung sagen die Vertragsparteien zu, energieeffiziente Technologien zu fördern.

– Artikel 8

Diese Vorschrift legt einen Rahmen für inländische Energieeffizienzprogramme fest. Der umfassende Katalog von möglichen Programmelementen in Absatz 2 dient dabei als Orientierungshilfe. Die Tätigkeiten umfassen u. a. die Ermittlung und Analyse von relevanten Energiedaten, die Form der Finanzierung von Energiesparinvestitionen, die Förderung von energieeffizienten Technologien, das Angebot von Energieberatungs- und Informationsleistungen sowie die Gründung von mit genügenden finanziellen und personellen Ressourcen ausgestatteten Energieagenturen auf geeigneter Ebene.

Teil III Internationale Zusammenarbeit

– Artikel 9

Diese Vorschrift verweist zu möglichen Bereichen der Zusammenarbeit auf die in der Anlage zu diesem Protokoll befindlichen Liste.

Teil IV Verwaltungs- und Rechtsregelungen

– Artikel 10

Für die Durchführung dieses Protokolls sollen keine eigenständigen Organe und Institutionen geschaffen werden. Nach Artikel 34 und 35 des Vertrages über die Energiecharta nehmen die Energiechartakonferenz und das Sekretariat auch die Aufgaben wahr, die ihr nach den Protokollen zugewiesen werden. Dazu werden im Teil IV des Energiechartaprotokolls die für dieses Protokoll notwendigen Konkretisierungen getroffen.

Nach Absatz 1 dürfen bei Entscheidungen, die von der Energiechartakonferenz in bezug auf das Protokoll getroffen werden, nur die Vertragsparteien mitwirken, die auch Vertragsparteien des Protokolls sind.

Absatz 2 enthält den Auftrag an die Energiechartakonferenz, binnen eines halben Jahres Verfahrensregelungen nach Inkrafttreten des Protokolls (vgl. Artikel 18) zur Durchführung der Bestimmungen des Protokolls zu treffen.

– Artikel 11

Absatz 1 überträgt dem Charta-Sekretariat auch die entsprechenden Aufgaben für das Energieeffizienz-Protokoll.

Absatz 2 regelt die Finanzierung des Charta-Sekretariats, soweit es Aufgaben für das Protokoll übernimmt. Zur Konkretisierung wird auf den in Anlage B zum Vertrag über die Energiecharta angegebenen Verteilungsschlüssel verwiesen.

– Artikel 12

Diese Vorschrift regelt das Abstimmungsverfahren für die das Protokoll betreffenden Fragen bei Sitzungen der Energiechartakonferenz.

Nach Absatz 1 ist für die Annahme von Änderungen des Protokolls und die Genehmigung von Beitritten zu diesem Protokoll nach Artikel 16 Einstimmigkeit der bei der Energiechartakonferenz anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien erforderlich. Bei anderen Abstimmungen bemühen sich die Vertragsparteien um Konsens. Falls dieser nicht erreicht werden kann, sind bei Abstimmungen – nach dem Inhalt der jeweiligen Beschlußfassung – unterschiedliche Mehrheiten erforderlich. Die festgelegten Quoren entsprechen denen des Vertrags über die Energiecharta.

Die Regelungen in den Absätzen 2 bis 5 lehnen sich an die entsprechenden Regelungen in Artikel 36 Abs. 5 bis 8 des Vertrags über die Energiecharta an.

– Artikel 13

Die Bestimmungen des Vertrages über die Energiecharta gehen grundsätzlich den Bestimmungen des Protokolls vor.

Teil V Schlußbestimmungen

Die Schlußbestimmungen orientieren sich an den entsprechenden Regelungen im Vertrag über die Energiecharta.

– Artikel 14 bis 17

Die Artikel 14, 15, 16 und 17 entsprechen inhaltlich den Artikeln 38, 39, 41 und 42 des Vertrages über die Energiecharta zur Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme oder Genehmigung, Beitritt und Änderungen.

– Artikel 18

Diese Norm regelt das Inkrafttreten des Protokolls, wobei das Verfahren bis auf die vorgesehenen Fristen und die Zahl der hinterlegten Urkunden weitgehend an Artikel 44 des Vertrages über die Energiecharta angelehnt ist.

– Artikel 19

Wie zum Vertrag über die Energiecharta (Artikel 46) sind Vorbehalte zu diesem Protokoll nicht zulässig.

– Artikel 20

Eine Vertragspartei kann nach Absatz 1 jederzeit vom Protokoll zurücktreten. Dies steht im Gegensatz zur Regelung beim Vertrag über die Energie-

charta, bei dem nach Artikel 47 Abs. 1 ein Rücktritt frühestens nach fünfjähriger Zugehörigkeit zum Vertrag möglich ist. Absatz 2 folgt aus Artikel 47 Abs. 4 des Vertrags über die Energiecharta. Der Zeitpunkt der Wirksamkeit des Rücktritts ist nach Absatz 3 für die Fälle der Absätze 1 und 2 unterschiedlich geregelt.

- Artikel 21 und 22

  Die Regelungen entsprechen Artikel 49 und 50 des Vertrags über die Energiecharta.

Anlage

Die Anlage des Protokolls besteht aus einem ausführlichen Katalog der möglichen Felder der Zusammenarbeit. Dabei werden alle Sektoren und Bereiche sowie eine Vielzahl von Instrumenten der Energieeffizienzpolitik erfaßt.

Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn 62170131 10.96
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333